G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Klaus Ehrler
Strauß ante portas?

Reinhard Opitz
Über die aktuelle Bedeutung der Volksfrontidee und ihre Prinzipien

Detlev Albers, Eckart Spoo, Josef Schleifstein und Theo Schiller
Weitere Stellungnahmen zu Jean Amérys Appell „Für eine Volksfront dieser Zeit"

Inflation, Stagnation, Arbeitslosigkeit — allgemeine Krise des Kapitalismus?
Beiträge von Gerhard Kade und Dirk Ipsen, John Kenneth Galbraith, Paul A. Samuelson, Milton Friedman, Dieter Klein, Jürgen Kuczynski, Lutz Maier u. a.

Lothar P. Maier
Spanien — Agonie der Diktatur?

Volker Gransow
„Einheit der Nation" und „Kulturnation" als Kampfbegriffe

11'74

November 1974 Einzelheft 5,00 DM Im Abonnement 3,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

November 1974

CHRONIK DES MONATS OKTOBER 1974 1093

KOMMENTARE UND BERICHTE

Strauß ante portas . . . . . *Klaus Ehrler* 1096

Vor der Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes . . . . . *Heinz-Hermann Storck* 1099

HAUPTAUFSÄTZE

Über die aktuelle Bedeutung der Volksfrontidee und ihre Prinzipien . . . . . *Reinhard Opitz* 1104

Weitere Stellungnahmen zu Jean Amérys Appell „Für eine Volksfront dieser Zeit": *Detlev Albers, Eckart Spoo, Josef Schleifstein, Theo Schiller* 1116

Die Inflations- und Krisendebatte in den USA . . . . . *Gerhard Kade und Dirk Ipsen* 1132

Beiträge führender amerikanischer Ökonomen zur Inflations- und Krisendebatte in den USA: *John Kenneth Galbraith, Paul A. Samuelson, Pierre A. Rinfret, Alice M. Rivlin, Milton Friedman, Pierre-Paul Schweitzer, Henry Ford II, Michael K. Evans* 1147

Allgemeine Krise des Kapitalismus? Eine marxistische Diskussion . . . 1158

Spanien — Agonie der Diktatur? . . . . . *Lothar P. Maier* 1178

„Einheit der Nation" und „Kulturnation" als Kampfbegriffe . . . . . *Volker Gransow* 1190

MEDIENKRITIK

Kritik ohne Perspektive . . . . . *Bärbel Kirchhoff* 1195

BÜCHER

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 1196

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Für eine Volksfront dieser Zeit. Prinzipien einer aktuellen Linken (Wortlaut eines Appells von Jean Améry) 1197

Gemeinsame Erklärung über den Besuch des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, und des Stellvertreters des Bundeskanzlers und Minister des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, in der Sowjetunion vom 30. Oktober 1974 (Wortlaut) 1201

Eingabe der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen (IVDJ) an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kurt Waldheim, vom 20. Juni 1974 (Wortlaut) 1205

Kommentare und Berichte

Strauß ante portas?

Franz Josef Strauß führt einen doppelten, auf lange Sicht sogar einen dreifachen Machtkampf: in der CDU/CSU um die jetzt fast erreichte Kanzlerkandidatur; in der BRD um die Kanzlerschaft, die sich dann nicht nur als turnusmäßig fällige Amtsinhaberschaft eines CSU-Vorsitzenden einordnen ließe, sondern von dem Anspruch getrieben wäre, mit einer Ära Strauß neue Maßstäbe und Orientierungen zur Geltung zu bringen; in der Weltpolitik um die von ihm schon lange angestrebte Führungsrolle eines antikommunistischen Westeuropa-Blocks, die es einer konservativ orientierten BRD gestatten würde, eine Teil- oder sogar Voll-Revision der Bonner Ostpolitik und die Aufrechterhaltung der wirtschaftspolitischen Privilegien Westeuropas gegenüber der Dritten Welt zu verfolgen.

Der Erfolg der Strauß-Dregger-Linie in Bayern und Hessen hat die Stellung der CSU und ihres Vorsitzenden innerparteilich und bundespolitisch entscheidend und nachhaltig wirksam gestärkt. Selbst ein gutes Abschneiden der CDU bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein, wo die Kanzlerkandidaten-Anwärter Kohl und Stoltenberg sich kurz- und mittelfristig bereit zum Sprung nach Bonn halten, kann daran nichts mehr ändern: die Signalwirkung kam eben doch aus Bayern, das mit seinen 62 % CSU-Stimmen so gut wie nicht zu überrunden ist. Fast gibt es deshalb in der CDU nur noch die Frage nach dem Vize-Kanzler-Kandidaten, der sich mit Strauß zu arrangieren hätte. Die Vertagung dieser Personalentscheidungen von CDU und CSU bis Mitte 1975 ist wiederum ein Plus für Strauß: die CDU-Konkurrenten nutzen sich unter seinem Aufwind und durch objektive wie subjektive gegenseitige Behinderung ab; die Schwierigkeiten der Bonner Wirtschafts- und Innenpolitik werden nicht geringer und deshalb den Ruf nach dem erfolgversprechenden starken Mann immer deutlicher erschallen lassen. Kanzler Helmut Schmidt ist zwar nicht dem Vorwurf der „Führungsschwäche" ausgesetzt, ob er aber die Chance ausstrahlender Erfolgsverheißung über den Winter retten kann, ist angesichts der sich deutlich abzeichnenden Personal-, Struktur- und letztlich Konzeptionskrise der SPD doch stark zu bezweifeln. Die Wahlergebnisse von Bayern und Hessen, dazu noch die Bürgermeister-Krise in Hamburg, verdeutlichen einen Trend, der schon seit Herbst 1973 spürbar ist und dem sich die SPD mit dem Kanzlerwechsel eher angepaßt als wirksam entgegengestemmt hat, so daß davon langfristig auch keine Wähler-Rückwanderung zur SPD zu erwarten ist. Überraschend ist jetzt höchstens die Stärke, mit der diese Trend-Wende zu Buche schlägt; offenbar auch für Strauß und die Unionsparteien, die sich ja ihre Auseinandersetzung über Nutzen und Nachteil einer „vierten" Partei hätten sparen können, wenn sie — wie jetzt nach dem 27. Oktober — die Hoffnung auf die absolute CDU/CSU-Mehrheit bei der nächsten Bundestagswahl schon vorher gehabt hätten.

Nicht nur die vierte Partei, sondern sogar schon das Warten auf 1976/77 schwindet aus dem Horizont zumindest der CSU. Strauß hält eine vorher zustandekommende Große Koalition nicht mehr für undenkbar (so in einem Interview mit der Mailänder Tageszeitung „Il Giornale" nach den Landtagswahlen. Vgl. „Die Welt" v. 30. 10. 1974); Schönheitsfehler wäre dann nur, daß die SPD als derzeit stärkste Bundestagsfraktion noch immer den Kanzler zu stellen hätte; aber so wie aus einem Vize-

Kanzler Brandt nach dem Ende der ersten und bisher einzigen Großen Koalition der neue Bundeskanzler von 1969 wurde, so könnte Strauß eine solche kurze Vizekanzlerschaft unter oder eh neben Helmut Schmidt sowohl als Bestätigung seiner innerparteilichen Kanzlerkandidatur als auch als Vorspiel der lange und zäh erstrebten Kanzlerschaft ansehen.

Welche konzeptionellen politischen Ursachen hat diese jetzt so rasch in Erscheinung tretende krisenhafte Entwicklung der BRD? Welche Chancen bestehen noch immer, dem rechten Trend und vor allem seinen möglicherweise bald eintretenden katastrophalen Auswirkungen erfolgreich zu begegnen?

Blickt man heute auf die Wende zur Entspannungs- und Reformpolitik von 1969/70 zurück, so erscheint das bis heute Erreichte fast als Minimum dessen, was zur Charakteristik als Wende erforderlich war. Jahrzehntelange Erstarrung der Außen- und der Gesellschaftspolitik unter den verschiedenen CDU/CSU-Regierungen bis 1969 hatte damals allein schon die Tatsache eines „Machtwechsels" und die ersten Schritte der neuen Koalition subjektiv als bedeutsamen Einschnitt erscheinen lassen. Was aber ist übriggeblieben, was wird auf Dauer Bestand behalten, was ist noch zu erwarten?

Die Entspannungspolitik von SPD/FDP hat noch immer nicht zur endgültigen friedensvertragsgleichen Regelung der Nachkriegsprobleme geführt, und dies trotz des großen Wahlsieges im November 1972. Der Friedensvertragsvorbehalt, das Haupthindernis auf dem Wege zur völligen Aussöhnung und Normalisierung mit den Staaten Osteuropas, ist noch immer nicht beiseitegeräumt und wird sich je länger um so lästiger, störender auswirken. Die Folge davon, die, wenn auch schon verinnerlicht und gewohnt, aber doch höchst drückend auf Wirtschaft, Finanzen und Zukunftshoffnungen lastet, ist die effektiv unvermindert wachsende Rüstungslast. Entspannung aber ohne gleichzeitige oder bald folgende spürbare Abrüstung ist auf die Dauer unhaltbar und unglaubwürdig. Rüstungsstrukturen sind, wenn sie zu lange dominieren, deformative Herrschaftsstrukturen. Sie blockieren innergesellschaftliche Emanzipation, Mitbestimmung, Bildungserwartung und individuelle wie gruppenspezifische Entwicklungshoffnung, und zwar nicht nur aus Etatgründen, sondern auch tendenziell und strukturell. Von daher könnten die großen Reform- und Entspannungsprojekte eher als euphorische Täuschungs- oder Selbsttäuschungsgebilde erscheinen, die von nüchterner Prüfung und Sicherung der Grundlagen unwiderruflicher Friedensentwicklungen schädlicherweise abgelenkt haben.

Es zeigt sich: die Fundamente wurden nicht solide genug gelegt; und Enttäuschung führt die Wähler zunächst langsam, nach Ausbleiben der erforderlichen Korrekturen aber schnell und unaufhaltsam nach rechts. Denn: rechte Politik können rechte Politiker zügiger verwirklichen. Eine Mitte-Links-Koalition verliert durch häufiger werdende Zugeständnisse nach rechts hin an Glaubwürdigkeit und Wählerattraktivität. Bald setzt sich dann im Wählervolk der Eindruck fest: besser keine als eine halbe und gescheiterte Reformpolitik; besser keine Entspannung, wenn es zu viele Schwierigkeiten gibt und vielleicht mit der Faust auf den Tisch auch etwas zu erreichen ist.

So notwendig die ersten Korrekturen 1969—72 an der Adenauer-Strauß-Linie der Bundespolitik waren: dabei kann man nicht stehenbleiben; es war und ist noch immer eine Wende zur Sicherung unwiderruflicher Friedens- und Reformgrundlagen erforderlich. Ohne diese Fundierung bleiben Ansätze und erste Schritte in Richtung Entspannung und Reform Torso, auf die Dauer irreführend und nicht erfolgsträchtig.

Ursprünglich erklärte sich Strauß bereit, die ja nun einmal geschlossenen Ostverträge einhalten zu wollen; nach dem Wahlsieg vom 27. Oktober 1974 verschieben sich die Akzente schon wieder, und der alte „Entwurf für Europa" wird sichtbar (so im bereits angeführten Interview mit „Il Giornale"). Ein exklusiv konsolidiertes Westeuropa, dazu in einem „Pakt" mit den USA zu einem Dauerbündnis verpflichtet, müßte alle von der Genfer KSZE ausgehenden Möglichkeiten und Hoffnungen gefährden, vertrauensvolle gesamteuropäische Formen der Kooperation und damit Chancen der Umwandlung der Militärblöcke in ein universelles Sicherheitssystem zu finden und zu begründen.

Erst wenn die SPD konzeptionelle Klarheit im Hinblick auf glaubwürdige Grundlagen und Perspektiven der Friedens- und Reformpolitik erkennen läßt, werden ihr auch die Jungwähler wieder mehr Vertrauen schenken. Wenn es im Bildungswesen hapert, melden sich junge Männer freiwillig zur Bundeswehr, um über die Bundeswehrhochschulen bessere Bildungs- und Berufs-Chancen zu erlangen; ein Potential zur Entwicklung von dynamischer SPD-Reformpolitik ist daraus sicher nicht zu entwickeln. Es hat also bereits strukturell ein rechtsgerichtetes Recycling begonnen: Mängel der Friedenspolitik fördern Fehler und Halbheiten der Reformpolitik, aus denen sich Strukturverschlechterungen ergeben, die wiederum die Voraussetzungen der Fortsetzung und des Ausbaus weiterer Entspannungs- und Reformvorhaben reduzieren. Dieser Fehlerkreislauf kann zu noch rapideren Stimmenverlusten der Koalition führen, als sie bisher schon eingetreten sind.

Substantiell wäre davon die FDP noch mehr betroffen als die SPD, welche ja immerhin schon mehrfach lange Durststrecken der Opposition und zeitweise sogar der Unterdrückung (1878 bis 1890, 1933—45) durchzustehen gelernt hat. Sie sollte jetzt das Kiesinger-Wort vom „Hinauskatapultieren" der Liberalen aus den Landtagen ebensowenig vergessen wie gleichzeitig die Strauß'sche Sozialdemagogie unterschätzen, die die SPD/FDP-Koalition als Vernichter der Klein- und Mittelbetriebe hinstellen möchte und die CSU als Vertreterin von Arbeiterinteressen. Strauß, der immer offen für die Interessen des big business plädiert hat, rechnet mit der Unsicherheitsangst des Mittelstandes und mit der Arbeitsplatzsorge der Arbeiter und Angestellten. Mit etwas rechnen, heißt aber noch nicht: für etwas eintreten. Dieser Verwechslung sind zu Beginn der 30er Jahre viele Millionen deutscher Wähler sehr zum eigenen Schaden zum Opfer gefallen, schließlich auch zum Schaden Europas und der Welt.

Wenn die FDP neben der großen SPD Image-Sorgen hat, so sollte sie sich zum Anwalt voll und real verstandener Menschlichkeitspolitik machen: Menschenwürde und Menschenrechte brauchen innergesellschaftlich wie international endlich effektive Fürsprache. Die UNO-Politik der BRD ist noch viel zu sehr gehemmt von NATO-Rücksichten und Machtkalkulationen, die dem Universalitätsprinzip der UNO letztlich widersprechen. Humanisierung und Liberalisierung vieler Arbeits- und Lebensbereiche sind eine notwendige Aufgabe für die Zukunft, die aus liberaler Motivation besonders klar anzugehen wäre. Die Herausstellung der Unvereinbarkeit von Demokratie und Antikommunismus müßte gerade im Hinblick auf die hier bestehende historisch bedingte Schwäche der SPD eine herausragende Position der FDP sein. Damit könnte auch in konzeptioneller Arbeitsteilung zwischen SPD und FDP alles das bewußt und programmverbindlich gemacht werden, was 1969 nur in Umrissen verheißen war, aber bis heute noch nicht realisiert werden konnte. Damit würde auch anderen demokratischen Kräften außerhalb der

Koalitionsparteien der Weg offengehalten oder geöffnet, dieser Friedens- und Reformarbeit Unterstützung zu geben. Wenn Strauß an die Macht am Rhein kommt, wird er sie nicht schon nach fünf oder sechs Jahren freiwillig wieder abgeben wollen. Vielleicht ist darum das neue Gewicht, mit dem Strauß heute auftritt, ein letztes Glück für SPD und FDP; es sollte ihnen bewußt werden lassen, worum es wirklich geht. Klaus Ehrler

Vor der Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes

Wer die langjährige Diskussion um das Hochschulrahmengesetz (HRG) verfolgt hat und die ständigen Meldungen, das HRG werde nun bald verabschiedet, noch nicht leid ist, läuft Gefahr zu ignorieren, daß das HRG aktueller ist als je zuvor. Es dürfte noch vor den Weihnachtsferien im Bundestag beschlossen werden.

Der von der Regierungskoalition dem Bundestag vorgelegte Gesetzentwurf ist allenfalls ein müder Abklatsch — in manchen Passagen sogar eine totale Verkehrung — der eigentlichen Intentionen der Reformbewegung an den Hochschulen. Dieses Gesetzeswerk kann im Bundestag nur mit Mühe zum Reformwerk hochstilisiert werden. Dem im Bundestag durch eine SPD/FDP-Mehrheit verabschiedeten Gesetz dürfte die Bundesratsmehrheit zunächst die Zustimmung verweigern. Da beide Seiten im Ausschuß des Bundestages für Bildung und Wissenschaft Kompromißbereitschaft haben erkennen lassen, sind die Diskussionen im Bundestag Schaukämpfe zur Besänftigung der hochgespannten Erwartungen vieler an diese Hochschulreform. Der Vermittlungsausschuß wird nur noch jene Kompromißformeln festschreiben, die bereits ausgehandelt worden sind. Entscheidende Forderungen der Studentenbewegung bleiben darin unerfüllt. Regelungen sollen in das Hochschulrahmengesetz aufgenommen werden, die fortschrittliche Positionen an den Hochschulen massiv gefährden.

Der Numerus clausus wird beim Hochschulzugang zu einer dauernden Einrichtung. Eine Berechtigung für die Aufnahme an die Universität im ursprünglichen Sinne (Abitur) fällt weg. Ein Drittel der Studienplätze bleibt zunächst jenen Bewerbern vorbehalten, für die die Versagung des Hochschulzugangs eine soziale Härte bedeuten würde, sowie den Bewerbern, die bereits ein Studium in einem anderen Studiengang begonnen oder abgeschlossen haben, und den Ausländern. Die verbleibenden Studienplätze (zwei Drittel) sollen überwiegend nach dem durch eine Eingangsprüfung ermittelten Grad der Qualifikation der Bewerber für das gewählte Studium vergeben werden, sowie nach der Art und Dauer einer berufspraktischen Tätigkeit, die seit dem Erwerb der Qualifikation für das gewählte Studium ausgeübt worden ist.

Besonderes Interesse verdient in diesem Eingangsverfahren auch das „Interview zum sozialen Engagement". Hierbei sollen die „nichtschulischen intellektuellen Leistungen" ermittelt werden. Ferner soll bei diesem Interview „sprachliches Vermögen, Argumentationsbereitschaft und Argumentationsfähigkeit" geprüft werden. Die Interviews werden von den Kollegialorganen der jeweiligen Universitäten durchgeführt. Die Mehrheitsverhältnisse werden dabei nicht geregelt. So sehr es zu begrüßen ist, daß soziales Engagement eine positive Bewertung im Eingangsverfahren fände — von solchen

Studenten ist ein kritisches Engagement auch an den Universitäten und darüber hinaus später im Beruf eher zu erwarten —, so ist doch bereits jetzt eine zusätzliche Hürde des Berufsverbotes abzusehen.

Ähnliche politisch-disziplinierende Regelungen lassen andere Passagen des HRG's erwarten. So soll beim Komplex der Lehrkörperstruktur der wissenschaftliche Assistent bei persönlicher Bindung an einen Professor nach dem Willen der CDU/CSU beibehalten werden. Auch hier wird versucht, hierarchische Strukturen aus den Ordinarienuniversitäten zu perpetuieren.

Ferner soll in Fragen der Forschung und Lehre sowie bei der Personalbestellung außer einer Mehrheit des universitären Gremiums als Ganzem auch die Mehrheit der dem Gremium angehörenden Professoren notwendig sein. Es ist selbstverständlich, daß bei einer solchen Regelung selbst eine ansatzweise progressive Bündnispolitik mit dem fortschrittlichen Teil der Hochschullehrer und der Assistenten verhindert wird. Hier gerät selbst die „Mitwirkung" zur Farce. Studentische Gremienpolitik hätte unter diesen Bedingungen lediglich noch Sinn, wenn sie als eine konsequente Denunziationspolitik verstanden und praktiziert würde. Dies müßte schwere hochschulinterne Konflikte zur Folge haben. Konflikte, die hochschulextern bedingt sind. Dadurch würden politische, die gesamtgesellschaftliche Perspektive wahrende Auseinandersetzungen der Studenten auf einen Kampf mit der Universitätshierarchie reduziert. Die Universität beschäftigte sich als Folge davon mit sich selbst und paralysierte sich bei der Wahrnehmung ihrer politischen Aufgabe, nämlich durch wissenschaftliches Sozialengagement, Aufklärung und kritische Theorie und ferner durch die Vorbereitung und Ermöglichung emanzipativer Prozesse unterprivilegierter Gruppen, fundamentale gesellschaftliche Probleme intellektuell und praktisch zu bewältigen. Das allerdings würde eine Hochschulautonomie voraussetzen, deren Existenz mehr und mehr in Frage gestellt werden muß.

Der Verfasser versteht die Hochschulautonomie nicht als Freiheit von der Gesellschaft, sondern als Freiheit für sie. Die Hochschule bedarf der kritischen Distanz gegenüber der Gesellschaft, um ihre Aufgaben für die Gesellschaft erfüllen zu können. Die Hochschulreform bedeutet unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen jedoch nur, die materielle Effizienz der Universitäten zu erhöhen. Dabei vergrößert sich die kapitalistisch-ökonomische Wissenschaftsausbeute lediglich in dem Maße, in dem die Instrumentalfunktion von Lehre und Forschung intensiviert wird. Um diesen Prozeß zu erleichtern, bedarf es sowohl der Aufhebung der Sozialbindung von Wissenschaft als auch der Nichtoffenlegung von Drittmitteln und der Nichtöffentlichkeit von universitären Gremien. Diese Forderungen werden denn auch von der CDU/CSU mit besonderer Intensität vertreten und zumindest durch sogenannte „Kannregelungen" kodifiziert. Bei realistischer Einschätzung der Sachlage kann also bereits heute in Bezug auf Autonomie der Hochschule nicht mehr von einem Recht gesprochen werden, sondern lediglich von einem zu erhebenden Anspruch.

Neue Formen des Lernens, des Zusammenlebens, der Lebensgestaltung eines jeden Individuums und Verbesserungen der allgemeinen gesellschaftlichen Situation — kurz, eine real vorhandene Gesellschaft an einer denkbaren Alternative zu messen —, war Hauptgegenstand der Aktivitäten der kritischen Studentenbewegung. Wichtigstes Organisationsorgan für diese studentischen Aktivitäten war und ist die Verfaßte Studentenschaft. So ist es denn auch nur zu logisch, daß konservative und reaktionäre Kräfte in allen drei Parteien versuchen, dieses politisierte Instrument studentischer Interessenver-

tretung auszuschalten oder doch zumindest im Stadium ständiger Rechtunsicherheit zu belassen. Die Regierungskoalition fordert zwar noch im Gegensatz zur CDU/CSU bundesweit den Erhalt der Verfaßten Studentenschaft, aber sie wird dabei teilweise sogar von ihren eigenen Landesparteien alleingelassen. Bekanntlich wurde die Verfaßte Studentenschaft in Berlin aufgelöst und in NRW sieht das kommende Landeshochschulgesetz keine Regelung zur studentischen Interessenvertretung vor. Demnach ist auch in der für die Studentenbewegung wichtigsten Frage, nämlich der Form ihrer Interessenvertretungsorganisation, im HRG eine „Kannregelung" zu erwarten. Dies kommt nicht nur auf Landesebene — dort wo es keine Verfaßte Studentenschaft mehr gibt — einem politischen Kahlschlag gleich, sondern macht auch eine bundesweite Interessenvertretung der Studenten unmöglich — bei gleichzeitiger zunehmender Zentralisierung der Hochschulpolitik auf Bundesebene.

Mit der Zerstörung der verfaßten Interessenorgane einher geht die zusätzliche Entpolitisierung der Studenten durch ein Ordnungsrecht.

Um die aktuelle Diskussion um das HRG und ihre bisherigen Resultate sinnvoll beurteilen zu können, muß das Dilemma staatlicher Politik im Bildungssektor skizziert werden. Die Bundesregierung erhebt den Anspruch, zwei große Ziele gleichzeitig zu verfolgen:

a) die Entfaltung menschlicher Fähigkeiten zu fördern, ihrer Emanzipation durch Herstellung von Chancengleichheit im Bildungsbereich und Eröffnung eines breiten Bildungsangebots zu dienen;

b) der öffentlich bewußt gewordenen Bedrohung wirtschaftlichen Wachstums durch gezielten Einsatz von Erziehung und Wissenschaft mit Hilfe verstärkter Planung, Investitionsbereitschaft und Einflußnahme des Staates zu begegnen.

Die vorangegangenen Ausführungen zur Autonomie der Hochschule wiesen jedoch schon darauf hin, daß die Steigerung der Effektivität des Hochschulbereichs bei gleichzeitiger Beibehaltung unseres gegenwärtigen Gesellschaftssystems zwangsläufig zu einer intensiveren Ausrichtung auf die kapitalistische Produktionsweise (z. B. berufliche Hierarchisierung — Verhinderung von echter Mitbestimmung; Konkurrenzprinzip — Verweigerung der Anerkennung kollegialer und solidarischer Arbeitsformen) führen muß und sich damit in Gegensatz bringt zu einer Ausbildung zum Gebrauch individueller Freiheiten, Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und — als deren Voraussetzung — der Fähigkeit, die eigene Lage in der Gesellschaft kritisch einzuschätzen, eigene Interessen zu artikulieren und dies durch geeignete Organisationsformen und Mitgestaltungsrechte in politische Entscheidungsprozesse auch wirksam einzubringen. Damit wird der Gegensatz zwischen egalitärem Anspruch und ökonomischem Zwang unüberwindlich, Bildungspolitik im Spätkapitalismus — will sie die Loyalität der Bevölkerung nicht gefährden — muß also zwischen diesen beiden Polen einen Kompromiß austarieren, einen Kompromiß, der eindeutig eine Resultante des Politisierungsgrades beider Kraftfelder ist.

Das öffentliche — auch das studentische — Interesse am Hochschulrahmengesetz, läßt trotz der Einsicht, daß größeres Engagement für fortschrittlichere Regelungen in diesem Gesetz unbedingt notwendig und teilweise auch nicht ohne Erfolgsaussichten wäre, zu wünschen übrig. Jedoch kommt das mangelnde Interesse am HRG nicht von ungefähr. Dies ist die Folge einer gezielten „Entthematisierungstaktik", bei der in bezug auf das HRG drei Varianten zu beobachten sind.

1) Die taktische Variante: Hochschulpolitik war thematisch solange „in",

wie die an den Hochschulen aufgetretenen „Unruhen" innerhalb der Bevölkerung Diskussionen verschiedenster Art auslösten. Für viele wurde es unverkennbar: die von den Studenten gestellten Fragen sowohl nach einer radikalen Reform der Institution Hochschule als auch des Studiums waren hochschulintern falsch gestellt; sie mußten im gesamtgesellschaftlichen Kontext beantwortet werden. Hochschulreform war zu einer Sache vieler geworden, weil sie der Startschuß für eine Gesellschaftsreform zu sein schien. Insofern hatte die Hochschulreform zu Beginn der SPD/FDP-Koalition Prüfsteinfunktion; an der Hochschulreform ließ sich die Reformierbarkeit der Gesellschaft schlechthin nachweisen, an der Hochschulreform wurde der Erfolg der Reformpolitik gemessen. Der Ausbildungssektor war im Bewußtsein der Bevölkerung zumindest ein gleichrangiger Politikbereich neben „Außenbeziehungen", „Verteidigung", „Gesundheit" etc. Staatliche Politik zog aus der Beschäftigung mit Bildung dahingehend taktischen Nutzen, als sie die dort aufgetretenen Unruhen aufgriff und ihr teils faktisch, teils durch den Nachweis des „nun geschieht ja etwas" die Grundlage entzog.

2) Die strategische Variante: Die im HRG anstehenden Reformen wurden lediglich in selektiver, in von vornherein ausgerichteter Weise für die breite Öffentlichkeit thematisiert. Bestimmte Kernprobleme (strategische Ziele etc.) blieben in der Diskussion ausgeklammert. So wich man einer grundsätzlichen, gesellschaftsbezogenen Analyse des Hochschulsektors aus. Das erläuterte Dilemma staatlicher Bildungspolitik im Spätkapitalismus zwischen ökonomischem Zwang und egalitärem Anspruch wurde total ignoriert. Fortschrittliche Bildungspolitik muß sich jedoch gerade als Teil einer von den Interessen der lohnabhängigen Bevölkerungsmehrheit bestimmten Gesellschaftspolitik antikapitalistischer Strukturreformen begreifen. Nur eine solche Bildungspolitik ist keine Flickschusterei, sie bleibt nicht stehen beim Herumkurieren an äußeren Erscheinungsformen der Bildungsmisere. Sie will diese aus den ökonomischen und politischen Widersprüchen unserer Gesellschaftsordnung erklären. Sie will verdeutlichen, daß diese Widersprüche nicht durch noch so perfektionierte Auslese und Lenkungsmechanismen im Ausbildungsbereich aufgehoben werden können. Fortschrittliche Bildungspolitik orientiert sich an einer gesellschaftlichen Planung, die sich nicht aus der privaten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel bestimmt. Sie ist vielmehr ausgerichtet an den Interessen der Bevölkerungsmehrheit. Eine solche Politik zeigt also einerseits die ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen auf. Damit werden gleichzeitig auch die Grenzen jener Bildungspolitik aufgezeigt, die diese grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen zumindest in ihrer politischen Praxis negiert. Fortschrittliche Bildungspolitik muß also die Auseinandersetzung um die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse offensiv führen. Andererseits erarbeitet diese Bildungspolitik Strategien und politische Aktionsformen, um die notwendigen Alternativen von der Basis her zu formulieren und diese in Zusammenarbeit mit den Betroffenen durchzusetzen. Eben diese Prinzipien wurden staatlicherseits nicht thematisiert. Stattdessen werden abgeleitete, unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen durchsetzbare Probleme ausführlich diskutiert:

— Schaffung von „Ruhe und Ordnung" an den Hochschulen durch ein strenges Ordnungsrecht;
— Lösung des „Bummelanten"-Problems durch die Einführung der Regelstudienzeit;
— Zurückweisung der Universitäten auf „ihre eigentlichen Aufgaben" durch ein größeres Repertoire an Maßnahmen zur Entpolitisierung vor allem der Studenten;

— Überwindung des Humboldtschen Bildungsideals durch ein undifferenziertes (nur im Prinzip ambivalentes) „training on the job".

3) Die bagatellisierende Variante: Indem staatliche Politik derartige Themenbereiche gefiltert und gerichtet aufgreift und die öffentliche Aufmerksamkeit und die Diskussionen mit den Betroffenen auf die eigenen Aktivitäten lenkt, kann sie nach einem Scheinabschluß der Probleme (allenfalls werden Teilprobleme gelöst, nie werden jedoch die kausalen Zusammenhänge gesehen) den Politikbereich „Hochschulbildung" in einer Prioritätenfolge wieder nachrangig einstufen bzw. einen Bereich gegen den anderen ausspielend erklären, nunmehr dürften die Interessen z. B. der Berufsschüler nicht mehr vernachlässigt werden. Eine wichtige Folge dieses „Entthematisierens" ist, daß die nach wie vor ungelösten Fragen dieses Bereichs, die vorher den Konfliktherd gebildet hatten, auf absehbare Zeit keine Chance mehr haben, das öffentliche Interesse auf sich zu ziehen. Das Thema HRG ist gleichsam „out of discussion". Die befriedende Legitimität stiftende Wirkung solcher Aktivitäten für das bestehende Gesellschaftssystem reicht völlig aus; man kann sich der „Beseitigung" anderer Konfliktquellen zuwenden.

Sich mit dem HRG auseinanderzusetzen heißt, sich mit dem allgemeinen gesellschaftlichen Bedingungsgefüge zu beschäftigen. Auch diese Auseinandersetzung muß demnach Bestandteil einer umfassenden Strategie sein, die die Auseinandersetzung auf die Kernfrage der Problematik zu lenken vermag: auf die Frage der politischen Macht, auf die Frage des Kräfteverhältnisses zwischen Lohnarbeit und Kapital. Die gesetzliche Verabschiedung des HRG im Parlament kann als solche nicht verhindert werden. Das HRG ist aber nicht nur ein Paragraphenwerk; es bedarf der praktischen Durchsetzung. Daran anzuknüpfen hat der Kampf zur Verhinderung der Durchsetzung rückschrittlicher HRG-Bestimmungen. Hierbei darf nicht übersehen werden, daß das HRG etappenweise durchgesetzt wird, bzw. schon durch die Länderhochschulgesetze durchgesetzt worden ist. Demnach kann die Auseinandersetzung mit dem HRG nicht an Lesungstermine im Bundestag gebunden sein. Diese Termine können lediglich Anlaß sein, breiter zu informieren, die Aktionen auf bestimmte, für die Studentenbewegung existentiell wichtige Regelungen zu orientieren und im übrigen auf konkrete Auseinandersetzungen vorzubereiten. Worauf die Studenten also Einfluß nehmen müssen und auch — bei entsprechenden Massenaktionen — erfolgreich können, sind Einzelbestimmungen, „Spitzen" im HRG, die abzumildern wesentlich günstigere Voraussetzungen für die Studentenbewegung bedeuten würden. Besonders zu erwähnen wäre hier die Erhaltung der Verfaßten Studentenschaft, die Verhinderung eines Ordnungsrechtes, die bundesweit verbindliche Sicherung der Öffentlichkeit der Gremien, die „Sozialbindung der Wissenschaft, die Anzeigepflicht der Drittmittelforschung, die Nichtbeteiligung von Arbeitgebervertretern an den Studienreformkommissionen und die Verhinderung des „Interviews" bei Studienanfängern.

Heinz-Hermann Storck

Über die aktuelle Bedeutung der Volksfrontidee und ihre Prinzipien

Von Reinhard Opitz

Unter dem Titel „Für eine Volksfront dieser Zeit. Prinzipien einer aktuellen Linken" hat Jean Améry in der „Frankfurter Rundschau" vom 10. August 1974 Überlegungen darüber veröffentlicht, welche Schlußfolgerungen für die Bundesrepublik aus der erfolgreichen Entwicklung der „Union populaire", des Bündnisses der französischen Linksparteien, zu ziehen seien. Dieses „Signal" aus Frankreich habe man „in Deutschland noch nicht in seiner ganzen Bedeutung erkannt". Die „Union populaire" habe bewiesen, „daß die eine und einzige Chance der Linken in einer breiten Volksfront besteht".

Tatsächlich muß heute ins Auge fallen, daß, während die Bundesrepublik unter dem Eindruck einer gegenläufigen Rechtswelle steht, in vielen anderen Ländern Westeuropas als reales Alternativmodell der Linken das breite Bündnis aller demokratischen Kräfte konkret erörtert und z. T. bereits, wie in Frankreich, in der einen oder anderen Form praktiziert wird. Der Sturz des Faschismus in Portugal und Griechenland, die Entwicklung in Italien, Frankreich, Großbritannien haben — vor dem Hintergrund verschärfter Krisenerscheinungen in allen kapitalistischen Ländern — die Alternativ- und damit die Volksfrontdiskussion in ganz Westeuropa stimuliert. In dieser Situation halten wir Jean Amérys Initiative für einen bedeutsamen Denkanstoß, der, gerade unter den Bedingungen eines wachsenden Rechtsdrucks in vielen Bereichen des politischen Lebens in der Bundesrepublik, von allen demokratischen Kräften in unserem Lande aufgegriffen und mit Blick auf die Möglichkeiten seiner politischen Verwirklichung erörtert werden sollte. Neben den nachstehenden Überlegungen von Reinhard Opitz zur Aktualität und zu den Prinzipien der Volksfrontidee veröffentlichen wir in diesem Heft weitere Stellungnahmen zu dem Appell „Für eine Volksfront dieser Zeit", dessen Wortlaut im Dokumentarteil abgedruckt ist. D. Red.

Jean Améry, der in Brüssel lebende Antifaschist und politische Zeitkritiker, hat kürzlich unter der Überschrift „Für eine Volksfront dieser Zeit. Prinzipien einer aktuellen Linken" in der „Frankfurter Rundschau" thesenartige Überlegungen zur Diskussion gestellt, die speziell an die Linke der Bundesrepublik adressiert sind. Ihr Tenor: Was sich in Frankreich mit der Konstitution und dem außerordentlichen Wahlerfolg der „Vereinigten Linken" ereignet habe, weise ungeachtet der unbestrittenen Situationsunterschiede und der aus ihnen resultierenden geringeren Augenblicksaussichten grundsätzlich auch der Linken der Bundesrepublik — so wenig sie es selbst vielleicht schon bemerkt haben mag — den Weg. Die Tatsache, daß die französischen Linken fast 50 Prozent der Wählerstimmen auf sich zu vereinen vermochten, bedeute das historische Signal „für eine neue Konstitution der Linken in den fortgeschrittenen Industrieländern" nach deren Vorbild, weil sie bewiesen habe, „daß die eine und einzige Chance der Linken in einer breiten Volksfront besteht." Sich fähig zu machen, auf diese Chance hinzuarbeiten, erfordere allerdings eine „Erneuerung linken Denkens und Handelns", mit der das „Ende der linken Vorstellungswelt, wie sie seit 1965 bis heute die Situation bestimmte, ... gekommen" sei. Améry plädiert für ein solches Umdenken.

Dieser Aufruf erreicht unsere Linke in einer Situation, in der ihr nichts weniger real erscheinen dürfte, als eine Volksfrontentwicklung nach französischem Muster in der Bundesrepublik für möglich zu halten, und in der überdies vielen ihrer Gruppen auch selber nichts weniger im Sinne liegt als eine solche Entwicklung.

Amérys Appell ist dennoch völlig berechtigt, und zwar gleich aus vierfachem Grunde.

Erstens deshalb, weil eine Volksfront natürlich seit jeher die einzige politische Kräftekonstellation ist, von der sich eine Realisierung der wesentlichen demokratischen Forderungen der Linken erwarten läßt. Wenn es richtig ist, daß die Forderungen der Linken die Interessen der nichtmonopolistischen Gesellschaftsmehrheit zum Inhalt haben und die Linke daher die demokratische Richtung in unserer Gesellschaft darstellt (weshalb man sie besser das demokratische politische Potential nennen sollte), dann kann auch immer nur eine aus den politischen Kräften demokratischer Richtung gebildete Volksfront die geeignete Form der Durchsetzung dieser Interessen sein.

Zweitens deshalb, weil es nun aber auch tatsächlich in den heutigen monopolkapitalistischen Ländern für die demokratischen Kräfte gar keine andere Aussicht gibt, auf die politischen Entscheidungen und die inneren Verhältnisse in ihren Staaten einen bestimmenden Einfluß zu gewinnen, als, wenn überhaupt, dann auf dem Wege einer derartigen Volksfrontentwicklung.

Drittens jedoch, weil solche Volksfronten, sieht man nur einen Augenblick von der Bundesrepublik auf und ins übrige Westeuropa, keineswegs ein Phantom, sondern die schon überall durch die Risse der politischen Monopolherrschaft hindurchschimmernde, paratstehende Alternativrealität sind. Man sehe, außer Frankreich, Italien, man sehe Portugal, man frage sich, was einem Sturz des spanischen Faschismus folgen müßte. Die Volksfront hat sich längst für ganz Westeuropa zur einzig aktuellen Alternative der gegebenen politischen Machtverhältnisse entwickelt, und zumindest indirekt oder ex negativo bestätigt das westeuropäische Monopolkapital täglich, daß es in ihr eine für ganz Westeuropa ernstzunehmende — und dementsprechend von ihm in internationalem Maßstab bekämpfte — Gefahr sieht. Denn was bedeuten die verschärften Aktionseinheitsverbote in der Bundesrepublik, die sich in der Ausschlußpraxis der systemkonformen Parteien wie in der Berufsverbotspolitik niederschlagen, wenn nicht einen intensivierten Kampf gegen die — also offenbar auch bei uns gegebene — Volksfrontmöglichkeit? Und was bedeutet es, wenn der außenpolitische Fraktionssprecher der SPD, Bruno Friedrich, gegenüber dem Sekretär der Portugiesischen Sozialistischen Partei, Rui T. Hotta, zum Ausdruck bringt, daß seine Fraktion das Maß ihrer Hilfe für die portugiesische Schwesterpartei davon abhängig mache, inwieweit diese sich aus dem Volksfrontbündnis mit den Kommunisten löse? Es bedeutet, daß die politischen Kräfte des Monopolkapitals den Kampf gegen die Volksfront heute über die nationalen Grenzen hinweg führen wie gegen eine gesamtwesteuropäische Gefahr, und sie haben nicht unrecht damit, denn etwa gleichzeitige Volksfrontregierungen in Frankreich, Spanien, Portugal und Italien könnten für die übrigen Länder Westeuropas keinesfalls ohne Folgen sein. Die zur Zeit in der Bundesrepublik zunehmend schärfer geschliffenen Schneidinstrumente zur Zertrennung sich immer wieder an der Basis von SPD und Gewerkschaften anbahnender Aktionseinheiten könnten jedenfalls schwerer und am Ende überhaupt nicht mehr ohne das akute Risiko einer nur desto größeren Beschleunigung der unerwünschten Prozesse angewandt werden, wenn sich der Trend zur Volksfront in den wichtigsten anderen westeuropäischen Staaten fortsetzt.

Dann aber ist, viertens, wenn das alles richtig ist, die Diskussion der Volksfrontidee in der Bundesrepublik in allererster Linie für die eigene politische Entwicklung der demokratischen Kräfte wichtig. Sie ist dann das entscheidende Ferment in deren politischem Reifungsprozeß, und dann allerdings kann es überhaupt keinen inaktuellen Zeitpunkt für ihren Beginn geben. Volksfronten sind immer nur über ständige innerlinke Diskussionen über die Volksfront zustandegekommen, und in diesen Diskussionen haben sich immer wieder verschiedenste demokratische Potentiale aus sektiererischen Anfangsengen zur Volksfrontfähigkeit vorangentwickelt. Die Volksfrontdiskussion ist in gewisser Weise eine Dauerinstitution im demokratischen Oppositionsbildungsprozeß, denn das demokratische Potential rekrutiert sich fortwährend aus bis gestern noch apolitischen Schichten neu, und die als linke Protestgruppen zu ihm stoßenden jungen Kräfte bedürfen dieser Diskussion jeweils wieder neu für sich als der Schule, durch die sie hindurchmüssen, um vom emotionalen Spontaneismus zum politischen Realismus zu gelangen. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß das Erfassen der Volksfrontidee durch linke außerparlamentarische Gruppen und selbst eine unter ihnen hergestellte Aktionseinheit noch keine Volksfront macht. Von einer solchen kann sinnvollerweise immer erst dann gesprochen werden, wenn das Kernkriterium der Volksfront, die Zusammenarbeit von Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Kommunisten, erfüllt ist. Unter den Bedingungen von Aktionseinheitsverboten seitens der sozialdemokratischen Organisationsspitzen kann aber nur von solchen volksfrontmäßig strukturierten Aktionskernen außerhalb dieser Organisationen aus die Aktionseinheitsdiskussion in sie übergreifen. Einer vorbildhaft volksfrontorientierten Praxis der von ihnen unabhängigen demokratischen Potentiale kommt also die entscheidende Auslöserfunktion für alle weiterreichenden Volksfrontentwicklungen zu.

Deshalb aber ist nun auch Amérys Feststellung richtig, daß es zur Einleitung solcher Entwicklungen eines Umdenkens in der Linken der Bundesrepublik bedarf, das das Ende der seit 1965 bei vielen ihrer Gruppen dominierenden Vorstellungswelt bedeuten würde. Sicher nicht zufällig nennt Améry das Stichdatum 1965 und sicher noch weniger zufällig fällt in diesem Zusammenhang der Name „Neue Linke". Denn die Jahreszahl 1965 bezeichnet zwar einerseits den Beginn des allgemeinen Linksaufschwungs in der Bundesrepublik, von dem Améry an einer anderen Stelle seines Aufrufs bezeugt, welche bleibend positive Bedeutung auch für alle künftigen Entwicklungen er ihm beimißt. Doch zugleich bezeichnet die Zahl 1965 eben auch das Jahr, in dem an die Spitze dieses Aufschwungs als sein ideologischer Sprecher die sich weithin mit ihm selbst verwechselnde, weil von ihm hochgeschleuderte „Neue Linke" trat, deren gemeinsames Merkmal — so sehr sie sich bald in diverse Richtungen auseinanderentwickelte — darin bestand, daß sie ihren voluntaristischen Studenten-Sozialismus als das „Neue" empfand, daß sich von dem, was sie etwas mitleidig die „alte" Linke nannte, als das Zukunftsträchtige, die Massenrevolutionierung Ermöglichende abhob und sie transzendieren sollte. Das „Neue" bestand freilich bei genauerem Hinsehen nur darin, daß die klassischen Theorien und die zu strategischen Regeln gewordenen Erfahrungen der „alten" Linken wieder einmal mit allerlei altbekannten Subjektivismen vermengt wurden, sei es mit Rückgriffen auf den Anarchismus, den Aktionismus, die blanke Philosophie des Aufstands, den Existentialismus oder die kritische Theorie, mit der Deutung politischer Systemerscheinungen aus der „sexuellen Repression" oder auch reinen Hippie- und Ausflipp-Philosophien. Die Folgen zählt Améry auf: Revolutionsfetischismus, Verirrung in die „große Weigerung", illusionäre Übertragung der Verhältnisse der dritten Welt

auf die Verhältnisse Westeuropas und der USA, abwegiges Hoffen auf das Überspringen eines Revolutionsfunkens von dort nach hier, endlose spekulative Theorie-Praxis-Diskussionen ohne den mindesten Praxisbezug, Vorbeireden an der wirklichen Mehrheit des Volkes mit einem neomarxistischen Vokabular, das zwar eine abstrakte „Masse" beschwört, doch den konkreten Arbeiter und seine Probleme hier und heute übersieht usw. usw. Man könnte noch hinzufügen: nur mühsam hinter dem proletarischen Vokabular verborgene Ansprüche auf studentisch-intellektuelle Führerschaft der zur Ausbildung von Klassenbewußtsein angeblich nicht mehr fähigen Arbeiterschaft, oder auch Provokation linker Jugendlicher zu Aktionen, die absehbar nur darin enden konnten, daß die Staatsgewalt sie niederschlägt und sich zugleich die Bevölkerung von diesen Linken abwendet und der Staatsgewalt zukehrt, weil sie wildem Aktionismus nicht zu folgen vermag.

Ein weiteres durchgängiges Merkmal dieser Gruppen der „Neuen Linken", das alle ihre sich in Rivalitätshaß gegeneinander verselbständigten Richtungsvarianten kennzeichnet, war und ist aber ihre kategorische Zurückweisung und offensive Bekämpfung der Volksfrontidee, die sie als die Inkarnation der Strategie der „alten" Linken mit geradezu verbissener Leidenschaft zu Revolutionsverrat, Revisionismus usw. stempeln. Schon aus logischen Gründen kann daher Améry nur zugestimmt werden, wenn er die Überwindung der politischen Vorstellungswelt dieser „Neuen Linken" als die Bedingung der Möglichkeit ihrer Volksfrontorientierung ansieht. Prinzipielle Volksfrontfeindschaft schließt eine politische Gruppe allerdings automatisch aus dem Kreis der möglichen Volksfrontpartner aus.

Doch es muß Améry darüber hinaus auch aus einem politischen Grunde Recht gegeben werden. In einem Aufsatz über den sich neuerlich immer bemerkbarer machenden „Neokonservativismus" hat er mit photographischer Exaktheit geschildert, daß sich gegenwärtig viele Menschen „humanen linken Weltgefühls" von neokonservativer Welle und Chaotismus der äußersten Linken eingekreist fühlen und wie über dieser Einkreisung dem „linksschlagenden Herzen ... die Blutzufuhr abgeschnitten" wird. Dieses Bild trifft die gegenwärtige Situation genau, und Améry hat auch recht, wenn er einen inneren Zusammenhang zwischen dem augenblicklichen Vormarsch des Neokonservativismus und den „Desperado-Kommandos" des Chaotismus sieht. Dieser Zusammenhang aber beginnt nicht erst mit den sichtbaren Wirkungen der absurden Aktionen des Chaotismus in der Bevölkerung, sondern natürlich schon vor allem spektakulären Polit-Pop etwa mit einem noch ganz unbekannten Berliner FU-Studenten namens Rudi Dutschke, der im Seminar Stirner gegen Marx verteidigt, beginnt mit denjenigen Studentenkreisen, die Bakunin wiederhervorholten, denen, die Existentialismus und Marxismus miteinander verbinden wollten, beginnt mit den marcusianisch aktivierten Frankfurter Adorniten usw. usf. Daher also ist es auch politisch richtig, zu sagen: das können wir auf dem Wege in die Volksfront nicht gebrauchen, das muß überwunden werden, sonst wird es keine Entwicklung der demokratischen Bewegung geben können, die die sich jetzt vor dem linken Chaotentum erschreckt zurückziehenden Potentiale zurückgewinnen und vor allem in die breiten, vorerst noch gar nicht linken Potentiale vorzustoßen vermag.

Da wir nun wissen, daß all diese theoretischen Verirrungen in einen subjektivistischen Revolutionarismus ja aber nicht individuellem Denkunvermögen zugeschrieben werden können, sondern charakteristische Etappen der politischen Bewußtseinsbildung von bestimmten sozialen Ausgangspunkten aus sind, liegt

auch auf der Hand, daß es sich bei diesem notwendig werdenden Umdenken nicht um etwas handelt, was sich durch Appelle an den einfachen praktischen Menschenverstand, sondern nur auf dem mühseligen Wege der fortwährenden theoretischen und praktischen Auseinandersetzung mit diesen subjektivistischen Richtungen erreichen läßt. Tatsächlich hat sich ja vermittels derartiger Auseinandersetzungen im Verlaufe der vergangenen Jahre durchaus eine Linke herausgebildet, die weder dem Chaotismus verfallen noch auch für die jetzige neokonservative Welle anfällig ist. Sie ist der eigentliche Gewinn, der aus den Aufschwungsjahren bleibt und als aktiver Faktor auch in kritischeren Perioden fortwirkt. Diese stabile und realistische Linke aber hat zu dem, was sie heute ist, eben nur dadurch werden können, daß sie sich durch Diskussionen und mühselige Erkenntnisprozesse zu einem realistischen Verhältnis zur Politik durchgerungen hat. Also könnte Améry, wenn er von der Notwendigkeit einer „Erneuerung linken Denkens" spricht und damit vor allem auch, wie zu erwarten wäre, die intensivierte theoretische Auseinandersetzung innerhalb der Linken um ein realistisches Politikverständnis meint, nur voll zugestimmt werden.

Aber ist es so von ihm gemeint? Durch Amérys Argumentation zieht sich ein zweiter Faden, dem wir nicht folgen können. Es scheint, als sei für ihn die Alternative zu den chaotischen politischen Theorien der Linken nicht so sehr das Bemühen um eine wirklichkeitsadäquate theoretische Erfassung der Gesellschaft und ihrer politischen Vorgänge als der notwendigen Voraussetzung für realistische politische Praxis, sondern eher die Abkehr von der Theorie überhaupt und die Hinwendung zu einem gewissen Pragmatismus. Durch seinen gesamten Aufruf klingt ein leicht abwehrend-geringschätziger Ton gegenüber Theorie. Etwa: „Der verhängnisvolle Intellektualismus, der in Deutschland philosophiegeschichtlich aus dem deutschen Idealismus des 19. Jahrhunderts ableitbar ist, muß abgelöst werden durch eine Pragmatik, die freilich . . . nicht ihr eigenes Ziel werden darf. . . . " Oder: „Ist . . . , um die Linke wieder zu sich selbst zurückzuführen, . . . eine widerspruchsfreie Gesellschaftstheorie die wichtigste Voraussetzung? Ich antworte entschlossen und deutlich mit einem Nein. Die Linke ist mehr und anderes als ein theoretisches Gefüge." Es genüge ein „linkes Weltgefühl", das auch in der französischen Résistance ausgereicht habe und auf Grund dessen die Linken „besser präsent" gewesen seien, „denn sie es später als sich gegenseitig zerfleischende Theoretiker sein konnten." (Meint er wirklich, der Résistance lag kein Quentchen Theorie — etwa Volksfronttheorie — zugrunde?) Oder: Wenn eine Volksfront-Linke im Falle einer Wirtschaftskrise in ihre Bewährungsprobe komme, dann werde nicht mehr Zeit sein, „sich an dialektischen Akrobatien zu ergötzen".

Dieser leicht antiintellektualistische Ton kontrastiert seltsam zum Einstieg, den Améry für seinen Aufruf wählt, und auch ein wenig zu seinem Humanismusbekenntnis (da sich Antiitellektualismus oder Theoriefeindlichkeit ja wohl nie gut mit diesem verträgt). „Die Linke", sagt Améry auf einmal, „ist Wirklichkeit in ihrer Praxis, nicht in ihrer Dogmatik." Das ist ein geschliffener Satz, aber ein falscher. Als wenn die Möglichkeit theorieloser politischer Praxis etwas anderes wäre als ein dogmatisches Märchen. Hatte Améry nicht selbst zu Beginn seines Aufsatzes im Negativen die praktische Bedeutung der Theorie geschildert? Kann aber das Korrektiv politisch irreführender Theorien jemals in etwas anderem als in realistischen, der Wirklichkeit und den Interessen derer, denen sie dienen sollen, gemäßen Theorien bestehen?

Diese kleinen Unvereinbarkeiten in Amérys Argumentation könnten nun aber etwas zu tun haben mit einer ganz bestimmten Vorstellung von Volksfront. An

derjenigen Stelle, an der Améry sagt, der „erste Schritt" zum erforderlichen neuen linken Denken und Handeln müsse „die Preisgabe vulgärmarxistischer wie intellektuell-neomarxistischer Terminologie" sein, ließe sich diese Forderung noch im Sinne einer Manöverkritik an volksfremdem Auftreten der Linken lesen, auch wenn man sich als notwendigen ersten Schritt zur Ermöglichung einer Volksfrontentwicklung Substantielleres vorstellen könnte als terminologische Retuschen. Aber geht es hier wirklich allein um die Terminologie? Schon etwas später heißt es: „So wird etwa die Frage des Marxismus überhaupt zur Diskussion gestellt werden müssen. . . . Das Marx-Tabu wird wohl fallen müssen. . . . Es kann nicht schaden, so meine ich, wenn die Linke sich einläßt mit Theorien, die den Marxismus innerhalb einer linken Zusammenschau zu überwinden versuchen." Oder, gegen Ende des Aufsatzes: Der Marxismus „müßte dann allerdings intellektuelle Opfer bringen, die in jedem Vollmarxisten heute noch Abscheu erwecken."

Das ist zweifellos etwas ganz Anderes als nur eine Preisgabe vulgärmarxistischer oder neomarxistischer Phraseologie, der in der Tat niemand nachzuweinen brauchte. Da aber Améry ihre Preisgabe den ersten erforderlichen Schritt der Umorientierung genannt hatte und nun diese weit darüberhinausgehenden Forderungen folgen, ist natürlich nicht auszuschließen, daß ihm diese Forderungen auch schon bei der ersten Formulierung mit vor Augen standen und das Ganze daher so gelesen werden könnte: der erste Schritt zur geistigen Vorbereitung der Volksfront habe darin zu bestehen, daß die Marxisten vom Marxismus lassen bzw. wenigstens die Bereitschaft zeigen, sich auf den Weg seiner Überwindung zu begeben. Und damit allerdings wären wir im Zentrum der Frage nach den Prinzipien der Volksfront.

Zunächst einmal muß festgestellt werden, was an Amérys Forderungen nicht strittig ist. Daß auf dem Wege in eine Volksfront, und auch nachher in ihr, über den Marxismus diskutiert werden soll, ist nicht nur selbstverständlich, sondern auch ganz unvermeidlich. Es kommt in allen Volksfronten zu solchen Diskussionen, sie gehören geradezu zu deren Normalbild, und dies deshalb, weil es das Strukturmerkmal von Volksfronten ist, aus demokratischen Kräften verschiedenen ideologisch-theoretischen Standorts zu bestehen, die gar nicht umhin können, sich beim Versuch, zu gemeinsamem Handeln zu finden, fortwährend mit ihren theoretisch verschieden begründeten Lagebeurteilungen und damit auch ihren Theorien als solchen und im Ganzen zu konfrontieren. In diesem Sinne also ist auch der Marxismus in der Volksfront fortwährend „zur Diskussion gestellt". Améry meinte das Wort „zur Diskussion-Stellen" aber wohl mehr in der Bedeutung „zur Disposition stellen", und zwar in dem Sinne, daß die Marxisten den Marxismus bei sich selbst zur Disposition stellen müßten. Nur so ist schließlich die Formulierung, daß das „Marx-Tabu" fallen solle, zu verstehen. Denn mit dieser Formulierung können ja nur irgendwelche eigentlich näher benennbaren sachlich-theoretischen Meinungsdifferenzen Jean Amérys mit den Marxisten umschrieben sein. Zur Bedingung einer Volksfront aber zu machen bzw. es zu einem notwendigen Wegschritt auf sie hin zu erklären, daß einer der künftigen Volksfrontpartner zuvor erst einmal eine bestimmte, für ihn richtungskonstitutive sachlich-theoretische Position aufgeben müsse, ist allerdings prinzipiell volksfrontwidrig. Denn dadurch würde das Wesen der Volksfront, die Zusammenarbeit verschiedener autonomer politischer Kräfte, in ihren Subjekten aufgehoben und aus der Volksfront tendenziell eine Art ideologisch integrierter Volkspartei werden.

Selbstverständlich kann es, wie Améry dies wünscht, auch überhaupt nicht schaden, „wenn die Linke sich einläßt mit Theorien, die den Marxismus innerhalb einer linken Zusammenschau zu überwinden versuchen ...". O, es kann nicht nur nicht schaden, es wird auf dem Wege sich intensivierender Zusammenarbeit verschiedener Richtungen sogar immer dringlicher werden, sich mit äußerster Aufmerksamkeit auf solche Theorien einzulassen, denn im Volksfrontklima gedeihen sie gewöhnlich besonders gut. Sie werden aufs gründlichste unter die Lupe zu nehmen sein. Nur, so hat es Améry wohl wieder nicht gemeint, sondern auch hier eher an die Annäherung der Marxisten an ein in seinem Kopf schon präjudiziertes Ergebnis der Marxismus-Überprüfung gedacht.

Damit ist natürlich noch gar nichts darüber gesagt, ob Améry nicht vielleicht recht hat mit derartigen Forderungen. Ihm schwebt offenbar ein etwas anderes Volksfrontmodell als das bisherige vor, und es muß geprüft werden, ob unsere Zeit nicht womöglich ein neues Modell braucht. Tatsächlich muß das Amérysche auf den ersten Blick viel überzeugender erscheinen. Denn jedem leuchtet spontan ein, daß es eine unsäglich mühseligere Sache ist, eine aus theoretisch- ideologisch inhomogenen Partnern bestehende Volksfront zu gemeinsamem Handeln zu bringen, als etwa eine, deren Partner sich auf eine Art gemeinsamen theoretischen Boden gestellt haben. Alles, was Améry in seinem Aufruf zu den Prinzipien der Volksfront ausführt, deutet darauf hin, daß ihm mehr eine Volksfront im letzteren Sinne vorschwebt, also eine, die als ein Prozeß der allmählichen ideologischen Integration der verschiedenen Linkskräfte konzipiert ist. Von hier aus würde dann plötzlich verständlich, warum er eine gewisse Theorie-Aversion an den Tag legt und für Pragmatismus plädiert. Denn ein gemeinsamer Boden, auf dem sich die von verschiedenen theoretischen Ausgangspositionen her in die Volksfront hineinwachsenden Richtungen unter Abstreifung ihrer kontroversen Theorie-Positionen treffen könnten, könnte allerdings immer nur eine Ideologie des linken Pragmatismus sein.

Man könnte das von der Arbeiterbewegung entwickelte Volksfrontmodell das kooperative, das von Améry intendierte das integrative Volksfrontmodell nennen. Wie sehr es aber eine Illusion bleiben müßte, zu hoffen, es könne sich durch eine Art Theorienintegration eine gesamtlinke Theorie herausbilden statt einer bloß theorielos gewordenen Linken, zeigt am besten die eine Stelle in Amérys Aufruf, in der er zu skizzieren versucht, wie er sich eine solche Theorieangleichung vorstellt: „Philosophisch ausgedrückt: es würde sich darum handeln, geistige Kräfte, die auf den kritischen Rationalismus sich stützen, zu verbünden mit jenen, die ihre Dynamik aus dem Marxismus beziehen. Dieser müßte dann allerdings intellektuelle Opfer bringen ... (folgt die bereits zitierte Stelle). Der kritische Rationalismus (oder Positivismus) würde seinerseits auf jenen Quietismus zu verzichten haben, der ihm in den Nachkriegsjahren den Ruf eines Rechtfertigers des Status quo eingetragen hat." Eben das ist eine absurde Arithmetik. Was dabei herauskommt, ist nicht irgendeine höhere Theorie, sondern nur die Abdankung der Theorie überhaupt.

Es soll nun aber gezeigt werden, weshalb Theorie ein strukturelles Erfordernis jeder Volksfront ist und wie aus diesem Erfordernis wiederum die Notwendigkeit der kooperativen — und also nicht integrativen — Volksfront-Konzeption resultiert. Dazu bietet sich folgendes Demonstrationsbeispiel an:

Seine schon mehrfach zitierte Stelle, in der er der Linken rät, sich auf den konstruktiven Versuch einzulassen, „den Marxismus innerhalb einer linken Zusammenschau zu überwinden", setzt Améry mit dem Nachsatz fort: „... wie dies

etwa der belgische sozialistische Theoretiker Hendrik de Man in der Zwischenkriegszeit mit seinem Werke ‚Zur Psychologie des Sozialismus' versuchte. Reformieren, re-formare, umgestalten, neugestalten, das ist ja schließlich das strikte Gegenteil reaktionären Verhaltens."

Hendrik de Man? De Man war einer der Ersten, die eine psychologische Deutung von Sozialismus und Faschismus versuchten. Stark geprägt von neukantianischen Positionen, kritisierte und korrigierte er den Marxismus dadurch, daß er die „neuen Massenbildungen im kapitalistischen Zeitalter" in Anlehnung an Adler aus der Kategorie der „Angst" ableitete und die Führer der Massen als die Vermittler zwischen ihrer Angst und den ihnen von ihr Erlösung verheißenden Zielen deutete. Was war die Folge? Die Figur des Führers gewann bei De Man magische Größe, sie verwandelte sich bei ihm in das Medium, durch das sich das vollzog, was er „die Fleischwerdung des Geistes", die „Verwandlung von Geist in Macht im Zeichen der Aktion" nannte. Eine solche Transsubstantiation aber hielt er wiederum nur für möglich, wenn der Führer den nach seiner Ansicht in den Massen wirksamen „politischen Triebkräften", nämlich ihrem „Drang zur Utopie", ihrem Bedürfnis nach „rückhaltloser Kritik der Institutionen", „offensiver Aggressivität" und „Führerpersönlichkeiten" entspräche. Er kritisierte daher die vorhandenen sozialistischen Parteien der Zeit vor 1933 von der Seite her, daß er ihnen vorwarf, diesen vom deutschen Nationalsozialismus sehr wohl angesprochenen Elementen, die er die „positiven Werte ... im Nationalfascismus" nannte, nicht ebenfalls entgegenzukommen und verlangte von ihnen, sich in dem Sinne zu „reformieren", daß auch sie sich auf die stimulierende Kraft der Utopie besännen und dementsprechend in Zukunft den Massen nicht nur eine solche mitreißende Utopie, sondern auch die Befriedigung ihres Bedürfnisses nach „mehr Führerpersönlichkeiten" böten, indem sie eben viel mehr mit „suggestiven, sinnbildlich wirkenden Führerpersönlichkeiten" vor sie träten. Diese Reformtheorie, die nur eine linke Spielart der damals verbreiteten Führerideologie war, führte den prominenten Sozialisten De Man ab 1939 in die direkte Kollaboration mit dem deutschen Faschismus nach dessen Einmarsch in Belgien, für die er nach der Befreiung Belgiens in Abwesenheit verurteilt wurde. Nicht immer muß sich eine Theorie so konsequent wie in diesem Falle in der Biographie des Theoretikers vollenden. Aber wohin sie tendiert, was ihre letzte praktische Konsequenz wäre, ist immer schon ihrem Ansatz — und war auch De Mans Ansatz, noch ehe die philofaschistischen Züge deutlicher aus ihm hervortraten — anzusehen.

Und eben dazu braucht man Theorie. Die Volksfront braucht sie, um davor geschützt zu sein, solchen Reformtheorien aufzusitzen. Sie hat zu operieren in einer Zeit, in der ihr, wie Améry richtig sagt, nichts anderes möglich ist, als eine Strategie der Durchsetzung demokratischer Reformen zu verfolgen. Aber wer sagt ihr angesichts der zahllosen Reformkonzeptionen, die ihr in einer solchen Zeit von den verschiedensten interessierten Seiten nahegelegt werden, was eine tatsächlich demokratische Reformstrategie und was vielleicht doch nur der klassische — die bestehenden Machtverhältnisse also nur stabilisierende — Reformismus ist? Dazu braucht sie Theorie. Wie entscheidet sie, mit welchen Mitteln und in welchen Bündnissen sich solche Reformen erkämpfen lassen? Dazu braucht sie Theorie.

Dann aber müssen auch alle ihre Mitglieder theoretisch autonom sein. Denn nur dann ist die rückhaltlose Prüfung jeder konzeptionellen Empfehlung und jeder Reformtheorie bis in ihre jeweils verborgensten praktischen Konsequenzen in

aller Öffentlichkeit möglich. Durch solche Auseinandersetzungen zerfällt die Volksfront nicht, sondern sie wächst und festigt sich durch sie. Eine sich auf einen Theorien-Verschnitt als ihre gemeinsame Plattform einigende und in diesem Maße theoretisch integrierte Volksfront hingegen ist notwendig für jedweden Reformismus im klassischen Sinne anfällig, denn sie wäre eine des Immunstoffs gegen Reformismus beraubte entideologisierte Linke, die keine andere Perspekvite hätte, als in einem zweiten Godesberg zu enden.

Nicht die Kennzeichnung der potentiell einer Volksfront zugehörigen Kräfte durch das nur vage Kriterium „linkes Weltgefühl" kann der Kritik unterliegen, sie hat im Gegenteil etwas geradezu Exakt-Volksfrontgemäßes, da in der Tat alle politischen Formationen, die auch nur aus gefühlsmäßigem humanistischem Instinkt für demokratische Positionen Partei nehmen, in eine Volksfront gehören. Aber die Reduktion der Volksfrontpartner auf ein solches linkes Weltbewußtsein, d. h. etwa eine volksfrontinterne Verpönung profiliert ausartikulierter richtungsspezifischer Positionen im Namen eines den theoretischen Frieden gewährleistenden linken Pragmatismus, könnte nur der Tod der Volksfront selbst sein. Denn Pragmatismus ist gerade für aufrichtiges linkes Weltgefühl kein möglicher Standort, er ist der Königsweg von Helmut Schmidt. Für das linke Weltgefühl liegt die Garantie, in der Volksfront mit sich selbst identisch zu bleiben, nur in deren kooperativer, d. h. die theoretische Autonomie aller ihrer Mitglieder voll wahrender Struktur.

Das hat auch etwas mit dem Humanismus zu tun. Denn aus einem humanistischen Menschenbegriff läßt sich unmöglich die Würde des erkennenden Menschen eliminieren, weshalb es seit Jahren eines der schmählichsten Schauspiele in der Bundesrepublik ist, daß gerade auf Erkenntnisfortschritte junger Leute Sanktionen ausgesetzt sind und mit der Politik der Berufsverbote nunmehr ausgesprochene Erkenntnisverbote gegenüber angehenden Lehrern ausgesprochen werden, die dadurch vor die Wahl gestellt sind, entweder Lehrer sein oder in menschenwürdiger Übereinstimmung von Erkenntnis und öffentlich gesprochenem Wort leben zu dürfen. Es versteht sich, daß es unausdenklich wäre, wenn etwa dann auch in der Volksfront, auf deren Verhinderung alle diese Verbotsmaßnahmen doch letzendlich nur erzielen, solche Erkenntnisverbote bestünden. Aber es kann keinen Zweifel daran geben, daß in dem Augenblick, in dem die kooperative Struktur der Volksfront durch eine auch nur tendenziell integrative ersetzt würde, sich ganz unvermeidlich eine solche Entwicklung einstellen müßte. Denn es ist doch nur ein frommer Glaube, daß etwa eine Position des Pragmatismus, sozusagen der programmatischen Theorielosigkeit, eine undogmatische Position sei. Sie ist so dogmatisch wie jede andere, und als verbindliche Konsensposition für alle Volksfrontpartner wäre sie eine die Volksfront schlechthin absolut beherrschende und sie damit zerstörende Position. Nicht, um etwa auch nur einen Augenblick unterstellen zu wollen, Améry habe im Sinn, eine solche autoritative Stellung für seine eigenen Ansichten in einer Volksfront zu beanspruchen, wohl aber, um zu illustrieren, wohin es notwendig führen müßte, wenn auch nur irgendeine Position den Anspruch erhöbe, Konsensposition zu sein, sei einmal vorgeführt, was die Folgen einer Erhebung eben etwa der Ansichten Amérys zur theoretischen Plattform einer Volksfront wären.

In seinem Aufsatz über den Neokonservativismus legt Améry dar, was er unter der „Linken" versteht. Sie ist nach seiner Ansicht „stets wesentlich eine humane Idee", „Protest", „Elan", „der Widerstand und schließlich der Aufstand des Menschen gegen ein über ihn verhängtes gesellschaftliches Geschick", „der aus der Welt heraustretende und ihr sich kritisch gegenüberstellende Geist" gewesen und

habe immer Schwierigkeiten gehabt, selbst „Macht" zu werden. „Mag sein", fügt er an — und er vermerkt, er sei sich selbst noch nicht sicher, wage sich aber mit dieser These hervor —, „daß die Linke ihrem Wesen nach niemals Macht sein kann", weil sie als Macht „ihren fundamental kontestierenden, die Realität ständig in Frage stellenden Charakter" negiere. Sie verneine sich sowohl in der Machtausübung, weil sie in ihr nicht „sich selbst treu" bleiben könne, wie auch im Verzicht auf die Macht, weil sie dann ein bloßes „Gedankenspiel" bleibe. Dennoch sei „diese von logischer Problematik bedrohte Neinsage gleichsam ein Elementarspiel des humanum. Die negative Dialektik der Linken ist ihre raison d'être und ist auf paradoxe Weise die aussichtlose Chance der Gesellschaft."

Nun, das ist ideengeschichtlich nicht so neu, auf diesem Boden wuchs ja gerade Marcuses „große Weigerung", die Améry als Irrweg beklagt. Aber ein derartiger Begriff von der Linken hätte natürlich, als Maßstab für eine Volksfront „der Linken" und für die Beantwortung der Frage, was ihr zugehört und was nicht, handgreifliche Konsequenzen. Wenn eine zur Macht gelangende Linke aufhört, Linke zu sein, weil sie sich durch Innehaben der Macht negiert, dann dürfte überhaupt kein sozialistischer Staat möglich sein, der nicht im Augenblick seiner Geburt als Staat auch schon aufhörte, ein Staat der Linken zu sein. Und tatsächlich lesen wir bei Améry: „So ist es .. unmöglich, heute noch alle sich als sozialistisch deklarierenden Staatsgebilde dem Begriff ‚links' zuzuordnen. Die Sowjetunion ... kann schwerlich noch als staatliche Verkörperung linken Denkens angesehen werden ..." Man müsse sich daran gewöhnen, daß es „kein überzeugendes linkes Modell gibt" und „keine sich in staatlicher Form manifestierende Linke da ist."

Wenn es nun aber nach Amérys Ansicht keine sich in staatlicher Form manifestierende Linke gibt, wie müssen ihm dann diejenigen Linken erscheinen, die dies dennoch behaupten? Es liegt z. B. auf der Hand, daß sich kein Kommunist Amérys Standpunkt anschließen und dadurch mit sämtlichen sozialistischen Staaten desolidarisieren wird. Wenn er damit jedoch daran festhält, als links anzusprechen, was Améry gerade ausdrücklich nicht dafür ansieht, müßte das nicht zur Folge haben, daß Améry dann eben auch ihn nicht für links hält? Tatsächlich liegt hier zumindest nahe, daß auch er dann aus Amérys Begriff der Linken und damit seiner Konzeption von einer Volksfront der Linken herausfällt. Eine Volksfront ohne Kommunisten aber ist bekanntlich ihrem Begriffe nach keine Volksfront, für sie wäre, um Mißverständnisse zu vermeiden, ein anderer Name zu suchen. Doch die Sache geht noch weiter. Amérys Linksverständnis unterscheidet sich von dem in der Arbeiterbewegung üblichen dadurch, daß es das „Linke" nicht mit der Arbeiterklasse in Verbindung bringt, sondern auf eine anthropologische Konstante, das Freiheitsverlangen „des" Menschen, zurückführt. Entsprechend dieser anthropologischen Auffassung der linken Bewegung aber muß er natürlich deren marxistische Rückführung aufs Proletariat und die sich seiner Lage nähernden Schichten als ökonomistisch und dogmatisch empfinden. Demgemäß spricht er vom Klassenbegriff wie von etwas, von dem man endlich wegkommen müsse. So etwa, wenn er seinem Vorschlag, von „linkem Weltverständnis" zu sprechen, in Klammern die Begründung hinzufügt: „um endlich nicht mehr zu sagen: Klassenbewußtsein". Was aber bleibt vom Marxismus ohne den Klassenbegriff? Es ist schlüssig, daß man den Klassenbegriff nicht wegwünschen kann, ohne den Marxismus im ganzen wegzuwünschen. Daraus also erklärt sich wohl der im Aufruf geäußerte Wunsch, die Marxisten möchten sich darauf einlassen, ihn in einer linken Theorien-Synopse aufgehen zu lassen, und es kann sich auch nur daraus der Zorn erklären, der Améry überkommt, wenn er an die hinter uns

liegenden Jahre des Marxismus-Booms zurückdenkt, dem er offenbar keinerlei emanzipativen Wert beizumessen vermag. Er spricht vielmehr nur von der „nachgerade verödenden marxistischen Dogmatik und Exegese" und versteigt sich bis zu der Formulierung: „der in grimmem Ernst aus dem gestirnten Himmel der Geistesgeschichte herabblickende Marx war ebenso unantastbar, wie es vordem im Dritten Reich der offizielle Philosoph Alfred Rosenberg gewesen war."

Damit sollte nur gezeigt werden, daß eine auf der Basis irgendeines theoretischen Konsenses integrativ konzipierte Volksfront ein Ding der Unmöglichkeit wäre. Amérys Linksbegriff etwa, zu einer solchen Konsensplattform erhoben, würde jedes Zustandekommen einer Volksfront von vornherein ganz unmöglich machen. Sie müßte bei strenger Auslegung seines Linksbegriffs eine Volksfront unter Ausschluß der Kommunisten und mit Theorieverbot für alle Marxisten sein, das aber heißt, sie wäre von vornherein undenkbar. Umgekehrt aber, nämlich kooperativ konzipiert, hat sowohl Amérys Position wie die marxistische Position in ihr ihren *legitimen Platz, und die ihnen beiden garantierte vollständige theoretische* Autonomie wird ihr praktisches Zusammenarbeiten und auch die Überprüfung der Theorien an den Erfahrungen dieser Zusammenarbeit viel eher möglich machen als ein verordneter Pragmatismus.

Das Volksfrontthema wird aus Westeuropa nicht mehr verschwinden. Das bedeutet freilich nicht, daß sich deshalb in der Bundesrepublik in absehbarer Zeit eine Volksfrontentwicklung in etwa mit Frankreich oder Italien vergleichbarer Größenordnung erwarten ließe. Es hätte wenig Sinn, sich hier Illusionen zu machen. Nicht eine solche, von den entscheidenden Partei- und Gewerkschaftsführungen durch Vereinbarung untereinander herbeigeführte und zur realen Regierungsalternative werdende Volksfront kann heute und für die nächsten Jahre in der Bundesrepublik als möglich angesehen werden, da die in der gegenwärtigen SPD tonangebende und auch die Gewerkschaftsvorstände beeinflussende Führungsgruppe ja keineswegs aus mangelhaftem politischem Überblick, sondern aus *Richtungsgründen die Aktionseinheit bekämpft, d. h. eine ganz* bestimmte, für monopolkapitalistische Gesellschaften charakteristische politische Linie verkörpert, zu deren Wesensmerkmalen aktiver Antikommunismus und also auch Volksfrontfeindlichkeit gehört (weshalb sich nicht auf ihre „Umerziehbarkeit" setzen läßt).

Worum es aber schon jetzt in der Bundesrepublik geht und erst recht in Zukunft gehen muß, ist eine sich gleichwohl immer mehr ausweitende Zusammenarbeit der verschiedensten demokratischen Potentiale unter zunehmendem Einschluß von Gewerkschaftern und Sozialdemokraten in all den aktuellen Fragen, in denen die monopolkapitalistische Interessenpolitik mit den entgegengesetzten elementaren Interessen der Mehrheit der Bevölkerung zusammenstößt. Nur so kann, wenn sie von oben her nicht gewünscht wird, Volksfront schließlich von unten her vorbereitet werden. Und zu einer solchen Zusammenarbeit besteht nun allerdings auch ganz abgesehen von ihrer längerfristigen Perspektive aller unmittelbarer Anlaß.

Denn wir sind innenpolitisch in eine Phase eingetreten, in der die politische Rechte — eine neue, erweiterte Rechte, wie Améry sie richtig beschrieben hat — in die Offensive gelangt ist und im Augenblick Schlacht um Schlacht gewinnt. Sie empfindet diese Offensive durchaus als „Gegenoffensive" zum einstigen „Linkseinbruch", den sie in jahrelanger Propaganda zur überdimensionalen Gefahr hochstilisiert hat, und sie ist unverkennbar entschlossen, es nicht mit dem Ausgleich solcher Einbrüche sein Bewenden haben zu lassen, sondern jetzt die

Bundesrepublik möglichst definitiv, falls nur die Dynamik ihrer wiedergewonnenen Offensivkraft hierzu ausreicht, in einen Status rechts aller ihrer bisherigen Grundlagen zu überführen, von dem aus sich ähnliche Entwicklungen wie jene Ende der sechziger Jahre künftig schon kraft Konstitution ausschließen. Für die nie aufgegebene Absicht eines grundlegenden Verfassungsumbaus, die nach der Verabschiedung der Notstandgesetze erst einmal nicht weiter verfolgt wurde, sieht sie jetzt eine günstige Zeit heraufziehen, die Berufsverbotsgesetzgebung steht hiermit bereits in konzeptionellem Zusammenhang, und die kritischer werdende wirtschaftliche Situation wird die juristische Phantasie dieser monopoltreuen Rechten mit geradezu naturhafter Zwangsgewalt auf immer neue verfassungsrechtliche und maßnahmenstaatliche Möglichkeiten einer zum Vorteil des Monopolkapitals und zum Nachteil der breiten Bevölkerungsschichten ausschlagenden Krisenbewältigung bringen.

Das aber ist nicht alles, was sich für die nächste Zukunft abzeichnet und ein stärkeres Zusammengehen der demokratischen Kräfte notwendig macht. Auch das Friedens- oder Koexistenzthema ist ja in Europa noch keineswegs erledigt, so wenig Aufmerksamkeit ihm manche linke Gruppen in den letzten Jahren gewidmet haben. Schon allein das Stichwort MRCA gibt von den Dimensionen dieser Thematik und der Konflikte, die hier alle erst noch bevorstehen, eine Vorstellung. Und um nichts weniger unerledigt ist das Bildungsthema, das gesamte vielfächrige Thema der Sozialeinrichtungen, das Diskriminierungsthema usw. usw. Ferner leben wir gegenwärtig in einer internationalen politischen Periode, in der sich in der kapitalistischen Welthemispähre der Faschismus reaktualisiert, es zu neuen Faschismuserrichtungen und dabei zugleich zum immer deutlicheren Hervortreten der Regisseursrolle des internationalen Mnonopolkapitals kommt.

Das Monopolkapital, ob in diesem Fall oder in den zuvor erwähnten Fragen, tritt immer schärfer als der letztursächliche Gegenspieler von Demokratie, Sozialfortschritt, außenpolitischer Entspannung bzw. als die aktive Quelle, auf die alle gegen sie gerichteten politischen Bestrebungen und Bewegungen zurückgehen, in den Blick. Daher auch der demokratische Grundduktus und die Bedeutung des demokratischen Engagements in der Mitbestimmungsbewegung, gerade angesichts der Versuche, ihre Spitze zu verbiegen.

In all diesen aufgeführten Punkten hat nun aber das humanistische Gewissen der demokratischen Kräfte unserer Gesellschaft ja auch immer tatsächlich reagiert, zu all diesen politischen Kampffragen haben sich Initiativkreise, Aktionskomitees, gruppenübergreifende problembezogene Bewegungen, also Aktionseinheiten, gebildet, in denen Zusammenarbeit von Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, Kommunisten und anderen demokratischen Kräften stattfindet und sich somit Volksfront praktisch vorformt. In einer dieser Aktionseinheit praktizierenden Initiativbewegungen, deren Bewegung gegen die Berufsverbote, ist das Aktionseinheitsverbot, die in Form der Berufsverbote als beamtenrechtlich kodifizierter Antikommunismus offensiv auftretende Volksfrontverneinung, aus akutem Anlaß sogar selbst unmittelbarer Aktionsgegenstand.

So aber, nur so, in den aktuellen Auseinandersetzungen mit der monopolkapitalistischen Politik und durch die immer neue Herstellung von Aktionsbündnissen gegen ihre jeweils reaktionärsten Ambitionen und Akte, können in unserer Gesellschaft von unten her die Voraussetzungen einer künftigen Volksfront in Gestalt eines immer größer werdenden antimonopolistischen Aktionseinheitspotentials wachsen.

Es war gut, daß Jean Améry den demokratischen Kräften der Bundesrepublik die Volksfront als auch ihr realistisches Perspektivziel vor Augen geführt hat. Die Wegschritte zu ihm sind mit den Stationen des Anwachsens der antimonopolistischen Bewegung identisch.

Weitere Stellungnahmen zu Jean Amérys Appell „Für eine Volksfront dieser Zeit"

Detlev Albers, Assistenzprofessor an der Universität Bremen, Mitglied des Hamburger Landesvorstandes und des Bundesausschusses der Jungsozialisten

Jean Amerys zentraler These ist voll zuzustimmen: Die Linke in der Bundesrepublik hat tatsächlich kaum begriffen, welche schlagartige Veränderung auch ihrer eigenen Perspektive durch das Zustandekommen und die Erfolge des Bündnisses zwischen den französischen Kommunisten, Sozialisten und einem Teil der Radikal-Sozialisten eingetreten ist. Die Massenstreikbewegung vom Mai 1968 konnte man noch als einmaligen, mehr spontanen als gewollten Aufstandsversuch abtun — nicht ohne sich danach in jahrelangem Streit über das eigentlich revolutionäre Subjekt der Maibewegung zu erschöpfen. Das anschließende Übergreifen von Generalstreiks, wochen- und monatelangen Arbeitskämpfen von Millionen Lohnabhängigen nach Italien und Großbritannien bewies doch zunächst nur, daß die Verhältnisse anscheinend überall schlechter waren als bei uns. Und wer sollte auch bestreiten, daß Studentenbewegung, die Septemberstreiks 1969, die späteren Tarifbewegungen oder auch der Kampf um die Ratifizierung der Ostverträge bei allem Neuen, Fortschrittlichen, was sie zweifellos enthielten, doch bisher nur einen verhältnismäßig schwachen Widerhall jener Klassenkämpfe bildeten, die sich seit 1968 in unseren westeuropäischen Nachbarländern abspielten.

Eine solche interessiert-distanzierte Beobachterhaltung kann jedoch heute selbst bei oberflächlichster Betrachtung gegenüber der französischen Linken nicht mehr gelten. Denn das gemeinsame Regierungsprogramm der Volksfront unternimmt nicht mehr und nicht weniger als den Versuch, hier und jetzt, ohne irgendwelche Abstriche von der Realität des gegenwärtigen Kapitalismus alle wesentlichen Maßnahmen zu bestimmen und in einen schlüssigen Zusammenhang zu stellen, die Frankreich den Weg zum Sozialismus öffnen. Das aber setzt Maßstäbe, ob man es wahrhaben will oder nicht, auch für unsere Linke. Wer heute über Investitionskontrolle redet, ohne sich mit dem französischen Konzept auseinanderzusetzen, das wirksame Lenkungsmaßnahmen erst bei Überschreiten einer „Mindest-

schwelle" von Verstaatlichungen für möglich hält, muß sich allem wissenschaftlichen Gehabe zum Trotz schlicht Ignoranz vorwerfen lassen. Wer heute bei uns für eine Strategie der Strukturreformen eintritt, ohne sich mit der notwendig antimonopolistischen Stoßrichtung eines solchen Ansatzes zu befassen, wie es die französischen Genossen in ihrem Programm herausgearbeitet haben, wird nicht mehr weit kommen. Wer unterstellt, daß Kommunisten an der Regierung jedenfalls über kurz oder lang die demokratischen Freiheiten beseitigen, muß sich den Wortlaut des gemeinsamen Regierungsprogramms der Linken entgegenhalten lassen und darüber hinaus das Vertrauen von Millionen sozialistischen Wählern in die Glaubwürdigkeit dieser Zusagen für dummes Zeug erklären. Die Liste solcher alter und neuer Streitpunkte innerhalb der Linken, die nach dem gemeinsamen Regierungsprogramm erledigt sind oder zumindest in verändertem Licht dastehen, ließe sich beliebig verlängern.

Doch nicht nur das — Améry verweist mit vollem Recht darauf, daß es nicht nur die Programmatik, sondern darüber hinaus und vor allem die gemeinsame politische Praxis der französischen Linken ausmacht, die ihr jenen faszinierenden Zulauf von der Verabschiedung des gemeinsamen Programms über die Parlamentswahlen 1973 bis zum Präsidentschaftswahlkampf Mitterands 1974 verschafft hat. Wenige hunderttausend Stimmen mehr und ganz Westeuropa stände heute im Zeichen der seit Jahrzehnten größten Anstrengung eines Landes, die Fesseln des alten kapitalistischen Systems zu sprengen. Aber auch so, wo das französische Großbürgertum noch einmal mit dem Zittern davonkam, liefert die Linke Frankreichs weitere Beispiele dafür, zu welcher Vielfalt und inneren Differenzierung eine fortschrittliche Massenbewegung fähig ist, ohne den Rahmen des alle umspannenden Aktionsbündnisses durchbrechen zu müssen.

Gewiß ist dies Rennen noch nicht gelaufen. Niemand weiß besser als die herrschende Klasse, daß ihre größte und historisch vielleicht letzte Chance darin besteht, dieses Aktionsbündnis so bald wie möglich zu spalten. Niemand kann auch Mitterrand und Marchais die Verantwortung dafür abnehmen, die Gefahren eines erneuten Auseinanderfallens der Linken abzuwägen und sorgfältig zu kalkulieren gegenüber jenem anderen Erfordernis, das ein jahrelanges scheinbar ergebnisloses Abwarten in der gemeinsamen Oppositionsrolle geradezu aufzwingt; die Notwendigkeit nämlich, die eigene Ausstrahlung auf abseits oder sogar noch auf der anderen Seite stehende Gruppen voll auszuschöpfen und dazu auch unterschiedliche Positionen und Traditionen im Lager der Linken bewußt einzusetzen. Bisher jedenfalls belegen sowohl die sozialistischen Bemühungen um die „Domestizierung des linken Radikalismus", wie Amery sagen würde, als auch der beginnende Dialog zwischen der kommunistischen Jugendorganisation und den auf Selbständigkeit gehenden Junggaullisten, daß die französische Linke vor allem eines begreift und manchmal fast lehrbuchhaft vorführt: Volksfront heißt nicht linker Einheitsbrei, weder in der Opposition noch an der Regierung; Volksfront heißt ebensowenig Verzicht auf das öffentliche Austragen von Meinungsverschiedenheiten und heißt nicht einmal Verzicht auf Konkurrenz und Wettbewerb der verschiedenen Parteien innerhalb der Linken. Volksfront bedeutet allerdings die ständige Bereitschaft aller Beteiligten, jederzeit das prinzipielle Überwiegen der gemeinsamen Interessen zu berücksichtigen.

Bemerkenswert in ihrer Konsequenz für die Situation der westdeutschen Linken ist schließlich Amérys Feststellung: „Im Laufe dreier Jahre wurde aus der SFIO, der Partei Guy Mollets, die an perniziöser Anämie zugrunde zu gehen schien und außerdem in ihrem rabiaten Antikommunismus sich mehr und mehr nach rechts

bewegte, eine machtvolle, dezidiert linke Volkspartei. Ich sehe keinen einleuchtenden Grund dafür, daß eine ähnliche Entwicklung nicht auch in der Bundesrepublik den Lauf der Ereignisse bestimmen könnte." Natürlich hat jeder westdeutsche Linke sofort ein Dutzend einleuchtender Gründe zur Hand, daß es sich dennoch anders verhält. Und tatsächlich hat es wohl auch Amery ferngelegen zu bestreiten, daß unterschiedliche objektive, ökonomische und soziale Bedingungen, ebenso wie die besonderen Traditionen der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik (nicht zuletzt das Fehlen einer kommunistischen Massenpartei) einen vergleichbaren Wandlungsprozeß der SPD zu einem in jeder Hinsicht schwierigeren Unterfangen machen. Hinter den zahllosen ins Auge springenden Unterschieden behält Amerys Aussage dennoch ihre Gültigkeit, wenn er das französische Beispiel als einen Beweis dafür anführt, daß auch die Veränderung der SPD zu einer konsequent sozialistischen Partei „eine schwierige und langwierige, aber prinzipiell lösbare Kampfaufgabe" darstellt, wie es Teile der Jungsozialisten mit anderen Worten formuliert haben.

Abschließend sei noch in einigen stichwortartigen Punkten darauf eingegangen, worin die nächsten Schritte bestehen könnten, um Amerys Aufruf an die Linke, „sich selbst zu überschreiten ... in Richtung auf ebenso entschlossene wie hartnäckige Mäßigung hin", in die Tat umzusetzen. Denn wer wollte bestreiten, daß gerade die Linke in der Bundesrepublik noch von zahlreichen „alten Hüten" und liebgewordenen Abgrenzungen herunterkommen muß, wenn sie nicht ewig in der Rolle des halb neidischen, halb besserwisserischen Zuschauers gegenüber den französischen oder italienischen Genossen sitzenbleiben will.

Dabei beschränke ich mich aus Raumgründen auf die Benennung einiger neuralgischer Punkte zwischen Sozialdemokraten bzw. Sozialisten und Kommunisten, jenen politischen Parteien also, die in Frankreich die Hauptverantwortung im linken Bündnis tragen und die unter höchst unterschiedlichen Kräfteverhältnissen auch in der Bundesrepublik ihre gegenwärtigen Beziehungen zu klären haben, wenn der Aufruf Amérys nicht ins Leere gehen soll.

Zum ersten und vielleicht allerwichtigsten: Es gilt Schluß zu machen mit den formelhaft gegeneinander aufgefahrenen Alleinvertretungsansprüchen. Davon nämlich schleppen beide Seiten noch übergenug mit sich herum. Auf nichts anderen läuft es hinaus, wenn die DKP nicht müde wird, sich als *die,* sprich: die einzige Partei der Lohnabhängigen zu bezeichnen, die imstande ist, der historischen Mission der westdeutschen Arbeiterklasse zum Durchbruch zu verhelfen. Das politische Erbe von Marx und Engels kann nicht allein der kommunistischen Seite zugeordnet oder von ihr beansprucht werden; erst wenn es in der Sozialdemokratie, die nie aufgehört hat, marxistische Positionen als eine ihrer Grundströmungen zuzulassen, wieder maßgeblichen Einfluß erhält, wird die Realisierung jener tiefgreifenden, auch von der französischen Linken gewollten Strukturveränderungen in der Bundesrepublik denkbar.

In gleicher Weise werden sich die Sozialdemokraten von dem noch in ihrem linken Parteiflügel tief verwurzelten Alleinvertretungsanspruch zu trennen haben, als verkörperten nur und ausschließlich sie die politische Zukunft der Lohnabhängigen in der Bundesrepublik. Der scheinbar so realpolitische Hinweis auf bisher ausgebliebene Wahlerfolge der DKP und die daraus abgeleitete Behauptung ihrer Perspektivelosigkeit ändern nichts daran, daß jede aktive Mobilisierung der Lohnabhängigen, sei es in betrieblichen Aktionen, Tarifkämpfen oder Bürgerinitiativen das Vorhandensein und den oft wirkungsvollen Beitrag von kommunistischen Kollegen belegen. Dies gilt um so mehr in einer Situation wie

der gegenwärtigen, wo die zunehmende Krise des ökonomischen Systems und der wachsende Druck von rechts derartige Aktionen immer erforderlicher machen, wenn schwerwiegende Verschlechterungen der Arbeits- und Lohnbedingungen für die arbeitende Bevölkerung vermieden werden sollen. Grundlegende Voraussetzung ist hierfür, die Existenz einer anderen linken Partei, wie unbequem sie einem auch zunächst vorkommen mag, tatsächlich anzuerkennen, was jede sozialdemokratische Mitwirkung an den Berufsverboten und das Fortbestehen des Verbots jeglicher Aktionseinheit ausschließt.

Ein weiterer Punkt, in dem die Linke in der Bundesrepublik endlich über einen formelhaften Schlagabtausch hinauskommen muß, betrifft die Einschätzung der sozialistischen Länder. Da hilft es wenig, wenn beispielsweise von der einen Seite die DDR „nicht nur formal, sondern inhaltlich" zu einem „Modell sozialistischer Demokratie" für marxistische Sozialisten in der Bundesrepublik erklärt wird (so F. J. Degenhardt im „Konkret"-Streitgespräch mit Steffen) oder wenn andererseits Sozialdemokraten, uns linke eingeschlossen, immer noch glauben, der Sowjetunion oder anderen osteuropäischen Ländern schon die Bezeichnung sozialistisch absprechen zu können. Allen Teilen der Linken wird hier die Aufgabe zufallen, sich selbst zu überschreiten, wie es Améry fordert. Niemand kann es sich leisten, die in der DDR beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung gemachten Erfahrungen zu ignorieren — verwiesen sei etwa noch einmal auf die Grundlagen gesamtgesellschaftlicher Planung und der langfristigen Investitionslenkung. Niemand sollte aber auch bestreiten, daß sich das Ringen um die Herstellung einer sozialistischen Demokratie in der Bundesrepublik nach den Vorstellungen der Linken unter fundamental anderen Umständen als in der DDR abspielen wird, was beispielsweise die Existenz mehrerer Arbeiterparteien, politische Handlungsgarantie für bürgerliche Oppositionsparteien, gewerkschaftliches Streikrecht oder auch die absehbare weltpolitische Kräftekonstellation betrifft. Eine Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg wird erschwert oder sogar unmöglich gemacht, wenn das Bekenntnis oder die Gegnerschaft zu fremden sozialistischen Modellen, nicht aber die freimütige und solidarische Diskussion gemeinsamer Kampferfahrungen das Feld beherrschen. Erfahrungen ausländischer Arbeiterbewegungen aufzugreifen, kann nicht heißen, sie kurzerhand zu Modellen für die eigene Situation zu erklären oder seine eigene Position aus der ständigen Abgrenzung dagegen zu bestimmen. Die französische und italienische Linke hat uns neben vielem anderen auch dies voraus, daß dort weder die Sozialisten noch die Kommunisten die Entwicklung der sozialistischen Länder in einem solchen Sinne verstehen bzw. mißverstehen.

Hieran anknüpfend ließe sich ein letzter dieser keineswegs systematischen Punkte so formulieren: Volksfront muß nicht überall Volksfront heißen. Dies ist zunächst in dem Sinne gemeint, daß die Bezeichnungen für das politische Bündnis der linken und fortschrittlichen Kräfte in den einzelnen Ländern wesentlich voneinander abweichen. So strebt die italienische Linke gerade keine Volksfront an, die dort als ausschließliche Zusammenarbeit von Sozialisten und Kommunisten begriffen wird, sondern ein breites Bündnis, das als gleichberechtigten dritten Faktor auch die fortschrittlichen Teile der katholischen Bewegung mit umfaßt. Darüber hinaus behält das Kräfteverhältnis zwischen den Parteien und Gruppierungen der Linken maßgeblichen Einfluß darauf, ob sich ein Bündnis ähnlich wie in Frankreich oder in der chilenischen Unidad Popular herausbildet, oder ob andere Formen der Zusammenarbeit gefunden werden müssen, in der sich die Linke bei Strafe ihres gemeinsamen Scheiterns das unverzichtbare Maß an Geschlossenheit des Kampfes

gegen den gemeinsamen Klassengegner verschafft. Den Aufruf Amérys aufzunehmen, heißt deshalb für linke Sozialdemokraten nicht zum geringsten, gegen alle Widerstände in den eigenen Reihen die Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen der ganzen Linke bewußt zu machen und hierfür die jeweils geeigneten Ausdrucksformen zu entwickeln.

Eckart Spoo, Bundesvorsitzender der Deutschen Journalisten-Union in der Industriegewerkschaft Druck und Papier

Wer spürt nicht die Krise? Aber kaum einer weiß Genaues. Sind wirklich allein die Ölscheichs schuld, wie „Bild" behauptet? Käme wirklich wieder alles in Ordnung, wenn die Gewerkschaften eine Zeitlang auf Lohnforderungen verzichteten? Man merkt, wie kurzatmig die offiziellen Erklärungen sind. Der Hinweis auf noch höhere Inflationsraten in anderen kapitalistischen Ländern wirkt kaum tröstlich; er läßt eher befürchten, daß es auch noch bei uns schlimmer kommen wird. Was geschieht gegen die wachsende Arbeitslosigkeit? Muß man sich mit ihr abfinden? Immer mehr Konkurse. Sparprogramme der Kommunen. 150 000 teure Wohnungen stehen leer, während noch Hunderttausende Familien menschenwürdige Wohnungen suchen. Die Kinder in der Schule bekommen immer weniger Unterricht: Lehrermangel, Schulraumnot. Nach der Schulzeit nicht genug Ausbildungsplätze, nicht genug Studienplätze. Selbst diejenigen, die einen Studienplatz gefunden haben, können nicht unbedingt damit rechnen, nach Abschluß des Studiums als Lehrer eingestellt zu werden; denn der Staat muß an den Personalkosten sparen.

Die Krise ist da, aber woher kommt sie? Leben wir nicht im Land mit der größten Produktivität weit und breit? Und wissen wir nicht, daß unsere Soziale Marktwirtschaft das effektivste, das beste aller Systeme ist? Wir hören es doch jeden Tag. Ständig werden wir aufgefordert, uns zur Sozialen Marktwirtschaft zu bekennen, und wenn es denn sein muß, legen wir die geforderten Bekenntnisse ab. Wir sind schließlich keine Extremisten. Wir tun niemandem etwas an. Aber warum tut man *uns* immer wieder etwas an? Irgendwo liegt ein Fehler. Wo? Der Mensch kommt ins Grübeln. Vielleicht sollte er sich engagieren. Aber die Leute, die sich engagieren, werden dann am schnellsten auf die Straße gesetzt. Politische Aktivität ist riskant. Besser ist, der Mensch setzt sich vors Fernsehen und wartet ab. Angst? Ja, Angst. An Fortschritt können wir nicht mehr glauben. Hauptsache, es kommt nicht noch schlimmer.

Die Krise ist da, aber wo ist der Ausweg? Die Politiker reden viel. Sie sagen, daß sie alles fest im Griff haben. Aber jeder sieht, daß sie gar nichts in der Hand haben. Wie kann man ihnen noch glauben? Vielleicht sollte einmal einer auf den Tisch hauen. Aufräumen . . . —

Wo es keine Perspektive gibt, wo sich Angst vor der Zukunft ausbreitet, kann die Reaktion zupacken. Strauß, Springer, Dregger, Löwenthal und die „Deutsche National-Zeitung" werden immer lüsterner. —

Mich beunruhigt in dieser Situation folgendes: Für die ökonomische Krise werden kaum ökonomische Erklärungen gegeben. Gewiß, die DKP spricht darüber,

z. B. über das gewaltige Anwachsen der Rüstungskonzerne, die von Jahr zu Jahr höhere Milliardenbeträge aus dem Bundeshaushalt verschlingen. Der DGB-Vorsitzende Vetter hat in mehreren Reden der letzten Zeit sehr deutlich die rapide Monopolisierung gekennzeichnet, die Worte wie „freier Wettbewerb" oder „freie Marktwirtschaft" zu ideologischen Überbleibseln eines zugrunde gehenden Systems werden läßt. Die wahren Systemveränderer, so drückte Vetter sich verschiedentlich aus, säßen in den Chefetagen der großen Konzerne. Das gilt es zu bedenken und weiter zu konkretisieren. Zum Beispiel: Was bleibt von der Pressefreiheit, die einst in der bürgerlichen Revolution gegen den absoluten Monarchismus erkämpft wurde, wenn jetzt dieses in Artikel 5 des Grundgesetzes garantierte Grundrecht von einem neuen absoluten Monarchen, dem Presse-Zar Axel Springer, usurpiert wird? Was bleibt von anderen Grundrechten, was bleibt von der Demokratie, von der Volksherrschaft, wenn Entscheidungen, deren Folgen das Volk zu tragen hat, nicht vom Volk selbst bzw. seinen gewählten Repräsentanten, sondern von einer immer winzigeren Zahl unkontrollierter Monopolisten getroffen werden? Nehmen wir nur die Entscheidungen über die Preise: Selbst wenn das Kapital (womit ich hier durchaus nicht den Drogisten an der Ecke meine, der sich nur der jeweiligen Entwicklung anpaßt) kein anderes Privileg hätte als dieses, könnte es damit maßgeblichen Einfluß auf das gesamte gesellschaftliche Leben ausüben. Vetter wies zutreffend darauf hin, daß Preisentwicklungen heute von den großen Konzernen über Jahre hinweg geplant werden. Beim heutigen Monopolisierungsgrad ist ihnen das möglich. Die Gewerkschaften und in sehr beachtlichen Erklärungen auch die Jungsozialisten haben seit einiger Zeit auch das Problem der Investitionen aufgeworfen: Ob es sinnvoll ist, mit gewaltigem Kapitalaufwand eine vollautomatisierte Fabrik zu errichten, wenn dadurch mehrere bestehende Betriebe mit Tausenden von Arbeitsplätzen vernichtet werden; ob das geschehen darf, ohne daß zuvor für die künftige Beschäftigung dieser Tausende von Arbeitern Vorsorge getroffen wurde; ob den Kommunen und dem Staat untragbare Folgelasten (soziale Eingliederung ausländischer Arbeiter, Umweltschutz usw.) aufgebürdet werden dürfen, deren Art und Ausmaß sich erst herausstellen, wenn die Investition schon realisiert ist — das alles sind Fragen, denen wir nicht mehr ausweichen können, seitdem wir es mit Konzernen zu tun haben, deren Investitionskraft diejenige der größten Städte unseres Landes und vieler Länder der Erde übersteigt. Spätestens die internationalen Währungsschiebereien mit Milliardenbeträgen (an denen u. a. die Herstatt-Bank zerbrach) und die sogenannte Ölkrise sollten uns klargemacht haben, daß wirtschaftliche Supermacht Einzelner politische Ohnmacht demokratischer Institutionen bewirkt. Auch aus dem Bundestag selbst dringen gelegentlich Stimmen, aus denen herauszuhören ist, wie eng die Grenzen der Parlamentarier geworden sind. So klagte der SPD-Bundestagsabgeordnete Bruno Friedrich im September 1974 in der sozialdemokratischen Wochenzeitung „Vorwärts", dem schwindenden Einfluß des Parlaments im Machtgefüge des Staates entspreche die zunehmende Verfilzung des Parlaments mit außerparlamentarischer Wirtschaftsmacht. Und das ist die Wahrheit.

Doch die Spitzenpolitiker verhalten sich zu allermeist so, als läge alles an ihnen. Sie sollten sich nicht wundern, wenn sie dann auch für alles verantwortlich gemacht werden und wenn sie letztlich Vertrauen und Glaubwürdigkeit verlieren. Der Wähler erwartet von ihnen nicht, daß sie mehr leisten, als in ihrer Macht steht. Was er aber mit gutem Recht erwartet, ist, daß sie ihm die Wahrheit sagen. Dies vor allem legitimiert Autorität und Führung in der Demokratie: Erkennen und Aussprechen der Wahrheit.

Die Konzentration und Monopolisierung wirtschaftlicher und damit politischer Macht ist die Grundwahrheit, die es heute zu erkennen und auszusprechen gilt. Sie fehlt in Jean Amérys Plädoyer für die Volksfront, obwohl gerade sie das wesentlichste Argument für die Notwendigkeit des demokratischen Bündnisses der verschiedensten sozialen Schichten und weltanschaulichen Gruppen wäre.

Améry hat einen wichtigen Anstoß zur Diskussion gegeben. Aber die Diskussion würde bald wirkungslos verebben, wenn nicht klar würde, welcher realen Entwicklung eigentlich die Volksfront Einhalt gebieten soll: der Entwicklung zur absoluten Herrschaft der Monopole. Man kann den Mitbürger nicht für die Volksfront gewinnen, ohne ihm zu sagen, was sie bewirken soll: die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft durch Überwindung bestehender Monopolherrschaft. Gemeinsame Interessen, die gemeinsames politisches Engagement ermöglichen und erfordern, gibt es nicht von ungefähr, sondern deswegen, weil Monopolherrschaft das ganze Volk in Abhängigkeit zwingt, die christlichen Bauern und Handwerker, die sozialdemokratischen Angestellten und Beamten, die kommunistischen Arbeiter und Studenten, die liberalen kleinen und mittleren Unternehmer, alle.

Im Bündnis mit Flick, Schleyer, Strauß, Springer ist weder die christliche Soziallehre noch der liberale Rechtsstaat noch die soziale Demokratie zu verteidigen bzw. zu verwirklichen. Monopolherrschaft überrollt jeden Humanismus, gleich welcher Tradition. Die schleichende Entdemokratisierung, das Vordringen des „Kryptofaschismus technokratischer Prägung" (Améry), das Herannahen von Zuständen, wie Orwell sie in „1984" (eigentlich mit antikommunistischer Tendenz) prophezeit hat, können nicht von einzelnen Gruppen verhindert werden. Gegen die Monopole, unter deren Herrschaft unser Land kulturell verödet und der einzelne Mensch zur Nummer wird, hilft nur das Bündnis aller Demokraten. —

Wer von Volksfront spricht, muß Volksfront meinen. Wer Volksfront will, darf nicht Teile des Volkes ausschließen. Jeder, der die Volksfront bejaht, muß in ihren Reihen geduldet, ja willkommen geheißen werden; andernfalls wäre die Volksfront nicht das, was ihr Name sagt, sondern eine Partei und damit nicht breit, nicht stark genug, um die Aufgabe der Volksfront zu erfüllen.

Volksfront heißt: Bündnis unter Respektierung weltanschaulicher Differenzen. Keiner darf dem anderen weltanschauliche Vorleistungen abverlangen. Weder die Marxisten noch die Positivisten noch sonst jemand darf gezwungen werden, intellektuelle Opfer zu bringen. Das zu betonen, veranlassen mich einige zumindest mißverständliche Formulierungen in Amérys Plädoyer. Améry sollte wissen, daß es für Marxisten — ob in der SPD, in der DKP oder parteilos — eine unerträgliche Zumutung wäre, auf dialektisches Denken verzichten zu sollen. Mit solchen Zumutungen würde man die Volksfront nicht schaffen, sondern verhindern. Will man nicht eine neue Partei, sondern wahrhaft ein Bündnis, dann muß man klarstellen, daß niemand das eigene Denken zu verleugnen braucht. Richtiger wäre das Gegenteil: Jeder sollte sich am Denken des anderen bereichern. In der gemeinsamen Aktion werden alle Beteiligten gemeinsame Erfahrungen machen, also miteinander und voneinander lernen, davon bin ich überzeugt. So kann es dazu kommen, daß der Einzelne irgendwann eigene theoretische Positionen ändert. Aber das muß der Zeit und der freien Entscheidung des Einzelnen überlassen bleiben. Jeder muß wissen, daß nicht alles, was er denkt, nicht alles, was er will, die Billigung des anderen findet. Er sollte sich freuen, wenn es trotzdem möglich ist, einige Schritte gemeinsam zu gehen.

Stellen wir uns einmal ganz banal zwei einander fremde Männer am Taxistand vor, die es beide sehr eilig haben, zum Flughafen zu kommen. Der eine hat ein Flugticket nach Rom in der Tasche, der andere eins nach Moskau. Beide Maschinen werden in Kürze starten. Endlich kommt ein Taxi. Der Fahrer sagt, die Fahrt kostet 10 Mark, wenn nur einer von beiden einsteigt, oder 12 Mark, wenn sich beide gemeinsam zum Flughafen fahren lassen. Der eine stellt fest, daß er nur 7 Mark Landeswährung im Portemonnaie hat, der andere hat 9,50 Mark bei sich. Sollen nun beide ihre Flüge verpassen? Oder sollen sie nicht die 12 Mark zusammenlegen? Sollen sie etwa, bis es zu spät ist, in langem Palaver die Bereitschaft zur gemeinsamen Taxifahrt davon abhängig machen, daß der eine nachher mit nach Moskau bzw. der andere mit nach Rom fliegen wird? Oder sollten sie nicht erst einmal miteinander die Fahrt zum Flughafen antreten? Das ist es, worauf es ankommt: Alle müssen wissen, daß sie gemeinsam die Zukunft verspielen, wenn sie nicht zumindest gemeinsam die Gegenwart meistern.

Kein Selbstverleugnungszwang, sondern Respektierung vorhandener Gegensätzlichkeiten — ohne das geht es nicht. Wünschenswert wäre darüber hinaus (darin stimme ich Amery zu), daß alle Beteiligten sich mäßigen. Sie sollten auf dogmatischen, wortklauberischen Eifer gegeneinander ebenso verzichten wie auf Einzelaktionismus. Sie sollten, um ein geschlossenes Bündnis nicht zu gefährden, weltanschauliche Rechthaberei überwinden. Aber Überwindung weltanschaulicher Rechthaberei ist nicht dasselbe wie Überwindung von Weltanschauung überhaupt. Keinem darf es benommen sein, weiterhin zu theoretisieren, sich also auch kritisch mit anderen Beteiligten auseinanderzusetzen; aber man sollte auf wortstarke Verwerfung anderer Theorien verzichten, keinen Beteiligten vor den Kopf stoßen, sondern besser darauf vertrauen, daß letztlich die Geschichte den Theoriestreit entscheiden wird. Solange man miteinander Taxi fährt, mag man Anlaß haben, sich untereinander und mit dem Fahrer darüber zu unterhalten, welcher Weg zum Flughafen der günstigste ist, aber was nützt es, einander im Streit um das Flugziel so heftig zu beschimpfen, daß der eine oder der andere — oder der Fahrer — die Nerven verliert und die Taxifahrt vorzeitig endet? Mäßigung bedeutet diszipliniertes Verhalten, Beherrschung von Eifersüchtelei und Profilierungssucht, Zurückstellung von Nebensächlichem, Konzentration auf die Erreichung des gemeinsam angestrebten Nahzieles. —

Aber wie heißt das Nahziel? Mir scheint, man könnte es ganz knapp so formulieren: Verteidigung und Erfüllung der Grundrechte, wie sie im Grundgesetz formuliert sind (wobei z. B. die Artikel 14 und 15 überhaupt erst entdeckt werden müßten). Um aber die Diskussion weiterzubringen, erlaube ich mir folgenden Katalog vorzuschlagen:

— Konstruktive Beteiligung an allen Bemühungen um kollektive Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa,

— Rüstungsabbau,

— Ablehnung jeglicher Unterstützung für faschistische, rassistische und neokolonialistische Regime,

— Paritätische Mitbestimmung in allen Großbetrieben,

— Demokratische Kontrolle aller Monopole, insbesondere der Großbanken; öffentlich-rechtlicher Status für Pressemonopole,

— Öffentliche Investitionsplanung,

— Unterbindung unkontrollierter Kapitaleinflüsse auf Politik, Wissenschaft und Bildung,

— Mehr Schulen, mehr Lehrer, mehr Studienplätze, mehr Kindergartenplätze, mehr Altenheimplätze, mehr öffenliche Nahverkehrsmittel mit sozialen Tarifen,

— Gleichstellung der Frau in allen gesellschaftlichen Bereichen,

— Humanisierung des Strafvollzugs.

Einiges daran könnte vielleicht noch konkretisiert, vielleicht auch verschärft werden. Und gewiß könnten noch manche Punkte hinzugefügt werden. Aber wie kurz oder lang letztlich der Katalog ist, auf den man sich einigt, ist nicht die Hauptsache. Die Hauptsache ist, daß man sich überhaupt auf erste gemeinsame Schritte gegen Monopolherrschaftsansprüche einigt. Daß man gemeinsam die Angst, die auch und gerade im Herzen vieler leitender Angestellter und Beamter, Kirchenmänner, Publizisten und Politiker tief sitzende Angst, mächtigen Kapitalherren auf den Schlips zu treten, endlich gemeinsam überwindet. Daß man die wirtschaftliche Krise, die immer mehr auch zur moralischen Krise wird, nicht zur politischen Katastrophe werden läßt.

Prof. Dr. Josef Schleifstein, Leiter des Instituts für marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Frankfurt/M, Mitglied des Parteivorstandes der Deutschen Kommunistischen Partei

I

Der Aufruf Jean Amérys für eine „Volksfront dieser Zeit" besitzt, wie ich glaube, große Bedeutung auch für die Linke und für alle, die sich ihr zugehörig fühlen, in der deutschen Bundesrepublik. Améry hat absolut recht, wenn er meint, daß das Signal, das die vereinigte französische Linke durch ihr gemeinsames Programm und ihr gemeinsames Vorgehen bei den Präsidentschaftswahlen gegeben hat, auch auf andere europäische Länder wirken wird, trotz aller in größeren historischen Prozessen unvermeidlichen Schwierigkeiten, Verzögerungen, Ungleichzeitigkeiten und Rückschläge. Das Bündnis der Linkskräfte, eine „neue Art von Volksfront", ist in der Tat nicht nur für Frankreich, sondern für die entwickelten kapitalistischen Länder im allgemeinen die „eine und einzige Chance". Frankreich gibt — nicht zum ersten Mal — das Beispiel, zeigt der Linken die grundsätzliche programmatische und praktische Richtung, in der in den entwickelten kapitalistischen Ländern die tiefe gesellschaftliche Krise überwunden und das Tor zu sozialem und politischem Fortschritt aufgestoßen werden kann.

Wenn das französische Bündnis der Linkskräfte den im gemeinsamen Regierungsprogramm skizzierten Weg konsequent weitergeht, wenn auf dieser Grundlage die Zusammenarbeit sich entwickelt und vertieft, wenn die postulierten Gemeinsamkeiten zum bestimmenden Moment in der politischen Praxis aller am Bündnis Beteiligten werden, dann wird die Ausstrahlung und Wirkung der französischen Linken in den europäischen Ländern zunehmend an Kraft gewinnen. Schon jetzt erweist sich in einigen dieser Länder, daß die ernsten Krisenerscheinungen (Abeitslosigkeit, Inflation, soziale Unsicherheit) dort, wo die Linken keine gemeinsame antimonopolistische und antikapitalistische Konzeption besitzt und wo sie nicht zu gemeinsamen Vorgehen gefunden hat, eine neue reaktionär-konservative Welle begünstigen können, mit all den neofaschistischen Gefahren, die das impliziert.

II

Es wäre sinnlos, wollte man in einem Bündnis wie dem der Linken in Frankreich, das ja nach den Vorstellungen seiner Träger unbedingt noch eines breiteren sozialen Fundaments besonders in den Mittelschichten bedarf, von allen Teilnehmern eine gemeinsame theoretisch-ideologische Position zur Begründung ihre gemeinsamen politischen Aktionsprogramms und des gemeinsamen Handelns verlangen. Das wäre reine Sektiererei, und so etwas ist zumindest von den Kommunistischen Parteien in solchen und ähnlichen Bündnissen nie auch nur erwogen worden, eben weil sie immer — wie Karl Marx es 1875 getan hat — davon ausgehen, daß gemeinsame Aktion für gemeinsame Ziele für die Entwicklung der historischen Bewegung weit wichtiger ist als Einigung über die philosophisch-theoretischen Begründungen. Aber das Recht, innerhalb des Bündnisses an ihren theoretischen und programmatischen Prinzipien festzuhalten, gilt in gleichem Maße für alle, auch für die Kommunisten und den Marxismus.

Es ist daher nicht einzusehen, warum Améry meint, ein „Marx-Tabu" werde fallen müssen. An anderer Stelle habe ich bereits darauf hingewiesen, daß die praktische Erfahrung, nämlich die tatsächliche geschichtliche Entwicklung des Linksbündnisses in Frankreich (und übrigens auch die der Volksfront und der antifaschistischen Front im Widerstandskampf), doch wohl eher die Frage erlaubt, warum — trotz aller Widerstände und Anfeindungen — gerade die Kommunistische Partei über all die Jahre hinweg unbeirrbar den Gedanken der gemeinsamen Front der Linken verfochten und für seine Realisierung immer neue Initiativen ergriffen hat. Das war ja der Fall nicht trotz, sondern wegen des Marxismus. Und Voraussetzung einer allmählichen Wiederannäherung und des Zusammengehens war ja wohl weit eher, daß bei den Sozialisten das Tabu des Anti-Marxismus (und Antikommunismus) fiel, daß die mehr als ein Jahrzehnt hartnäckig vertretene Maxime aufgegeben wurde, ernste gesellschaftliche Umgestaltungen ließen sich in Koalitionen mit der bourgeoisen Mitte (zeitweise sogar mit ihrer Rechten), in jedem Falle aber unter Ausschluß der Kommunisten, ja gegen die FKP erreichen. Dem lag aber doch nicht nur eine falsche Frontstellung zu den im Lande wirkenden politischen Kräften zugrunde, sondern auch ein grundverkehrtes politisches Programm, das zu keinem Zeitpunkt imstande war, die wirtschaftliche Macht und den politischen Einfluß des monopolistischen Kapitals auch nur zu schwächen und das dieses Ziel auch de facto aufgegeben hatte.

Geopfert werden mußte ja — nach bitteren Erfahrungen — das Dogma, man könne auf den gegebenen monopolkapitalistischen Grundlagen Vollbeschäftigung garantieren, Wirtschaftskrisen und Inflation vermeiden, der arbeitenden Bevölkerung soziale Sicherheit und einen steigenden materiellen und kulturellen Lebensstandard gewährleisten. Geopfert zu werden brauchte ganz offensichtlich nicht das marxistische „Dogma", daß dies alles nicht mit, sondern nur gegen die großen Kapitalinteressen zu gewinnen sein wird. Als Marxist darf man wohl hinzufügen, es brauchte deshalb nicht aufgegeben zu werden, weil die ihm zugrunde liegende sozio-ökonomische Analyse des heutigen Kapitalismus, seiner Klassenstruktur, des Verhältnisses von Monopolen und Staat, seiner zahlreichen unlösbaren Widersprüche in den unterschiedlichsten Gesellschaftsbereichen sich als unwiderlegbar erwies. Die geschichtliche Entwicklung in den drei Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg hat nicht die marxistische Kapitalismusanalyse, sondern die zahlreichen Illusionen über die wunderbaren Wandlungen des Kapitalismus widerlegt.

Ferner scheint mir Améry einem — allerdings weit verbreiteten — Mißverständnis zu erliegen, was die Stellung der Marxisten zu Reformen und zum Verhältnis von Reform und Revolution betrifft. Die Marxisten haben ja niemals Reformen abgelehnt, sondern — wie sich in der Geschichte der Arbeiterbewegung an zahllosen Beispielen nachweisen läßt — energischer und konsequenter für Reformen gekämpft als diejenigen, die sich Reformisten nannten oder nennen. Nur haben sie stets an ihrem sozialistischen Ziel festgehalten, das eine fundamentale (eben revolutionäre) gesellschaftliche Umgestaltung, also die Überwindung des Kapitalismus voraussetzt. Zugleich haben bereits die Klassiker des Marxismus die Wege und die Formen dieser Umgestaltung von den jeweiligen konkreten historischen Bedingungen, vom Kräfteverhältnis der Klassen, von der Existenz oder Nichtexistenz demokratischer Einrichtungen usw. abhängig gemacht. Aber so wie der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, welche Formen er auch im einzelnen annahm, eine gesellschaftliche Revolution darstellte, so ist in einem noch weit tieferen Sinne der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, in welchen konkreten Formen er auch erfolgen mag, immer ein fundamentaler, qualitativer, revolutionärer Übergang. In diesem Lichte würden Marxisten Améry in der Anwendung des Begriffs „Reformismus" für die antimonopolistischen Ziele des Linksbündnisses und überhaupt für eine Strategie der Linken nicht zustimmen können, da dieser Begriff viel zu sehr mit einer ganz bestimmten politisch-historischen Praxis, nämlich mit der Praxis der Partnerschaft von Kapital und Arbeit, der Reformen im Rahmen und in den Grenzen des Kapitalismus verbunden und belastet ist, mit einer Praxis eben „im Rahmen der sakrosankten Marktwirtschaft" und nicht im Sinne der „fundamentalen wirtschaftlichen Strukturänderungen", für die Améry plädiert und für die das Bündnis geschaffen wurde. Über das und anderes ließe sich debattieren; aber es ist nicht die Hauptsache, und es darf auf keinen Fall diese Hauptsache verstellen oder in den Hintergrund rücken: nämlich das Bündnis, die Zusammenarbeit, die geeinte Aktion, das gemeinsame Programm und seine Umsetzung in gesellschaftliche Wirklichkeit.

III

Améry hat ebenfalls recht, wenn er sagt, daß das linke Potential, das sich in Frankreich im Bündnis der Linksparteien bereits politisch formiert und seine ersten Erfolge errungen hat, auch in der Bundesrepublik existiert. Es ist da, ist sich aber seiner selbst, seiner Interessen, seiner aus diesen Interessen erwachsenden Aufgaben und Ziele bei weitem noch nicht bewußt. Dabei geht es weniger um die linken Kräfte unter den Intellektuellen — so bedeutsam sie einerseits als Seismograph, andererseits als bewußtseinsfördernde Potenz und als soziologische Komponente des Bündnisses sein mögen —, sondern weit mehr um die Masse der Arbeiter und Angestellten, um die Arbeiterklasse als soziale Kategorie im modernen Sinne, insbesondere um die Millionen organisierter Gewerkschafter, um ihr politisches Denken und Handeln. Sie allein können die gesellschaftliche Kraft bilden, die den Kern eines Linksbündnisses ausmacht und die — bei einer klugen, elastischen Politik den ländlichen und städtischen Mittelschichten gegenüber — auch diese sozialen Schichten in ein breites Volksbündnis zu integrieren vermag.

Man braucht die Aufgabe nur zu nennen, um zu ermessen, wie weit die Linke in der Bundesrepublik noch von dem französischen Beispiel entfernt ist und welche tiefgehende Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses notwendig sein

wird, um die Voraussetzung für eine Entwicklung in der gleichen historischen Richtung zu schaffen. Der Anstoß zu einer solchen Veränderung kann nur von einer wachsenden Zusammenarbeit der in der DKP organisierten oder mit ihr sympathisierenden Kommunisten und den sich als Linke in der Sozialdemokratie verstehenden Kräften ausgehen. Der jetzt erst wieder bei den Landtagswahlen sichtbar gewordene Vorstoß der reaktionären Rechtskräfte ist ja nur möglich, weil die Massen keine starke antikapitalistische Alternative sehen, weil die offizielle sozialdemokratische Politik mit der CDU/CSU einzig und allein darin wetteifert, wer — um mit Améry zu reden — der effizientere unter den „ehrlichen Maklern des kapitalistischen Systems" ist. Die Enttäuschung über eine sich von der CDU/CSU kaum unterscheidende Wirtschafts- und Innenpolitik hat, was ja kein neues Phänomen ist, viele Wähler nach rechts getrieben.

Fragt man, wie der äußert komplizierte Prozeß einer Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses eingeleitet und vorangebracht werden kann, so wären sicher eine ganze Reihe von Faktoren anzuführen, deren Behandlung aber in einem kurzen Diskussionsbeitrag nicht möglich ist. Vor allem gibt es eine Grundvoraussetzung; daß nämlich die sozialisitischen und progressiven Kräfte — trotz ideologischer Meinungsverschiedenheiten — zu einem Maß an punktuell-praktischen und mit der Zeit auch programmatisch-strategischen Gemeinsamkeiten finden müssen, das es ihnen gestattet, im Bewußtsein der arbeitenden Mehrheit der Bevölkerung als inhaltliche Alternative und als organisiertes Kraftzentrum erkannt und dann auch akzeptiert zu werden. Diese Voraussetzung kann aber nur erfüllt werden — auch das lehrt die französische Entwicklung —, wenn der lähmende Antikommunismus überwunden wird, der noch immer das ernsteste Hindernis für eine Annäherung und für die Zusammenarbeit zwischen der DKP und den Sozialdemokraten und Sozialisten in und außerhalb der SPD ist, die sich als Linke verstehen.

Dieser Antikommunismus dient ja nicht nur wie eh und je als Schreckmittel gegen die DKP, um (zusammen mit der den Gleichheitsgrundsatz des Wahlrechts verletzenden, folglich verfassungswidrigen Fünfprozentklausel) ein auch im Ansteigen der Wählerstimmen sich ausdrückendes Wachstum des Einflusses der DKP zu blockieren. Der Antikommunismus ist darüber hinaus ja auch das ebenso brutale wie demagogische Instrument, mit dem jede antikapitalistische und sozialistische Idee und Forderung von den rechten Führungskräften in der Sozialdemokratie bekämpft wird.

Damit ist bisher leider noch stets ein Prozeß der Entnervung und Entkräftung, der allmählichen Anpassung und nicht selten der direkten Integration der Linken innerhalb der SPD in Gang gesetzt worden. Auf diese Weise war und ist der Antikommunismus vor allem eine Fessel, die sich die Linken in der SPD selbst anlegen. Die Konzessionen an ihn erlauben es den Rechten immer wieder, den Druck gegen die linken Kräfte zu verstärken, jeden gegen die großen Kapitalinteressen gerichteten Vorschlag mit dem Knüppel des Antikommunismus (auch wenn es sich um Dinge handelt, die nur dem Aktions- oder Grundsatzprogramm der Gewerkschaften entnommen sind) niederzuhalten. Es ist kein Zufall und gewiß des Nachdenkens wert, daß eine Linksentwicklung in der französischen Sozialistischen Partei und ihr Einschwenken auf den Kurs der Zusammenarbeit mit den Kommunisten dann möglich wurde, als das, was Améry den „rabiaten Antikommunismus" in ihren Reihen nennt, über Bord geworfen wurde.

Niemand verkennt die großen Schwierigkeiten, die einer solchen Haltung angesichts des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses in der SPD entgegenstehen. Aber

der andere Weg kann nur zum graduellen Verzicht auf eine antikapitalistische Position, zur stillschweigenden Duldung und sogar schrittweisen Rechtfertigung der rechtssozialdemokratischen Politik des „ehrlichen Maklers des kapitalistischen Systems" führen. So oder so werden die sich als antikapitalistische Linke in der SPD verstehenden Kräfte vor diese Frage gestellt sein. Schon jetzt ist sichtbar geworden, daß die Führung mit aller Macht (und mit aller Demagogie) bemüht ist, die Wahlniederlagen in Hessen und Bayern nicht etwa den *praktisch* spürbaren Resultaten der praktizierten Regierungspolitik und den immanenten Krisenerscheinungen des Kapitalismus (Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, fehlende Lehrstellen, Inflation, generelle Unsicherheit) anzulasten, sondern dem „Radikalismus" der Jusos und anderer Linker.

Dieses Dilemma der antikapitalistischen Strömungen in der SPD führt mich zum Kernproblem der gegenwärtigen Situation, der sich die sozialistischen und progressiven Kräfte in der Bundesrepublik gegenübersehen. Es ist die Frage, wie das zweifellos vorhandene linke Potential sich wirksam formieren, wie die Linke am besten gestärkt werden kann. Jusos und andere Linke in der SPD haben geglaubt und glauben noch, daß es möglich sei, die Sozialdemokratie wieder in eine antikapitalistische und sozialistische Partei umzugestalten (die sie ja mindestens seit 1914 nicht mehr ist). Wir haben immer darauf hingewiesen, daß eine solche wahrhaft historische Wandlung *allein von innen her* nicht zu bewerkstelligen ist. Vielmehr zeigt die geschichtliche Erfahrung in allen Ländern, in denen wir eine ernsthafte Linksentwicklung sozialdemokratischer Parteien im letzten Jahrzehnt konstatieren konnten, daß dazu (abgesehen von den objektiven Ursachen, die im krasseren Hervortreten kapitalistischer Krisenerscheinungen zu suchen sind), in erster Linie ein *starker Druck von außen* gehört, der nur von einer einflußreichen Kommunistischen Partei ausgehen und programmatisch wie praktisch in die Richtung einer gemeinsamen antimonopolistischen Front gelenkt werden kann. Daher der unabweisbare Schluß, daß es in der Bundesrepublik für den, der die Linke im historisch zukunftweisenden Sinne stärken will, darum gehen muß, den Einfluß der DKP zu erhöhen, die Zusammenarbeit und Aktionsgemeinschaft mit ihr als conditio sine qua non der Entwicklung der progressiven Kräfte zu erkennen.

Theo Schiller, Hochschullehrer für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg, Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten

Jean Améry hat die gesamte europäische Linke zu einer „Volksfront dieser Zeit" aufgerufen. Dieser Anstoß ist hochaktuell und hat von seiner Aktualität nichts verloren, auch wenn der Anknüpfungspunkt, die Formierung und die hauchdünne Wahlniederlage der französischen Volksfront, seine spektakuäre Brisanz durch einen Wahlsieg Mitterands nicht entfalten konnte. Die Aktualität des Améry-Appells besteht auch weniger in der Perspektive linker (Wahl-)Siege in den Ländern Europas oder gar einer sozialistischen Revolution, sondern vor allem in der sich verschärfenden Gefahr eines beschleunigten Abbaus bürgerlich-demokratischer Verfassungsprinzipien, der rasch in eine autoritäre Konterrevolution mit faschistischem Gepräge münden könnte. Die Thesen von Jean Améry auf diesem

Hintergrund zu diskutieren, heißt dann zu fragen, welche Perspektiven des demokratischen Widerstands gegen die autoritär-faschistischen Gefahren sich aus ihnen ergeben.

Améry wirft mit seinem Artikel eine Reihe von Fragen auf, deren Beantwortung er in seinen Schlußthesen resumiert. Zunächst sei versucht, die implizit gestellten Fragen noch einmal zusammenzufassen und die explizierten Antworten zu paraphrasieren: *Erstens* fragt A. nach der Aktualität der revolutionären Perspepktive der Linken und konstatiert zustimmend ein Abrücken von „Revolutionsfetischismus" und Identifikation mit revolutionären Helden. *Zweitens* fragt A. nach dem Stellenwert und der Gestalt linker Theorie und Theoriediskussion und rät zu einem doppelten Relativismus bezüglich des Gewichts von Theorie wie bezüglich ihres Inhalts. *Drittens* wirft er die Frage nach der Stellung der Intellektuellen im Rahmen der linken Bewegung auf und plädiert zumindest in Andeutungen für ein Verlassen des intellektuellen Gettos. *Viertens* thematisiert er das Verhältnis von Theorie und Praxis und drängt nach einer eindeutigen Akzentverschiebung zugunsten von Praxis. *Fünftens* geht es ihm um die Frage der Zusammenarbeit der gesamten Linken in einer „humanistischen Volksfront-Linken", deren Umfang genauer zu bestimmen er freilich nicht unternimmt.

An die letztgenannte Fragestellung knüpft sich ein erstes und grundlegendes Problem. Améry plädiert für eine Volksfront der Linken, ohne deutlich zu machen, wodurch sich eine solche Volksfront von einer großen linken Volkspartei unterscheiden würde. Daß dabei die Grenzziehung zwischen Volksfront und Herrenfront nur mit dem Begriff der „Linken" umschrieben wird, ist dabei weniger gravierend, nachdem seine Bezugnahme auf das französische Beispiel andeutet, wie ein Modell aussehen könnte, das die Positionen des radikaldemokratischen Liberalismus umschließt. Ein schwerwiegender Mangel des Améry-Aufrufs liegt aber darin, daß er sich dem Problem der Unterschiedlichkeit der in einer Volksfront vertretenen Positionen und der Frage ihrer bündnispolitischen Teilintegration nicht zuwendet. Die Behandlung dieser Frage würde voraussetzen, daß die verschiedenen, als volksfrontfähig angesehenen Positionen dargestellt und auf überschneidende Programm- und Strategievorstellungen analysiert würden, wobei die Frage besondere Aufmerksamkeit beanspruchen müßte, welche Sprengkraft die verbleibenden, für ausklammerungsfähig gehaltenen Differenzen haben könnten. Die wohl auch von Améry für erstrebenswert gehaltene Spannweite einer Volksfront von den radikaldemokratischen Liberalen bis zu den Kommunisten fordert zu einer ernsthaften und tiefschürfenden Diskussion dieser Probleme geradezu heraus, während Améry glaubt, mit seinem Votum für einen allgemeinen reformistischen Relativismus schon das wesentliche gesagt zu haben. Mit dieser seiner Grundaussage trifft er eher die Stimmungslage einer sozialdemokratischen Volkspartei als die Bündnisprobleme einer Volksfront, in der die liberalen und sozialdemokratischen Partner praktischen Abschied vom Antikommunismus genommen hätten und die Kommunisten Gelegenheit nehmen würden, ihr Verhältnis zu den bewährten bürgerlich-demokratischen Grundrechtserrungenschaften und zum Prozeß basisdemokratischer Evolution des Massenbewußtseins präziser zu klären.

Diese zentrale Fehlstelle in Amérys Problemrahmen mag daher rühren, daß die Adressaten seines Aufrufs nicht eindeutig auszumachen sind. Frankreichs Linke kann nicht gemeint sein, weil von dort das bereits praktizierte Modell bezogen wird. In Italien ist die Konzeption einer reinen Volksfrontpolitik wohl kaum gangbar, weil durch die Freisetzung der Democrazia Cristiana aus der Regierungsverantwortung die Gefahr einer faschistischen Entwicklung, der die Volks-

front eigentlich begegnen sollte, um die Schubkraft der rechten DC sogar noch verstärkt würde, so daß dort am ehesten eine große Koalition aus Kommunisten und Christdemokraten eine historische Atempause versprechen könnte. In der Bundesrepublik schließlich ist die Volksfrontthematik trotz ihrer generellen Aktualität von nur sehr begrenzter praktischer Relevanz, und zwar einfach deshalb, weil angesichts der Größe der DKP keine Rede davon sein kann, daß hier eine kommunistische Partei erfolgreich und damit für die Linke insgesamt problemstiftend mit den Parteien der sozialliberalen Koalition konkurrieren würde (das Marburger Kommunalwahlergebnis ist wohl kaum ein Symptom für eine verallgemeinerbare Tendenz). Eine Volksfront im klassischen Sinne, also ein Bündnis der gesamten Linken unter Einschluß eines starken kommunistischen Partners, steht hier auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Der Volksfront-Aufruf scheint insoweit ins Leere zu zielen. Seine inhaltliche Ausgestaltung könnte, bezogen auf die Bundesrepublik, sogar weithin so verstanden werden, als würde an die sozialliberalen Parteien appelliert, sich ihrerseits als pragmatische und freilich reformwillige Volksfront zu konstituieren, wobei indes manche der theorierelativierenden Ermahnungen mit diversen Standpauken konvergieren, denen sich die Jungsozialisten ausgesetzt sehen. Eine reichlich spekulative Interpretation der Améry'schen Absichten könnte darin bestehen, er wolle den Kommunisten der DKP nahelegen, sich pragmatischer zu orientieren, auf diese Weise konkurrenzfähig zu werden und damit das Volksfrontproblem auch in der Bundesrepublik auf die Tagesordnung der praktischen Politik zu setzen. Doch wie hierdurch ein kontroverser Diskussionszusammenhang aller Positionen mit linkem Anspruch zu stiften wäre, steht angesichts zunehmender Theoriefeindlichkeit insbesondere auch in der Sozialdemokratie dahin.

Obwohl die Volksfrontfrage im Rahmen der bundesrepublikanischen Verhältnisse weitgehend irrelevant scheint, ist sie gleichwohl *für* die BRD von hoher Aktualität. Dieser Widerspruch klärt sich auf, wenn das Problem auf der richtigen, nämlich der *europäischen,* Ebene formuliert wird. Dabei ist eine zweite grundlegende Fragestellung einzubeziehen, die bei Amery zwar nicht völlig fehlt, aber doch nicht mit adäquatem Gewicht diskutiert wird. Gemeint sind jene gesellschaftlich-politischen Entwicklungstendenzen, denen gegenüber Volksfrontbündnisse in der heutigen historischen Situation als Notwendigkeit konstituiert werden müssen. Das Stichwort eines in anderen Formen als früher auftretenden Kryptofaschismus hat Amery selbst gegeben. Die Anzeichen dafür liegen in Italien seit Jahren auf der Hand und häufen sich, in England hat der Prätendent für die Führung der Konservativen durch seine sozialdarwinistischen Tiraden eine über Enoch Powell hinausgehende Entwicklung signalisiert, und in der Bundesrepublik zeichnet sich nach den Hessen-Bayern-Wahlen die Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß als eine Führerkandidatur bereits deutlich ab. Was sich in Frankreich aus der Suggestion technokratischer Zugeständnisse und der polarisierenden Dynamik ihrer absehbaren Rücknahme ergeben wird, ist schwer abschätzbar, muß aber große Befürchtungen nähren. Die strukturellen Bedingungen für eine Verschärfung dieser europäischen Labilität sind mit der krisenhaften Entwicklung der Weltwirtschaft bereits gesetzt. Auf diese das Jahr 1975 überschattende Situation müßte die europäische Volksfrontdiskussion konkretisierend bezogen werden, wenn sie geschichtswirksam geführt werden und nicht zum intellektuellen Feuilleton absinken soll. Sie müßte dann vor allem die potentiellen Partnerorganisationen einer europäischen antifaschistischen Volksfront einbeziehen und in europäisch koordinierter Weise verlaufen. Zur Abklärung der Ausgangslage und zur Vorklärung übernationaler Bündnismöglichkeiten könnte

sich ein „Forum ‚Europäische Demokratie' " eignen, das in seiner Offenheit für verschiedene Grundpositionen den notwendigen und fruchtbaren Diskussionszusammenhang herstellen könnte. Für die Bundesrepublik ergäbe sich im Kontext einer solchen europäischen Bündnisdiskussion die Perspektive einer erheblichen Bewußtseinserweiterung zur Überwindung der hierzulande so ausnehmend rigiden Bannkreise des Antikommunismus. Der bundesrepublikanische antikommunistische Teufelskreis ist ja insofern besonders fatal, als die sozialliberalen Koalitionsparteien regelmäßig bereit sind, der antikommunistischen Erpressung der CDU/CSU nachzugeben, dadurch aber keineswegs aus der reaktionären Schußlinie kommen, sondern sich nur noch mehr hineinmanövrieren: sie bestärken damit nur das rechte Definitionsmonopol für den Verlauf einer angeblichen kommunistischen Gefahrenzone und müssen mit gebundenen Händen zusehen, wie immer größere Bereiche sozialistischer, demokratischer und liberaler Fortschrittspositionen dem antikommunistischen Tabu verfallen. Aus diesem Sumpf zwanghafter Selbstverstümmelung kann nur ein europäischer Problem- und Handlungszusammenhang herausführen.

Damit ist zugleich gesagt, daß die Perspektive einer „Volksfront dieser Zeit" allererst durch antifaschistischen demokratischen Widerstand, also defensiv zu charakterisieren ist. Die Frage nach revolutionären Zielsetzungen beantwortet sich damit durchaus in dem skeptischen Sinne Amérys, freilich ohne seinen Rückgriff auf Naturwüchsigkeit. Es müßte ohnehin historischer Erfahrung widerstreiten, wenn man Volksfronten als Instrumente der Revolution konzipieren wollte. Daß heute über Volksfront nachgedacht werden muß, folgt auch daraus, daß die Ablehnung von Volksfrontpolitik durch die Weimarer KPD zugleich Fehleinschätzung von Revolutionschancen und der Faschismusgefahr zur Grundlage hatte, woraus historische Lehren zu ziehen sind. Aus dem berechtigten Abstand von Volksfrontkonzeptionen einerseits und Revolutionsperspektiven andererseits ergeben sich nun freilich nicht bereits die Konsequenzen, die Améry für Gewicht und inhaltliche Gestalt von Theorie zieht. Nur für die um die historischen Vermittlungsglieder zur Revolution verkürzten bzw. die gegen die faschismusheckenden Realstrukturen bornierten Theorien ist seinem Verdikt zuzustimmen. Richtige, die Wirklichkeit tatsächlich erfassende und Handlungsorientierung vermittelnde Theorien (ein leider nicht überflüssiger Pleonasmus) sind notwendiger denn je, ist es doch ein grundlegendes Kennzeichen faschistoider Tendenzen, die richtige Deutung der Wirklichkeit zu untergraben und die aus Orientierungslosigkeit entspringende Angst gerade auch breiter Massen systematisch in Aggression und Selbstunterwerfung unter die allfällige Führerfigur umzusetzen. Daß solche Theorie nicht „theoretisch", d. h. intellektuell gettoisiert bleiben darf, sondern auf die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung angewandt und in aufklärend-handlungsleitendes demokratisches Massenbewußtsein überführt werden muß, ist sicher ein gutes Körnchen Wahrheit, das sich auch bei Améry herauslesen läßt. Eine generelle Relativierung von theoretischen Ansätzen, etwa des Marxismus, kann aus diesem Petitum freilich nicht zwingend begründet werden. Die historische Gefahrensituation wie der bündnispolitische Kooperationszusammenhang verlangen vielmehr eine Vertiefung der theoretischen Arbeit im praktischen Handlungszusammenhang, insbesondere von den Vertretern nicht-kommunistischer Positionen, wobei das Gefahren- wie das Kooperationsmotiv der Theorievertiefung zugleich dahin wirken, Differenzen der theoretischen und politischen Konzeptionen auf ihren Kern zu reduzieren und ihre gemeinsame Fruchtbarkeit zur Bewältigung aktueller Wirklichkeit vorurteilslos auszuloten.

„Volksfront" gehört im politischen Diffamierungsvokabular der Rechten in der BRD ebenso zum Kernbestand wie „Klassenkampf", „Ideologie" und „Marxismus". Jean Améry und die von ihm initiierte Diskussion werden kaum vermögen, die herrschende Tabuwand zu durchbrechen. Die vorurteilslose Einbeziehung auch des Volksfrontbegriffs in die politische Diskussion könnte helfen zu verhindern, daß die Tabuwand beim faschistischen Umkippen zum Grabstein wird.

Die Inflations- und Krisendebatte in den USA

Von Gerhard Kade und Dirk Ipsen

Die Wirtschaftskrise, Inflation, Stagnation, Arbeitslosigkeit als ihre drückendsten Erscheinungen, Fragen nach ihren Ursachen und den Bedingungen ihrer Überwindung treten immer stärker in den Vordergrund der politischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik wie in den anderen westlichen Industrieländern. Im Laufe weniger Monate sind die Regierungen der wichtigsten Länder des Westens gestürzt oder abgewählt worden, und Unzufriedenheit über mangelnde wirtschaftspolitische Erfolge spielte in den meisten Fällen eine ausschlaggebende Rolle. Während Industriekreise und Politiker bei weiteren Verschärfungen der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen für den Fortbestand des kapitalistischen Systems selbst fürchten, sofern die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung nicht mehr von systemkritischen Alternativüberlegungen abgelenkt und in rechte Auffangbecken kanalisiert werde könnte, demonstriert die Uneinigkeit westlicher Ökonomen über den Weg aus der Krise tiefe Ratlosigkeit. Als in jüngster Zeit bemerkenswertestes Beispiel für den Stand bürgerlicher Krisendiskussion untersucht der nachstehende Aufsatz von Gerhard Kade und Dirk Ipsen die Inflationsdebatte in den USA, zu der Präsident Ford im September dieses Jahres die bekanntesten amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler eingeladen hatte. Im Anhang veröffentlichen wir eine Auswahl repräsentativer Stimmen aus dieser Debatte in deutscher Sprache, darunter Beiträge von John Kenneth Galbraith, Paul A. Samuelson und Milton Friedman. Eine Diskussion über das Wesen der gegenwärtigen Krise, ihre Ursachen und ihre Entwicklungstendenzen aus marxistischer Sicht fand, angeregt vom Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW-Berichte), am 28. Juni dieses Jahres unter Teilnahme bekannter Wissenschaftler aus der DDR wie Jürgen Kuczynski, Dieter Klein, Lutz Maier u. a. in Berlin statt. Die komprimierte Wiedergabe dieser Diskussion im Anschluß an die Beiträge zur amerikanischen Inflations- und Krisendebatte ermöglicht u. E. eine interessante Gegenüberstellung. In den folgenden Heften der „Blätter" werden wir weitere ausführliche Beiträge zur Einschätzung der Krise und ihrer Perspektiven, als nächstes u. a. zu den Themen Arbeitslosigkeit und Konjunkturprognosen, veröffentlichen. D. Red.

Der anhaltende und eskalierende Trend der säkularen Inflation beherrscht wie kein anderes Problem die gegenwärtige Diskussion. Je offensichtlicher das Scheitern der bisherigen Versuche einer Inflationsbekämpfung ist und je bedrückender die Hilflosigkeit von Politikern, Interessenverbänden und Wissenschaftlern zutage tritt, desto hektischer wird die Suche nach geeigneten Heilmitteln. In manchen Zügen ähnelt die Situation in der Tat den Ereignissen am Vorabend der Weltwirtschaftskrise mit ihrer Flut von Rezeptvorschlägen und politischen Stabilisierungsversuchen. So wie man damals über 200 Konjunkturtheorien zählte, die alle mit dem Anspruch der Krisenerklärung auftraten, so werden wir heute von seiten der bürgerlichen Ökonomie mit einer Flut von Inflationserklärungen samt beigefügten Therapieratschlägen überhäuft.

Präsident Fords Anti-Inflations-Kampagne gibt in dieser Situation der politischen und theoretischen Ratlosigkeit das herausragende Beispiel ab für eine Politik, die die Flucht nach vorne ergreift — und im Dilemma mündet. Dieser Prozeß, mit dem wir uns hier befassen, spielt sich im knappen Zeitraum von fünf Wochen ab; er beginnt am 5. September 1974 mit einer „Gipfelkonferenz" prominenter amerikanischer Ökonomen im Weißen Haus, umfaßt eine Serie von einem Dutzend weiterer Inflations-Konferenzen aller relevanten Verbände und Interessengruppen, die auf eine Mammut-Konferenz am 27./28. September in Washington orientiert waren, und findet seinen vorläufigen Abschluß mit der Verkündung von Präsident Fords Anti-Inflations-Programm vom 9. Oktober 1974. Das Motto und die Zielrichtung formuliert Präsident Ford in seiner Eröffnungsrede vor dem „Ökonomen-Gipfel" so: Diese Konferenz einigt Republikaner, Unabhängige und Demokraten in einem Wahljahr gegenüber einem tödlichen Feind, der keine Unterschiede zwischen Parteien kennt. „Der Präsident kann die Inflation nicht bezwingen, der Kongreß kann die Inflation nicht bezwingen, Unternehmer, Gewerkschaften, Landwirtschaft und andere Gruppen Amerikas können die Inflation nicht bezwingen. Jeder für sich kann die Inflation nur stärken. Aber wir alle gemeinsam können sie in die Kniee zwingen."

„Wir sind auf der Suche nach Aktion, die praktisch, durchführbar und in der Wirkung so schnell ist, wie wir das vernünftigerweise erwarten dürfen" [1]).

Die Mobilisierung der amerikanischen Öffentlichkeit gehört mit zu den zentralen Zielen von Fords Kampagne — sämtliche Konferenzen wurden mit großem Aufwand in Presse, Rundfunk und Fernsehen publiziert und kommentiert. Wer die amerikanische Presse in dieser Zeit verfolgt hat, fühlt sich förmlich überschüttet mit Informationen, Ratschlägen und wissenschaftlichen Äußerungen derart heterogenen Charakters, daß es nicht zu viel erscheint, von einem Chaos zu sprechen. Uns geht es in dieser Dokumentation darum, das Systematische herauszuarbeiten, gleichsam die „Struktur des Chaos" zu untersuchen. Der Schwerpunkt liegt dabei in der Untersuchung der Rolle der etablierten Fachökonomie in dieser Szenerie und in der Analyse der unterschiedlichen Dimensionen und Ebenen, in denen die Mammut-Schau ablief — von der Ebene der wissenschaftlichen Problemanalyse über die der Verbandspolitiken bis hin zur innen- und außenpolitischen Taktik und Strategie der amerikanischen Regierung.

Man wird den Ablauf dieses Prozesses nicht sinnvoll interpretieren können, wenn nicht eine zumindest grobe Orientierung über die heute vorherrschenden theoretischen Inflationserklärungen als Hintergrundinformation zur Verfügung steht — wir beginnen deshalb mit der Ebene der Problemanalyse in Form eines knappen

1) Vgl. Excerpts from transcripts of White House Conference on problem of inflation, in: "The New York Times" v. 6. 9. 1974, S.14.

Überblicks und einer Systematik der Inflationserklärungen, wie sie die vorherrschenden Theorierichtungen anbieten, um von hier aus die konkrete Situationsanalyse, wie sie der Konferenzserie zugrunde gelegt wurde, zu dokumentieren und kommentieren. Ausgehend davon, verfolgen wir dann den Weg der öffentlichen Diskussion bis hin zu Fords Programm gegen den „Feind Nummer Eins."

Der Theorie-Pluralismus und das Dilemma der Inflationserklärung

Bis weit in die 60er Jahre hinein dominierte als Inflationserklärung die Theorie der „inflatorischen Lücke" — eine Konzeption, die aus der Keynes'schen Kreislauftheorie entstammt [2]). Eine inflatorische Lücke existiert demnach immer dann, wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage das bei Vollauslastung allen Produktionspotentials erstellbare Sozialprodukt übersteigt. Hier endet jedoch bereits der gemeinsame Nenner der daraus ableitbaren möglichen Inflationstheorien; denn wenn man bedenkt, daß eine Überforderung des Produktionspotentials diesem Ansatz zufolge von jeder einzelnen Komponente der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage (privater Konsum, private Investition, öffentliche Nachfrage, ausländische Nachfrage) herrühren kann, so wird offensichtlich, daß bereits von hier aus eine stattliche Anzahl von „Theorien" zur Inflation resultiert, je nachdem, welcher Faktor als inflationsinduzierend angesehen wird. Die wichtigsten Varianten dieses Ansatzes bestehen in der „Nachfragesog"-Theorie und „Kostendruck"-Theorie, wobei erstere den inflationären Anstoß aus der Investitionstätigkeit ableitet, denn hier tritt zusätzliches Einkommen bereits in den Kreislauf, bevor der Kapazitätseffekt wirksam wird. Letztere erklärt die Inflation aus (Lohn-)Kostensteigerungen und deren Überwälzung auf die Preise, was bei einer auf Vollbeschäftigung ausgerichteten Wirtschaftspolitik auch gelingt. Aus dem Zusammenwirken von Nachfragesog und Kostendruck resultiert die berühmte Theorie der „Lohn-Preis-Spirale".

Von erheblicher Bedeutung ist der Sachverhalt, daß die Therapievorschläge aus diesen Inflationstheorien ihrer keynesianischen Herkunft gemäß ebenfalls den Einsatz des Keynes'schen Instrumentariums empfehlen — eine Fiskalpolitik mit Steuern und Staatsausgaben und eine Kreditpolitik durch Veränderung des Zinssatzes. Während Keynes dieses Instrumentarium zur Krisenbekämpfung empfahl, tritt es nun mit umgekehrten Vorzeichen zur Inflationsbekämpfung auf: Steuererhöhungen, Ausgabenkürzungen und eine Politik des „teuren" Geldes sollten die Übernachfrage ausschalten. Das Dilemma dieser Art von Inflationserklärung ist theoretischer und politischer Natur; es wurde offensichtlich, als seit Mitte der 60er Jahre immer häufiger und länger Phasen wirtschaftlicher Stagnation bei gleichwohl anhaltender Inflation auftraten. Das in dieser Situation geschrumpfte Niveau der Konsum- und Investitionsgüternachfrage bei kaum ausgelasteten Produktionskapazitäten hätte dieser Theorie zufolge ein Ende der Inflation bedeuten müssen, während realiter das Gegenteil eintrat. Der theoretischen Ratlosigkeit in der Situation einer „Stagflation" entspricht das wirtschaftspolitische Dilemma: Da ja zur Inflationsbekämpfung das gleiche Instrumentarium empfohlen wurde wie zur Rezessionsbekämpfung — nur mit vertauschtem Vorzeichen —, wußte der Politiker nun nicht mehr, ob er die Politik-Variante des „stop" oder die des „go" einschlagen sollte. Die Stabilitätspolitik geriet in den Konflikt zwischen Preisstabilität und Arbeitslosigkeit.

[2]) Einen Überblick über die Inflationstheorien bieten folgende Publikationen: R. J. Ball and P. Doyle (eds.), Inflation, Selected Readings, London 1969; M. Bronfenbrenner and F. D. Holzman, A. Survey of Inflation Theory, in: Surveys of Economic Theory, Vol. I, London 1965, S. 46—107; vgl. auch dieselben in "American Economic Review", Vol. 53, 1963; J. Schlemmer (Hrsg.), Enteignung durch Inflation? München 1972; U. Hofmann und K. Müller, Das Dilemma der bürgerlichen Inflationsforschung, in: Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW), Nr. 6/1974, S. 58—62.

Es ist verständlich, daß in dieser Situation neue Erklärungsversuche in den Vordergrund rückten: Sie bestehen einerseits in der neuaufgelegten Quantitätstheorie in Form von Friedmans Theorie der „Geldmengen-Inflation" und zum anderen in Form von sogenannten „Machttheorien" [3]). Friedmans Position besagt, daß eine „zu starke" Erhöhung der Geldmenge auch die entscheidende politische Variable darstelle, was immer auch dabei mit „zu stark" gemeint sein mag und wie immer die Geldmenge sinnvoll zu bestimmen ist. Er empfiehlt einen Verzicht auf stabilisierende Fiskalpolitik und die Bindung der Geldpolitik an wissenschaftlich zu begründende Regeln, also die Entmachtung der Stabilitätspolitiker.

Im Gegensatz dazu vertreten die Machttheoretiker die Auffassung, die Inflation müsse aus der Monopolmacht von Großindustrie und Gewerkschaften erklärt werden — die Macht zur Lohnsetzung gehe mit der Macht zur Preisfixierung eine Verbindung ein, die in der Inflation münde. Wie man sieht, mündet der Weg auch hier bei einer Variante der „Lohn-Preis-Spirale". Als wirtschaftspolitische Konsequenzen werden sowohl die verschärfte Durchsetzung der Kartellgesetze empfohlen als auch die Einrichtung einer staatlichen Lohn- und Preiskontrolle.

Man wird nicht behaupten können, die neu aufgetretenen Theorievarianten hätten Klarheit in das Stabilitätsdilemma gebracht. Die Machttheoretiker gehen nach dem Desaster der Politik einer Lohn-Preis-Kontrolle, zumal der von Nixon in den USA nach 1971, mit arg geschwächter Position in den „Kampf gegen den Inflationsfeind", während den Geldmengentheoretikern tiefes Mißtrauen nicht nur seitens der Mehrzahl von Ökonomen entgegengebracht wird, sondern auch von den Politikern, die bei einem Verzicht auf die Stabilisierung des Wirtschaftssystems durch die Fiskalpolitik drastische krisenhafte Einbrüche erwarten.

Wir haben mit dieser Systematisierung die Hauptrichtungen und deren Exponenten vorgestellt, die nunmehr auf Präsident Fords Einladung alle gemeinsam zu einem klaren und konsistenten Programm verhelfen sollten. Es verbleibt noch, die amerikanische politische Terminologie der hier vorgeführten Theoriegruppierung vorzustellen: Die Keynesianer werden als die Vertreter der „alten Religion" vorgestellt, Friedman und seine Anhänger gelten als „Konservative" und die Vertreter der Machttheorien als „Liberale". Für derartige Zuordnungen scheint es wesentlich zu sein, ob jemand von der „Lohn-Preis-Spirale" spricht oder es bevorzugt, von der „Preis-Lohn-Spirale" zu sprechen.

Von der Analyse zur Diagnose der konkreten Situation

Damit können wir uns wiederum dem konkreten Ablauf der Anti-Inflations-Kampagne zuwenden. Der Ökonomen-Gipfelkonferenz vorangestellt wurde eine Reihe von Diagnosen zur wirtschaftlichen Lage der USA, die von regierungsamtlicher, wissenschaftlicher und unternehmerischer Seite geliefert wurden. Wer nun der Meinung war, hier würden präzise und differenzierte Aussagen über die Entwicklung des gegenwärtigen Inflationsprozesses in den USA gemacht, der wurde enttäuscht. Zur Überraschung stellte man fest, daß nicht die inflationäre Tendenz das Thema der Diagnose war, sondern die Frage, ob eine Rezession oder gar eine tiefe Depression zu erwarten sei. Dieser Wechsel in der Fragestellung wurde von allen anwesenden Ökonomen ohne Zögern mitvollzogen, und das hatte dann auch den erwünschten Effekt:

[3]) Vgl. M. Friedman and W. W. Heller, Monetary versus Fiscal Policy, New York 1969, und G. C. Means, The administered-price thesis reconfirmed, in "Amer. Econ. Rev.", Vol. 62, 1972, S. 292—306. Zur Gruppe der „Machttheoretiker" ist auch J. K. Galbraith zu rechnen: vgl.: Die moderne Industriegesellschaft, München/Zürich 1968, Kap. 16—24. Vgl. auch die Materialien im Anhang.

Die Schlagzeilen der amerikanischen Presse konnten die beruhigende Mitteilung verbreiten: „Die Nation steht nicht vor tiefer Depression"; „Führende Ökonomen sind der Meinung, die Bundesbank solle die Geldpolitik lockern"; „Kein Grund zu Pessimismus" [4]).

Im einzelnen wurde diagnostiziert:

A. Greenspan (Vorsitzender des Council of Economic Advisers): „Das Sozialprodukt entwickelt sich langsam und stockend. Lebhafte unternehmerische Investitionstätigkeit verhindert erhebliche reale Einbrüche. Die Rate der Arbeitslosigkeit wird steigen."

O. Eckstein (Harvard-Universität): „Es wird eine ‚mittlere Rezession' geben wie einige Male seit dem Zweiten Weltkrieg; möglicherweise etwas schlimmer als die Rezession von 1958, wenn der Staat seine Ausgaben kürzt und die Kreditkosten hoch hält. Die Arbeitslosigkeit wird über 6,5 % steigen im folgenden Jahr. Die Preise werden im Jahresdurchschnitt 1975 um 8 % steigen."

B. W. Sprinkel (Vizepräsident und Ökonom der „Harris Trust and Saving Bank"): „Keine Rezession und keine Depression in naher Zukunft. Jedoch wird es nur sehr geringes Wachstum geben. Die Arbeitslosigkeit wird 6 % nicht übersteigen; die Inflationsrate wird bis Mitte 1975 nicht die 7-%-Grenze unterschreiten."

W. E. Hoadley (Vizepräsident und Chefökonom der „Bank of America"): „Die wirtschaftliche Entwicklung verläuft grundlegend ‚flau'. Die Inflationsrate ist im kommenden Jahr möglicherweise ein wenig niedriger. Der Vertrauensverlust ist das gravierendste Problem. Ausländische Geschäftsleute sind optimistischer als amerikanische."

D. L. Grove (Vizepräsident und Chefökonom der IBM): „Es wird nur ein sehr geringes reales Sozialproduktwachstum geben. Die Investitionstätigkeit wird sich wohl 1975 abschwächen; die Bauwirtschaft ist in grundlegender Flaute. Die Unternehmergewinne werden sich scharf verringern."

A. M. Okun (Brookings Institution): „Eine Rezession — Ja. Eine Depression? — Entschieden nein. Aber die Zahl der Arbeitsplätze wird schrumpfen, und die Arbeitslosigkeit wird stärker steigen als im Vorjahr. Die Bundesbankpolitik ist genügend restriktiv."

Wie bereits dieser äußerst knappe Überblick zeigt, gibt es — zumindest für die überwältigende Mehrheit des amerikanischen Volkes — eigentlich keinen Anlaß zur Beruhigung und Verharmlosung der Situation angesichts der Gefahr des Abgleitens in eine Rezession bei steigender Arbeitslosigkeit und weiterem drastischen Preisanstieg. Bereits 1974 hatte eine Inflationsrate von 11—12 % bei niedrigen Lohnabschlüssen der Gewerkschaften und progressivem Steuersystem für die Reduktion des Realeinkommens des amerikanischen Durchschnittshaushaltes um 4 % gesorgt, während die Unternehmergewinne, die 1973 im Durchschnitt um 30 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen waren, ihr Niveau weitgehend im ersten Halbjahr 1974 halten konnten und erst in jüngster Zeit abfielen. Die USA stehen nach kurzem Wirtschaftsaufschwung 1973 zur Zeit in einer Stagnation, und es ist offen, ob im kommenden Jahr das Stagnationsniveau überhaupt gehalten werden kann [5]).

[4]) Vgl. "New York Times" (NYT) v. 6. 9. 1974, S. 14 f., oder „US News and World Report" v. 16. 9. 1974, S.19ff.

[5]) Vgl. für einzelne Daten: NYT v. 6. 9. 1974, S. 14 f. Wochenberichte des deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) 41. Jg.v.11. 4. 1974, v. 22. 8. 1974, v. 24. 10. 1974. Vgl. zur Gewinnentwicklung der wichtigsten US-Konzerne: Inflation sustains the profits boom, in: „Business week" v. 19. 10. 1974, S. 40 f.

Es ist leicht zu sehen, wie es nur durch die Art der Fragestellung, die diesen Diagnosen zugrundegelegt wurde, zu dem Effekt der Beruhigung und Verharmlosung der gegenwärtigen Situation kommen konnte: Gebannt blicken alle Diagnostiker auf Anzeichen für eine große Depression wie die von 1929. Mag dies auch symptomatisch sein für die tiefe Unsicherheit und Hilflosigkeit in der Beurteilung der Zukunft, so erfüllt diese Art der Fragestellung gegenwärtig doch eine ungeheuer wichtige politische Funktion: Angesichts der Bezugspunkte der Weltwirtschaftskrise kann man hier und heute zu Recht aufatmen und beruhigend der Nation versichern, daß die USA gegenwärtig höchstens mit einer Rezession wie der von 1958 rechnen müßten. Das war übrigens die bislang schwerste Nachkriegsrezession der USA.

Die Tendenz zur Verharmlosung in diesen ökonomischen Diagnosen rührt jedoch nicht nur von der verzerrten Perspektive her — hier könnte man eigentlich nur von einer geschickten Manipulation reden, indem man einer durch Politik und Wirtschaft verunsicherten Öffentlichkeit eine Apokalypse vorstellt, die man dann freundlichst abschwächt —, vielmehr gilt es auch, die Faktoren zu berücksichtigen, die aus dem wissenschaftlichen Charakter dieser Diagnosen herrühren.

Die Diagnosen gründen sämtlich auf Keynesianischen Kreislaufvorstellungen, d. h. sie untersuchen die kurzfristigen Trends der einzelnen gesamtwirtschaftlichen Angebots- und Nachfragegrößen, die dann auf ihre Konsistenz hin überprüft werden. Dieses der Oberfläche des Marktes verhaftete Konzept bringt es mit sich, daß hier rein additiv vorgegangen wird und Quantitäten auf ihre Stimmigkeit oder Unstimmigkeit untersucht werden, während die aus den Wechselbeziehungen sich ergebenden Widersprüchlichkeiten der aktuellen Situation dem Blickfeld der Diagnostiker systematisch entfallen. So findet man viele, auch aufschlußreiche und wichtige Detailinformationen durchaus in den Diagnosen wieder, jedoch unvermittelt nebeneinander, ohne systematischen Bezug, in eklektischer Aneinanderreihung. Kein Wort findet man darüber, daß die gegenwärtige Labilität der amerikanischen Wirtschaftslage vielleicht auch unter *dem* Aspekt systematisch erklärt werden könnte, daß sie eine spezifische Phase im Verteilungskampf repräsentiert; daß die gegenwärtige Stagnation eine mit fiskalischen Mitteln gebremste Rezession darstellt, eine Phase, in der es den Kapitaleigentümern gelungen ist, das im konjunkturellen Aufstieg angeschwollene Gewinnniveau durch massive Preissteigerungen zu halten und damit den Reallohn zu senken. Die rege private Investitionstätigkeit erschiene dann nicht so sehr als wünschenswerte Konjunkturstütze, sondern als deutliches Indiz für die Entwicklung einer Überproduktionskrise angesichts sinkender Massenkaufkraft [6]). Man könnte auf der Grundlage einer solchen Diagnosekonzeption unschwer die Konsequenzen ableiten: Da ein Präsident, der sich 1976 einer Wahl zu stellen hat, den zyklischen Ablauf kaum den „Gesetzen des freien Marktes" überlassen wird, steht zu erwarten, daß der Staat mit expansiver Fiskalpolitik interveniert — mit der Konsequenz eines staatlich abgesicherten neuen Inflationsschubes. Dieser wird noch dadurch verschärft, daß es für die amerikanischen Gewerkschaften zu einer existenziellen Frage wird, ob es ihnen gelingt, die Minderung der Reallöhne zu stoppen und einen Einkommenszuwachs zu erkämpfen. Während man hierzulande noch große Debatten um die Indexklauseln führt, werden sie in den USA von den Gewerkschaften in zunehmendem Umfang in den Tarifverträgen durchgesetzt. Die Situation selbst ist also in sich äußerst widersprüchlich und

[6]) Im Zusammenhang mit derartigen Überlegungen sei besonders verwiesen auf: A. Blechschmidt/G. Hoffmann/R. Marwitz, Die inflationäre Struktur des Kapitalismus — Das Zusammenwirken von Konzentration, Weltmarktentwicklung und Staatsintervention am Beispiel der BRD, Kübler Verlag, Lampertheim 1974.

läßt bei bestem Willen nicht erkennen, wo hier der Spielraum für eine Anti-Inflationspolitik sein könnte.

Bevor wir uns den Reaktionen der Ökonomen in dieser Situation zuwenden, wollen wir uns die Konstellation noch einmal vergegenwärtigen.

Wir haben bislang zwei Ebenen in Präsident Fords Anti-Inflationskampagne getrennt analysiert — die der theoretischen Analyse des Inflationsproblems selbst und die der konkreten Diagnose der Situation. Das Fazit, das wir daraus ziehen können, zeigt, daß beide Ebenen in sich systematisch bedingte Widersprüchlichkeiten aufweisen: Auf der theoretischen Ebene traten sie uns in Form eines unvermittelten Theoriepluralismus entgegen, der konkret beinhaltet, daß es keine wissenschaftliche Erklärung für das Phänomen gibt, gegen das man nun mit vereinten Kräften ankämpfen möchte, daß vielmehr eklektisch einzelne Elemente hervorgehoben und zur Erklärung für das Ganze ausgegeben werden. Das Resultat besteht in einem Chaos heterogener Rezepte zur Inflationsbekämpfung. (Es sei besonders auf die geschickte Art verwiesen, in der Galbraith diesen Sachverhalt positiv wendet; vgl. Anhang.)

Auf der Diagnoseebene tritt uns der Widerspruch der konkreten Situation entgegen, gleichsam als zweites Strukturelement des von uns untersuchten Ablaufes. Die amerikanische Stagflationsphase enthält sowohl den klassischen Widerspruch zwischen Gewinnexpansion zur Akkumulation und reduzierter Massenkaufkraft als auch den zusätzlichen Widerspruch zwischen der Inflation, die man bekämpfen, und der Akkumulation, die man forcieren möchte. Diese beiden in sich widersprüchlichen Ebenen böten jede für sich genügend Konfliktstoff; in Präsident Fords Anti-Inflationskampagne werden sie jedoch systematisch zusammengeführt, dem üblichen schematischen Ablauf von der Analyse über die Diagnose zum Programm folgend. Dies ist die Situation, in der sich die führenden amerikanischen Ökonomen befanden, als sie dem Präsidenten ihren Beistand zusagten.

Allerdings läßt sich aus den zahlreichen Interviews mit den von Präsident Ford eingeladenen Ökonomen kaum ein Anzeichen von Skepsis oder anderen Gefühlen des Unwohlseins darüber spüren, daß sie sich gleichsam als Katalysatoren zweier widersprüchlicher Ebenen exponieren sollten. So konnte die „New York Times" vermelden, die Ökonomen gingen voller Hoffnung in das Gipfeltreffen. Die Mehrzahl äußerte die Meinung, es gebe zwar kein Patentrezept, aber der Präsident sei sicherlich daran interessiert, ein „weites Spektrum von Erkenntnissen" zu hören, es wäre schon ein sinnvolles Ergebnis, wenn sich die Einsicht durchsetzte, daß „wir alle im gleichen Boot" sitzen. Eine Minderzahl vermutete, es käme dem Präsidenten wohl darauf an, das Augenmerk der Öffentlichkeit auf die ökonomischen Probleme zu lenken, und ein Bankier vermutete als einziger, „that the President had decided to ‚take a fresh look' " [7]). Sie alle unterwarfen sich bereitwillig einer Konferenzordnung, die für jeden Ökonomen eine Redezeit von drei Minuten gestattete, um seine Position zu verdeutlichen.

So verwundert es nicht, daß die Diagnose der gegenwärtigen amerikanischen Inflation systematisch zu kurz kommt. Mehrfach im Verlaufe der Konferenz wurde darauf hingewiesen, man solle sich nicht ausschließlich mit dem Problem der Rezession befassen, sondern auch das eigentliche Thema behandeln. Die wenigen Äußerungen zur Inflation, die überhaupt gemacht wurden, befaßten sich

[7]) Vgl. NYT v. 31. 8. 1974.

einerseits mit der Schätzung zukünftig erwarteter Inflationsraten oder bestanden andererseits unmittelbar aus Therapievorschlägen, ohne den Umweg über die Diagnose der Situation zu beschreiten. Angesichts des vorherrschenden Theoriepluralismus hatte sich eine Einstellung zu den theoretischen Fragen der Inflationsanalyse herausgebildet, für die Äußerungen von Galbraith typisch sein dürften [8]): Auf die Frage nach den Ursachen der Inflation folgt bei ihm eine Aufzählung annähernd aller in bisherigen Inflationstheorien unterschiedlicher Herkunft genannter Einflußfaktoren:

1) Die anhaltend hohe Kreditnachfrage führt zu erhöhter Geldmenge; die Verausgabung gewährter Kredite führe letztlich zu einem Nachfragesog mit inflationären Folgen;

2) Der Staatshaushalt sei nicht genügend antiinflationär; er schöpfe keine Kaufkraft ab;

3) Die „Preis-Lohn-Spirale" verstärke den inflationären Trend;

4) Die Knappheit von Nahrungsmitteln und Erdöl habe generell das Preisniveau erhöht;

5) Die Inflationserwartungen hätten zur Folge, daß weniger gespart und mehr nachgefragt würde, was den inflationären Trend verstärke.

In der Tat ist durch die Addition dieser Einzelfaktoren gewährleistet, daß annähernd alle Ökonomen zustimmen können, denn es ist alles vertreten, was in der Spannweite von Samuelson bis Friedman in der amerikanischen theoretischen Diskussion geäußert wurde. Die gemeinsame Basis ist hier durch schlichte Addition der Faktoren hergestellt — es gab keine Divergenzen in der Konferenz. Gleichzeitig hatte eine derartige Position den wichtigen Vorteil, daß man hinsichtlich der Therapie offen war; annähernd jedes Rezept war diesem Ursachenkatalog subsumierbar — der Theoriepluralismus zahlt sich aus.

Es muß besonders betont werden, daß die hier von Galbraith vertretene Position weitgehend unberührt ist von Erkenntnissen über die konkrete gegenwärtige Konstellation in der amerikanischen Wirtschaftssituation, was bewirkt, daß Teile dieser Punkt-Liste unvollständig oder effektiv falsch sind:

1) Die Kreditnachfrage resultiert gegenwärtig in den USA aus einer bislang regen Investitionstätigkeit, während die inflationsgeschädigten Privathaushalte ihre Kreditnachfrage zunehmend gedrosselt haben. Die Finanzierung des unternehmerischen Kreditbedarfs gelingt trotz restriktiver Bundesbankpolitik, weil „Öldollars" in großem Umfang in die USA strömen; allein ihnen verdankt die amerikanische Zahlungsbilanz bei negativer Leistungsbilanz ihren Ausgleich. Galbraith müßte sich also mit der Frage befassen, ob er die „Öldollars" aussperren möchte, ganz im Gegensatz zu den Interessen der amerikanischen Außen- und Wirtschaftspolitik.

2) Wie soll der Staatshaushalt antiinflationär sein, wenn gleichzeitig das Sozialprodukt der USA rückläufig ist?

3) Wie wir oben gesehen haben, sind die Lohnabschlüsse der amerikanischen Gewerkschaften niedrig gewesen, so niedrig, daß die Inflation zu realen Einkommensminderungen geführt hat, und das faktisch seit 1971.

4) Bevor man dazu tendiert, die Nahrungsmittelknappheit und die Ölpreiserhöhungen als (überwiegend) exogene Einflußfaktoren zu werten, muß darauf verwiesen werden, daß

[8]) Vgl. NYT-Magazine v. 15. 9. 1974 unter dem Titel: Inflation: a Presidential catechism; s. in unserem Anhang.

— die Nahrungsmittelpreise durch eine intensive Warenspekulation in die Höhe getrieben worden sind; diese Spekulation hat einen derartigen Umfang, daß sie sogar die Durchschnittswerte aus amerikanischen Lagerhaltungsstatistiken signifikant erhöht hat;

— die Nahrungsmittelknappheit nicht allein auf witterungsbedingte Ernteausfälle zurückzuführen ist, sondern durch die Großverkäufe von Getreide an die Sowjetunion und China mitbedingt ist — ein glänzendes Doppelgeschäft der Warenspekulanten.

— Hinsichtlich der Ölknappheit wird man einerseits auf die massiven Gewinnsteigerungen amerikanischer Ölkonzerne verweisen müssen, zum anderen sollte die Aufmerksamkeit auf das Ergebnis einer Sondergeschworenenkammer in New York zur Ölkrise von 1972 gerichtet werden. Es heißt dort [9]: „Die Beweise zeigen eindeutig, daß die Erdölindustrie in ihrer Gesamtheit während der ersten sechs Monate des Jahres 1972 nicht genügend Erdölprodukte (einschließlich Benzin und Heizöl) erzeugte, um der erhöhten Nachfrage gerecht zu werden, obgleich die Industrie zu jener Zeit insgesamt in der Lage war, ausreichend zu produzieren, sowohl was die Kapazitäten der Raffinerien angeht, als auch im Hinblick auf die vorhandenen Mengen Rohöl."

5) Es ist effektiv unrichtig, daß die amerikanischen Haushalte „entsparen" — das Gegenteil trifft zu: Infolge geminderten Realeinkommens und aus Furcht vor einer Arbeitslosigkeit wird Kaufzurückhaltung bei langlebigen Konsumgütern geübt und mehr gespart.

Von diesen hier aufgeführten Punkten wurde in der Ökonomen-Gipfelkonferenz die Warenspekulation erwähnt, ohne daß daraus Konsequenzen für die Inflationsbekämpfung abgeleitet wurden, wogegen die reale Einkommensminderung der amerikanischen Haushalte öfters angesprochen und mit bereits vorliegenden Vorstellungen zu einer Politik der steuerlichen Entlastung niedriger Einkommen verknüpft wurde.

Die Schwerpunkte der Ökonomen-Vorschläge lagen auf ganz anderen Gebieten [10]:

— Es herrschte weitgehende Einmütigkeit darüber, daß die Hochzinspolitik der amerikanischen Bundesbank zumindest graduell gelockert werden sollte.

— Weiterhin gelte es, die zukünftige Kapitalakkumulation durch Investitionsanreize abzusichern.

— Immer wieder wurde eine Änderung der amerikanischen Sozialpolitik gefordert — viele Programme hätten inflationäre Tendenzen; die Wohlfahrtsprogramme sollten vor allem auf eine Absicherung der langfristig Arbeitslosen ausgerichtet werden.

— Ohne konkrete Vorstellungen zu formulieren, wurde immer wieder die Notwendigkeit einer staatlichen Einkommenspolitik und der internationalen Kooperation in der Inflationsbekämpfung betont.

— Schließlich müßten gezielte Maßnahmen zur Beseitigung der Engpässe in der Versorgung mit Öl und Nahrungsmitteln getroffen werden.

Man kann unschwer erkennen, daß nunmehr auf der Ebene der Therapievorschläge das Dilemma der Stabilisierungspolitik offen zutage tritt. Konnte sich

9) Diese Meldung der associated press lief in der deutschen Presse weit hinten unter „ferner liefen". Ich zitiere hier aus „Darmstädter Echo" v. 9. 10. 1974, S. 22.
10) Vgl. NYT v. 6. 9. 1974, S. 1, 16. Das gleiche Bild spiegelt sich in „Newsweek" v. 30. 9. 1974, S. 42 ff. wider; vgl. Anhang.

die flüchtige und oberflächliche Diagnose noch auf die reine Theorie zurückziehen und den dort vorherrschenden widersprüchlichen Theoriepluralismus anscheinend problemlos in ein additives Konzept der „zahlreichen Inflationsfaktoren" ummünzen, so muß die Angabe von Therapievorschlägen notwendigerweise die konkrete Situation der wirtschaftlichen Stagnation und drohenden Rezession in das Kalkül einbeziehen. Hier berühren sich zum erstenmal die beiden oben analysierten Widerspruchsebenen. Da jedoch die oberflächliche Diagnose keine konkreten Anhaltspunkte für eine spezifische Anti-Inflationspolitik ergab, die auf die spezielle Situation zugeschnitten ist, gerät die Therapie notwendigerweise in das Dilemma, zwischen „stop" und „go", zwischen Inflationsbekämpfung und Rezessionsbekämpfung entscheiden zu müssen. Daß hier die Entscheidung zugunsten weiterer Kapitalakkumulation fällt, verwundert nicht; weder die Erleichterungen der Kreditrestriktionen, noch die geforderten Investitionsanreize haben etwas mit Inflationsbekämpfung zu tun — sie zielen auf eine Rezessionsbekämpfung ab. Der Vorwurf einer inflationären Tendenz der öffentlichen Haushalte allgemein, der staatlichen Wohlfahrtsprogramme insbesondere hat demgegenüber reine Alibifunktion — „wir tun ja auch etwas gegen die Inflation". Daß dabei als Spielraum für Einsparungen die Sozialausgaben öffentlich hervorgehoben werden, ist der Tatsache zuzuschreiben, daß die Diskussion in den USA um Grade offener geführt wird, als wir das im eigenen Lande gewohnt sind; Kapitalinteressen offen auszusprechen und sie als allgemeine Interessen zu deklarieren, gilt dort nicht als anrüchig.

Interessanter als dieser ohnedies erwartete Sachverhalt ist der Hinweis, daß in der Frage der praktischen politischen Vorstellungen ein Tatbestand anerkannt wird, der in der theoretischen Analyse sorgfältig ausgeklammert bleibt — daß nämlich die effektive Funktion staatlicher Regulierung nicht so sehr in der Erfüllung sogenannter gesamtwirtschaftlicher Ziele wie „Geldwertstabilität" oder „Vollbeschäftigung" besteht, sondern in der Gewinnstabilisierung. Hier wird ohne weiteres anerkannt, daß der gegenwärtige inflationäre Schub der Gewinnsicherung und Expansion dient und immer dann, wenn die inflationsbedingte Einkommensminderung zu einem effektiven Nachfragedefizit führt und damit die Inflation ihre Funktion der Gewinnstabilisierung zu verlieren droht, staatliche Absicherungsmaßnahmen einzusetzen haben. In dieser Situation befinden sich die USA gegenwärtig.

Die gängige Argumentation der bürgerlichen Ökonomie läuft jedoch anders, und unser Kommentar wäre unvollständig, würden wir uns nicht mit ihr auseinandersetzen: Hier wird argumentiert, daß eine Politik der Wachstumsförderung langfristig die beste Anti-Inflationspolitik darstelle, da sie das Warenangebot erhöhe und damit die Gefahr einer „inflationären Lücke" verringere. Dieser Argumentation liegt folgende Gleichsetzung zugrunde: Inflation gleich Wachstum, Wachstum gleich erhöhter Wohlstand. Diese globale Gleichung bringt es dann in der Regel mit sich, daß man sich um die spezifische Art von Investitionen und deren Auswirkungen nicht mehr zu kümmern braucht; sind etwa alle Arten der Investition sozial wünschenswert? Welche Folgen haben Rationalisierungsinvestitionen angesichts wachsender Arbeitslosigkeit gegenüber Erweiterungsinvestitionen, oder welchen Wohlstandseffekt haben wir von sogenannten Finanzinvestitionen im Konzentrationsprozeß zu erwarten oder von Milliardeninvestitionen in eine spekulative Lagerhaltung, von Investitionen, die erhebliche soziale Kosten mit sich bringen (z. B. Umweltprobleme), oder schließlich von Investitionen für eine Produktion der geplanten Obsoleszenz und des eingebauten Verschleißes? Derartige Fragen zu untersuchen und an dieser Stelle mit Programmen eindeutiger

Prioritäten anzusetzen, würde einen Spielraum eröffnen und einen Freiheitsgrad für die politische Praxis schaffen, den sowohl die vorherrschende Theorie als auch die gegenwärtige wirtschaftliche Praxis längst verloren haben — nämlich gleichzeitig Wachstumsförderung und Inflationsbekämpfung betreiben zu können. Solche Fragen zu stellen, bedeutet jedoch auch, die ungeschriebenen Tabus und Grenzen von theoretischem Bezugsrahmen und politischem Spielraum zu überschreiten, dort nämlich, wo die Gefahr aufschiene, die unternehmerische „Dispositionsfreiheit" könnte in Mitleidenschaft gezogen werden. Begibt man sich also dieses theoretischen und politischen Potentials, so zwingt das die gegenwärtig dominierende Ökonomie in die zwiespältige Dilemmasituation, von Inflationsbekämpfung zu reden, jedoch Gewinnstabilisierung und Krisenvermeidung zu meinen. Dies exemplarisch deutlich gemacht zu haben, ist ein unbeabsichtigtes Verdienst von Präsident Ford, der Ökonomen mit heterogenen Positionen angesichts einer widersprüchlichen Wirtschaftssituation zu gemeinsamer Aktion zusammengerufen hat — und das vor einer Öffentlichkeit, die nach Millionen zählte. Gleichzeitig wird auch deutlich, daß die Alternativfrage — Rezession oder nicht —, in die die Diskussion um die Inflationsbekämpfung so überraschend schnell eingemündet war, nicht nur den oben beschriebenen Beruhigungseffekt mit sich bringt, sondern es darüber hinaus gestattet, die Stoßrichtung der Therapievorschläge auf die Absicherung der zukünftigen Kapitalakkumulation zu lenken. Konnte man hier nicht von vornherein mit einem breiten Konsensus der Interessen von den Unternehmerverbänden bis zu den Gewerkschaften rechnen?

Daß die hier angelegte politische Funktion sich erwartungsgemäß erfüllte, zeigt sich in der Serie von zwölf Vorbereitungskonferenzen der verschiedenen Interessenverbände für das große Gipfeltreffen am 27./28. September in Washington. Während wir auf der Ebene der ökonomischen Diagnose die Interessengebundenheit des Standpunktes in sorgfältig rationalisierter Argumentationsform vorfanden, tritt hier auf der Verbandsebene das partikulare Interesse in aller Offenheit ohne verschleiernde Einhüllung auf. Einer diffizilen Interpretation bedarf es hier nicht, um das Chaos heterogener Interessen und Argumente, die Hilflosigkeit gegenüber dem Inflationsproblem und die Widersprüchlichkeit in den Therapievorstellungen darzulegen.

Von Interesse für uns sind vor allem die Positionen der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften; daneben fand jedoch eine Vielzahl weiterer Konferenzen statt, in denen sich etwa die Interessen der Bauwirtschaft, der Landwirtschaft, der Nahrungsmittelversorger und der Gesundheits-, Erziehungs- und Wohlfahrtsorganisationen artikulieren konnten.

Ohne auch nur einen Augenblick zu zögern, griffen alle Beteiligten die Fragestellung nach der drohenden Rezession auf, wie sie von den Ökonomen vorformuliert worden war, und stellten in diesem Rahmen ihre Forderungen. Das zentrale Anliegen der Unternehmerverbände bestand darin, auf die Notwendigkeit der Investitionsförderung hinzuweisen; hier gelte es, durch steuerliche Erleichterungen Anreize für eine erhöhte Spar- und Investitionstätigkeit zu geben, das Zinsniveau zu senken und die restriktive Kreditpolitik zu mildern. Pläne für eine Erhöhung der Körperschaftssteuer würden dieser Notwendigkeit entgegenstehen. Hinsichtlich der Inflationsbekämpfung empfahl man Einschränkungen bei den öffentlichen Haushalten, insbesondere der Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben. Einig mit den Gewerkschaften war man sich in der Ablehnung einer erneuten Lohn- und Preiskontrolle. Als besonders vielversprechende Maßnahme zur Inflationsbekämpfung wurde eine spürbare Lockerung der Umweltschutz-

normen gefordert — hier würden umfangreiche Investitionen erzwungen, die lediglich eine „Übereinstimmung mit den Gesetzen produzieren", jedoch keine verkäuflichen Waren zum Resultat haben. Darüber waren sich alle Unternehmer einig, mit Ausnahme der Vertreter von Du Pont — „wir verdienen gut am Umweltschutz" [11]).

Die Position der Gewerkschaften ist am prägnantesten durch eine Schlagzeile der „New York Times" charakterisiert: „Die Sorge der Gewerkschaften sind Arbeitsplätze, nicht Inflation" [12]). Hier finden wir die Kehrseite der Unternehmerposition, die man ebenso prägnant formulieren könnte: „Die Sorge der Unternehmer ist Profit, nicht Inflation", jedoch sucht man eine solche Charakterisierung natürlich vergeblich in der großen amerikanischen Presse. Die Gewerkschaftsvertreter waren die einzigen, die mit deutlich formulierten Vorbehalten ihre Rolle in Präsident Fords Anti-Inflationskampagne spielten — es handle sich eher um eine public relations-Schau und eine kosmetische Operation. Zu diesem Unbehagen gab es tatsächlich zahlreiche Anlässe: Zum einen fühlten sich die Gewerkschaften zu Verzichtsleistungen gedrängt, obgleich es ihnen nicht einmal gelungen war, auch nur das Niveau der Realeinkommen ihrer Mitglieder zu halten; zum zweiten ist den Gewerkschaften die letzte Lohn-Preisregulierung in schlechter Erinnerung, weil auch sie lediglich eine Umwandlung von Produktivitätsfortschritten in Gewinne begünstigte, und zum dritten sahen sich die Gewerkschaften angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit — vor allem in den Bereichen der Bauwirtschaft und der Automobilproduktion — in eine Situation versetzt, in der sie tatsächlich nicht viel mehr taten, als die unternehmerischen Forderungen ihrerseits aufzugreifen, nur mit jeweils anderer Begründung.

So waren sich die Gewerkschaften mit den Unternehmern nicht nur in der Ablehnung einer Neuauflage der staatlichen Lohn- und Preiskontrolle einig, sondern forderten gleichfalls Zinssenkungen und Krediterleichterungen sowie öffentliche Programme zur Absicherung der Beschäftigung und Verhinderung einer Rezession. Darüber hinaus erhoben sie die Forderung nach einer Verschärfung der Anti-Trust-Gesetze und einer Umverteilung der Steuerlast, insbesondere eine Zusatzsteuer auf „Über-Gewinne" (excessive profits). Das Mißfallen und Unbehagen der Gewerkschaften erreichte seinen Höhepunkt, als Präsident Ford, der der Vormittagssitzung beigewohnt hatte, am Nachmittag davoneilte, um eine Golfhalle einzuweihen und Golf zu spielen.

Vollends mit dem Rücken an der Wand kämpften die Vertreter der Erziehungs-, Gesundheits- und Wohlfahrtsverbände. Sie sahen eine Streichung der entsprechenden öffentlichen Programme auf sich zukommen und argumentierten verzweifelt mit Hinweisen darauf, daß die Gruppe der — sogar offiziell anerkannten — Armen in den USA in höchstem Maße von der Inflation geschädigt worden sei. Das stieß jedoch auf taube Ohren. Von Greenspan, dem Vorsitzenden des „Council of Economic Advisers" des Präsidenten, mußten sie sich eines Besseren belehren lassen: Nicht ihre Mitglieder seien am meisten von der Inflation geschädigt: „Wenn Sie wirklich in Prozenten ausgedrückt haben möchten, wer die stärksten Einkommensminderungen erlitten hat, so waren dies die ‚Wall Street broker' " [13]). Abgesehen von solch kleinen Lichtblicken wurde jedoch von seiten der Regierung sorgfältig der Eindruck gepflegt, alle Interessen und Probleme seien gleichermaßen wichtig und relevant für Präsident Fords „Paket-Plan zur Inflationsbekämpfung".

11) Vgl. "Wall Street Journal" v. 17. 9. 1974: "Industrialists Urge Easier Credit Policy . . ."; "Star Ledger" v. 17. 9. 1974: Business tells his side . . .; NYT v. 20. 9. 1974: Fords Package Plan on Inflation . . .
12) NYT v. 15. 9. 1974, vgl. auch "Wall Street Journal" v. 16. 9. 1974: Labor and Inflation.
13) Vgl. NYT v. 20. 9. 1974: Fears of H.E.W. Cuts spur protests at inflation parley.

Das Illustrative an dieser Kampagne, von deren Öffentlichkeit Präsident Ford rühmte, sie stünde in amerikanischer Tradition im besten Sinne, ist die Offenheit, mit der die Widersprüchlichkeit zutage tritt. Wenn auch der Beobachter dieses Ablaufs den Eindruck gewinnt, daß die amerikanische Diskussion wesentlich offener in ihrer Ausdrucksform geführt wird als in unserem Lande, so hat sich doch keine beteiligte Instanz zu der klaren Aussage durchgerungen, daß der gegenwärtige inflationäre Prozeß offensichtlich eine notwendige Bedingung für eben jene Kapitalakkumulation darstelle, die man ja allerseits wünschte, und man folglich im vorgegebenen institutionellen Rahmen nicht mit einer autonomen Politik zur Geldwertstabilisierung rechnen dürfe. Da die Beteiligten alle so tun, als könne man das eine tun, ohne das andere zu lassen, erhält die Diskussionsführung ihren charakteristischen widersprüchlichen und zwiespältigen Charakter. Weitgehend befangen in der plausiblen Vorstellung von der „Lohn-Preis-Spirale", ist es ziemlich unwichtig, ob die Unternehmer sich auf das Argument der Kostensteigerungen (Löhne, Öl- und Nahrungsmittelpreise) berufen oder die Gewerkschaften die Preispolitik für die gegenwärtigen Inflationsraten verantwortlich machen. Da die institutionellen Bedingungen des inflationären Prozesses sorgfältig aus der Perspektive ausgeklammert bleiben, tendieren die Lösungsvorschläge alle in die gleiche Richtung: Höchste Priorität hat die weitere Kapitalakkumulation ungeachtet der inflationären Konsequenzen; sofern man etwas gegen die Inflation tun wolle, so liege das beim Staat in Form von Haushaltskürzungen. Beides steht dann unvermittelt nebeneinander: Wie sollen Steuererleichterungen und Zinsverbilligungen mit der Kürzung der öffentlichen Haushalte und deren Defiziten in Einklang zu bringen sein, zumal ohnedies stagnationsbedingte Steuerausfälle zu erwarten sind? Wie paßt die geforderte Senkung des Zinsniveaus zur gewünschten Förderung der Ersparnisbildung? Auf welcher Logik basiert es, durch Investitionsanreize zusätzliche Kapazitäten schaffen zu wollen und gleichzeitig Beschränkungen der Masseneinkommen und der Kaufkraft zu fordern?

Wir treffen auf dieser Ebene der Kampagnen alle diejenigen Inkonsequenzen und Widersprüchlichkeiten an, die wir bereits auf der Ebene der wissenschaftlichen Analyse und Diagnose kennengelernt haben — nur um etliches unvermittelter, unverhohlener und weniger systematisiert und rationalisiert. Immerhin bleibt festzuhalten, daß die professionellen Ökonomen in keinem einzigen Punkt weiterreichende oder gar substantiell andersartige Vorstellungen entwickelt haben als die Interessenverbände selbst. Für Präsident Ford hatte der Ablauf der Kampagne auf dieser Verbandsebene dennoch ein Risiko mit sich gebracht: Er zwang die wichtigsten Verbände zu einer mehr oder minder deutlich formulierten Position, über die sich dann auch ein Präsident bei der Programmformulierung kaum ohne weiteres hinwegsetzen kann. Wenn überhaupt ein politischer Spielraum für die gegenwärtige amerikanische Wirtschaftspolitik gegeben ist, so drohte hier eine Einengung des Handlungsspielraums. Aus diesem Grunde konnte es dem Präsidenten auch nur gelegen kommen, daß inhaltlich keine neuen Vorstellungen und Positionen entwickelt wurden.

Präsident Fords Anti-Inflationsprogramm

Das große Inflations-„Gipfeltreffen" am 27./28. September 1974 in Washington bot schließlich die Bühne, um die bereits vorformulierten Positionen aller Beteiligten noch einmal in aller Öffentlichkeit kundzutun — es hatte rein deklamatorische Züge und muß in seiner innenpolitischen Funktion als ein erster Höhepunkt von Präsident Fords Kampagne zur „Mobilisierung des amerikanischen Volkes" inter-

pretiert werden. Zum Abschluß dieser Konferenz versicherte der Präsident, er werde binnen zehn Tagen dem Kongreß und der Öffentlichkeit ein umfangreiches „Paket-Programm" zur Inflationsbekämpfung vorlegen. Nachdem wir bereits vorweg die theoretischen und empirischen Strukturfaktoren des politischen Handlungsspielraums analysiert haben, konnte man kaum erwarten, daß ein solches Programm inhaltlich neue Elemente enthält und qualitativ anders ausfallen wird, als dies auch ohne die öffentliche Kampagne geschehen wäre.

Das Programm wurde fristgerecht am 8. Oktober 1974 vorgelegt [14]). Es umfaßt Vorschläge für folgende zehn Bereiche:

1) Die Engpässe der landwirtschaftlichen Produktion sollen beseitigt, Anbaubeschränkungen aufgehoben, die Verarbeitungsstufen überwacht und die Versorgung mit Treibstoff und Dünger sichergestellt werden.

2) Der Energiebedarf soll bis 1975 durch Einsparungen und forcierte Entwicklung inländischer Energiequellen eingeschränkt und umgeschichtet werden. Diese Entwicklung soll durch eine Lockerung der Umweltschutzmaßnahmen erleichtert werden.

3) Die Anti-Trustgesetze sollen verschärft durchgesetzt und Verstöße härter bestraft werden. Alle größeren staatlichen Regulierungsvorhaben sollen auf ihre inflationären Konsequenzen hin überprüft werden.

4) Zur Förderung der Kapitalbildung soll eine einjährige Sonderabschreibung auf langlebige Investitionsgüter gestattet werden; Dividenden auf Vorzugsaktien sollen für die Kapitalgesellschaften steuerlich voll abzugsfähig werden.

5) Eine verlängerte Arbeitslosenunterstützung soll langfristig Arbeitslose absichern, und diejenigen, die nicht mehr unterstützungsberechtigt sind, sollen in kommunale Beschäftigungsprogramme eingegliedert werden, sofern sie in Gemeinden leben, die eine Arbeitslosigkeit von mehr als 6,5 % aufweisen.

6) Der Wohnungsbau soll durch staatliche Subventionen in Höhe von mindestens 3 Mrd US-Dollar gefördert werden.

7) Das Sparkassensystem soll Liquiditätshilfen erhalten.

8) Das neue Handelsgesetz, das auch die Beziehungen zur EWG regelt, soll beschleunigt verabschiedet werden.

9) Ein 5prozentiger Aufschlag zur Einkommenssteuer von Körperschaften und Haushalten mit mehr als 15 000 Dollar Jahreseinkünften soll die für die Investitionsförderung erforderlichen Mittel aufbringen. Gleichzeitig sollen Bezieher niedriger Einkommen um 1,6 Mrd Dollar steuerlich entlastet werden.

10) Für den öffentlichen Haushalt wird eine Obergrenze von 300 Mrd Dollar vorgeschlagen; geplant waren Ausgaben in Höhe von ca. 305 Mrd Dollar.

Ohne den Eindruck verstärken zu wollen, daß dieses Programm erst auf der Grundlage der Konferenzserie innerhalb von zehn Tagen entstanden ist, kann man den Versuch machen, die Bezugspunkte zwischen dem Programm und den oben analysierten widersprüchlichen Ebenen der Theorie und der konkreten wirtschaftlichen Situation aufzuzeigen.

Das Programm erweist sich dann als Schnittpunkt der verschiedensten Widersprüche; zum einen gehen unterschiedliche theoretische Perspektiven ein, zum

[14]) Vgl. „Amerika Dienst", Information und Dokumentation, Bonn-Bad Godesberg, 10. 10. 1974, S. 1—18; vgl. auch „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 10. 10. 1974, S. 13.

andern finden wir das aus der konkreten Situation herrührende praktische Dilemma zwischen Rezession und Inflation. Während die im Programm nicht noch einmal explizit erwähnte Fortsetzung der restriktiven Geldpolitik von den Geldmengentheoretikern der Inflation wohlwollend aufgenommen wird, stellt die unter Punkt 3 geforderte strenge Durchsetzung der Anti-Trustgesetze eine kleine Konzession an die Argumente der „Machttheoretiker" dar; schließlich befriedigen die Programmpunkte 9 und 10 die „Fiskalisten" im Gefolge von Keynes.

Diese Art von Querverbindung wird dann noch überlagert durch die Unsicherheit, die der gegenwärtigen Stagnationsphase der amerikanischen Wirtschaft entspringt: Die Programmpunkte 4 bis 7 haben überhaupt keinen Bezug zur Inflationsbekämpfung; sie dienen der vorsorglichen Rezessionsbekämpfung und vertragen sich infolgedessen auch nur schlecht mit den Punkten 9 und 10. Allerdings wird man die angekündigten Haushaltskürzungen um 5 Mrd Dollar eher als einen kosmetischen Eingriff bezeichnen können — viel bedeutsamer ist, daß bei reduziertem Steueraufkommen ein größerer Ausgabenanteil durch Kredite finanziert werden muß als erwartet.

Daß die Programme der Investitionsförderung durch die Zusatzbesteuerungen inflationsneutral finanziert werden könnten, ist ebenfalls eine reine Alibibehauptung — Dollar ist eben nicht gleich Dollar, unabhängig von seiner Stellung im Wirtschaftskreislauf, allen ökonomischen und juristischen Fiktionen zum Trotz.

Somit ergibt sich als Bilanz, daß zur Inflationsbekämpfung realiter nichts im Programm enthalten ist, und es verbleiben die Programmteile zur Investitions-, Nahrungsmittel- und Energieförderung, und hier sind in der Tat die zentralen innen- und außenpolitischen Aspekte des Programms impliziert.

Die innenpolitische Dimension der Anti-Inflationskampagne wurde bereits in der oben zitierten Eröffnungsrede von Präsident Ford angesprochen: Es ging darum, die bedrückenden wirtschaftlichen Probleme in einem Wahljahr zu „entpolitisieren", indem man sie zum nationalen „Feind Nummer Eins" stilisierte und die beiden großen Parteien gemeinsam mit Unternehmern und Gewerkschaften in die Kampagne des Präsidenten einspannte.

Die außenpolitischen Aspekte werden dagegen deutlich, wenn man das Energieprogramm betrachtet: Die geplanten Energieeinsparungen und Umschichtungen zugunsten heimischer Energieträger belaufen sich auf rund 15 % des gegenwärtigen Bedarfs der USA, und dies wiederum entspricht dem gegenwärtigen Anteil der Ölimporte an der amerikanischen Versorgung. Die USA streben also binnen kürzester Frist die Autarkie auf dem Energiesektor an; dagegen erscheint die Aufhebung der Umweltrestriktionen nebensächlich. Kurz vor Beginn der Anti-Inflationskampagne hatte Präsident Ford sich recht unmißverständlich vor der UNO geäußert, indem er bemerkte, in früheren Zeiten hätte eine Großmacht ein derartiges Energieproblem mit militärischen Mitteln gelöst. Zur gleichen Zeit versuchte der IWF eine politische Lösung des Liquiditäts- und Zahlungsbilanzproblems zu erreichen, das aus der Devisenumverteilung zugunsten der arabischen Erdölländer entstanden ist. Das sogenannte Anti-Inflationsprogramm stellt hier den dritten Baustein der globalen Strategie dar, indem es den politischen Bemühungen der USA ein materielles Fundament liefert. Das Programm war gerade verkündet, als Außenminister Kissinger bereits seine Verhandlungen im Nahen Osten erneut aufnahm. Die Problemstellung bleibt dabei immer die gleiche: Wie kann man trotz der Verstaatlichung der amerikanischen Ölkonzerne im Nahen Osten die politische und ökonomische Herrschaft erhalten und aus-

üben? Diese amerikanische Strategie dürfte für Europa erhebliche Auswirkungen haben; bedeutet doch das amerikanische Streben nach der Energieautarkie, daß die europäischen Länder binnen kurzer Frist eigenständige Lösungen gefunden haben müssen oder auf Gedeih und Verderb die Rückeroberung der amerikanischen Machtpositionen im Nahen Osten unterstützen müssen. Doch auch hier wird im Programm bereits der Weg angedeutet: Sowohl das Instrument des zukünftigen Handelsgesetzes als auch die inländische Investitionsankurbelung sollen die westlichen Länder enger an die Geschicke der USA binden. Zum einen geht es um den Versuch, den amerikanischen Einfluß am europäischen Markt abzusichern und zum andern wird gleichsam als Gegengabe die europäische Konjunktur gestützt, indem die Investitionsförderung und Rezessionsabwehr das europäische und zumal das deutsche Exportventil offenhält.

Erst vor dem Hintergrund dieser globalen Strategie, die wahrlich nicht die Inflationsbekämpfung zum Inhalt hat, wird man die innenpolitische Mobilisierung des amerikanischen Volkes in ihrer ganzen Tragweite politisch einschätzen können. Wenn hier der Amerikaner unter dem Slogan „win" zum „Kämpfer gegen die Inflation" erzogen werden soll, wenn er aufgefordert wird, das Gemüse im eigenen Gärtchen zu ziehen und weniger mit dem Auto zu fahren, wenn der Präsident die besten Ideen und Erfolge in der Inflationsbekämpfung mit Ansteckplaketten und Wimpeln prämiert, so sollten wir uns nicht über das belustigen, was uns skurril und lächerlich erscheint, sondern darin den Versuch sehen, einen weiteren Schritt in Richtung auf eine formierte Gesellschaft zu gehen. Der äußere Feind paßt so gut zu den Aufrufen, den „Gürtel enger zu schnallen". Die Inflationsbekämpfung selbst spielt dabei eine untergeordnete Rolle: sie stellt gleichsam den Ansatzpunkt dar, der als Hebel des Formierungsprozesses dienen soll. Eine unpolitische Ökonomie trägt ihr Schärflein dazu bei.

Beiträge führender amerikanischer Ökonomen zur Inflations- und Krisendebatte in den USA

Inflation: Ein Katechismus für Präsidenten*)

Von John Kenneth Galbraith, Harvard-Universität

Harry Truman hat einmal über Bernard Baruch geäußert, es falle ihm schwer zu verstehen, warum Baruch sich selbst gerne als Präsidentenberater charakterisierte. Allen Präsidenten stände sehr viel mehr an gutem Rat zur Verfügung, als sie brauchen könnten, stellte Truman fest. Immerhin, Herr Ford ist ein Neuling, und seine Verbindung zu dem Teil der politischen Öffentlichkeit, dem ich mich zurechne, ist nie sehr eng gewesen.

*) Zuerst veröffentlicht unter dem Titel „Iflation: a Presidential catechism" in „New York Times Magazine" v. 15. 9. 1974. D. Red.

Im übrigen muß er wohl selbst argwöhnen, daß die von ihm vorgefundene wirtschaftliche Problematik, namentlich die Inflation, längst bewältigt wäre, wenn die wirtschaftliche Führungsmannschaft, die er geerbt hat, der Sache gewachsen wäre. Oder, daß sie sich zumindest nicht verschlimmern würde.

In der Politik ist auch Platz für Mitleid. Falls Ford das Inflationsproblem nicht löst, wird er sicherlich unsere anwachsende Liste gescheiterter Präsidenten verlängern. Lyndon Johnson stolperte über den Vietnamkrieg. Nixon über Watergate. Der heutige Ärger über die Inflation kann nicht geringer sein als der im Jahre 1968 über den vietnamesischen Irrweg. Was die Inflation und den Watergate-Skandal angeht, ist kein Zweifel möglich. Seit Monaten haben sich in jeder Meinungsumfrage weit mehr Leute über die Inflation erregt als über den Einbruch und die Vertuschungsversuche. Zwar ist wirtschaftliches Versagen, im Unterschied zur Behinderung der Justiz, kein Vergehen, auf das ein Impeachment stünde. Aber es ist, wenn man die letzten hundert Jahre betrachtet, mindestens hundertmal sicherer geeignet, politische Karrieren zu beenden. Aus diesen Gründen und weil Inflation eine schrecklich ungerechte Sache ist, eine Quelle vieler Ängste und Nöte, zerstörerisch für nützliche Institutionen und gefährlich für den Rest der Welt, nehme ich mir die Freiheit, Antworten auf einige der Fragen vorzuschlagen, die einem neuen Präsidenten vermutlich durch den Kopf gehen.

Wird die Inflation tatsächlich gefährlich?

Ja. Inflation nimmt den Alten, Schwachen und Kleinen und gibt den Großen, Organisierten und Wendigen. Sie vermindert das Realeinkommen von Hochschulen, Krankenhäusern, Bibliotheken und allen möglichen nützlichen Einrichtungen und der Menschen, die darin arbeiten. Selbst wenn die Leute ein erhöhtes Einkommen erhalten, denken sie, es gehört ihnen. Sie sehen es nicht gern, wenn ihnen der Einkommenszuwachs durch höhere Preise sofort wieder abgenommen wird. Zugleich ist die Inflation eine Quelle wachsender Verwirrung in der Weltpolitik. Um keinen Preis sollte sich irgend jemand die Voraussage verkaufen lassen, daß eine Besserung abzusehen ist. Seit mittlerweile sechs Jahren hören wir solche Voraussagen. Sie stützen sich nicht auf Beweise, sondern auf Hoffnungen — und auf den unzerstörbaren Glauben von Volkswirtschaftlern und Wirtschaftspraktikern in öffentlichen Ämtern, daß die Dinge besser werden, wenn sie voraussagen, die Dinge würden besser.

Ist die Inflation nicht eine weltweite Krankheit?

Auch diese Ausrede sollten Sie nicht akzeptieren. Die kommunistischen Länder haben stabile Preise und hartes Geld (welches, wie man hinzufügen sollte, allerdings auch schwer zu konvertieren ist); in dieser Hinsicht beschämen sie die von Politikern vor Kissinger so genannte Freie Welt. Wichtiger ist, daß die Vereinigten Staaten auf die Bewältigung der Inflation in anderen Ländern einen entscheidenden Einfluß haben. Wenn wir die Inflation unter Kontrolle bekommen, dann können das, angesichts unserer Stellung im Welthandel, auch andere. Können wir das nicht, dann auch sie nicht. Andere Länder können mehr Inflation haben als wir, aber, wenn man die Auswirkungen unserer Preise auf ihre Importe berücksichtigt, nicht viel weniger. Kanada bietet ein nachdenkenswertes Beispiel.

Was ist die Ursache der gegenwärtigen Inflation?

Beachten Sie den Singular. Hüten Sie sich wie vor einem Aussätzigen vor dem Mann, der *eine* Ursache anführt und *eine* Heilmethode empfiehlt. Die gegenwärtige Inflation hat mindestens fünf Ursachen von unterschiedlicher, aber unbekannter Wirksamkeit. Diese Ursachen sind *erstens* eine andauernde hohe Nachfrage nach Bankkrediten, die, wenn sie gewährt werden, die Bankeinlagen der Banken und damit die Geldversorgung erhöhen. Wenn das auf diese Weise geschaffene Giralgeld ausgegeben wird, treibt die entstehende Nachfrage die Preise in die Höhe.

Zweitens: Ein nicht ausreichend antiinflationärer Haushalt. Wenn Inflation herrscht, sollte die Aktivität der Bundesregierung darauf gerichtet sein, durch Besteuerung mehr Kaufkraft aus der Wirtschaft abzuziehen, als ihr durch Staatsausgaben zugeführt wird. Je schlimmer die Inflation, desto größer sollte die reale Kaufkraftabschöpfung sein. Zwar ist das Budget gegenwärtig nicht aufregend inflationstreibend, aber es sollte mit Nachdruck auf die Reduzierung der Gesamtnachfrage zielen.

Drittens: Lohnvereinbarungen (Tarifabkommen) werden durch die Preise nach oben gedrückt, und dann werden die Preise erhöht, um die Lohnabkommen abzudecken und in den meisten Fällen ein ganzes Stück darüber hinaus. Höhere Preise und Lebenshaltungskosten führen daraufhin in der nächsten Runde zu noch höheren Lohnvereinbarungen. Die Fähigkeit der Wirtschaftswissenschaftler, diese in der Realität stets eher als in den Lehrbüchern sichtbare Erscheinung bis in die jüngste Zeit hinein zu ignorieren, gehört zu den bemerkenswertesten Errungenschaften der Wissenschaft.

Viertens: Die Preise für Nahrungsmittel und für Brennstoffe sind während des vergangenen Jahres aufgrund von Versorgungsengpässen, die mehr oder weniger spezifisch für die betreffenden Branchen sind, gestiegen. Dennoch sind manche der Preissteigerungen für Nahrungsmittel ein Resultat des allgemeinen inflationären Anziehens der Nachfrage. Ein Teil der Preiserhöhungen für Brennstoffe und der erhöhten Handelsspannen bei Nahrungsmitteln ist zudem durch den Lohnkostenschub und durch die Fähigkeit mächtiger Produzenten und Handelsfirmen, solche Kosten abzuwälzen und ihre Gewinnspannen auszuweiten, verursacht.

Fünftens: Inzwischen ist die Furcht verbreitet, daß der Preisanstieg anhalten und daß die Kaufkraft des Geldes immer weiter absinken wird. Dies führt zu der Überlegung, es sei besser, zu kaufen oder das Geld in Produktionsanlagen oder Lagerbestände zu investieren, als zu sparen. Wenn weniger gespart wird, wird auf der anderen Seite naturgemäß mehr ausgegeben — und folglich durch erhöhte Nachfrage der Preisauftrieb erhöht. Mit diesem Vorgang verbindet sich, wenn der Preisauftrieb anhält, eine weitere Gefahr: Daß die zu jeder Zeit in großem Umfang verausgabbaren Vermögenswerte — Sparguthaben, Ersparnisse und Lohnkonten, festverzinsliche und andere Wertpapiere —, die über die Marktkapazität hinaus vorhanden sind, teilweise freigesetzt und zum Kauf von Waren benutzt werden. Letzteres würde sehr unangenehm sein.

Welche Medizin ist anzuwenden?

Schon wieder der Singular. Aus genau dem Grunde, weil die Ursachen vielfältig sind, sind auch die Heilmittel vielfältig. Eine Auswahl ist nicht länger möglich; alle Mittel müssen angewandt werden. Das Geld muß gegenwärtig knapp gehalten werden, auch wenn dies, wie ich anschließend darlegen werde, die depressionsträchtigste, diskriminierendste und gefährlichste Medizin ist. Die Haushaltspolitik muß Kaufkraft abschöpfen, und dies kann rasch und effektiv nur durch Steuererhöhungen bewirkt werden. Die Lohn-Preis-Spirale muß zum Stillstand gebracht werden, und dies erfordert Kontrollen. Die höchstmöglichen Anstrengungen müssen unternommen werden, um im kommenden Jahr die Nahrungsmittelversorgung zu steigern. Besonders wichtig ist eine Erweiterung der Düngemittelproduktion. Alle genannten Maßnahmen müssen so energisch und zielbewußt ergriffen werden, daß die Menschen Vertrauen in den weiteren Wert ihres Geldes und ihrer Dollarguthaben fassen und sich nicht dazu veranlaßt sehen, weniger zu sparen oder Ersparnisse auszugeben.

Wie ist die bisherige Politik einzuschätzen?

Das liegt auf der Hand. Hätte sie etwas getaugt, dann wäre sie mittlerweile wirksam geworden. Die bisherige Politik hat sich vor allem, und zuletzt ausschließlich, auf ein einziges Instrument verlassen — Kontrolle der Geldversorgung. Diese Kontrolle war scharf genug, um in stark kreditabhängigen Branchen zu ernsten Depressionserscheinungen zu führen; der Wohnungsbau ist als Extremfall zu nennen. Das Übergewicht dieses Instrumentes erklärt dementsprechend zu einem beträchtlichen Teil die gegenwärtige

wirtschaftliche Stagnation. Es hat jedoch offensichtlich nicht ausgereicht, die Inflation zu stoppen oder auch nur zu verlangsamen. Es könnte sich zudem als gefährlich erweisen. Unter allen Kontrollinstrumenten ist die Geldpolitik am wenigsten in ihren Wirkungen vorausschätzbar. Das ist der Grund, weshalb sie unter Volkswirtschaftlern derart geheimnisvolle und sakrale Erörterungen nährt. Wären ihre Auswirkungen bekannt, würde dieser Diskussion der Stoff ausgehen.

Gibt es also keine Hoffnung mehr auf die alte Religion?

Keine. In keiner Weise. Die Bewältigung der Inflation ist keine Sache des Glaubens. Ebensowenig eine Sache der Ideologie. Sie stellt konservative und liberale Regierungen, Rechte und Linke vor die gleichen Handlungszwänge. Die alte Religion geht im wesentlichen davon aus, daß, was im vorigen Jahrhundert gewirkt habe, auch für dieses gut sein müsse.

Die Rolle der Regierung einschränken, den Haushalt ins Gleichgewicht bringen, die Geldversorgung drosseln und guten Glaubens abwarten, dann wird alles gut. So könnte es im vorigen Jahrhundert gegangen sein, und die letzthin für die Wirtschaftspolitik verantwortlichen Ökonomen verfügen über eine unbestreitbare Erfahrung, was Angelegenheiten jener Zeit anbelangt. Aber heute, im späten 20. Jahrhundert, gibt es machtvolle Konzerne und starke Gewerkschaften mit großem Einfluß auf die Preise. Die Regierungen und ihre Haushalte haben starken Einfluß auf das Wirtschaftleben. Und weil dies weiterhin so sein wird, muß die Politik diesen Bedingungen angepaßt werden. Erinnern wir uns daran, daß die Hohepriester der alten Religion davor warnten, Taten durch Glauben zu ersetzen, und daß sie wahrscheinlich ebenfalls gegen Wunschdenken waren.

Was ist über die ersten Vorschläge Fords zu sagen?

Schade, sie bringen nichts Neues und sind nicht gut. Politisches Handeln muß sowohl im Umfang wie im Zeitplan auf die zu überwindende Unordnung abgestellt sein. Die Inflation bedrängt uns hier und heute. Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben wirken, von den sozialen und politischen Problemen einmal abgesehen, viel zu langsam. Öffentliche Ausgaben werden heute Monate, manchmal Jahre im voraus festgelegt. Wenn das Budget für das im nächsten Juli beginnende Haushaltsjahr ins Gleichgewicht gebracht wird, dann hat das für heute nicht die geringste spürbare Wirkung. Das würde für eine liberale Regierung nicht anders gelten als für eine konservative. Die politischen Verzögerungen können natürlich nicht ignoriert werden. So würde ich z. B. den Verteidigungshaushalt kürzen; er steckt voller kostspieliger militärischer Anachronismen, z. B. die Trägerflotte und die strategische „over-kill"-Kapazität. Aber jedermann kennt die Debatte, die dadurch ausgelöst würde. Das gleiche gilt für Ausgabenkürzungen auf den Gebieten des zivilen Bedarfs und der Wohlfahrt. Dementsprechend erfordert jeder ernsthafte Angriff auf die Inflation Steuererhöhungen. Auch diese werden Debatten auslösen, aber sobald sie in Kraft treten, wird fast sofort ihre Wirkung spürbar werden. Die Wiederbelebung des Rats für Lebenshaltungskosten und des Rats für Lohn- und Preisstabilität war schlechtes politisches Theater. Die Notwendigkeit von Lohn- und Preiskontrollen wird zugegeben, aber nicht die Notwendigkeit, sie sofort in Kraft zu setzen. Das Recht auf freie Meinungsäußerung, das hier delegiert wurde, besaßen die Vereinigten Staaten schon vorher.

Welche Art Steuererhöhungen?

Es sollte nach der Regel verfahren werden, diejenigen, die am meisten von der Inflation profitiert (oder am wenigsten unter ihr gelitten) haben, zu besteuern und die übrigen soweit wie möglich zu schonen. Ferner sollte vermieden werden, daß das Lohngefüge durch Steuererhöhungen zerrüttet wird. Zu diesem Zweck würde ich die Einkommen von Personen, die über 15 000 $ verdienen, mit einer Zusatzsteuer von — sagen wir — 10 % belasten, Einkommen über 20 000 $ mit 20 %. Auch die Körperschaftssteuer sollte um einige Prozent erhöht werden. Schließlich sollte die Sondersteuer für PS-starke Autos

wieder erhoben und eine neue eingeführt werden für Klimaanlagen, andere energieverbrauchende Geräte und für einen weiten Kreis anderer Luxusgüter und Dienstleistungen. (Mich reizt die Idee einer kräftigen Besteuerung der teuren, steaküberladenen und ernährungsmäßig verschwenderischen Restaurantmahlzeit und der Suspendierung aller Steuerermäßigungen für Unterhaltungen, die mit Essen verbunden sind. Das wäre ein kleiner Beitrag, um die Reichen daran zu hindern, die Lebensmittelpreise für die Armen in die Höhe zu treiben.) Meine liberalen Freunde müssen erkennen, daß es mitten in einer trabenden Inflation keine Steuersenkungen geben kann. Auch sollte man Steuererhöhungen zur Eindämmung der Inflation von einer Steuerreform trennen, so dringend die letztere ist. Sobald die Preise einigermaßen stabilisiert sind, kann und soll man die niedrigeren Einkommensgruppen bedeutend entlasten.

Steuererhöhungen können besser als beliebige andere Maßnahmen demonstrieren, daß die Regierung die Inflationsbekämpfung ernst nimmt. Deshalb sollten sie eher zu groß als zu klein ausfallen. Einer ökonomischen Annahme können alle zustimmen: Steuern kann man ohne große Beschwerden und rasch wieder senken. Man sollte erkennen, daß ebensoviel Spielraum, wie er für die ideologische Auseinandersetzung über Maßnahmen zur Inflationskontrolle bestehen mag, auch hinsichtlich der anzuwendenden Steuern besteht. Ein eingeschworener Konservativer würde zweifellos versuchen, die Reichen zu verschonen und die Armen stärker zu belasten, als ich das vorgeschlagen habe. Ein weiser Konservativer würde aber, denke ich, nicht so handeln wollen.

Kontrollen bleiben, wie Sie vielleicht gesehen haben

Ich habe es bemerkt. Es handelt sich um eine in ihrer Art noble Tradition der Präsidenten. Harry Truman war während des Korea-Krieges gegen Kontrollen und wandte sie dann an. Richard Nixon war bis August 1971 vehement dagegen. Danach hielt er sie für lebensnotwendig, um die Wahlen von 1972 zu überstehen. Vielleicht gestattet man mir, ein persönliches Geständnis zu machen. Im Frühjahr 1941 wurde ich mit der Frage von Preiskontrollen betraut, weil ich in einer Studie beschrieben hatte, auf welche Weise im Kriegsfall die Einführung von Kontrollmaßnahmen auf ein Minimum beschränkt werden könnte. Das stand im Widerspruch zur Ansicht jener (vor allem Baruchs), die ein umfassendes System für unausweichlich erklärten. In den folgenden Monaten sah ich mich vor die Wahl gestellt, entweder meine bisherigen Annahmen und Prinzipien über Bord zu werfen oder mit meinem Auftrag zu scheitern. Ich habe nicht gezaudert und war erstaunt darüber, wie einfach die erforderliche Anpassung vollzogen wird. Die Gewerkschaften drücken die Löhne hoch. Die Lohnkosten treiben die Preise. Gestiegene Lebenshaltungskosten reizen zu Lohnerhöhungen. Ohne Kontrollen kann dieser Kreislauf nur durch eine wahrhaft gigantische Depression zum Stillstand gebracht werden. Hier gibt es keine ideologische Wahlmöglichkeit mehr. Barry Goldwater stände, wäre er Präsident, den gleichen grimmigen Bedingungen gegenüber wie Rev. Robert Drinan. Diesen Bedingungen ausweichen kann man nur um den Preis des Versagens.

Stören Kontrollen nicht den verehrungswürdigen freien Markt?

Nein. Diese Störung entstand, als wir Großkonzerne und starke Gewerkschaften bekamen. General Motors setzt seine Preise und — in Verbindung mit der Automobilarbeitergewerkschaft — auch die Löhne selbst fest. Die kürzliche Erhöhung der Preise um 500 $ pro Wagen und das großmütige Zugeständnis von 54 $ danach waren eine Demonstration dieser Macht — der Beweis dafür, daß der Eingriff in den Markt bereits Tatsache ist. Daraus folgt, daß Preis- und Lohnkontrollen lediglich öffentliche Preis- und Lohnfestsetzung an die Stelle privater Preis- und Lohnfestsetzung setzen.

Man könnte hinzufügen, daß Preis- und Lohnkontrollen weder nötig noch wünschenswert sind, wo es keine private Machtballung gibt — wo also Preise und Löhne tatsächlich durch die Konkurrenz kleiner Firmen auf dem Markt gebildet werden. Dann erfolgt die Kontrolle durch die Nachfrage. Um eine ganz grobe Richtlinie zu umreißen: ich würde die Preise von Firmen mit weniger als 1000 Beschäftigten nicht kontrollieren und mich

um Löhne, die nicht auf Gewerkschaftsabschlüssen beruhen, nicht kümmern (abgesehen von leitenden Angestellten).

War die Erfahrung mit den jüngsten Kontrollmaßnahmen nicht scheußlich?

Ja, schrecklich. Aber, um es zu wiederholen, es gibt in dieser Sache keine Wahl, sondern einen Sachzwang. Schauen Sie sich an, was mit den Preisen passierte, als jene zugegebenermaßen unerfreulichen Kontrollen aufgehoben wurden! Daraus ist die Lehre zu ziehen, daß Kontrollmaßnahmen von Leuten durchgeführt werden müssen, die an ihre Notwendigkeit glauben. Derart angewandt, hatten Kontrollen eine ganz wesentliche Funktion während des Zweiten Weltkriegs und des Korea-Krieges und halfen unter weit schwierigeren Bedingungen als heute, eine Inflation zu verhüten. Die Kontrollmaßnahmen der Nixon-Administration wurden auf unverantwortliche Weise von Leuten durchgeführt, die diese Politik ablehnten, keine Organisation zu ihrer Anwendung oder Verstärkung schufen; Leuten, die wie der Mond von einer Phase in die nächste traten und einfältigerweise versprachen, alle Kontrollen würden bald aufgehoben. Kontrollmaßnahmen muß es so lange geben, wie wir große Konzerne, starke Gewerkschaften und einen halbwegs befriedigenden Beschäftigungsgrad haben. Das Problem präventiver Preiserhöhungen wiegt nicht schwer. Lösen Sie es durch die Festsetzung von Grundwerten, die hinreichend weit zurückliegen.

Sagen Ihre liberalen Freunde denn nicht, die wirkliche Gefahr bestünde in der Rezession, nicht in der Inflation?

Viele tun es, aber in dieser Frage folge ich ihnen, so leid es mir tut, nicht. Volkswirtschaftler sind, wie die meisten Menschen, durch ihre Erfahrungen geprägt. Als in den 30er Jahren während der großen Wirtschaftskrise Wirtschaftswissenschaftler, die damals über die höchste Reputation verfügten, um Rezepte gegen die Baisse gebeten wurden, erhoben fast alle die ernste Warnung, die Inflation sei die wirkliche Gefahr. Denn das war ihre Erfahrung aus dem Ersten Weltkrieg, das hatten sie in Österreich, Deutschland oder sonstwo in Mitteleuropa in den frühen 20er Jahren gesehen oder erfahren. Die heute führenden Ökonomen haben ihr Leben lang Rezepte gegen Rezession und Arbeitslosigkeit verschrieben und jede Politik an ihren Auswirkungen auf das Bruttosozialprodukt gemessen. Mit diesen Fragen befassen sich ihre Lehrbücher. Wenn man sie also auf die Inflation anspricht, ziehen sie sich in jene Welt zurück, die sie kennen, und warnen vor einer Rezession. Nun sind Maßnahmen, die man gegen die Inflation ergreifen muß, wie aus diesem Katechismus hinreichend deutlich hervorgeht, in der Tat ausnahmslos äußerst unangenehm. Die Arzneien gegen Rezession hingegen — niedrigere Zinssätze, niedrigere Steuern und mehr öffentliche Ausgaben, keine Kontrollmaßnahmen — sind alle beliebt. Und Ökonomen möchten, wie andere Menschen, beliebt sein und glückliche Zeitläufte versprechen.

Behaupten Sie, eine Rezession sei unmöglich?

Keineswegs. Kein denkender Wirtschaftswissenschaftler würde seine Reputation aufs Spiel setzen, indem er so etwas behauptete. So etwas behalten die Leute im Gedächtnis. Tatsächlich ist die gegenwärtige Abstützung auf die Geldpolitik mit ihren in hohem Maß erratischen Wirkungen mit ernsten Gefahren verbunden. Ich behaupte, die Inflation ist das Problem, mit dem wir es heute zu tun haben, aber kein Politiker sollte seine Politik auf ökonomische Voraussagen bauen. Sie sind nie gut genug dafür. In der gegenwärtigen Situation sind Voraussagen besonders unzuverlässig, denn es gibt keine Erfahrungen mit der Reaktion der Öffentlichkeit bei Inflationsraten in der heutigen Höhe — mit ihrer Wirkung auf die Spartätigkeit oder beispielsweise auf die Verausgabung von Vermögenswerten. Es besteht außerdem immer die Gefahr, daß ökonomische Voraussagen von den Rezepten abhängig sind, die ihre Autoren zu verschreiben wünschen. Nixons Berater haben Jahr für Jahr das Ende der Inflation prophezeit. Auf diese Weise konnten sie ihr Lieblingsrezept verschreiben: Untätigkeit. Einige meiner Freunde prophezeien eine Rezes-

sion, weil dies ihrer Forderung nach jenen Maßnahmen, die so beliebt sind, Nachdruck verleiht.

Droht ein zu scharfer Kampf gegen die Inflation Arbeitslosigkeit hervorzurufen?

Wenn man bedenkt, wie unangenehm der Kampf gegen die Inflation ist, und wenn man ferner die bisherigen Signale der neuen Regierung bedenkt, dann erweist sich übertriebene Schärfe des antiinflationären Kampfes als eine Gefahr, die man vernachlässigen kann. Was die Arbeitslosigkeit angeht: viele, die vor ihr warnen, suchen in Wirklichkeit einen Vorwand, sich vor den unangenehmen Arzneien gegen die Inflation zu drücken. 1926 gelang in Frankreich die Stabilisierung nach einer langen Periode hoher Inflation mit einem geringen Maß an Arbeitslosigkeit. In Deutschland gab es nach der Stabilisierung 1923 Arbeitslosigkeit, die aber schnell vorüberging. Und dies nach der schlimmsten Inflation der Neuzeit. Auf die deutsche Stabilisierung im Jahre 1948 folgte eine gewaltige Ausweitung der Beschäftigung. Wie festgestellt wurde, ist die gegenwärtige Stagnation zu einem beträchtlichen Teil ein Resultat des Versuchs, die Inflation ausschließlich mit Geldverknappung und hohen Zinssätzen unter Kontrolle zu bekommen. Dies verursacht Arbeitslosigkeit in kreditabhängigen Branchen. Ein breitgefächerter Angriff auf die Inflation würde, sobald er Erfolg zeigt, niedrigere Zinssätze, höhere Investitionsraten, verstärkte Bautätigkeit erlauben und mehr Arbeitsplätze schaffen in Branchen, die — wie der Wohnungsbau — heute finanziell ausgetrocknet sind. In Wirklichkeit weiß niemand genau, welche Auswirkungen Stabilisierungspolitik hinsichtlich der Arbeitslosigkeit haben wird, aber weil Arbeitslosigkeit möglich ist, müssen Schritte zur Minimierung ihrer Auswirkungen unternommen werden. Die Kosten für die Beendigung der Inflation sollten nicht jene tragen müssen, die ihre Arbeitsplätze verlieren.

Beschäftigung im öffentlichen Dienst, bezahlt von der Bundesregierung, ist eine mögliche Antwort — und es scheint sich bereits ein Konsens darüber zu entwickeln. Für noch dringlicher würde ich eine Soforterhöhung der Arbeitslosenunterstützung halten, um die Minderung der Einkommen betroffener Haushalte auf ein Minimum zu beschränken. Mit diesen Sonderaufwendungen sollte speziell denen geholfen werden, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Das ist die Alternative zu einer Politik der Arbeitsplatzsicherung durch allgemeine Erhöhung der Ausgaben oder allgemeine Steuersenkungen. Ihre Auswirkungen auf den Staatshaushalt sind viel geringer. Inflationäre Wirkungen, die von derartigen Sonderaufwendungen ausgehen, können und sollten durch zusätzliche Besteuerung der Wohlhabenderen ausgeglichen werden.

Schafft die Gipfelkonferenz der Wirtschaftsexperten Abhilfe?

Darauf wollte ich am Schluß dieses Katechismus' kommen. Das Problem, mit dem wir es zu tun haben, ist keins des Wissensstands, sondern des politischen Willens. Die Wirtschaftskonferenz wird helfen, wenn sie den Willen stärkt, nicht aber, wenn sie, wie es wahrscheinlicher scheint, nach Wegen sucht, schmerzhaften Eingriffen auszuweichen.

Wie lange würde es bei Anwendung der genannten Mittel dauern, die Inflation zu beenden?

Fast alles hängt davon ab, mit welcher Energie die Maßnahmen angewandt werden. Falls es nicht zu einer Katastrophe der Weltnahrungsmittelversorgung kommt, könnte die Inflation binnen eines Jahres auf drei oder vier Prozent gedrückt werden. Darunter zu kommen, ist schwieriger. Löhne, die zurückgefallen sind, werden den Anschluß finden müssen. Auch bei Anwendung von Kontrollmaßnahmen werden Ungerechtigkeiten stets eher durch Erhöhung der niedrigen Löhne oder Preise als durch Senkung der hohen kuriert. Und es gibt immer eine Aufwärtsdrift. Alles hängt von der Entschlossenheit ab, mit der gehandelt wird. Dazu gehört auch die Bereitschaft, Maßnahmen zurückzuziehen, die Ergebnisse versprachen, aber ohne Erfolg bleiben.

Irgend etwas muß geopfert werden, wenn die Inflation beendet werden soll. Das können nicht die Einkommen der Armen sein. Also müssen die Ausgaben der Wohlhabenden und die Gewinne der Konzerne angezapft werden. Beschwerden aus diesen Kreisen muß man

sich mit einem Höchstmaß an Mitgefühl anhören und anschließend weitgehend ignorieren. Während des Zweiten Weltkrieges entwickelten jene unter uns, die für die Preiskontrolle verantwortlich waren, eine charakterzerstörende Form von ökonomischem Sadismus. Wir fühlten uns unwohl, wenn irgend jemand die Behörde nicht mit langem Gesicht verließ. Das schafften allerdings auch nur wenige. Ähnlich junge und energische Leute mit ähnlich perversem Charakter müssen jetzt irgendwie gefunden werden. Zweifellos gibt es sie noch.

Erwarten Sie, daß solche Maßnahmen ergriffen werden?

Vielleicht, aber nicht bald. Die politische Alternative ist wunderbar klar. Es ist die Wahl zwischen politisch schmerzhaftem Eingriff auf kurze Sicht und politischem Scheitern auf etwas längere Sicht. Die meisten Politiker werden den unmittelbaren schmerzhaften Eingriff vermeiden — und hoffen, daß die Vorsehung eingreifen und sie vor ihrem möglichen Schicksal bewahren wird. Ein wenig unangenehme chirurgische Aktivität in Vietnam 1965 würde Lyndon Johnson 1968 gerettet haben. Zweifellos hielt er den Eingriff für notwendig, aber er wußte auch, daß die Liquidierung des Vietnam-Abenteuers Eruptionen auf der Rechten und Unruhe unter den Generalstabschefs hervorrufen würde. Der Abstieg in den Sumpf erschien einfacher. Nixon hätte Watergate im Juli 1972 oder sogar noch später bereinigen und als Präsident überleben können. Aber John Mitchell und die anderen mutmaßlich in die Sache Verwickelten anzutasten, das hätte die Wellen hochgehen lassen. Also optierte auch er für Ruhe auf kurze Sicht und San Clemente heute. Folgt man diesem Muster, so werden die häßlichen Maßnahmen, die zur Beendigung der Inflation nötig sind, ebenfalls durch Tricks ersetzt oder aufgeschoben werden. Es werden noch einige Präsidenten und Regierungschefs ins Gras beißen müssen, ehe die Erkenntnis Allgemeingut sein wird, daß Inflation (wie bisher Arbeitslosigkeit) für Politiker tödlich ist. Dann ist da noch die Sache mit den Beratern. Letztere werden, anders als die Männer, die sie beraten, nicht vernichtet. Deshalb können sie für den bequemen Weg plädieren. Wenn ihr Mann dann geschlagen ist, können sie sich wieder der Tätigkeit zuwenden, Geschäftsleute über die wirtschaftlichen Perspektiven zu beraten oder die Jugend auszubilden. Ein ernüchternder Gedanke.

Paul A. Samuelson, Wirtschaftswissenschaftler, M.I.T.*)

Mein Rat an den Präsidenten legt die Betonung vor allem auf Dinge, die nicht getan werden dürfen:

1) Ermutigen Sie nicht die übermäßig rigide Politik der Bundesbank, die den Wohnungsmarkt abgewürgt hat und das Ausmaß der Stagnation fortschreitend anwachsen läßt.

2) Denken Sie nicht, die Inflation lasse sich durch ein paar puritanische Haushaltskürzungen bereits stoppen. Ob Sie mit dem Fleischmesser herangehen oder kosmetische Reduktionen von 5 Mrd $ an dem gegenwärtigen 305 Mrd $-Haushalt vornehmen — das wäre eine symbolische Reduzierung um etwa 0,3 von 1 % unserer 1,3 Bio $-Wirtschaft.

3) Hören Sie nicht auf ihre Berater, die behaupten, wenn man die Arbeitslosigkeit auf 6 % steigere und einige Jahre lang in dieser Höhe halte, lasse sich für den Rest der 70er Jahre eine vernünftige Inflationsrate von sagen wir 3 oder 4 % jährlich wiederherstellen. Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, daß die Regierung die Arbeitslosigkeit drei bis sechs Jahre lang auf dem hohen Niveau von 7 % halten müßte, um die Inflationsrate auf den genannten Stand zu drücken.

Was der Präsident tatsächlich tun sollte, ist in wenigen Worten gesagt.

1) Setzen Sie sich im kommenden Jahr für ein sehr langsames Wachstum und makroökonomisch für restriktive Methoden ein, die noch keine Rückkehr zu Wachstum mit Vollbeschäftigung gestatten. Tun Sie dies deshalb, weil die Gefahr einer Beschleunigung der Inflation keine leere Drohung ist.

*) Diese und die folgenden Stellungnahmen entnehmen wir dem US-Nachrichtenmagazin „Newsweek", Ausgabe v. 30. 9. 1974. D. Red.

2) Wenn die Arbeitslosigkeit sich der 6-%-Marke nähert, lockern Sie allmählich die Fiskal- und Geldpolitik. Setzen Sie Ihre Hoffnung während des Rests Ihrer ersten Amtszeit darauf, die Inflationsrate auf 8, 6 und mit viel Glück auf 4 % drücken zu können.

3) Abgesehen von der Fiskal- und Geldpolitik sollten Sie die Regierung auf folgende Ziele orientieren: a) auf mikroökonomische Reformen in Bereichen wie Energiewirtschaft, Landwirtschaft und Regulierungsmaßnahmen zur Milderung der Inflation, b) auf kontinuierliche präsidentielle Führung in den Bereichen der Lohn-Preis- und Einkommenspolitik, um zu versuchen, die Klassenantagonismen zu heilen und die Zusammenarbeit zu ermutigen.

Pierre A. Rinfret, Rinfret-Boston Associates

Wenn wir der Inflation den Krieg erklären wollen, sollten wir eine Mobilmachung organisieren. Kriegführung setzt Mobilmachung voraus. Sie erfordert den allgemeinen, engagierten Einsatz für den Sieg. Mit halben Maßnahmen, Teilmaßnahmen, beschränkten Verpflichtungen und „business as usual" ist noch nie ein Krieg gewonnen worden. Meiner Meinung nach kann es moralisch und wirtschaftlich ebenso zerstörerische Wirkungen haben, wenn wir den Krieg gegen die Inflation verlieren, wie wenn wir einen Krieg militärisch verlieren.

Um die Inflation schlagen zu können, müssen wir die amerikanische Wirtschaft in den Kriegszustand versetzen. Damit meine ich, daß wir strenge und drastische Maßnahmen ergreifen müssen:

1) *Rückkehr zum Gold.* Das Vertrauen in Papiergeld schwindet mit beschleunigtem Tempo. Wir sollten unsere Goldbestände zu Marktpreisen neufestsetzen und den Dollar konvertibel machen, zumindest zwischen den Zentralbanken. Die amerikanische Bevölkerung sollte Gold in jeder Form besitzen dürfen. Die Welt wünscht das, und wir sollten es zulassen.

2) *Einschränkung des individuellen Konsums.* Wir sollten drastische Konsumrestriktionen einführen. Dies kann durch Kundenkredit-Kontrolle, Sonderbesteuerung PS-starker Autos sowie dadurch erreicht werden, daß jede Stimulierung des Wohnungsbaus vermieden wird.

3) *Umleitung von Ressourcen auf Bereiche der Kapitalinvestition.* Wir sollten außergewöhnliche neue Anreize schaffen, um Investitionen in Industrieanlagen zu stimulieren. Das schließt beschleunigte Abschreibungsmöglichkeiten für Umweltschutzaufwendungen, Bereitstellung von Material zur Umleitung von Ressourcen aus dem Konsum- in den Investitionsbereich und die Fünfjahres-Amortisierungsabschreibungen für Neuinvestitionen in Industrieanlagen und -ausrüstungen ein, wie der Kongreßabgeordnete Wilbur Mills sie vorgeschlagen hat.

Alice M. Rivlin, Brookings Institution

Liebe gute Fee: ich ertrage es nicht, drei Wünsche für spezifische wirtschaftspolitische Maßnahmen zu vergeuden, die bald überholt sein werden. Ich möchte nur einen Wunsch frei haben, aber einen Mordswunsch: bitte, ändere die kurzsichtigen und einzelgängerischen Verhaltensweisen, die Einzelne und Nationen gegenüber wirtschaftlichen Konflikten an den Tag legen. Beispielsweise sollten die entwickelten Länder erkennen, daß die durch den Anstieg der Ölpreise verursachten Zahlungsbilanzdefizite nicht untereinander „exportiert" werden dürfen. Die zeitweiligen Vorteile, die einzelne Länder erreichen können, indem sie Handelsschranken errichten, um die Importe zu beschränken, oder heroische Anstrengungen zur Forcierung ihrer eigenen Exporte unternehmen, können nur Vergeltungsmaßnahmen, Niedergang des Handelsvolumens und weitverbreitete Depression hervorrufen.

Desgleichen sollte jedes größere Land erkennen, daß seine eigene, hausgemachte Inflation durch beiderseitige Selbstbeschränkungen von Kapital und Arbeit, durch beiderseitige Zustimmung zu freiwilligen Leitlinien oder obligatorischen Lohn- und Preiskontrollen gedämpft werden muß. Wenn jedes Land für sich die Inflation mit einer restriktiven Fiskal- und Geldpolitik bekämpft, wird jedes Land seine eigene Bevölkerung arbeitslos machen und die Rezession an seine Handelspartner exportieren.

Ich bitte Dich auch nicht, die Ölproduzenten zur Uneigennützigkeit zu bewegen. Aber kannst Du sie nicht zu der Erkenntnis bringen, daß sie auf lange Sicht keinerlei Gewinn davon haben, wenn sie in den schon heute verarmte Ländern der Dritten Welt neue Not verursachen? Weitblickende Bemühungen der Ölproduzenten und der entwickelten Länder, den Entwicklungsländern bei der Finanzierung notwendiger Importe und beim Aufbau ihrer Wirtschaft zu helfen, sind das beste Mittel, um sowohl politische Stabilität als auch wachsende Märkte auf lange Sicht zu gewährleisten.

Milton Friedman, Universität Chicago

Es gibt nur ein Mittel, um die Inflations-Krankheit in den USA zu kurieren: die Wachstumsraten der Summe der Dollar-Ausgaben zu senken. Nur die Bundesregierung kann diese Kur bewirken. Sie kann es, indem sie ihre eigenen Ausgaben reduziert und indem sie das Wachstum der umlaufenden Geldmenge verlangsamt. Dadurch würden die privaten Ausgaben reduziert werden. Lohn- und Preiskontrollen gehören nicht zur Kur. Sie gehören im Gegenteil zu den schädlichsten Erscheinungen der Krankheit.

Subtiler ist das Problem, Beruhigungsmittel zur Linderung der schmerzhaften Nebenwirkungen der Kur, zu denen eine vorübergehende Periode niedrigen Wachstums und relativ hoher Arbeitslosigkeit gehören werden, zu finden. Diese Nebenwirkungen können nicht verhindert, wohl aber durch eine verständige Politik erheblich gelindert werden

1) Es ist wichtig, daß die Kur Schritt für Schritt durchgeführt wird. Wir müssen auf die Bremse treten, um unser rasendes Gefährt zum Halten zu bringen, aber wir sollten nicht so scharf bremsen, daß Fahrer und Fahrgäste durch die Windschutzscheibe geschleudert werden.

2) Die Schäden der Inflation und die Schmerzlichkeit der Kur resultieren zu einem großen Teil aus unvorhergesehenen Veränderungen der Kosten und der Gewinne in der Wirtschaft. Durch breite Anwendung von Gleitklauseln kann dies verringert werden. Die Regierung kann dadurch helfen, daß sie ihre Kreditaufnahme und ihre Steuern „inflationssicher" macht (z. B. durch automatische Lebenshaltungskosten-Anpassung von Steuerbefreiungen und Steuerbemessungsgrundlagen).

3) Wir sollten sicherstellen, daß die Lasten der Inflation und die schmerzhaften Nebenwirkungen der Kur nicht auf unseren am meisten benachteiligten Mitbürgern ruhen. Wir sollten das Wohlfahrtssystem reformieren und die Arbeitslosenversicherung für langfristig Beschäftigungslose verbessern.

Pierre-Paul Schweitzer, Bank of America, Luxemburg

Was wir brauchen, ist ein globales und kooperatives Vorgehen aller betroffenen Regierungen. Die traditionellen Arzneien, etwa eine verantwortungsbewußte Fiskal- und Kreditpolitik, sind weiterhin angebracht, aber wir sollten darüberhinausgehen. Eine Art befristeter Abkommen über die Einkommenspolitik wäre nützlich. Dabei geht es nicht nur um Gehälter oder Löhne — Kapitaleinkommen, Kapitalgewinne und Preise müßten eingeschlossen sein. Was überwunden werden muß, ist die Neigung, Inflation vorwegzunehmen.

Einkommenspolitik ließe sich nur bei abgestimmtem Vorgehen der wichtigsten Länder durchsetzen und politisch akzeptabel machen. Kein Land sollte, heute weniger denn je, im Inneren Maßnahmen ergreifen, die Nachbarländer schädigen könnten. Das wäre selbstzerstörerisch.

Die internationale Währungssituation ist das zweite Problem. Die Währungskrise ging der Ölkrise voran und war vielleicht in gewissem Umfang für die letztere verantwortlich. Ich halte es für dringlich, daß wir zu einer Art internationaler Währungsordnung zurückkehren. Ein ideales System wäre die Rückkehr zu festen Wechselkursen.

Das dritte und beunruhigendste Problem ist die Lage der Entwicklungsländer, die keine Ölproduzenten sind. Ich würde sie das internationale Proletariat nennen, denn sie sind am schlimmsten betroffen. Ihr Problem ist Unterernährung oder sogar Hungersnot. Es gibt keinen anderen Ausweg als eine sehr substantielle Erhöhung der Wirtschaftshilfe aus den Industrieländern und deren Ergänzung durch die aufsteigenden reichen Ölländer.

Henry Ford II, Ford Motor Corporation

Als erstes würde ich empfehlen, daß die Regierungen ihre Ausgaben beschränken und die Geldversorgung sowie die daraus resultierende Güternachfrage wieder ins Gleichgewicht mit der Güterversorgung bringen. Alle Länder sind mitverantwortlich dafür, daß Nachfrage und Angebot im Gleichgewicht bleiben, aber die größten Industrieländer trifft eine besondere Verantwortung, da sie den größten Teil der Weltnachfrage schaffen. Fiskalische und monetäre Restriktionen müssen wohldosiert eingesetzt werden, damit eine Depression vermieden wird. Zugleich müssen sie kontinuierlich eingesetzt werden, wenn sie Erfolg haben sollen. Die Inflation wird nicht zu stoppen sein, wenn fiskalische und monetäre Disziplin, sobald sie wehzutun beginnt, durch Drohungen, Preiskontrollen und andere Behelfsmittel ersetzt wird.

Die Inflation unter Kontrolle zu bekommen, ist eine langwierige und schwierige Aufgabe. Sie bringt Härten für viele Menschen mit sich und wird vielleicht erst nach Jahren gelöst sein. Den am meisten Betroffenen sollte geholfen werden, diese schwierige Periode durchzustehen. Als zweites würde ich deshalb empfehlen, das Wohlfahrtssystem bald zu reformieren und Sonderprogramme für öffentliche Arbeitsbeschaffung zu erstellen, falls die Arbeitslosigkeit unmäßig ansteigt.

Für die Modelle der Jahre 1976, 1977 und 1978 könnten neue amerikanische Bundesvorschriften zum Umweltschutz den Preis pro Wagen um 750 $ verteuern — das bedeutet eine Erhöhung der Konsumaufwendungen um 8 Mrd $ jährlich, und dies für Veränderungen, die wenig nützen.

Ungefähr 10 % des gesamten Kapitalaufwands der Wirtschaft werden heute durch Sicherheits- und Umweltschutzvorschriften verursacht. Keine dieser vorgeschriebenen Ausgaben steigert die Produktivität oder erweitert die notwendige Kapazität, um Versorgungsengpässe zu vermindern und für die Zukunft mehr Arbeitsplätze zu sichern. Bis auf die allernotwendigsten sollten alle neuen Vorschriften, beginnend mit dem 1. Januar 1975, um mindestens fünf Jahre aufgeschoben werden. Während dieses Zeitraums würden Sicherheit und Umweltschutzerfordernisse durch die bereits wirksamen Vorschriften gewährleistet. Auf diese Weise können wir, um den Preis einer geringen Verlangsamung des Fortschritts auf den Gebieten Sicherheit und Umweltschutz, einen großen Beitrag zum Kampf gegen die Inflation leisten.

Michael K. Evans, Präsident der Chase Econometrics

Die Erhöhung der Ölpreise stellt sich, nicht mehr und nicht weniger, dar als eine Steuer von 62 Mrd $ auf den Rest der Welt. Die Araber werden ihr Geld nicht in der Wüste vergraben; sie müssen es irgendwo wieder anlegen. Sind diese beiden Grundtatsachen erst einmal begriffen, dann reduziert sich die ganze sogenannte internationale Krise auf Proportionen, die sich bewältigen lassen. Dann können wir anfangen, das Problem mit Lösungsversuchen anzugehen, die weniger auf Hysterie als auf rationaler Analyse fußen.

1) Diese Steuer hat die Wachstumsrate der Produktivität gesenkt, weil sie die Weltindustriestruktur genötigt hat darauf zu verzichten, mit billigem Brennstoff zu arbeiten.

Wir brauchen neue, verbesserte Anlagen und Ausrüstungen, um effizienter produzieren zu können. Dazu benötigen wir neue Investitionssteuerkredite auf internationaler Grundlage.

2) Diese Steuer hat das Realeinkommen der Verbraucher spürbar gesenkt und damit zu Nachfrageausfällen und weiteren Produktivitätsminderungen geführt. Deutschland, das die niedrigste Inflationsrate der Welt hat, plant für das kommende Jahr eine große Steuersenkung; vielleicht weiß man dort etwas, was wir nicht wissen. Eine Steuersenkung, die die Kaufkraft wieder auf das Niveau von 1973 anhebt, ist weiteren vergeblichen Versuchen der Gewerkschaften, mit der Inflationsspirale Schritt zu halten, eindeutig vorzuziehen.

3) Senkungen sowohl der Einkommens- wie der Körperschaftssteuer setzen Senkungen der kumulierten Staatsausgaben voraus. Eine weltweite Kürzung der Verteidigungsausgaben würde die Mittel freisetzen, die zur Ersetzung der für höhere Ölpreise verausgabten Mittel gebraucht werden. Dies könnte nicht einseitig geschehen, aber höhere Ölpreise und eine Senkung des Lebensstandards treffen alle Nicht-OPEC-Länder. Nur durch eine Produktivitätssteigerung, wie sie der vorgeschlagene Plan erzeugen würde, können wir die Weltinflationsrate merklich senken. Mätzchen wie Drohungen und Ermahnungen, mehr zu sparen, sind nutzlos; Kontrollmaßnahmen sind absolut schädlich.

Allgemeine Krise des Kapitalismus?

Eine marxistische Diskussion *)

I. Die Bedeutung innerer und äußerer Faktoren bei der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus

Weckwerth: Inhalt der allgemeinen Krise ist, daß die Epoche der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus begonnen hat. Es ist dies also die Epoche des Übergangs der Menschheit von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsordnung, des Niedergangs des Kapitalismus und der wachsenden Stärke des Sozialismus.

Die verschiedenen uns bisher bekannten Entwicklungsetappen der allgemeinen Krise des Kapitalismus unterstreichen diesen Inhalt.

Die erste Etappe begann mit dem aus den imperialistischen Widersprüchen hervorgegangenen Ersten Weltkrieg und der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Der Kapitalismus war jetzt nicht mehr das einzige Gesellschaftssystem, und damit demonstrierte die Oktobrerevolution, der Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung, daß sich der Kapitalismus als sterbender Kapitalismus von nun ab in der Phase seines Niedergangs befand.

Die zweite Etappe der allgemeinen Krise begann mit der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems nach dem Zweiten Weltkrieg, womit zugleich in den internationalen Beziehungen als eine neue Erscheinung auf der Weltbühne erstmals Beziehungen zwischen

*) Wir veröffentlichen eine komprimierte Fassung der Diskussion, deren vollständiges Protokoll in den IPW-Berichten, Nr. 9/1974, erschienen ist. An dem Gespräch, das am 28. Juni 1974 in Berlin stattfand, nahmen teil: Prof. Dr. Dieter Klein, Humboldt-Universität Berlin, Prof. Dr. Jürgen Kuczynski, Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Prof. Dr. Herbert Meißner, Akademie der Wissenschaften, sowie Dr. Hans-Heinrich Angermüller, Prof. Dr. Stefan Doernberg, Prof. Dr. Horst Heininger, Prof. Dr. Lutz Maier, Hans Pirsch und Dr. Martin Weckwerth vom Institut für Internationale Politik und Wirtschaft, Berlin (DDR). D. Red.

Wir brauchen neue, verbesserte Anlagen und Ausrüstungen, um effizienter produzieren zu können. Dazu benötigen wir neue Investitionssteuerkredite auf internationaler Grundlage.

2) Diese Steuer hat das Realeinkommen der Verbraucher spürbar gesenkt und damit zu Nachfrageausfällen und weiteren Produktivitätsminderungen geführt. Deutschland, das die niedrigste Inflationsrate der Welt hat, plant für das kommende Jahr eine große Steuersenkung; vielleicht weiß man dort etwas, was wir nicht wissen. Eine Steuersenkung, die die Kaufkraft wieder auf das Niveau von 1973 anhebt, ist weiteren vergeblichen Versuchen der Gewerkschaften, mit der Inflationsspirale Schritt zu halten, eindeutig vorzuziehen.

3) Senkungen sowohl der Einkommens- wie der Körperschaftssteuer setzen Senkungen der kumulierten Staatsausgaben voraus. Eine weltweite Kürzung der Verteidigungsausgaben würde die Mittel freisetzen, die zur Ersetzung der für höhere Ölpreise verausgabten Mittel gebraucht werden. Dies könnte nicht einseitig geschehen, aber höhere Ölpreise und eine Senkung des Lebensstandards treffen alle Nicht-OPEC-Länder. Nur durch eine Produktivitätssteigerung, wie sie der vorgeschlagene Plan erzeugen würde, können wir die Weltinflationsrate merklich senken. Mätzchen wie Drohungen und Ermahnungen, mehr zu sparen, sind nutzlos; Kontrollmaßnahmen sind absolut schädlich.

Allgemeine Krise des Kapitalismus?

Eine marxistische Diskussion *)

I. Die Bedeutung innerer und äußerer Faktoren bei der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus

Weckwerth: Inhalt der allgemeinen Krise ist, daß die Epoche der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus begonnen hat. Es ist dies also die Epoche des Übergangs der Menschheit von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsordnung, des Niedergangs des Kapitalismus und der wachsenden Stärke des Sozialismus.

Die verschiedenen uns bisher bekannten Entwicklungsetappen der allgemeinen Krise des Kapitalismus unterstreichen diesen Inhalt.

Die erste Etappe begann mit dem aus den imperialistischen Widersprüchen hervorgegangenen Ersten Weltkrieg und der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Der Kapitalismus war jetzt nicht mehr das einzige Gesellschaftssystem, und damit demonstrierte die Oktoberrevolution, der Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung, daß sich der Kapitalismus als sterbender Kapitalismus von nun ab in der Phase seines Niedergangs befand.

Die zweite Etappe der allgemeinen Krise begann mit der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems nach dem Zweiten Weltkrieg, womit zugleich in den internationalen Beziehungen als eine neue Erscheinung auf der Weltbühne erstmals Beziehungen zwischen

*) Wir veröffentlichen eine komprimierte Fassung der Diskussion, deren vollständiges Protokoll in den IPW-Berichten, Nr. 9/1974, erschienen ist. An dem Gespräch, das am 28. Juni 1974 in Berlin stattfand, nahmen teil: Prof. Dr. Dieter Klein, Humboldt-Universität Berlin, Prof. Dr. Jürgen Kuczynski, Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Prof. Dr. Herbert Meißner, Akademie der Wissenschaften, sowie Dr. Hans-Heinrich Angermüller, Prof. Dr. Stefan Doernberg, Prof. Dr. Horst Heininger, Prof. Dr. Lutz Maier, Hans Pirsch und Dr. Martin Weckwerth vom Institut für Internationale Politik und Wirtschaft, Berlin (DDR). D. Red.

sozialistischen Ländern sichtbar wurden, die sich grundsätzlich von den bis dahin bekannten internationalen Beziehungen unterscheiden. Heute finden sie ihren Ausdruck in der sozialistischen ökonomischen Integration und in der abgestimmten Außenpolitik der sozialistischen Staatengemeinschaft.

Mit Beginn der dritten Etappe der allgemeinen Krise ist der Einfluß der sozialistischen Länder auf die Entwicklung der Welt weiter gewachsen. Der Herrschaftsbereich des Imperialismus verringert sich nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ. Das kommt darin zum Ausdruck, daß der Imperialismus immer weniger in der Lage ist, seine Herrschaft in der gleichen Weise auszuüben wie in der Vergangenheit. Diese Etappe ist durch den Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems im Ergebnis des nationalen Befreiungskampfes der Völker gekennzeichnet. Und zugleich ist die zunehmende Verschärfung der Widersprüche des Imperialismus ein hervorstechendes Merkmal dieser Etappe.

Die ganze Geschichte der allgemeinen Krise des Kapitalismus wird also von dem sich verändernden Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Kapitalismus einerseits und der Verschärfung der inneren Widersprüche des Imperialismus andererseits bestimmt.

Zwischen beiden Erscheinungen bestehen natürlich enge Zusammenhänge. Wir sollten uns vielleicht zunächst dieser Problematik zuwenden, d. h. auf die Frage eingehen: Wie stellt sich heute der Zusammenhang des veränderten Kräfteverhältnisses zwischen Sozialismus und Kapitalismus und der Vertiefung der allgemeinen Krise dar? Welche neuen Erscheinungen können wir insbesondere in den letzten Jahren in dieser Hinsicht vermerken?

...

Klein: Vielleicht müßte man zunächst einmal klar sagen, welche Entwicklungsprozesse im Sozialismus auf den Kapitalismus einwirken. Meines Erachtens liegen dabei die Hauptakzente auf der qualitativen Seite der Entwicklung des Sozialismus zu Beginn der 70er Jahre.

Wenn wir einmal den quantitativen Anteil der RGW-Länder an der Weltindustrieproduktion nehmen, dann verzeichnen wir einen in der Tendenz kontinuierlichen Anstieg, aber es gibt keine spektakulär verringerte Differenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus, keinen sichtbaren Sprung in den *quantitativen* Relationen im Verlauf der letzten Jahre.

Mir scheint, daß dagegen so sichtbar wie nie zuvor in Friedenszeiten zu Beginn der 70er Jahre der *qualitative* Unterschied zwischen beiden Systemen hervortritt. Zur gleichen Zeit, in der sich die allgemeine Krise des Kapitalismus vertieft, verbinden sich im Sozialismus eine sichtbare Zunahme der Dynamik, ein sichtbares Entfalten der Vorzüge des Sozialismus mit der beginnenden wissenschaftlich-technischen Revolution, mit einer neuen Etappe der sozialistischen Integration und mit der Möglichkeit, sich in der Hauptaufgabenstellung noch unmittelbarer auf die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen zu orientieren. Eben auf diese Art und Weise wird die verstärkt krisenhafte Entwicklung innerhalb der imperialistischen Länder sozusagen grell beleuchtet, die ja nicht Folge des bisherigen Wachstums an sich ist, obwohl bürgerliche Ideologen verstärkt versuchen, das zu propagieren, sondern die das offensichtliche Ergebnis des Ausbeutersystems, des Funktionierens oder Nicht-mehr-Funktionierens des Profitmechanismus selbst darstellt...

Ein weiteres wichtiges Moment der Einwirkung des Sozialismus auf den Kapitalismus besteht darin, daß die Veränderung des Weltkräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus den Kampf der Entwicklungsländer gegen den Imperialismus erheblich begünstigt. Insbesondere durch die Veränderungen im außenpolitischen und militärischen Kräfteverhältnis und durch die sichtbare Einengung des Spielraums des Kapitalismus auf diesem so entscheidenden Gebiet ergeben sich wachsende Möglichkeiten für die Entwicklungsländer, ihre sozialen und nationalen Interessen gegen den Imperialismus durchzusetzen — und zwar vor allem, weil der Imperialismus nicht mehr in der Lage ist, soziale und nationale Befreiungsbewegungen beliebig mit Waffengewalt zu unterdrücken. Das Kräfteverhältnis hat sich ökonomisch verändert, und das schlägt sich vor allem außenpolitisch, aber auch militärisch, in solcher Weise nieder, daß auch diese zweite revolutio-

näre Hauptkraft, die nationale Befreiungsbewegung, neue Möglichkeiten ihrer Entfaltung bekommt.

All dies besagt, daß wir bei der Analyse dieser neuen Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus der Wechselwirkung zwischen inneren und äußeren Widersprüchen außerordentliche Aufmerksamkeit schenken müssen, daß damit auch eine ganze Reihe theoretischer Fragen zusammenhängt (Veränderung der Wirkungsbedingungen, Modifikation der Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus usw.), was vielleicht noch bei der Behandlung der inneren Prozesse zu diskutieren wäre.

In mehreren Jahrzehnten akkumulierte kapitalistische Widersprüche

Kuczynski: Die Problematik, die Genosse Klein angerissen hat, ist meiner Ansicht nach sehr wichtig, müßte aber in einer bestimmten Weise noch vertieft werden.

Er hat gesagt, daß mit den 70er Jahren die Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern nicht nur quantitativ, sondern vor allem qualitativ so sehr deutlich werden. Damit hat er völlig recht, wenn er das Wort „deutlich" ganz stark betont. Denn man muß sich fragen, wie war es in den 50er und 60er Jahren, als die Unterschiede nicht so deutlich waren? Da wurden doch in den kapitalistischen Ländern all die Widersprüche akkumuliert, die jetzt in den 70er und wahrscheinlich auch in den 80er Jahren offen ausbrechen. Das heißt, der qualitative Unterschied war auch in den vorangehenden Jahrzehnten gewaltig — wenn auch eben nicht so deutlich. Darum würde ich sagen, daß man prinzipiell folgendes beachten muß:

Selbst wenn in den kapitalistischen Ländern und in den sozialistischen Ländern die Produktion um genau den gleichen Prozentsatz steigen würde, dann ist das doch ein grundverschiedener Prozeß. 5 Prozent Steigerung in den sozialistischen Ländern z. B. bedeutet Festigung des sozialistischen Systems; 5 Prozent Steigerung in den kapitalistischen Ländern bedeutet Akkumulation von Widersprüchen — was natürlich das entscheidende bei der Entwicklung der Verhältnisse in den 50er und 60er Jahren war. Und jetzt zeigt sich sehr deutlich, wie ganz richtig gesagt wurde, was sich an Widersprüchen in den 50er/60er Jahren akkumuliert hat.

Verflechtung innerer und äußerer Triebkräfte der allgemeinen Krise des Kapitalismus

Maier: ... Ich bin mit Genossen Doernberg einverstanden, wenn er auf die bestimmende Rolle der inneren Widersprüche verweist, möchte jedoch den entscheidenden Akzent auf die von ihm und von Genossen Klein bereits erwähnte *Wechselwirkung* auf die *Verflechtung* von inneren und äußeren Faktoren legen, weil ich gerade hierin die eigentliche Problematik der allgemeinen Krise des Kapitalismus sehe. Handelt es sich doch bei der allgemeinen Krise um die Charakterisierung jenes qualitativ neuen Zustandes, jener qualitativ neuen Existenzbedingungen der kapitalistischen Ordnung, die mit der beginnenden realen Lösung der inneren Widersprüche sich herausbilden, da der innere Antagonismus eine „äußere" Verkörperung in der Existenz der neuen sozialistischen Ordnung erfährt, die objektiv als soziale Alternative wirkt und deren Entwicklung gesetzmäßig die Stellung des Kapitalismus in der Welt Schritt für Schritt verändert.

Einen Bezugspunkt für die Untersuchung der Qualität der längerfristigen Entwicklungstendenzen der allgemeinen Krise in der Gegenwart sehe ich z. B. in der auf der Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1960 getroffenen Feststellung, daß die allgemeine Krise des Kapitalismus in eine neue Etappe eintritt, deren Besonderheit vor allem darin besteht, daß nunmehr die weitere Vertiefung dieser Krise, die Widersprüche, die Erosion des kapitalistischen Weltsystems schon nicht mehr in Verbindung mit einem Weltkrieg, sondern unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, unter neuen Bedingungen des Kampfes und Wettbewerbes zwischen Kapitalismus und Sozialismus vor sich gehen wird.

Offensichtlich befinden wir uns mitten im Prozeß der Entfaltung dieser spezifischen Entwicklungsbedingungen der allgemeinen Krise, wobei in jüngster Zeit eine ganze Reihe qualitativ neuer Merkmale im Verhältnis zur Lage Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre hervortreten.

Ich sehe hierbei — als Ausgangspunkt der Betrachtung — vor allem zwei Momente: *erstens* einen deutlichen Einflußschwund des Kapitalismus auf die Weltentwicklung als Ganzes — oder anders ausgedrückt — der Sozialismus, die Sowjetunion, die sozialistische Staatengemeinschaft erreichen eine neue Stufe ihrer Einwirkung auf globale Entwicklungsprozesse, auf das Gesamtsystem der internationalen Beziehungen.

Und *zweitens:* eine nicht zuletzt mit der wissenschaftlich-technischen Revolution verbundene zunehmende Komplexität der Widersprüche und Konflikte der gegenwärtigen kapitalistischen Entwicklung, und zwar sowohl in Form zunehmender Verflechtung und des Aufeinanderwirkens der Widersprüche in den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen als auch zwischen den nationalen und internationalen Prozessen im kapitalistischen System.

Das Problem gewinnt deshalb besondere Bedeutung, da zugleich die soziale Entwicklung in den sozialistischen Ländern Schritt für Schritt einen Reifegrad erreicht, der ihre Fähigkeit zur komplexen Lösung gesellschaftlicher Probleme in einer internationalen Gemeinschaft von Staaten immer besser demonstriert.

Wie reagiert der Kapitalismus auf die neuen Existenzbedingungen? Die Antwort auf diese Frage ist in der Tat eng mit der heutigen Spezifik der Vertiefung der allgemeinen Krise verbunden.

Vor allem sollten wir unsere Aufmerksamkeit auf die *objektiven* Zwänge lenken, die immer häufiger subjektive Bestrebungen und Wünsche, strategische Pläne der herrschenden Kreise des Imperialismus durchkreuzen. Die Grundrichtung der Betrachtung sehe ich darin, die dem Anpassungsprozeß des Imperialismus an seine neuen Existenzbedingungen eigene innere Widersprüchlichkeit zu erfassen, die als Triebkraft dieser Anpassung wirkt und ihr gleichzeitig objektive Grenzen setzt. Es handelt sich doch darum, daß einerseits die Wesenszüge des Imperialismus als System der Ausbeutung, Unterdrückung und Expansion nach wie vor gegeben sind, ja ihre im Monopol wurzelnden Grundlagen sich sogar verstärken und weiterentwickeln. In diesem Sinne ist der Imperialismus unverändert, der gleiche wie früher. Andererseits hat er seinen allumfassenden Einfluß auf die Weltentwicklung verloren, existiert nur noch als Teil eines Ganzen, in dem der Sozialismus mit allen revolutionären Kräften starke Positionen errungen hat, spürt er auf Schritt und Tritt die Grenzen seines Einflusses und muß — wohl oder übel — dieser Lage, diesen neuen Bedingungen für das Wirken seiner Gesetzmäßigkeiten, Tribut zahlen. Zugleich wehrt sich seine Natur gegen diese Beschränkungen, drängt zum Widerstand, zur erneuten Veränderung der Bedingungen zugunsten des Imperialismus.

So sieht sich bekanntlich der Imperialismus gezwungen, auf eine kriegerische Lösung seiner Widersprüche zu verzichten und das Prinzip der friedlichen Koexistenz mit dem Sozialismus offiziell zu akzeptieren. Das aggressive Wesen des Imperialismus wirkt weiter, äußert sich in seiner politisch-militärischen Strategie, im Ausdehnen der Rüstung als materieller Basis der Kriegsgefahr, führt zu Komplikationen der Lage in einzelnen Gebieten der Welt. Aber die Grundrichtung der internationalen Entwicklung, der Charakter des Gesamtsystems der internationalen Beziehungen wird schon nicht mehr bzw. nicht mehr vorrangig durch die Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus bestimmt. Darauf beruht die Stärkung der Tendenz der Demokratisierung der internationalen Beziehungen, von der L. I. Breshnew sprach, und die Unumkehrbarkeit der Schwächung des Imperialismus auf diesem Gebiet.

Veränderungen vollziehen sich auch in der Stellung der Entwicklungsländer, im Kräfteverhältnis zwischen der nationalen Befreiungsbewegung und dem Imperialismus. Schließlich muß man noch auf jene Barriere verweisen, die innerhalb der entwickelten kapitalistischen Länder die organisierte Arbeiterbewegung, ihre Kampfaktionen für die ungehinderte Durchsetzung der kapitalistischen Ausbeutungsinteressen darstellt.

Aus alledem ergibt sich eine eigenartige Dialektik von Wirkungen und Gegenwirkungen, von Gesetzmäßigkeiten des imperialistischen Systems und antiimperialistischen Gegentendenzen, die gerade in der gegenwärtigen Phase der allgemeinen Krise stärker als früher hervortreten, insgesamt den Niedergangsprozeß des Kapitalismus vorantreiben und wesentliche Merkmale seiner heutigen Erscheinungsformen bestimmen.

...

Einschränkung der Wirkungsweise kapitalistischer Gesetzmäßigkeiten

Doernberg: Ein hervorstechendes Merkmal der gegenwärtig so akuten Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus besteht darin, daß der Sozialismus die Wirkungsweise grundlegender Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus entscheidend einschränkt, diese Gesetzmäßigkeiten selbst aber objektiv nicht nur fortbestehen, sondern vom Kapitalismus auch weiter genährt werden. Auch das gehört zu den großen Widersprüchen unserer Epoche. Das gilt insbesondere für die dem Kapitalismus — verschärft in seinem imperialistischen Stadium — eigene Aggressivität ...

Die Gewährleistung eines dauerhaften, gerechten und demokratischen Friedens bleibt die Kardinalfrage unserer Zeit, erfordert auch weiterhin den entschiedenen Kampf gegen den Imperialismus. Die Friedensoffensive der UdSSR und der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft beruht auf der genauen Analyse, daß die internationale Entwicklung durch eine Periode des längeren Nebeneinanderbestehens der beiden Gesellschaftssysteme gekennzeichnet sein wird. In dieser Periode werden sich die Widersprüche des Kapitalismus weiter ausgestalten. In ihr sind Möglichkeiten für eine bestimmte Weiterentwicklung des Kapitalismus — und somit auch seiner Gesetzmäßigkeiten — eingeschlossen.

Der Kampf zwischen den beiden Gesellschaftssystemen führt damit folgerichtig zu einer weiteren Verschärfung des Widerspruchs zwischen potentiellen und faktischen Wirkungen grundlegender Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus. In welchem Maße dies auf die Entfaltung der allgemeinen Krise des Kapitalismus einerseits und auf die Vorwärtsentwicklung der Menschheit andererseits Einfluß hat, müßte noch genauer untersucht werden.

Klein: Genosse Maier hat vorhin gesagt, eine wesentliche objektive Ursache dafür, daß der Sozialismus verstärkt auf den Kapitalismus einwirkt, sei der Vergesellschaftungsprozeß, der solche Dimensionen angenommen hat, daß damit für den Kapitalismus Probleme entstehen, die im Grunde genommen den Profitmechanismus in einem akuteren Maße noch, als es bisher sichtbar wurde, zu sprengen drohen.

Ich meine folgendes: Der Vergesellschaftungsprozeß hat eine konkrete Seite. Wenn man vom Charakter der Produktivkräfte ausgeht, dann kommt man z. B. auf eine zwangsläufig größere soziale Komplexität des Reproduktionsprozesses. In diesem Reproduktionsprozeß entwickeln sich immer mehr Infrastrukturen; denn es ist die Entwicklung von immer mehr Bereichen auf die Tagesordnung gesetzt, in denen man keinen Profit machen kann. Das paßt aber nicht zu den grundlegenden Kriterien des Kapitalismus, in dem sich alle Proportionen der gesellschaftlichen Entwicklung nach dem Gesetz des Profits zu richten haben. Gerade deshalb vermag es nur der Sozialismus, diese Prozesse planmäßig zu leiten.

Ich verweise ferner auf die Prozesse der Internationalisierung, die, so komplex wie sie sind, im Grunde genommen auf der Basis der Planmäßigkeit, der Gleichberechtigung und sogar der Annäherung der Länder sich entwickeln müssen, wie sie für die Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern typisch ist. Aber im Kapitalismus regeln sich die Beziehungen durch Profit und Konkurrenz. Gerade daraus ergeben sich gegenwärtig die Zuspitzungen in den Beziehungen zwischen den imperialistischen Mächten und den Entwicklungsländern ...

Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen nationaler Befreiungsbewegung und Imperialismus

Heininger: In den Beziehungen zwischen den imperialistischen Staaten und den Entwicklungsländern, die Genosse Maier eben berührte, zeigt sich die neue Qualität in der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus m. E. sehr eindeutig. Mit den 70er Jahren beginnt offenbar eine neue Etappe des Kampfes der jungen Nationalstaaten um ökonomische und politische Unabhängigkeit von den imperialistischen Staaten. Die Kampfmaßnahmen der Erdölländer im zurückliegenden Jahr waren ein deutliches Anzeichen dafür. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf einige weltwirtschaftliche Aspekte dieser Entwicklung hinweisen.

Nach meiner Auffassung kann man davon sprechen, daß die bisherige internationale Arbeitsteilung zwischen den imperialistischen Staaten und den Entwicklungsländern zunehmend in eine Krise gerät. In den beiden Jahrzehnten seit 1950 hat sich der ökonomische Rückstand dieser Länder bekanntlich nicht verringert, sondern vergrößert: Der Anteil am Welthandel ist zurückgegangen, der Anteil an der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt ist zwar geringfügig gestiegen (pro Kopf aber ebenfalls gesunken), in der Produktivität hat sich der Abstand zu den entwickelten kapitalistischen Ländern weiter vergrößert usw. Gleichzeitig hat die Ausplünderung durch internationale Monopole über Profittransfer und andere Methoden weiter zugenommen, und die Verschuldung hat die gewaltige Summe von mehr als 60 Mrd. Dollar erreicht.

Die Arbeitsteilung zwischen den imperialistischen Staaten und der weit überwiegenden Mehrzahl der Entwicklungsländer ist noch immer dadurch gekennzeichnet, daß letztere vor allem Lieferanten von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Nahrungsmitteln sind. Dabei sind die Entwicklungsländer den Wirkungen der Inflation und der Währungskrise ausgesetzt, die von der Wirtschaft der imperialistischen Hauptländer ausgehen. In den Wirtschaftsbeziehungen schlägt sich das vor allem in einer ständigen Verteuerung der von den Entwicklungsländern importierten Industriewaren, vor allem der Maschinen und Ausrüstungen, nieder.

Gegen diese Abhängigkeit und die den ökonomischen Rückstand verewigende internationale Arbeitsteilung wenden sich die Entwicklungsländer immer entschiedener. Ihren ersten Höhepunkt fand der Kampf der Entwicklungsländer in den Ergebnissen der 6. Sondertagung der UNO-Vollversammlung vom April 1974. Diese Beratung brachte mit der Annahme der Deklaration und des Aktionsprogramms zur „Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung" einen wichtigen Erfolg im Kampf der Entwicklungsländer.

Beide Dokumente waren von der Gruppe der nichtpaktgebundenen Staaten eingebracht und gegen den Widerstand der imperialistischen Staaten mit Unterstützung der sozialistischen Staaten angenommen worden. Wesentliche Forderungen der Dokumente sind z. B. die volle Souveränität über die natürlichen Ressourcen, wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der schädlichen Praktiken der internationalen Monopole und gegen die Abwälzung der Inflation auf die Entwicklungsländer, gerechte Preisrelationen zwischen Export- und Importgütern der Entwicklungsländer u. a.

Wie der erfolgreiche Kampf der Erdölländer zeigt, ist in den nächsten Jahren mit einer weiteren Zunahme der Auseinandersetzungen zu rechnen. Dabei geht es eindeutig um die Beendigung der nichtgleichberechtigten Stellung der Entwicklungsländer in der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Maier: Genosse Heininger hat mit Recht auf die Krise der bisherigen Arbeitsteilung zwischen den imperialistischen Staaten und den Entwicklungsländern hingewiesen. Ich möchte — vom Standpunkt der langfristigen Entwicklungstendenzen — in der Einschätzung dieser Frage noch einen Schritt weiter gehen: Wir stehen am Beginn der Überwindung des auf dem Kolonialmonopol bzw. seiner Modifizierung, dem neokolonialistischen Monopol, beruhenden Systems der ökonomischen Abhängigkeit und Ausplünderung der Entwicklungsländer. Es beginnt offensichtlich *die ökonomische Periode des Zusammenbruchs des Kolonialsystems* als ein sehr langwieriger, widersprüchlicher Prozeß, dessen Resultate und Konsequenzen von großer Tragweite für die Gesamtheit der weltwirtschaftlichen Beziehungen sein werden.

Es ist dies ein wesentliches Feld des Kampfes um die progressive, antiimperialistische Veränderung des Charakters nicht nur der internationalen politischen, sondern auch der ökonomischen Beziehungen.

Das Zentrum des Kampfes liegt gegenwärtig im Bereich des Erdöls, weil hier die objektiven Bedingungen sowie die politischen und ökonomischen Kräfteverhältnisse besonders günstig sind. Was ist dabei — für eine generelle ökonomische Wertung — von besonderem Interesse?

Erstens: Die Schwächung der Positionen der internationalen Monopole auf dem Gebiet der Rohstoffproduktion und -versorgung. Im Erdölbereich vollzieht sich gegenwärtig eine geradezu sprunghafte Veränderung der Situation. Während 1973 sich noch 78 Prozent des in OPEC-Ländern geförderten Erdöls unter der Kontrolle der internationalen Mineralölkonzerne befanden, werden es 1975 nur noch 26 Prozent sein. Die OPEC-Länder werden 74 Prozent ihrer Erdölproduktion unter eigener nationaler Kontrolle haben, wobei Grad und Formen der Kontrolle allerdings recht unterschiedlich sind.

Zweitens: Die Bildung eigener antimonopolistischer ökonomischer Organisationen und Zusammenschlüsse von rohstoffproduzierenden Entwicklungsländern, wie vor allem in Gestalt der Organisation der erdölexportierenden Länder (OPEC), die eine außerordentlich wichtige Rolle in den Auseinandersetzungen zwischen Erdölförderländern und den imperialistischen Staaten und Konzernen spielt.

Ähnliche Aufgaben — wenn auch mit unterschiedlicher Konsequenz — stellen sich das „Regierungskomitee der kupferproduzierenden Länder" und auch die im März dieses Jahres gebildete „Internationale Vereinigung der bauxitproduzierenden Länder". In der letzteren haben sich Rohstoffländer zusammengeschlossen, die 63 Prozent der Weltförderung von Bauxit, des Rohstoffes für die Aluminiumerzeugung, repräsentieren. Es gibt auch Bestrebungen, bei weiteren Rohstoffarten, wie Zinn, Zink, Nickel, Mangan usw., zu solchen gegen die monopolkapitalistischen internationalen Kartelle, Vereinigungen und Konzerne gerichteten Zusammenschlüssen zu kommen, wobei allerdings die objektiven Bedingungen hierfür sehr differenziert sind.

Drittens: Eine sich allmählich herausbildende Tendenz der Schwächung der Positionen der großen kapitalistischen Bankmonopole, wie sie sich vor allem im Zusammenhang mit den wachsenden Einnahmen der Erdölförderländer abzeichnet. Von 1970 bis 1972 z. B. sind in den arabischen Ländern die Ölgewinnung um 14 Prozent, die Einkünfte aus Erdöl um 81 Prozent gestiegen.

Die Bildung eigener Banken und Finanzierungsfonds der jungen Nationalstaaten, wie z. B. einer Afro-Arabischen Bank, sowie eines Fonds für afro-arabische technische Zusammenarbeit können sich allmählich zu einem Gegengewicht gegen die finanzielle Übermacht der internationalen Monopolbanken entwickeln.

Viertens: Der beginnende Abbau der Nichtäquivalenz der Preis- und Austauschverhältnisse in den ökonomischen Beziehungen zwischen den Entwicklungsländern und den kapitalistischen Industriestaaten. Die ökonomische Bedeutung dieser Frage wird deutlich, wenn man weiß, daß die kapitalistischen Monopole aus dem Nichtäquivalenten-Austausch mit den Entwicklungsländern pro Jahr etwa 14 bis 15 Mrd. Dollar Profite ziehen, ein Betrag, der etwa doppelt so groß ist wie die „ausländische Wirtschaftshilfe", die laut UN-Angaben den jungen Staaten erwiesen wird ...

Man muß noch einmal darauf hinweisen, daß wir es hier mit langwierigen und vor allem sehr widersprüchlichen Prozessen zu tun haben werden. So wird es wahrscheinlich zwischen den Entwicklungsländern zu stärkeren Differenzierungen kommen, und der Kampf um die Frage des Entwicklungsweges, des kapitalistischen oder nichtkapitalistischen, wird sich verstärken.

Die imperialistischen Staaten und internationalen Konzerne beginnen, ihre Strategie den neuen Bedingungen anzupassen, und suchen unter der Losung der „Partnerschaft" und der „Kooperation" nach neuen Wegen der Einbeziehung der Entwicklungsländer in ein modifiziertes System internationaler monopolistischer Arbeitsteilung. Dabei spielt die Bildung von „Gemeinschaftsunternehmen" auf dem Gebiet der Produktion und auch der Finanzierung eine Rolle. Viel wird von der eigenen antiimperialistischen Konsequenz der Entwicklungsländer, vom Grad ihrer Beziehungen mit den sozialistischen Ländern usw. abhängen. Bei aller Kompliziertheit der Prozesse ist es jedoch unverkennbar, daß hier einer der Hauptwege der weiteren Schwächung des kapitalistischen Weltsystems liegt, dem wir in unserer Forschung große Aufmerksamkeit widmen müssen.

Weckwerth: ... Wir haben es in den Entwicklungsländern mit zwei völlig entgegengesetzten Entwicklungen zu tun, die aber beide das imperialistische System zutiefst erschüttern werden: In einem Teil dieser Länder, die sich auf dem kapitalistischen Entwicklungsweg befinden, werden mächtige Finanzmagnaten den Reichtum ihrer Länder anhäufen und sich als eine neue Fraktion des internationalen Finanzkapitals etablieren. Diese Kräfte sind schon heute in der internationalen Währungsspekulation aktiv, nehmen Einfluß auf das internationale kapitalistische Kreditwesen und beginnen sogar in die bestehenden internationalen Monopole als Kapitalgeber einzudringen. Aber sie trachten natürlich danach, als selbständige kapitalistische Kraft aufzutreten.

Ein anderer Teil dieser Länder hat den nichtkapitalistischen Weg beschritten, einen Weg, der die Ressourcen in den Dienst der betreffenden Völker stellt. Natürlich sind die eindeutigsten Beispiele für diese Richtung das sozialistische Kuba und die DRV — aber auch andere Länder haben das Ziel, weder die Herrschaft ausländischer noch die eigener Monopole zuzulassen. Trotz der völlig entgegengesetzten Wege, die diese Länder eingeschlagen haben, kann man aber dennoch sagen, daß ihre Interessen gegen die bestehenden imperialistischen Machtpositionen gerichtet sind — gegen die Macht der bestehenden Rohstoffmonopole, gegen den Nichtäquivalenten-Austausch zu Lasten der Entwicklungsländer, gegen die Ausplünderung durch sogenannte Entwicklungshilfe.

...

II. Krise der ökonomischen Basis des Kapitalismus

Zunehmende Bedeutung chronischer Krisenerscheinungen gegenüber denen der zyklischen Krisen

Kuczynski: ... Wenn wir von einer internationalen zyklischen Überproduktionskrise sprechen, dann meinen wir, daß die Produktion sinkt und die Arbeitslosigkeit steigt, so wie es Marx geschildert hat und wie wir es seit 150 Jahren kennen. Wir erleben es heute in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo das Sozialprodukt in den ersten vier bis fünf Monaten dieses Jahres um 4 bis 5 Prozent gesunken ist; auch in England ist die Produktion abgefallen usw.

Wenn wir uns aber heute fragen, welches Land befindet sich in der tiefsten Krise, dann wird man Italien nennen, obgleich doch dort die Produktion noch um mehr als 6 Prozent steigt. Das heißt, wir sehen, daß die Auswirkungen der neuen Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus so gewaltig sind, daß sie zumindest bis heute eine ganze Reihe von Erscheinungen der internationalen zyklischen Überproduktionskrise in ihrer Bedeutung überdecken. Was ist in Italien los? In Italien gibt es Schwierigkeiten in der Währungsfrage. Die Importe übertreffen die Exporte, so daß man eine halbe Importsperre einführen mußte. Die Inflation ist besonders stark. Die politische Situation ist noch labiler als in den meisten anderen Ländern, wo sie auch sehr labil ist. Keine Regierung kann mehr funktionieren — der Präsident von Italien hat, nachdem die Regierung zurückgetreten ist, erklärt, sie solle weitermachen, weil doch keine andere es besser machen könne. Es herrscht völlige wirtschaftspolitische Hilflosigkeit bei steigender Produktion.

Das heißt, daß wir, wenn wir die wirtschaftlichen Verhältnisse in der kapitalistischen Welt heute untersuchen — so merkwürdig das in einer Zeit der beginnenden internationalen zyklischen Überproduktionsweise ist —, unsere Hauptaufmerksamkeit auf die ökonomischen Erscheinungen der neuen Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus richten müssen.

Man sollte sich im Zusammenhang mit der Währungs-, Inflations- und generell der Finanzkrise in der neuen Phase der allgemeinen Krise auch daran erinnern, daß Marx und Engels 1866 fürchteten, daß die drohende zyklische Krise nicht so stark werden würde, wie man das hätte erwarten können, da ihr finanzielle Zusammenbrüche vorangingen. Marx und Engels meinten damals — und, wie sich dann auch zeigte, mit Recht —, daß diese Finanzkrise die drohende Produktionskrise gewissermaßen vorwegnehmen, daß diese dann nicht mehr in aller Schärfe ausbrechen würde.

Heute erscheint mir die Situation genau umgekehrt. Ich glaube, man kann sagen, daß die finanzielle Krise, worunter wir die Inflation, das Währungschaos, die Staatshaushaltskrise usw. verstehen, eine solche Bedeutung erlangt hat, daß die ihr jetzt entspringenden finanziellen Zusammenbruchserscheinungen die Einleitung sein können zu einer noch viel größeren zyklischen ökonomischen Anarchie, als sie ohnehin eingetreten wäre.

Man muß in unserer laufenden Analyse also sorgfältig unterscheiden zwischen den Prozessen, die der neuen Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus und denen, die der zyklischen Überproduktionskrise entspringen. Man muß auf solche Weise auch Wirkung und die Gegenwirkung, die Dialektik der gegenseitigen Vertiefung der neuen Erscheinungen der allgemeinen Krise auf dem Gebiet der Ökonomie und der Entwicklung der zyklischen Wirtschaftskrise genau untersuchen und analysieren.

Verschiebung von quantitativen zu qualitativen Entwicklungsproblemen des Kapitalismus

Maier: Ich möchte diesen Gedanken von Genossen Kuczynski über die Eigenart der wirtschaftlichen Entwicklung in der heutigen kapitalistischen Welt sehr unterstützen und ein wenig ergänzen. Die Wechselbeziehungen zwischen zyklischen Widersprüchen und längerfristigen Krisenerscheinungen zeigen in der Tat ein sehr kompliziertes Bild, und es treten einige Veränderungen deutlich hervor.

Zunächst kann man ein Anwachsen der zyklischen Schwankungen und Krisenerscheinungen konstatieren. Es bestätigt sich, daß entgegen allen Verkündungen bürgerlicher Ökonomen zyklische Schwankungen und zyklische Krisen nach wie vor ein Merkmal der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung darstellen. Gerade gegenwärtig vollzieht sich in den meisten der führenden kapitalistischen Länder eine zyklische Abschwächung der Wirtschaftsentwicklung Die neuesten Prognosen der OECD sagen z. B. für die USA, für Japan und für Großbritannien ein Abgleiten in die Minuszahlen, also einen absoluten Rückgang des Sozialproduktes gegenüber 1973, voraus. Für die BRD wird mit einem Wachstum von höchstens 2 Prozent gegenüber 5,4 Prozent 1973 gerechnet. Man kann aber auch hier einen absoluten Rückgang nicht ausschließen. Einzelne Zweige befinden sich schon gegenwärtig in einer akuten Krise. In der BRD-Autoindustrie beträgt der Produktionsrückgang 18 Prozent, im Baugewerbe 16 Prozent und bei Textil und Bekleidung 11 Prozent (Januar bis Mai 1974 gegenüber gleichem Zeitraum 1973).

Die Bedeutung dieser zyklischen Krisenprozesse darf man nicht unterschätzen, zumal sie u. a. zu einer akuten Verschärfung der Beschäftigungslage führen. Trotzdem besteht das Neue eigentlich darin, daß im Gesamtsystem der ökonomischen Widersprüche des Kapitalismus die längerfristigen ökonomischen Krisenprozesse den ersten Platz eingenommen haben. In der Gegenwart sind dies vor allem die inflationären Prozesse, die Krise des kapitalistischen Währungssystems, die Energiekrise, die Krise der Umweltbedingungen, die Schwierigkeiten des Ausgleichs der Zahlungsbilanz und der Bilanzierung des Staatshaushaltes sowie generelle volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Disproportionen, hervorgerufen durch Strukturwandel, Zurückbleiben ganzer Bereiche (besonders Infrastruktur) u. a. Von ihnen gehen die entscheidenden Einflüsse auf den Gesamtzustand der Wirtschaft, auf die sozialen Auseinandersetzungen, auf die Wirtschaftspolitik der Regierung, auf die Wechselwirkungen von Ökonomie und Politik, also auf die innenpolitische Lage überhaupt aus. Allerdings hat auch die Intensität ihrer Verflechtung mit den zyklischen Prozessen zugenommen.

Eine Eigenart dieser Entwicklung besteht darin, daß aus längerfristiger Sicht die Industrieproduktion der kapitalistischen Länder keine unbeträchtlichen Wachstumsraten aufweist. Nehmen wir die sechs führenden kapitalistischen Länder, so ergibt sich für die Jahre 1960 bis 1965 ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 6,2 Prozent, für 1966 bis 1970 von etwa 7,0 Prozent und für 1971 bis 1973 von 5,7 Prozent. Ihr industrielles Potential ist also spürbar gewachsen, und trotzdem hat nicht nur die ökonomische, sondern die gesellschaftliche Labilität insgesamt, vor allem in der zweiten Hälfte der 60er und Anfang der 70er Jahre, unübersehbar zugenommen. Das gilt — mit gewissen Unterschieden — für *alle* diese Länder. Symptomatisch ist auch, daß 1974 für alle sechs führenden kapitalistischen Länder trotz beträchtlicher Wachstumsraten des Warenexports mit Zahlungsbilanzdefiziten gerech-

net wird. Offenkundig vollzieht sich eine *Verschiebung von quantitativen zu qualitativen Entwicklungsproblemen* in den kapitalistischen Ländern, die die sozialen Konsequenzen der ökonomischen Widersprüche und auch den Gegensatz zur stabilen, planmäßigen Dynamik der sozialistischen Gesellschaft stärker hervortreten lassen.

Worin besteht das Wesen dieser Prozesse, die sich hier vollziehen? Mir scheint, daß diese Frage am besten mit dem Begriff der *Krise der ökonomischen Basis des Kapitalismus* charakterisiert wird, den wir in neueren sowjetischen Veröffentlichungen immer häufiger finden. Worum geht es? Meines Erachtens handelt es sich vor allem um einen tiefen und in der weiteren Zukunft an Schärfe zunehmenden Konflikt zwischen der neuen Entwicklungsstufe der Produktivkräfte, die sich mit der wissenschaftlich-technischen Revolution herausbildet, und den gegebenen kapitalistischen Formen, der kapitalistischen Art und Weise der Vergesellschaftung und Internationalisierung der Produktion und des Wirtschaftslebens. Die Monopolisierung und ihre konkreten Formen, die Verflechtung von Monopolen und Staat, der staatsmonopolistische Regulierungsmechanismus, das gegenwärtige kapitalistische System der internationalen Arbeitsteilung und der internationalen Wirtschaftsbeziehungen kollidieren in zunehmendem Maße mit den neuen (immer stärker auch von der Politik beeinflußten) ökonomischen Existenzbedingungen des Kapitalismus.

Natürlich reagiert der Kapitalismus auf diese neue Situation. Mir scheint aber das Problem darin zu bestehen, daß die Kluft zwischen seiner Anpassungsfähigkeit und den objektiven Erfordernissen immer größer wird und dies gerade gegenwärtig sich in den genannten qualitativ neuen Widersprüchen und Krisenprozessen äußert.

Krise des staatsmonopolistischen Regulierungssystems

Heininger: Als ein Hauptcharakteristikum der verstärkten ökonomischen Labilität des Kapitalismus ist meiner Ansicht nach die Krise des staatsmonopolistischen Systems selbst zu nennen. In den vergangenen zwei Jahrzehnten wurde in den kapitalistischen Ländern mit dem vollständigen Übergang zum staatsmonopolistischen System der Versuch unternommen, durch staatsmonopolistische Regulierung die neuen Entwicklungsprozesse, wie z. B. die Strukturveränderungen in der Wirtschaft, zu meistern und die Stabilität der Wirtschaft zu verstärken.

Wir haben nun die Tatsache zu verzeichnen, daß sich mit dem Beginn der 70er Jahre in allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern gleiche Konflikte des staatsmonopolistischen Kapitalismus herausgebildet haben. Es handelt sich um Konflikte, die mit Strukturkrisen, mit dem Energieproblem und anderen Fragen verbunden sind, die in den letzten Jahren hervorgetreten sind. Die staatsmonopolistischen Lösungsversuche haben nicht zu größerer wirtschaftlicher Stabilität, sondern zu wachsender Labilität des Wirtschaftssystems in Gestalt der Inflation, der Währungskrisen, Finanzkrisen usw. geführt.

Zur gleichen Zeit beobachten wir eine bedeutende privatmonopolistische Expansion, die mit der Entwicklung der internationalen Konzerne verbunden ist und ihrerseits neue Elemente der ökonomischen Widersprüche hervorbringt. Dabei können wir feststellen, daß sich mit der Entwicklung auf diesen zwei Ebenen, die sich natürlich wechselseitig beeinflussen, auch neue Konflikte herausgebildet haben, und zwar in einem Ausmaß, wie es bis vor vier oder fünf Jahren noch nicht abzusehen war. Diese Entwicklung können wir als ein qualitatives Merkmal der neuen Phase der allgemeinen Krise bezeichnen.

Und wenn wir das italienische Beispiel nehmen — auf der einen Seite die relativ hohe Wachstumsrate der Industrieproduktion und gleichzeitig die größte wirtschaftliche Desorganisation —, so zeigt sich hier besonders deutlich, daß die tieferen Ursachen im Scheitern der staatsmonopolistischen Regulierung begründet sind. Langjährig wurde eine völlig verfehlte Strukturpolitik betrieben, so daß nun ein entsprechender Rückgang der Konkurrenzfähigkeit der italienischen Wirtschaft zu verzeichnen ist. Hinzu kommt eine ausgeprägte Korruption im Staatsapparat. Die jetzigen Maßnahmen sind im Grunde genommen nur ein Kurieren an Symptomen; sie können daher die Krise der Wirtschaft nicht beseitigen ...

Weckwerth: Die jüngste Entwicklung im Kapitalismus zeigt, daß sich die zyklische Wirtschaftsentwicklung wieder verstärkt, die Hektik der Entwicklung nimmt zu, was sich in kurzen steilen Aufschwüngen ebenso zeigt wie in steileren Abschwüngen der Wirtschaftsentwicklung. Damit verstärkt sich nicht nur die ökonomische, sondern vor allem auch die soziale Labilität im Kapitalismus — als Folge zunehmender sozialer Unsicherheit. Und zugleich wird es für den imperialistischen Staat noch schwieriger, die Wirtschaftsentwicklung zu regulieren — die Erfolgsaussichten auf diesem Gebiet wurden eher kleiner als größer.

Vor allem aber ist es für die imperialistischen Staaten, wie sich zeigt, unmöglich, mit ihrer Wirtschaftspolitik sowohl die zyklische Entwicklung zu berücksichtigen, als auch den an Quantität und Qualität zunehmenden chronischen Gebrechen des Kapitalismus gerecht zu werden. Für die internationale kapitalistische Währungskrise war noch kein Ausweg gefunden, da trat die Inflation mit neuer Qualität auf die kapitalistische Weltbühne. Während sich alle Mittel, sie zu bändigen, erfolglos erwiesen, machten sich die ersten Anzeichen der Energie- und Rohstoffkrise bemerkbar. Ihre künftigen Auswirkungen sind noch gar nicht absehbar, und schon scheint sich mit der wieder verstärkt auftretenden Massenarbeitslosigkeit ein neues Problem zu zeigen, das meiner Ansicht nach keinen nur vorübergehenden Charakter haben wird. Und daneben gibt es das Umweltproblem, die chronischen Haushaltsdefizite, die Bildungskrise oder überhaupt die Krise der Infrastruktur und vieles andere bis zur Krise der Moral, die sich in der Kriminalitätsexplosion, in der Verbreitung des Rauschgifts zeigt — all diese Gebrechen lasten auf dem heutigen Kapitalismus, der keine Rezepte zu ihrer Behebung zur Verfügung hat.

Diese Komplexität der Krisenerscheinungen macht es unmöglich, schon in dem begrenzten Rahmen der Wirtschaft und erst recht im gesamtgesellschaftlichen Rahmen durchschlagende Lösungen zu finden. Vor Jahren sagte einmal ein BRD-Wirtschaftsminister — Ludwig Erhard —, er habe alle notwendigen Instrumente im Schubkasten, womit wohl angedeutet werden sollte, daß ihr Gebrauch angesichts des wolkenlosen Himmels über der BRD-Wirtschaft nicht vonnöten gewesen sei. Es hat sich inzwischen herausgestellt, daß die Schublade leer war. Sie ist es noch heute, während ein Unwetter nach dem anderen über die kapitalistische Wirtschaft herzieht und auch die BRD davon nicht verschont bleibt.

Inflation

Klein: Es besteht wohl Übereinstimmung, daß eine permanente Verflechtung der verschiedenartigen Krisenerscheinungen in allen zyklischen Phasen für den heutigen Kapitalismus charakteristisch ist. Dabei erscheint mir folgendes besonders wichtig: Es handelt sich offensichtlich nicht um eine bloße Summierung verschiedener einzelner Krisenerscheinungen, die zusammengenommen die Vertiefung der allgemeinen Krise ausmachen, sondern darum, daß diese Einzelerscheinungen in der verschiedensten Weise ausdrücken, daß der private Profitmechanismus — der ja insofern eine wachsende Rolle spielt, als der Konzentrationsprozeß der privaten Monopole in einem außerordentlich beschleunigten Maß vor sich geht — noch weniger als früher in der Lage ist, dem Vergesellschaftungsprozeß zu entsprechen. Er kann dies insbesondere angesichts der Tatsache nicht, daß der Kapitalismus in der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus zu einer ganzen Reihe von Maßnahmen gezwungen ist, die den Klassenkampf dämpfen sollen, die aber nur durchführbar sind, wenn man dafür in wachsendem Maße Mittel einsetzt, ohne daß diese direkt Profit bringen. Dies kann nur der Staat im Interesse des gesamten Finanzkapitals tun. Er muß verstärkt agieren. Und wenn er dies tut, muß er im wahrsten Sinne des Wortes hohe Preise zahlen: Die Staatsverschuldung als Weg zur Aufbringung staatlicher Mittel beschleunigt und verstärkt die Inflation. In der Inflation zeigt sich besonders deutlich, daß hinter den Erscheinungen der neuen Phase der allgemeinen Krise die Grenzen des Kapitalismus bei der Lösung neuer Probleme der Gegenwart und Zukunft stecken.

Die Beschleunigung des Inflationsprozesses in der Gegenwart bringt u. a. zum Ausdruck, daß der gesellschaftliche Charakter der Produktion durch die wissenschaftlich-technische Revolution schärfer denn je in Widerspruch zur kapitalistischen Aneignung gerät. Die privaten Monopole sind trotz wachsender monopolistischer Machtkonzentration immer weniger

in der Lage, den neuen Anforderungen des Reproduktionsprozesses an Investitionen, Forschung und Entwicklung — z. B. in der Weltraumfahrt, Kerntechnik, Energiewirtschaft usw. — nachzukommen.

Die Profitraten der privaten Monopole werden sinken, wenn sie allein den Kapitalvorschuß für die entsprechenden Aufgaben bereitstellen müßten. Aus dem gleichen Grunde muß der Staat angesichts des wachsenden Gewichts solcher Bereiche wie des Verkehrsnetzes, des Bildungs- und Gesundheitswesens, des Umweltschutzes und anderer Sphären der Infrastruktur und der gesellschaftlichen Konsumtion auch in diesen Bereichen verstärkt Funktionen wahrnehmen. Um also die Grenzen der privaten Monopole im Prozeß der Vergesellschaftung zu überdecken, wird die Staatsverschuldung und dadurch die Inflation intensiviert. In der Inflation erscheint also ebenso wie in der Umweltkrise, wie in Strukturkrisen und anderen Krisen, daß der monopolistische Profitmechanismus nur noch um den Preis neuer Erschütterungen aufrechterhalten werden kann.

Doernberg: ... Die verschiedenen Krisenerscheinungen treten ... sogar in manchen Ländern, in denen der zyklische Verlauf weniger als in anderen ausgeprägt ist, schärfer hervor. Damit stellt sich folgendes wichtige Problem: Wir verzeichnen eine weitere nicht unbeträchtliche Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus, vor allem stimuliert durch die wissenschaftlich-technische Revolution. Das Wachstum der Produktion ist in seinem Durchschnittstempo wesentlich höher als in der Zeitspanne zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg. Das gilt auch für das letzte Jahrzehnt. Trotzdem haben sich die Widersprüche verschärft, sind Krisenerscheinungen sichtbar, die früher vorrangig in Jahren der zyklischen Wirtschaftskrise bzw. der Depression auftraten. Zugleich ist der Vergesellschaftungsprozeß im Kapitalismus erheblich weitergegangen, sowohl in der Form der Konzentration des privatmonopolistischen Kapitals als auch durch das weitere Anwachsen der ökonomischen Funktion des Staates und, was als dritter Faktor hinzukommt, durch die rapide zunehmende Internationalisierung des Kapitals — und zwar sowohl auf privatkapitalistischer Basis als auch mit Hilfe staatlicher Integrationsmaßnahmen.

Aber gerade diese Vergesellschaftung der Produktion auf staatsmonopolistischer Grundlage, insbesondere auch die außerordentlich anwachsende ökonomische Macht des Staates, die mit vergangenen Perioden nicht vergleichbar ist, beschwören eine Reihe von neuen Widersprüchen herauf. So ist der imperialistische Staat als ökonomischer Faktor heute gezwungen, die Gesamtinteressen des Monopolkapitals stärker zu vertreten, wobei diese Gesamtinteressen durchaus nicht zu jeder Zeit von jeder Regierung richtig erkannt werden. Nicht zuletzt das subjektive Unvermögen einer richtigen Analyse und Einschätzung der Situation verhindert dies. Damit verbunden ist aber, daß der Staat in Widerspruch zu den Interessen einzelner, auch großer Gruppen des Monopolkapitals geraten kann. Auch aus diesem Grund vermag er nicht die günstigsten Entfaltungsmöglichkeiten für den einzelnen Kapitalisten bzw. sogar Konzerngruppen zur Erzielung ihres privatkapitalistischen Profits zu sichern ...

Zunahme der Krisenerscheinungen bei Weiterentwicklung der Produktivkräfte

Heininger: ... Ich bin der Meinung, daß der Grad der Zuspitzung der Widersprüche, wie er sich jetzt abzeichnet, gegenüber der gesamten bisherigen Nachkriegsentwicklung ein besonderes Charakteristikum aufweist, nämlich, daß sich mit der wissenschaftlich-technischen Revolution in der Verschärfung des Grundwiderspruchs des Kapitalismus in der Tat eine neue Qualität herausbildet und man im Moment noch schwer absehen kann, mit welcher Wucht diese Entwicklung weitergeht.

Wir haben die Krisenerscheinungen des Kapitalismus schon immer letztlich mit der Verschärfung des Grundwiderspruchs begründet. Aber heute ist die Richtigkeit dieser Begründung offensichtlicher als je zuvor. Die Zunahme der Konflikte bedeutet nicht den Eintritt des Kapitalismus in eine allgemeine Stagnation oder auch nicht das Unvermögen des Kapitalismus, die Produktivkräfte weiter zu entwickeln. Das Problem besteht für den heutigen Kapitalismus darin, um den Preis neuer Konflikte staatliche Eingriffe zu verstärken und zugleich die private Monopolisierung — gerade durch die Entwicklung der internationalen Monopole — voranzutreiben.

Es erweist sich, daß die staatliche Regulierung im nationalstaatlichen Maßstab immer weniger tauglich ist, den neuen Anforderungen zu entsprechen. Aus diesem Zurückbleiben z. B. auch auf der Ebene der EWG und der gleichzeitigen ungeheuren Expansion der internationalen Monopole entwickelt sich ein Prozeß, der die Ursache der beschleunigten Verschärfung des Grundkonflikts ist.

Globale Wirtschaftsprobleme — objektiver Faktor für Neugestaltung der internationalen Beziehungen

Maier: Eine Bemerkung möchte ich noch zu einem m. E. neuen Aspekt der gegenwärtigen Entwicklung machen, bei dem die eingangs diskutierte Frage Verflechtung von inneren und äußeren Triebkräften der allgemeinen Krise sich in komplizierter Weise äußert. Ich glaube, daß die Vergesellschaftung der Produktion, der gesellschaftliche Charakter der ökonomischen Probleme auf einigen wichtigen Gebieten in eine internationale, genauer in eine globale Dimension hineinwächst.

Nehmen wir die Energiefrage. Das ist ein Problem, das für die kapitalistischen Länder nicht allein durch Nutzung der Ressourcen ihres Machtbereichs lösbar ist. Natürliche und auch ökonomisch-politische Faktoren veranlassen die kapitalistischen Staaten, diese Frage in ihren Beziehungen zu jungen Nationalstaaten und zunehmend auch zu den sozialistischen Ländern zu berücksichtigen. Die Art und Weise dieser Beziehungen — das ist ein neues Feld des Kampfes, das immer mehr an Bedeutung gewinnt. Ähnlich ist die Lage auf dem Gebiet der Rohstoffversorgung überhaupt, in bestimmten Bereichen des Umweltschutzes, des Nachrichtenwesens, der Verkehrsverbindungen, der Kosmosforschung, einer Reihe von Gebieten in Wissenschaft und Technik usw.

Die Spezifik dieses Problems, seine Tragweite und seine Konsequenzen, seine Rückwirkungen auf die Entwicklung des Kapitalismus sollten wir weiter durchdenken. Fest steht, daß hier die Entwicklung der Produktivkräfte zu einer zunehmenden Verflechtung der inneren Widersprüche des Kapitalismus mit der Frage der internationalen Beziehungen, einer weltweiten internationalen Zusammenarbeit, vor allem einer Zusammenarbeit zwischen Kapitalismus und Sozialismus, geführt hat.

Damit entstehen zusätzliche objektive Kräfte für die Stärkung der positiven Tendenzen der internationalen Lage, aber auch neue Bedingungen und Erfordernisse . . .

III. Verschärfung der Klassengegensätze

. . .

Angermüller: Ich möchte zunächst unterstreichen, daß eines der charakteristischen Kennzeichen der Krisenprozesse in der jüngsten Zeit in einem beträchtlichen Aufschwung der Klassenkämpfe zu sehen ist. Es gibt keinen imperialistischen Staat, in dem nicht die sozialen Spannungen wachsen, der nicht von Auseinandersetzungen und Streikkämpfen gekennzeichnet ist, die sich, wie z. B. in Großbritannien, zu gesamtnationalen Zusammenstößen zuspitzen. Die Zahl der Streikenden und der Streiktage hat sich im Vergleich zu dem Zeitraum von 1960 bis 1965 mehr als verdoppelt. Im Vordergrund stehen zweifellos Tarifkämpfe, die Auseinandersetzung um höhere Löhne, der Kampf gegen die Auswirkungen der Inflation und wachsenden Lebenshaltungskosten.

Die Tatsache, daß sich die sozialen Widersprüche trotz Verbesserungen der Reallöhne in den letzten Jahren vertieften, verdeutlicht, daß sich mit der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und der wachsenden Labilität des Systems die Gesamtheit der Existenzbedingungen der Werktätigen verschlechtert hat. Wachsende Ausbeutung, Unsicherheit der Arbeitsplätze, zunehmende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit und in jüngster Zeit auch die sinkende Tendenz der Reallöhne sind wesentliche Ursachen für eine Zunahme der Klassenauseinandersetzungen. Die Aktionen, die sich gerade in den Zentren des Kapitalismus entfalteten, offenbaren entgegen zahlreichen Behauptungen bürgerlicher Ideologen in den vergangenen Jahrzehnten, daß die Arbeiterklasse die Haupttriebkraft des antimonopolistischen Kampfes ist.

Zweifellos besteht die Politik der Bourgeoisie darin, die größten Lasten, die drückendsten Auswirkungen der gegenwärtigen Krise unmittelbar auf die Arbeiterklasse abzuwälzen und besonders stark auf die vielen Millionen ausländischer Arbeiter, die in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern ausgebeutet werden. Die schwieriger werdenden und oft unerträglichen Lebensbedingungen der werktätigen Massen bewirken jedoch ihrerseits wachsende Kampfbereitschaft.

Mit der quantitativen Zunahme der Kämpfe sind m. E. auch eine ganze Reihe bemerkenswerter und wichtiger qualitativer Faktoren verknüpft. Qualitativ neu ist gewiß die größere soziale Breite der Bewegungen, die Einbeziehung neuer Schichten in die Kämpfe, auch solcher Schichten, die nicht dem Proletariat angehören, vor allem der Intelligenz, der Studenten und Angestellten. Eine neue Qualität besteht weiterhin darin, daß die Streikkämpfe nicht nur schlechthin Abwehrcharakter tragen und immer häufiger politische Aspekte den Kampf beeinflussen. Die aus der labilen wirtschaftlichen Situation erwachsenden Klassenkämpfe verflechten sich mit grundlegenden Fragen, mit Elementen des Kampfes gegen das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die das Profil des Kampfes der Arbeiterklasse mitzubestimmen beginnen. Das wird deutlich in der Abwehr der Intensivierung der Ausbeutung, in der Mitbestimmungsfrage, in den Forderungen nach der Veränderung des Bildungswesens, vor allem der Berufsausbildung, nach Verbesserung der sozialen Betreuung, der Wohnverhältnisse, kurz: in den Forderungen nach Reformen auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Konsumtion, die im Interesse der Werktätigen liegen.

Die Forderungen vieler Werktätiger setzen letztlich immer mehr die Notwendigkeit tiefgreifender Veränderungen voraus. Der Prozeß der Politisierung der ökonomischen Aktionen erfüllt die herrschenden Kreise mit steigender Sorge. Der in seinen Ausmaßen imponierende britische Bergarbeiterstreik z. B. erschütterte das politische Herrschaftssystem bis in seine Grundfesten und rief eine Regierungskrise und damit den Sturz der Tory-Regierung hervor. Die neue Qualität, die in den Kämpfen der letzten Wochen und Monate zutage tritt, kommt schließlich auch in den wachsenden Möglichkeiten bzw. der tatsächlichen Bildung breiter Volksbewegungen und in der Herausbildung gemeinsamer demokratischer Plattformen des antimonopolistischen Kampfes zum Ausdruck. In einer ganzen Reihe von imperialistischen Hauptländern wächst der Einfluß der kommunistischen Parteien. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß sich auch die Aktivitäten der Gewerkschaften unter dem Einfluß und Druck ihrer Mitglieder verstärken. Der 8. Weltgewerkschaftskongreß versammelte 170 Gewerkschaftsorganisationen, die 210 Millionen gewerkschaftlich organisierte Mitglieder vertreten. Ein solches internationales Forum hat es bisher noch nicht gegeben. Auch das Treffen der 41 Vorsitzenden der europäischen Gewerkschaftsorganisationen im Januar d. Js. in Genf läßt inmitten einer komplizierten Situation eine neue Tendenz erkennen, auf deren Grundlage künftig Wege für die Lösung wichtiger aktueller Probleme, vor allem des Kampfes zur Zurückdrängung der multinationalen Monopole, eröffnet werden könnten . . .

Qualitativ neue Züge der Klassenauseinandersetzungen

Maier: . . . Die Kommunisten stoßen in ihrem Kampf um internationale Entspannung auf das „ultralinke" Argument, mit ihr schwäche sich eine wesentliche Quelle des revolutionären Klassenkampfes ab. Dieses Argument weist m. E. viele Analogien zu der bereits vor Jahren geführten Diskussion um eine angebliche „Entpolitisierung" der Arbeiterklasse — und damit auch ihres Kampfes — im Zusammenhang mit dem ökonomischen Wachstum und den Erfolgen des ökonomischen Klassenkampfes um die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter auf. Inzwischen kann sich jeder überzeugen, daß es weder zur Entpolitisierung der Arbeiterklasse noch zum Versiegen der Quellen ihrer revolutionären Aktivität kam. Es haben sich — im Gegenteil — die Triebkräfte des Klassenkampfes verstärkt und neue sind hinzugekommen . . .

Zwei Faktoren werden gewiß eine besondere Rolle spielen:

Erstens können die den inneren antagonistischen Verhältnissen entspringenden Gesellschaftskonflikte immer weniger nach außen gelenkt, durch äußere Gegensätze überdeckt oder gedämpft werden. Der Vietnamkrieg und seine Rückwirkungen auf die innenpoli-

tische Entwicklung in den USA und in anderen imperialistischen Staaten haben deutlich gemacht, daß heute internationale Krisen eher zu einem „Katalysator" als zu einem „Ventil" der inneren sozialen Widersprüche werden.

Zweitens kann und wird unter diesen Bedingungen der reale Sozialismus, das Reifen seiner ökonomischen, sozialen und politischen Kräfte, die Planmäßigkeit seiner Entwicklung, die ihm eigenen Wege der Verbindung des technischen mit dem sozialen Fortschritt, sein Beispiel für das freundschaftliche Zusammenwirken einer Gemeinschaft von Staaten und Völkern, vor allem natürlich seine Friedens- und Entspannungspolitik selbst, *zu einer eigenständigen Quelle des revolutionären Kampfes,* die vor allem die qualitativen Merkmale des Klassenkampfes weiterentwickelt, dessen politischen und ideologischen Reifegrad vorantreibt und die Rolle des subjektiven Faktors erhöht.

Engerer Zusammenhang zwischen ökonomischen und politischen Auseinandersetzungen

Heininger: Es ist interessant, festzustellen, wie sich in den letzten anderthalb Jahren in einigen kapitalistischen Ländern Regierungskrisen mit ökonomischen Krisenerscheinungen direkt verbunden haben. Dafür lassen sich als Beispiele Kanada, Großbritannien, Dänemark, Italien und viele andere Länder anführen. Etwa ein Dutzend kapitalistischer Regierungen ist in dieser Zeit zurückgetreten oder gestürzt worden, vor allem weil sich die ökonomischen Schwierigkeiten zuspitzten, weil die Labilität der Wirtschaft bedeutend zunahm. Mir scheint, diese Ereignisse zeigen, daß sich gegenwärtig ökonomische Krisenerscheinungen und ökonomische Kämpfe in neuer Weise mit bestimmten politischen Konsequenzen verbinden. Es ist sicher richtig — wie vorhin gesagt worden ist —, daß die Kapitalisten bestrebt sind, mit bestimmten materiellen Zugeständnissen den politischen und ökonomischen Kampf der Arbeiter zu kanalisieren. Es ist aber gleichzeitig anhand der praktischen Erfahrungen der letzten Jahre festzustellen, daß das nur äußerst begrenzt möglich war und ist . . .

Wenn es so ist, daß der Staat zur kapitalistischen Bewältigung der Konflikte — siehe Strukturentwicklung, siehe bestimmte „Reformen" — eine Politik betreibt, die den Prozeß der ständigen Inflationierung weiter stimuliert, dann ist aus diesem inneren ökonomischen Zusammenhang bereits ein stärkerer Anstoß für eine ständige Klassenauseinandersetzung gegeben. Es geht bei diesen Auseinandersetzungen dann nicht allein um die Durchsetzung von einzelnen Prozenten von Lohnerhöhungen, sondern zunehmend um Abwehrmaßnahmen gegen die permanente Bedrohung des bisherigen Realeinkommens. Das ist das Problem, das in den Auseinandersetzungen der letzten Jahre immer größere Bedeutung erlangt. Angesichts der anhaltenden Inflationierung wächst die Erkenntnis, daß die Ursachen für die ständige Entwertung des Geldes im Wirtschaftssystem und in der Wirtschaftspolitik des Staates zu suchen sind.

Mit diesem Beispiel will ich zeigen, wie gegenwärtig in den ökonomischen Kämpfen zunehmend gesellschaftliche Zusammenhänge zutage treten. Ich brauche dazu nur an den Bergarbeiterstreik in Großbritannien oder an die Streikaktionen in Dänemark zu erinnern, wo es der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften im Grunde genommen um die politische Einflußnahme auf Entscheidungen der Wirtschaftspolitik oder Gesellschaftspolitik der herrschenden Kreise ging. Gerade für die gegenwärtige Etappe scheint mir diese Entwicklung ein wichtiges Element der Verstärkung der Klassenkämpfe zu sein.

. . .

Versuch staatsmonopolistischer Regulierung der Klassenbeziehungen

Pirsch: . . . Mir erscheint sehr wichtig, daß die Bourgeoisie versucht, diesen Prozessen Rechnung zu tragen. Es gibt Bemühungen, mit Hilfe einer sogenannten politischen Planung im Grunde genommen die staatsmonopolistische Regulierung auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens auszudehnen. Ich würde sagen, es wird sicher der Bourgeoisie möglich sein, gewisse zeitweilige oder teilweise Ergebnisse auf diesem Gebiet zu erzielen. Aber damit wird der Grundwiderspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen nicht aufgehoben werden, und auf die Dauer werden auch auf-

grund dieser Versuche, mit Hilfe einer politischen Planung die offene Klassenauseinandersetzung zu verhüten, die gesamten Widersprüche nur in begrenztem Maße verdeckt werden können. Insbesondere muß solche „politische Planung" deshalb scheitern, weil es der Bourgeoisie unmöglich ist, die gesellschaftlichen Prozesse, und zwar insbesondere auf der politischen Ebene, auch nur für kurze Zeit zu prognostizieren. Der Kapitalismus von heute erbringt für diese Unfähigkeit fast jeden Monat neue Beweise.

...

IV. Verschärfung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten

Weckwerth: ... Es wurde im Verlauf unseres Gesprächs schon auf die unerhörte Labilität der imperialistischen Herrschaft in den einzelnen Ländern hingewiesen, wie sie in der Labilität der Regierungen zum Ausdruck kommt. In diesem Zusammenhang gibt es viele wichtige Fragen. Wie wirkt sich beispielsweise diese gegenwärtige Situation auf das bürgerliche Parteiensystem allgemein aus? Wir hatten ja einmal eine deutliche Entwicklung zum Zweiparteiensystem. Zum anderen ist die gegenwärtige Situation so beschaffen, daß sich die Regierungen ungeheuer schnell verschleißen. Da ist es gar nicht verwunderlich, daß zum Teil, wie in England, dritte bürgerliche Parteien wie etwa die Liberalen mehr Bedeutung erlangen und in der BRD die FDP an Gewicht gewonnen hat. Es ist dies für das imperialistische Herrschaftssystem das Problem, Variationsmöglichkeiten zu schaffen, den Wählern mehr Angebote zu machen. Das hat in Frankreich auch zum Ende des Gaullismus eine Rolle gespielt.

Im Zusammenhang mit dieser Frage muß man sicher auch die verstärkten Auseinandersetzungen über die zweckmäßigsten Herrschaftsmethoden sehen, die von den politischen Exponenten in den imperialistischen Ländern geführt werden. Ich meine, dies sind nicht etwa nur Scheingefechte, sondern echte harte Auseinandersetzungen um die Frage: Wie ist die staatsmonopolistische Herrschaft am besten zu sichern?

Oberflächlich gesehen, stehen sich reformistische und konservative Kräfte gegenüber. Tatsächlich geht es stets um die Kombination von Reformismus und Konservativismus. Denn die heutigen Existenzbedingungen des Imperialismus, insbesondere das Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Kapitalismus, lassen keine Möglichkeit der Entscheidung im Sinne eines Entweder-Oder zu. Sowohl eindeutiger Konservativismus wie ein stark ausgeprägter Reformismus müssen heute den herrschenden Kräften in den imperialistischen Ländern als zu gefährlich hinsichtlich ihrer Rückwirkungen auf die Arbeiterklasse erscheinen. Folglich geht es ihnen in ihrem Streit um die Entscheidung, wie beide miteinander zu kombinieren seien. Die Schärfe des Streits aber ist auf die Enge des dem imperialistischen System zur Verfügung stehenden Spielraums zurückzuführen.

Angermüller: ... Ich möchte die Aufmerksamkeit darauf lenken, daß vor knapp zehn Jahren in der BRD mit großer Propaganda das Buch „Deutschland 1975" in die Welt gesetzt wurde. Es verdient, vom heutigen Standpunkt aus, gelesen zu werden. Seinerzeit hat dieses Buch bei der Manipulierung der westdeutschen Bevölkerung und bei der Vorstellung des sozialdemokratischen Regierungskurses eine bedeutende Rolle gespielt. Es sind darin nicht wenig phantastische Perspektiven und Prognosen für das Jahr 1975 enthalten. Dagegen gibt es darin nicht die geringste Andeutung einer Erdölkrise, einer Energiekrise, einer Währungs- und Finanzkrise, der Inflation, wie sie nunmehr unübersehbare und schmerzhafte Realität wurden.

Sehr interessant ist es, wenn man dort liest, daß der klassische Konjunkturzyklus dank einer „sinnvollen staatlichen Ausgabenpolitik" endgültig der Vergangenheit angehöre. Wir lesen von den Aussichten „gleicher Bildungschancen", einer „planvollen Energiepolitik", einer „vorausschauenden Strukturpolitik", einer „sinnvollen Wirtschaftspolitik", „Raumordnungspolitik", „antizyklischen Fiskalpolitik" usw. Vom heutigen Standort bleibt zu konstatieren, daß die Illusionen an der harten Wirklichkeit zerbrachen ...

Labilität konservativer wie sozialreformistischer Herrschaft

Doernberg: Prognosen bürgerlicher Ideologen haben es oft an sich, daß sie nicht ganz oder überhaupt nicht eintreffen; das gilt insbesondere für mittel- und langfristige. Vielleicht sollte man so formulieren: Das politische Herrschaftssystem als Ganzes, nicht nur der Regulierungsmechanismus, entspricht heute weniger denn je den Erfordernissen und dem politischen Kräfteverhältnis in den kapitalistischen Ländern.

Die Errichtung einer offenen Diktatur des Monopolkapitals ist aus verschiedenen Gründen schwieriger geworden und erweist sich als nicht genügend effektiv. Dies bedeutet keineswegs, daß die Gefahr einer solchen offenen Diktatur in Form des Faschismus — auch in europäischen Ländern — völlig ausgeschlossen ist. Aber die historischen Erfahrungen, welche die Massen gemacht haben, sowie die Ausstrahlungskraft und der internationale Einfluß des Sozialismus sind wirksame Gegenfaktoren. Die Entwicklung in Portugal hat gezeigt, wie brüchig gerade auch diese Herrschaftsform des Monopolkapitals ist. Selbst in einem Lande, wo die faschistische Diktatur seit vielen Jahrzehnten bestand, ist sie wie ein Kartenhaus zusammengebrochen.

Aber auch mit den traditionellen Methoden ihrer Herrschaftsausübung, ob in Form eines mehr oder weniger ausgeprägten Zweiparteiensystems oder eines Mehrparteiensystems, in dem eine größere Zahl von Parteien abwechselnd die Regierung stellen, kann die Bourgeoisie nicht mehr den zunehmenden Einfluß der antikapitalistischen Kräfte — damit meine ich nicht nur die Arbeiterklasse — zurückdrängen.

Dabei gehört es zu den Folgen der von den sozialistischen Staaten bewirkten internationalen Entspannung, daß die politische Rolle bürgerlich-liberaler und sozialreformistischer Kräfte in den entwickelten kapitalistischen Staaten gegenüber den mehr konservativen Kräften zugenommen hat — sowohl in der Außen- als auch in der Innenpolitik. Die weitere Verfestigung der internationalen Entspannung wird den politischen Einfluß der konservativen Kräfte wahrscheinlich noch mehr begrenzen. Sie werden jedoch nicht von der Bildfläche verschwinden. Mehr noch, die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus trägt dazu bei, daß die Großbourgeoisie den „Ausweg" in einer Rechtsentwicklung, in der Machtübernahme durch konservative Kräfte verschiedener Prägung sucht.

Insgesamt hat aber die Tatsache, daß gegenwärtig mehr bürgerlich-liberale und sozialreformistische Kräfte in der Mehrzahl der westeuropäischen Staaten die Regierungsgewalt ausüben, die Labilität des Herrschaftssystems des Kapitalismus nicht geringer werden lassen. Bestimmte Stabilisierungserscheinungen, wie sie in der vergangenen Etappe mit Hilfe dieser Herrschaftsmethode erreicht werden konnten, haben sich als wenig dauerhaft erwiesen. Ich führe dies vor allem darauf zurück, daß der politische Einfluß der antikapitalistischen Kräfte sowohl im internationalen als auch im jeweiligen nationalen Rahmen wesentlich größer geworden ist.

...

Klein: ... Aus dem vermehrten Gewicht der imperialistischen Gesamtinteressen gegenüber einzelnen monopolistischen Konkurrenzinteressen in der Bewegung des Herrschaftsmechanismus und in der Politik der Staaten resultiert nach meiner Auffassung, daß insgesamt die Herrschaft des Imperialismus verringert wird. Würde der Imperialismus noch mit den alten Methoden versuchen zurechtzukommen, gäbe es ihn schon nicht mehr. Das muß man eindeutig sagen, wenn man über die Wirksamkeit der Anpassungsprozesse spricht ...

Heininger: ... Das Problem besteht ... darin, daß das imperialistische Herrschaftssystem infolge des Voranschreitens des Vergesellschaftungsprozesses immer weniger gleichzeitig auf den verschiedenen Ebenen operieren kann. Es muß entschieden werden, wo Prioritäten zu setzen sind. Dabei ist zu berücksichtigen, wie sich diese Prioritäten und Aktivitäten in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen auswirken werden; denn das kapitalistische Herrschaftssystem kann eben nicht gleichzeitig eine Hochrüstung betreiben, umfangreiche Strukturänderungen vornehmen, ein hohes Wirtschaftswachstum sichern, soziale Zugeständnisse machen usw.

Das ist das Widerspruchsverhältnis, in dem sich der Kapitalismus befindet. Der Trend wird sicher dahin gehen, daß auch in seinem Herrschaftssystem versucht wird, neue Formen der Anpassung zu finden. Und sie werden sicherlich gefunden werden. Das Grundproblem besteht nur darin, daß bei dem jetzigen Stand der Verschärfung der Widersprüche im Kapitalismus in immer engerem Maße nur Teillösungen gefunden werden können ...

Unfähigkeit des Kapitalismus, Zentralismus mit Demokratie zu verbinden

Maier: ... Zweifellos führt das Anwachsen der ökonomischen Schwierigkeiten des Kapitalismus zu einer bestimmten Einengung seiner sozialen Manövrierfähigkeit. Das stimuliert die Methoden des gewaltsamen Regierens, die Methoden der Repression gegenüber denen der „sozialen Reformen von oben", bildet einen objektiven Boden für die Belebung der Rechtskräfte, der militaristischen und neofaschistischen Kräfte in den kapitalistischen Ländern.

In dieser Hinsicht ist auch folgender Zusammenhang zwischen den neuartigen ökonomischen Problemen und politischen Prozessen, den ich aus einem Artikel der Zeitung „Die Welt" vom 8./9. 2. 1974 zitieren möchte, nicht uninteressant. „Nun sind die jetzt notwendigen Weichenstellungen derart langfristig, eine spätere Korrektur der Investitionspolitik — auch des Staates oder der Konzerne — derart schwierig (oder gar unmöglich), daß die auf kurzfristige Anpassung ausgerichteten Marktmechanismen dies einfach nicht leisten können. Es bedarf langfristiger politischer Entscheidungen. Dazu braucht es wiederum größerer politischer Macht, der Abkehr von der reinen Gefälligkeitsdemokratie, vom Buhlen um die Gunst der Massen ..."

Die Tendenz nach rechts und der Ruf nach politischer Gewalt sind hier unverkennbar, und in der Tat widerspiegelt sich hierin die Unfähigkeit des Kapitalismus, den objektiv notwendigen Zentralismus mit der der Aktivität der Massen Rechnung tragenden Demokratie zu verbinden. Wir haben hier eine der wesentlichen Quellen der Labilität der politischen Institutionen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, wie sie in den sich häufenden Regierungskrisen in Ländern wie Italien, England, in Japan und anderen Ländern zutage treten. „Die Welt wird unregierbar mit unseren derzeitigen Methoden", schreibt der Chefredakteur der „Wirtschaftswoche" vom 15. 3. 1974, und er setzt etwas resignierend hinzu: „Deswegen hört sie kaum auf, sich zu drehen ..." ...

V. *Krise des imperialistischen Herrschaftssystems*

Kollision privatmonopolistischer und zwischenstaatlicher Internationalisierung der Wirtschaft

Heininger: ... Wir hatten bereits die Frage berührt, daß sich auch auf internationaler Ebene der Versuch einer staatsmonopolistischen Regulierung vollzieht und daß wir es zugleich mit einer verstärkten Expansion privater Monopole in Gestalt internationaler Konzerne zu tun haben. Diese Entwicklung, die Widersprüche, die mit dieser Expansion verbunden sind, sind ein Charakteristikum der letzten Jahre.

Wir müssen dabei folgendes sehen: Seit den letzten zehn Jahren hat sich in der kapitalistischen Weltwirtschaft aufgrund der verstärkten Internationalisierung der Produktion eine außerordentlich rasche Entwicklung des kapitalistischen Welthandels und gleichzeitig eine noch raschere Expansion der internationalen Konzerne vollzogen. Ein Ausdruck dieser Tatsache ist bekanntlich, daß die sogenannte internationale Produktion, das heißt die Produktion der Auslandsfilialen internationaler Konzerne, den gesamten kapitalistischen Weltexport übersteigt.

Das heißt, daß ein wachsender Teil der gesamten kapitalistischen Produktion und des Warenaustauschs innerhalb von international organisierten Konzernen erfolgt. Dies hat direkte Auswirkungen auf das internationale Wirtschaftsgeschehen im Kapitalismus.

Bekanntlich können wir von einem Dualismus in der Struktur der kapitalistischen Weltwirtschaft sprechen. Es gibt auf der einen Seite bestimmte internationale staatsmonopolisti-

sche Zusammenschlüsse (z. B. in Gestalt der Integration) und internationale Abkommen über Handel, Währung usw., während daneben gleichzeitig eine eigenständige Art der Durchdringung der Weltwirtschaft und eine eigene internationale Strategie und Politik in Gestalt der internationalen Konzerne existiert. Diese Konzerne werden von internationalen staatlichen Abkommen nicht erfaßt; sie können diese Abkommen unterlaufen oder wirkungslos machen. Dieser Faktor kommt in Währungskrisen und anderen Erscheinungen, wie im Zusammenhang mit der Energiekrise, mit Vehemenz zum Ausdruck.

Wenn man sich vorstellt, daß in den USA die Auslandsproduktion der amerikanischen Konzerne das Vierfache des amerikanischen Gesamtexports beträgt und daß ein großer Teil des amerikanischen Exports nichts weiter ist als Warenverkehr zwischen Konzernen und Tochtergesellschaften — was in geringerem Maße auch für Großbritannien und für die BRD zutrifft —, so ist nur logisch, daß dieser Dualismus, der sich in der kapitalistischen Weltwirtschaftsstruktur immer weiter ausprägt, neue Konflikte schafft. Das würde ich als ein typisches Charakteristikum der Verschärfung der allgemeinen Krise auf dem Gebiet der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ansehen.

Klein: Ein paar Bemerkungen im Interesse eines exakten methodologischen Herangehens an das Problem. Mir scheint, die Art der Ausprägung der zwischenimperialistischen Widersprüche war zu bestimmten Zeiten der jüngeren Geschichte schon eine chaotischere als in der Gegenwart, und die Schärfe des Konflikts war mit Sicherheit größer in den Perioden der beiden Weltkriege. Im Verhältnis zu dieser Zeit kann man nicht sagen, daß sich die gegenwärtigen Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten verschärft haben. Folglich ist die ganze Frage zu behandeln vor dem Hintergrund der Veränderung der Art und Weise, in der die Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten durch den Einfluß des Sozialismus auf den Imperialismus ausgetragen werden können. Sie ist vor dem Hintergrund der Schwächung des Imperialismus zu behandeln, die ihm nicht mehr erlaubt, in der für ihn charakteristischen Weise die Widersprüche auszutragen, in einer Weise, die für ihn das — historisch schon dagewesene — größtmögliche Chaos, den Weltkrieg, und zwar in für ihn tödlichen Dimensionen, mit sich bringen würde:

Vor diesem Hintergrund handelt es sich offensichtlich um die Verschärfung der Widersprüche unter den Bedingungen des gesicherten Friedens und der schon eingeengten, modifizierten Art und Weise des Wirkens des Gesetzes der ungleichmäßigen ökonomischen Entwicklung. Das gilt nicht erst für die 70er Jahre. Aber weil wir jetzt von der akuten Verschärfung sprechen, wird um so wichtiger, daß man dies berücksichtigt. Und das gilt für andere Fragen auch, die heute diskutiert wurden. Es gab im einzelnen schon akutere Zuspitzungen. Das Problem ist immer der Gesamtzusammenhang der Phänomene, nämlich die konkrete historische Situation, in der hinter den auftretenden Fragen, die es jeweils gibt, ein anderer Sprengstoff steht. Heute geht es um die Notwendigkeit, sehr komplexe Probleme zu lösen. Und der Fakt, daß der Sozialismus dabei ist, sie immer besser zu lösen, ist ein wichtiger Aspekt der Betrachtung dieser neuen Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus überhaupt, weil es den Kapitalismus in qualitativ neuer Weise in die historische Defensivposition zwingt.

. . .

Maier: Wir sind wohl mit Recht auf die Notwendigkeit einer genaueren Untersuchung der Bewegung der Widersprüche im heutigen Kapitalismus, darunter vor allem der Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten und Gruppierungen, gestoßen. Der Begriff der Verschärfung der Widersprüche kennzeichnet zwar richtig die Grundtendenz, aber er ist zu allgemein, um die eigentliche Qualität der Probleme, die Unterschiede zu früheren Perioden usw. zu erfassen. Wir müssen daher größeres Augenmerk auf die Frage richten: Wie entwickeln sich der Inhalt der Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern, die Formen des Austragens dieser Widersprüche, und welche Stellung nehmen diese Konflikte in der gesamten internationalen Entwicklung ein?

Aus dieser Sicht sind es u. a. folgende Prozesse, die als Elemente der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus in der Gegenwart besondere Bedeutung haben:

erstens die Herausbildung von drei miteinander rivalisierenden Zentren des Imperialismus — USA, Westeuropa, Japan —, die eine bestimmte Veränderung der inneren Struktur des imperialistischen Systems zum Ausdruck bringen, ohne daß die Widersprüche der „nationalen" Imperialismen — besonders in Westeuropa — dadurch aufgehoben wären;

zweitens die Veränderung der Stellung der USA im imperialistischen Weltsystem, die relative Schwächung ihrer Führungsrolle. Im langfristigen Prozeß der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung haben die USA den Zenit ihres „Aufstiegs" endgültig überschritten, bleiben aber natürlich die stärkste und einflußreichste Macht des Imperialismus, und ihre Positionen auf den einzelnen Gebieten — militärisch, in Wissenschaft und Technik, in der Produktion, darunter z. B. der Energiewirtschaft, im Handel, auf dem Währungssektor — werden sich künftig noch stärker differenzieren;

drittens das allgemeine Verhältnis von Integration und Desintegration, von vereinigenden und auseinanderstrebenden Tendenzen im imperialistischen System. Hier kommt es auf eine sehr genaue Analyse und Beobachtung der gegenwärtigen und künftigen Entwicklung, des relativen Gewichts der jeweiligen Seiten an. Man kann wohl davon sprechen, daß die Eigenart der gegenwärtigen Entwicklungsphase von einer deutlichen Gewichtsverlagerung zugunsten der Desintegrationstendenzen bestimmt wird, die sich z. B. in einer Schwächung des „atlantischen Zusammenhalts" und innerhalb Westeuropas in einer gewissen Verlangsamung der staatsmonopolistischen Integration (bei Beschleunigung der internationalen privaten Monopolisierung) ausdrückt;

viertens gewinnt in den zwischenimperialistischen Beziehungen heute immer mehr ein neuer Bereich von Differenzen an Bedeutung: die unterschiedliche Haltung zum Sozialismus, zu den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit sozialistischen Staaten. Es ist unverkennbar, daß die Verschärfung des Marktproblems, die Zuspitzung des wissenschaftlich-technischen Konkurrenzkampfes, der Kampf um Rohstoffquellen usw. wichtige zusätzliche, die Wirkung des internationalen Kräfteverhältnisses und der aktiven Politik der sozialistischen Staaten ergänzende Faktoren darstellen, die die kapitalistischen Länder veranlassen, eine Verbesserung der Beziehungen und der Zusammenarbeit mit sozialistischen Ländern anzustreben;

fünftens ist schließlich die veränderte Stellung der Widersprüche, ihre spezifischen Gewichte in der Weltentwicklung, ein Grundzug der heutigen Lage. Als Einflußfaktor der internationalen Situation spielen die zwischenimperialistischen Widersprüche zwar nach wie vor eine wichtige Rolle, aber ihr spezifisches Gewicht hat im Vergleich zu anderen Typen der internationalen Beziehungen, vor allem zu den Beziehungen zwischen beiden Weltsystemen, abgenommen, woraus sich auch ein wachsender Einfluß des Kräfteverhältnisses und der Beziehungen zwischen Sozialismus und Kapitalismus auf die zwischenimperialistischen Widersprüche ergibt. So ist z. B. nicht zu verkennen, daß zwischen der Entspannungstendenz in der internationalen Lage und der Verstärkung der zwischenimperialistischen Widersprüche und Differenzen Zusammenhänge bestehen, die der weiteren Untersuchung bedürfen.

In dieser Richtung — so glaube ich — ist es notwendig, die Widerspruchsproblematik und ihre qualitativen Züge zu analysieren, um ihre Rolle als Faktor der Vertiefung der allgemeinen Krise in ihrer heutigen Spezifik und Differenziertheit allseitig zu erfassen.

...

Spanien – Agonie der Diktatur?

Von Lothar P. Maier

Seit dem Sturz der Diktaturen in Griechenland und im benachbarten Portugal zieht das faschistische Regime Spaniens als das letzte in Europa übriggebliebene verstärkte Aufmerksamkeit auf sich. Läßt Spanien sich als isolierte Bastion des Faschismus halten? Was kommt nach Franco? Bahnt sich unter der spanischen Opposition eine Volksfrontentwicklung nach dem Vorbild der Nachbarländer Portugal und Frankreich an?

Das franquistische System steckt tief in der Krise. Ende Oktober mußte die Regierung Carlos Arias Navarro ihren politischen Offenbarungseid leisten. Nach der — von der Ultrarechten erzwungenen — Entlassung der als liberal geltenden Minister Pio Cabanillas (Information) und Barrera de Irimo (Finanzen) sind in der Madrider Regierung die Altfalangisten wieder unter sich. Das erst im Februar angekündigte Programm des Kabinetts Arias, das Öffnung zu demokratischeren Herrschaftsformen verhieß, liegt in Trümmern; im Regierungslager ist ein Kampf aller gegen alle ausgebrochen, der sich schon während der Erkrankung des Staatschefs im Sommer abzeichnete. Lothar P. Maier untersucht die politische Situation Spaniens. D. Red.

I

Die Vorgänge während der Krankheit General Francos und der zeitweiligen Übertragung seiner Funktionen als Staatschef und Führer der „Nationalen Bewegung" auf seinen designierten Nachfolger, den Prinzen Juan Carlos, zeigten mit überraschender Deutlichkeit, in welchem Ausmaß die jetzt 35jährige Diktatur in ihrer Substanz ausgehöhlt ist. Was die Repräsentanten des Systems am meisten erschrecken mußte, war die Erkenntnis, daß die Nachfolge des greisen Diktators trotz vermeintlich perfekter Regelung schon bei den ersten Anzeichen seines herannahenden Todes wieder völlig offen schien. Die Lösung der Nachfolgefrage aber hatte stets eine zentrale Stellung in der politischen Planung des Regimes eingenommen, an ihr sollte sich erweisen, ob die franquistische Diktatur über den Tod ihres Begründers hinaus würde fortbestehen können oder mit ihm von der politischen Bühne abtreten werde. In drei Etappen war zu diesem Zweck eine lückenlose rechtliche und institutionelle Regelung geschaffen worden: 1949 durch das „Gesetz über die Nachfolge", das die grundsätzliche Entscheidung für die Monarchie brachte, 1966 durch das „Organische Gesetz", in dem die institutionelle Prozedur für die Einsetzung des Nachfolgers und die Sicherung der Kontinuität in der Regierung festgelegt wurde, und schließlich durch die Designation des Bourbonenprinzen Juan Carlos im spanischen Ständeparlament — den Cortes — auf Vorschlag Francos im Jahre 1969. Einschließlich eines umfassenden militärisch-polizeilichen Einsatzplans für den Todestag Francos schien alles getan, um den reibungslosen Übergang des faschistischen Regimes zu einer neuen Symbolfigur sicherzustellen.

Kaum aber hatte sich der „Caudillo von Gottes Gnaden" aufs Krankenbett gelegt, so daß mit seinem baldigen Ableben gerechnet wurde, schienen alle Vorbereitungen für die Nachfolge obsolet geworden. Die nur noch mühsam niedergehaltene Opposition erhob mit ungekannter Lautstärke und Geschlossenheit

ihre Stimme, und immer mehr Kräfte aus dem Lager des Regimes selbst stellten die für den Nachfranquismus getroffenen Regelungen plötzlich wieder in Frage. Einmal mehr demonstrierte das 1939 etablierte System seine unauflösliche Bindung an die Person des knapp 82jährigen Generals und die faktische Unmöglichkeit, die Institutionen des Regimes auch nach seinem Tode zu erhalten.

Dabei ist die Fixierung auf die Person Francos den tragenden Kräften des Regimes ebenso zu eigen wie seinen Feinden: die Pläne der verschiedenen Oppositionsgruppen basieren schon seit langem auf der Annahme, daß eine Demokratisierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens und tiefgreifender institutioneller Wandel erst nach dem Tode des Generalissimus möglich werden [1]). In den Oppositionsparteien schätzt man den Mythos und das Charisma Francos so hoch ein, daß ein gegen seine Person gerichtetes Unternehmen in jedem Falle auf den entschiedensten Widerstand von Armee und Polizei stoßen müßte, aber auch jener Kräfte der „Semi-Opposition", die der Entwicklung des Regimes skeptisch oder ablehnend gegenüberstehen, aber als ehemalige Kampfgefährten des Diktators seine Person nicht antasten wollen (so z. B. Teile der liberalen Monarchisten und der Christdemokraten). Die moralische Autorität Francos gegenüber diesen Gruppen wird allgemein als so unerschütterlich angesehen, daß ihr Fortdauern auch im Falle einer endgültigen Machtübertragung an Juan Carlos angenommen wird. Mit anderen Worten: solange Franco lebt und geistig einigermaßen rege ist, wird mit Sicherheit die Fixierung der Konservativen und der Streitkräfte auf seine Person unverändert andauern. Juan Carlos scheint dieser Situation Rechnung zu tragen: seine nicht gehaltene, aber in Madrid kursierende Rede für den Fall der endgültigen Amtsübernahme soll inhaltlich noch hinter die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Arias Navarro vom 12. Februar 1974 zurückfallen und kaum Hoffnungen auf politische Liberalisierung, insbesondere die Zulassung politischer Parteien, gestatten. Trotz seiner möglicherweise Hinzu kommt, daß seine Stellung selbst im monarchistischen Lager nicht unumstritten ist. Traditionelle Monarchisten werfen ihm Verrat an dem legitimen Thronprätendenten Don Juan, seinem Vater, vor — von den in totale Opposition zum Regime gegangenen „Carlisten", die den aus Spanien ausgewiesenen Prinzen Don Carlos Hugo de Borbón y Parma favorisieren, ganz zu schweigen. Tatsächlich hat der 61jährige, im portugiesischen Exil lebende Don Juan seinen Anspruch auf die spanische Krone bis heute nicht aufgegeben und hält sich als royalistische Alternative in der Reserve, falls das „Unternehmen Juan Carlos" scheitern sollte. Er ist nach wie vor der Kandidat einer einflußreichen monarchistischen Fraktion um die Madrider Tageszeitung „ABC" (die auflagenstärkste unmittelbar bevorstehenden Thronbesteigung ist die Situation dieses Königs von Francos Gnaden alles andere als rosig; ihm eine lange Regierungszeit vorauszusagen, wagen selbst seine Anhänger nicht.

Das Ansehen des „Principe de España" ist trotz großer Propagandaanstrengungen der staatlich gelenkten Medien gering geblieben. Er gilt als farblos und von bescheidenem intellektuellen Zuschnitt; seine Reden sind an Inhalts- und Temperamentlosigkeit kaum zu übertreffen. Als besonderes Handicap dürfte sich für ihn erweisen, daß er es nicht vermochte, aus dem Schatten des Staatschefs auch nur um ein Weniges herauszutreten. Der Öffentlichkeit erscheint er als eine Kreatur Francos, dessen Politik er zur Sicherung seines Thrones fortsetzen muß, aber ohne die macchiavellistischen Fähigkeiten des Diktators zu besitzen. Das

[1]) Vgl. Klaus v. Beyme, Vom Faschismus zur Entwicklungsdiktatur. Machtelite und Opposition in Spanien, München 1971, S. 113 ff. und 183. Bezeichnenderweise trägt auch das programmatische Hauptwerk des PCE-Generalsekretärs Santiago Carrillo den Titel „Después de Franco, qué?" (Was kommt nach Franco?), Paris 1965.

Kainszeichen des Franco-Staates, den er zumindest seit 1969 mitrepräsentiert, läßt ihn als Gesprächspartner der demokratischen Opposition praktisch ausscheiden; von den illegalen Oppositionsparteien hat bisher keine erkennen lassen, mit ihm — und sei es nur für eine Übergangszeit — als Souverän mit den weitgehenden Vollmachten des Staatschefs zusammenarbeiten zu wollen. Die kurze, interimistische Amtsausübung während der Krankheit Francos, die ihm dieser mit einem Federstrich wieder entwand, hat sein Prestige noch weiter beeinträchtigt, indem sie ihn als beliebig ein- und absetzbare Figur zeigte.

Hinzu kommt, daß seine Stellung selbst im monarchistischen Lager nicht unumstritten ist. Traditionelle Monarchisten werfen ihm Verrat an dem legitimen Thronprätendenten Don Juan, seinem Vater, vor — von den in totale Opposition zum Regime gegangenen „Carlisten", die den aus Spanien ausgewiesenen Prinzen Don Carlos Hugo de Borbón y Parma favorisieren, ganz zu schweigen. Tatsächlich hat der 61jährige, im portugiesischen Exil lebende Don Juan seinen Anspruch auf die spanische Krone bis heute nicht aufgegeben und hält sich als royalistische Alternative in der Reserve, falls das „Unternehmen Juan Carlos" scheitern sollte. Er ist nach wie vor der Kandidat einer einflußreichen monarchistischen Fraktion um die Madrider Tageszeitung „ABC" (die auflagenstärkste Zeitung des Landes) und einer liberal-monarchistischen Fraktion, die sich um den Industriellen Joaquin Satrústegui schart. Der demokratischen Opposition erscheint er eher akzeptabel als Juan Carlos; seit seinem Aufruf zum Sturz der Diktatur im Jahre 1945 repräsentiert er für Christdemokraten, Liberale und Sozialisten die Möglichkeit einer konstitutionellen Monarchie mit demokratischer Verfassung.

Mit der Einsetzung und Wiederabsetzung Juan Carlos' verspielte Franco die Chance, das Prestige seines designierten Nachfolgers durch eine längere Übergangsperiode aufzuwerten, in der der alte und der neue Gewalthaber durch gleichberechtigte Zusammenarbeit die Kontinuität des Regimes hätten demonstrieren können. Eine solche Übergangsperiode war von den Monarchisten immer wieder gefordert worden, um einen Bruch in der politischen Entwicklung zu vermeiden und die Monarchie beim Tode Francos nicht als eine von mehreren möglichen Alternativen, sondern als bereits etablierte und funktionierende Macht erscheinen zu lassen. Dies erschien um so notwendiger, als mit dem Attentat auf den Ministerpräsidenten Carrero Blanco im Dezember vergangenen Jahres jene politische Schlüsselfigur ausgeschaltet worden war, die wie kein Zweiter den Übergang vom Franquismus zum „Juancarlismus" (was immer man darunter verstehen mag) hätte sichern können. Der Bombenanschlag der baskischen Separatistenorganisation ETA beraubte Franco seines Testamentsvollstreckers. Nach der Ausschaltung des ultrareaktionären Admirals und Opus-Dei-Förderers ist keine Führerpersönlichkeit mehr in Sicht, die im Regierungslager und bei den Streitkräften über vergleichbaren Einfluß verfügt und die Weichenstellung zur Monarchie sichern könnte. Der von der Linken und Rechten gleichermaßen angeschossene gegenwärtige Ministerpräsident Carlos Arias Navarro kann einer solchen Aufgabe kaum gerecht werden, zumal er über keinerlei politische Hausmacht verfügt. Juan Carlos ist aber wegen seiner persönlichen Schwäche und seiner angezweifelten Legitimität auf einen solchen „Testamentsvollstrecker" angewiesen, wenn ihn nicht seine Feinde, die im Lager des Regimes nicht minder zahlreich sind als bei der Opposition, schon vor der Thronbesteigung zu Fall bringen sollen. Das Fehlen eines „eisernen Kanzlers" läßt den Schluß zu, daß ein halbwegs glatter Übergang von Franco zu Juan Carlos nur noch möglich ist, wenn Franco noch zu Lebzeiten Juan Carlos krönen läßt und ihn möglichst lange

mit seinem persönlichen Prestige und seinem politischen Instinkt stützt oder aber ihn mit neuen, im Organischen Gesetz nicht vorgesehenen Dekreten vor der Krönung in die praktische Regierungsarbeit einbezieht (durch Abtretung von Teilbereichen der Vollmachten des Staatschefs oder durch Sondermissionen), um so eine „Generalprobe" für die endgültige Einsetzung durchzuführen [2]).

Aber auch wenn das Unternehmen gelingt, bleibt die Zukunft Juan Carlos' unsicher. Der König wird wohl alle Feinde erben, die Franco heute hat, aber kaum auch alle seine Freunde. Da die demokratischen Kräfte nicht bereit sind, mit ihm zu kooperieren, muß er sich auf dieselbe Machtkoalition stützen wie Franco, also auf die Streitkräfte, die „Nationale Bewegung" (Falangisten) mit ihrer vertikalen Gewerkschaft, die Großfinanz, das Opus Dei und die Kirche. Da zumindest mittelfristig das Schicksal Juan Carlos' vom Fortbestehen der Allianz dieser tragenden Säulen der franquistischen Herrschaft abhängt, sollen die Positionen dieser Gruppen hier kurz skizziert werden.

Das *Heer* und die paramilitärische Staatspolizei *Guardia Civil* stellen ohne Zweifel den wichtigsten Garanten der bestehenden Ordnung dar. Gerade beim Heer ist die blinde Ergebenheit gegenüber der Person Francos am größten — man weiß, was man ihm zu verdanken hat. Mit einer Gesamtstärke von etwa 300 000 Mann bilden die Streitkräfte nach wie vor einen praktisch unüberwindlichen Machtapparat [3]). Die Qualität ihrer Ausrüstung hat sich westeuropäischen Standards allmählich angenähert, aber die Bevorzugung bestimmter Waffengattungen (Hubschrauber, Artillerie, leichtgepanzerte Fahrzeuge) und die geographische Verteilung der Militärstützpunkte lassen noch immer etwas vom Bürgerkriegsauftrag dieser Armee erkennen. Dabei kommt dem Heer Bedeutung nur als ultima ratio repressiver Politik zu: die verschiedenen Polizeiformationen sind so stark und so gut ausgerüstet, daß sie möglicherweise sogar mit einer bewaffneten Erhebung ohne die Hilfe des Heeres fertigwerden könnten. Besonders die Guardia Civil, das verhaßteste Symbol der Unterdrückung, hat mit über 60 000 Mann schon fast die Dimensionen einer zweiten Armee. Sie verfügt über modernstes Gerät, das über den Charakter einer Polizeiausrüstung weit hinausgeht, so z. B. Kampfhubschrauber und leichte Panzer. Hinzu kommen die verschiedenen Formationen der Sicherheitspolizei (so die berüchtigte „Dirección General de Seguridad", die in den 40er Jahren von Experten der deutschen Gestapo aufgebaut worden war) und die kasernierte „Policia Armada" mit zusammen etwa 30 000 Mann [4]).

Die Tatsache, daß das Heer der Person Francos ergeben ist, bedeutet nun keineswegs, daß die Masse seiner Kader, speziell das Offizierskorps, sich bedingungslos mit dem autoritären Regime identifiziert. Dafür spricht schon die seit dem Bürgerkrieg völlig veränderte Sozialstruktur des Heeres, dessen Offizierskorps sich in den unteren Rängen (etwa bis zum Bataillonskommandeur) aus den kleinbürgerlichen und proletarischen Schichten rekrutiert und nicht mehr, wie in der Vergangenheit, die Interessen von Großgrundbesitz und Adel repräsentiert [5]). Den jüngeren Offizieren wird die extreme soziale Isolation des

[2]) Vgl. Fernando Gonzalez Doria, Franquismo sin Franco?, Madrid 1974, S. 163.
[3]) J. Ynfante zufolge (La prodigiosa aventura del Opus Dei, Paris 1970, S. 183) soll die Stärke des Heeres sogar 400 000 Mann betragen. Diese Zahl scheint jedoch überholt, weil die Militärkredite im Verhältnis zum Gesamthaushalt beständig gesunken sind und heute nur noch etwa 2,2 % des Bruttosozialprodukts betragen (5,7 % in der BRD). In den vergangenen Jahren ist jedoch die technische Ausstattung der Streitkräfte erheblich verbessert worden; dies dürfte ohne Reduzierung der Truppenstärke nicht möglich gewesen sein.
[4]) Vgl. Joaquin Bardavío, La estructura del Poder en España. Sociologia política de un pais, Madrid 1969, S. 218 ff.
[5]) Vgl. Julio Busquets Bragulat, El militar de carrera en España. Estudio de Sociología militar, Barcelona 1971.

Heeres, in die es der Franco-Staat trieb, immer schmerzlicher bewußt, sie wollen nicht mehr Kriegsgerichte und Henker für die Demokraten stellen [6]).

Auf der höheren Ebene des Offizierskorps haben sich zwei Hauptfraktionen herausgebildet: eine traditionell monarchistisch-reaktionäre Strömung, die sich um die Generalkapitäne García Rebull und Pérez Viñeta schart, aber immer mehr in eine Defensivposition gerät, und eine liberal-demokratische Richtung, deren Exponent der im Juni abgesetzte Generalstabschef Diez-Alegría ist. Diez-Alegría tritt in seinem Buch „Heer und Gesellschaft" [7]) für die absolute Neutralität des Heeres in allen politischen Fragen ein, sofern sie nicht gewaltsam zu lösen versucht werden. Interessanterweise befand sich Diez-Alegría wenige Tage vor seiner Amtsenthebung auf einem von der Presse verschwiegenen „Privatbesuch" in Bukarest. Dort befindet sich aber der Sitz des Exekutivausschusses und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE) ... Die zunehmende Unzufriedenheit der Offiziere mit dem System darf aber auch nicht dahingehend interpretiert werden, daß Bereitschaft zur direkten Intervention nach portugiesischem Muster bestünde. Dazu fehlen in Spanien alle jene Voraussetzungen, die in Portugal das Eingreifen des Heeres unumgänglich machten: ein verlorener Kolonialkrieg, wirtschaftlicher Niedergang, weitgehende außenpolitische Isolierung. Das Beste, was von dieser Armee erwartet werden kann, ist Nichtintervention im Falle eines demokratischen Umschwungs. Das spanische Heer, dessen Ansehen bei der Bevölkerung auf dem Nullpunkt angelangt ist [8]), braucht dringend ein solches neutrales Image, um sich nicht selbst die Existenzgrundlage zu entziehen.

Das Heer kann Juan Carlos also nur unter der Bedingung akzeptieren, daß er gewisse minimale Strukturreformen durchführt und den psychischen Druck von den Streitkräften nimmt, den die fortwährende Übertragung der schmutzigsten Repressionsaufgaben auf die Armee mit sich bringt. Aber auch wenn König sich damit Zeit läßt: gewaltsamer Widerstand gegen den Monarchen ist vom Heer kaum zu erwarten.

Die *Nationale Bewegung* („Movimiento", früher Falange) stellte seit jeher eine sehr heterogene Gruppe dar, deren politisches Spektrum heute von den ultrareaktionären Höhlenbewohnern vom Schlage Blas Piñars bis zu sozialreformerischen, begrenzt demokratischen Richtungen reicht. Im wesentlichen lassen sich drei Fraktionen unterscheiden:

1) Die rechten Ultras und klassischen Faschisten in den Vereinigungen „Fuerza Nueva" und CEDADE. Anführer der Fuerza Nueva (Neue Kraft) ist der Madrider Notar Blas Piñar, der eine Mischung aus faschistischer Ideologie und mittelalterlichem Mystizismus vertritt. „Fuerza Nueva" ist der Öffentlichkeit besonders durch ihre Schlägertruppe „Guerrilleros de Cristo Rey" (Christkönigskrieger) bekannt, die laufend durch Überfälle auf fortschrittliche Priester, Gewerkschaftler, Künstler und Buchläden von sich reden macht, während CEDADE (Kreis der Freunde Europas) sich ideologisch eng an den deutschen Nationalsozialismus anlehnt und

[6]) Schon während des berüchtigten Prozesses von Burgos 1970/71 gegen 6 Mitglieder der baskischen Separatistenorganisation ETA richteten Offiziersgruppen aus verschiedenen Garnisonen Petitionen an den Heeresminister, in denen gefordert wurde, das Heer solle sich aus der Affäre ganz heraushalten und keine Sondergerichte für politische Angeklagte mehr stellen. Vgl. hierzu: La Revuelta de los Capitanes, in: „Nuestra Bandera", Nr. 66/1971, S. 21 f.

[7]) Manuel Diez Alegría, Ejército y sociedad, Madrid 1972, S. 53 ff.

[8]) „Dieses Heer ist der verkörperte Vampirismus, den sonst die Lebensformen der herrschenden Klasse mehr oder weniger elegant verhüllen. Daher fühlt man in diesen Kreisen schon in der Existenz des Heeres den Stachel einer Entlarvung. Und daher der verdächtige Beiklang im Tonfall eines spanisch gesprochenen ‚militar' — ein Beiklang, der ans Anrüchige grenzt." Werner Krauss, Spanien 1900—1965, Beitrag zu einer modernen Ideologiegeschichte, Berlin (DDR) 1972, S. 185.

überwiegend Jugendliche anspricht. Beide Gruppen buhlen intensiv um die Gunst des Militärs, weil ihre eigene soziale Basis sehr schmal ist und sie von der übrigen Rechten als nicht salonfähig angesehen werden. Neben den Niederlagen ihrer Gesinnungsfreunde in Portugal, Griechenland und Italien hat auch die, Mitte September abgegebene, Erklärung des Ministerpräsidenten Arias Navarro, in der er sich von der äußersten Rechten unmißverständlich distanzierte, die Aktien dieser gewalttätigsten Fraktion des spanischen Faschismus fallen lassen. Solche Rückzieher der bedrängten Regierung von der früher geübten wohlwollenden Duldung aller faschistischen Ausschreitungen (wohl, um sich damit den Demokraten zu empfehlen und weitere Rückversicherungen vorzubereiten) sind neuerdings an der Tagesordnung: Ende September wurde in Madrid sogar eine vom erzfalangistischen Wohnungsbauminister Utrera Molina geplante Demonstration kurzfristig verboten.

2) Größte und einflußreichste Fraktion sind die gemäßigten Altfalangisten, die ihre Hausmacht in der „vertikalen" (Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammenfassenden) Staatsgewerkschaft Organización Sindical (OS) haben. Sie stehen seit Jahren unter dem Druck der illegalen „Arbeiterkommissionen" (Comisiones Obreras), die mittlerweile von der Mehrzahl der Industriearbeiterschaft als authentische Interessenvertretung angesehen werden (s. u.). Neueren Umfragen zufolge halten weniger als 10 % der Arbeitnehmer die OS noch für eine glaubhafte Interessenvertretung. Angesichts dieser Gefahr der völligen Marginalisierung üben sich die Führer der OS zunehmend in der Rückbesinnung auf Programmpunkte aus der Frühzeit der Falange, wie z. B. die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der Banken, rigorose Bodenreform u. a. m. — Forderungen, die sie schon kurz nach dem Bürgerkrieg als aussichtslos, weil mit dem Franquismus unvereinbar, erkennen mußten, aber dennoch niemals aufgaben [9]). Gegenüber einer Regierung Juan Carlos müßte die OS also, um ihre noch verbliebene Gefolgschaft bei der Stange zu halten, mit vermehrtem Nachdruck auf ein Verstaatlichungsprogramm drängen. Aussichten auf Verwirklichung dieses Programms gäbe es mit dem König freilich ebensowenig wie mit Franco; dafür ist Juan Carlos viel zu stark von privatwirtschaftlichen Interessenaggregaten abhängig (zu denen auch das Opus Dei gehört, vom agrarischen Grundbesitzertum ganz zu schweigen). Ein Kompromiß könnte wohl nur so aussehen, daß die OS faktisch auf alle Verstaatlichungen verzichtet oder sie in ferne Zukunft vertagt, dafür aber von Juan Carlos mit dem weiteren Verbot der Arbeiterkommissionen belohnt wird und einzige legale „Gewerkschaft" bleibt. Daß ein solcher Kompromiß das Ansehen der OS bei den Arbeitnehmern nicht eben verbessern wird, ist offensichtlich. Sie wird versuchen zu lavieren und faktische Mitarbeit im System mit verstärktem pseudo-oppositionellen Propagandalärm begleiten (auf dessen Erzeugung sich der Direktor der OS-Tageszeitung „Pueblo", Emilio Romero, schon seit Jahren glänzend versteht).

3) Eine kleinere Fraktion der Altfalangisten um den Cortes-Abgeordneten Manuel Cantarero del Castillo hat eingesehen, daß im bestehenden System keinerlei Aussicht auf umfassende Sozialreformen besteht und der falangistische Flügel im Movimiento damit seine Existenzgrundlage verloren hat. Die Cantarero-Gruppe votiert deshalb für die Entwicklung zur parlamentarischen Demokratie. Da sie sich der sozialistischen Linken eher verwandt fühlt als ihren faschistischen Mitkämpfern, lehnt sie die Einführung der Monarchie kategorisch ab.

Die *katholische Kirche* schließlich, die 30 Jahre lang als ein Grundpfeiler des franquistischen Systems galt, kann dem Lager des Regimes überhaupt nicht

[9]) Vgl. E. Alvarez Puga, Historia de la Falange, Barcelona o. J. (1970), S. 195 ff.

mehr zugerechnet werden. Die fast täglichen Zeitungsmeldungen über Verhaftungen von Priestern, Protesterklärungen von Bischöfen, Versammlungen der Arbeiterkommissionen in Kirchen und permanenten Austausch von Drohgebärden zwischen der Regierung und der Kirchenhierarchie geben ein anschauliches Bild des Wandlungsprozesses, den die spanische Kirche in den vergangenen zehn Jahren durchlaufen hat. Daß es sich dabei nicht um Theaterdonner handelt, ist spätestens seit der 18. spanischen Bischofskonferenz klar, die vor rund zwei Jahren den offenen Bruch mit dem Franquismus einleitete und eindeutig demokratische Positionen bezog. Die Kirche ging dabei sogar so weit, die Gläubigen um Vergebung für ihre regimetreue Haltung in der Vergangenheit zu bitten. Schon ein Jahr zuvor (1971), nachdem der Ausschuß „Justicia y Paz" der Bischofskonferenz festgestellt hatte: „Es gibt weder Gerechtigkeit noch wirklichen Frieden in unserem Lande", sah sich Franco erstmals zu der Drohung gegenüber der Kirche veranlaßt, man werde rücksichtslos alle Bestrebungen zerschlagen, die die Souveränität des Staates antasteten [10]). Dieses Umdenken mag der Kirche dadurch erleichtert worden sein, daß sie nach zwei Jahrzehnten engster Kollaboration mit dem Regime fast jeden Rückhalt bei der Masse der Arbeitnehmer verloren hatte. Einer Untersuchung aus dem Jahre 1960 zufolge bezeichneten sich 89,6 % der befragten Arbeiter als antiklerikal und 54,7 % als atheistisch [11]). Hier liegt auch die Ursache für das sich in Spanien rasch ausbreitende Arbeiterpriestertum und für verschiedene syndikalistische Bestrebungen der Kirche, wie der „Arbeiterbruderschaften" und besonders auch der von Jesuiten gegründeten „Unión Sindical Obrera", die ein sozialistisches Programm vertritt und entsprechend von den Staatsorganen verfolgt wird [12]). Auch die Arbeiterkommissionen erfreuen sich zunehmender Unterstützung — moralischer wie materieller Natur — durch den Klerus [13]). Eine Umfrage bei rund 7000 Geistlichen ergab sogar, daß bei freien Wahlen 38 % von ihnen sozialistisch wählen würden; nur 19 % sprachen sich für die Monarchie aus [14]). Und da auch der maßgebliche Wortführer der spanischen Christdemokraten, Ruiz-Giménez, von der Monarchie nichts wissen will, kann Juan Carlos mit der aktiven Unterstützung der Kirche für sein Regime — abgesehen von rechten Splittergruppen im Klerus wie den faschistischen „ultras del cura Oltra" — in keinem Falle rechnen, eher mit hinhaltendem Widerstand.

Vorbehaltlose Unterstützung kann Juan Carlos eigentlich nur vom *Opus Dei* erwarten. Dieser religiöse Geheimbund, der sich seit 1939 zur allmächtigen „Santa Mafia" Spaniens entwickelte, stellt zugleich die vielleicht einflußreichste Kapitalfraktion dar; im Besitz des Ordens befinden sich über 200 Wirtschaftsunternehmen (darunter die Großbank „Banco Popular"), eine Rundfunkkette („Cadena SER") mit 70 Sendestationen und eine eigene Universität in Pamplona. Die Macht des Opus gründet sich jedoch nicht nur auf die von ihm direkt kontrollierten Industriebetriebe, sondern ebenso auf die Unternehmen, Behörden, Kommunikationsmittel etc., in deren Schlüsselpositionen es planmäßig seine — meist getarnten — Mitglieder einschleusen konnte. Durch seine wirtschaftliche Macht und seine äußerst straffe, disziplinierte Organisation ist das Opus ein Staat im Staat und eine Kirche in der Kirche. Seit es bei der letzten Regierungsbildung aus dem Kabinett verdrängt wurde, ist seine Position allerdings nicht mehr un-

10) Vgl. José Antonio Novais, Le général Franco adresse une sérieuse mise en garde à l'Eglise d'Espagne, in: „Le Monde" v. 1. 1. 1972.
11) Jacques Georgel, Le Franquisme. Histoire et Bilan, Paris 1970, S. 302.
12) Vgl. Sergio Vilar, Les oppositions à Franco, Paris 1970, S. 356.
13) Vgl. Federico Melchor, Communistas y Católicos, in: „Nuestra Bandera", 56/57 1967, S. 86.
14) Guy Hermet, La Politique dans l'Espagne Franquiste, Paris 1971, S. 146.

angefochten; Kritik am Opus wird auch im Regierungslager immer offener und deutlicher geäußert [15]).

Die Interessenidentität zwischen dem Opus und Juan Carlos liegt offenbar in der Organisationsstruktur und der konspirativen Arbeitsweise der Gotteswerkler begründet: je mehr demokratische Kontrolle in den vom Opus beherrschten gesellschaftlichen und politischen Bereichen eingeführt wird, desto schwieriger wird es für den Orden, seine auf Infiltration, Verschwörung und Korruption beruhende Machtstellung zu halten. Sein in der Vergangenheit bewiesener Pragmatismus und eine gewisse Flexibilität bei der Auswahl der politischen Bündnispartner werden es aber daran hindern, sich auf Gedeih und Verderb mit dem Schicksal Juan Carlos' zu verbinden. Das Opus verfügt als religiöser Geheimbund über keinerlei soziale Basis, die es mobilisieren könnte (im Gegensatz zu den Faschisten und den Monarchisten), und muß sich daher bis zu einem gewissen Grade am politischen Kräfteverhältnis orientieren. Seine Option für eine nichtkonstitutionelle Monarchie kann aus diesem Grunde nur vorläufigen Charakter haben.

II

Daß das Opus Dei sich mit Juan Carlos identifiziert, bedeutet keineswegs, daß dies auch die Politik des Kapitals schlechthin sei. Die Interessenlage des spanischen *Monopolkapitals* (der mittelständischen Wirtschaft kommt, wie wir noch sehen werden, angesichts der enormen Kapitalkonzentration in Spanien keine große Bedeutung mehr zu) ist durchaus ambivalent. Juan Carlos empfiehlt sich dem Kapital zunächst dadurch, daß die ihn stützende Kräftegruppierung (obwohl die Falange dazugehört) die Gefahr von Verstaatlichungen oder von verfügungsrechtlichen Eingriffen des Staates gering erscheinen läßt. Für die Ertragslage der Unternehmen wirkt sich günstig aus, daß durch die franquistischen Sozialgesetze in Spanien die vom Unternehmen zu erbringenden Sozialleistungen niedriger sind als in vergleichbaren EG-Ländern, und schließlich garantiert das etablierte System den ungehinderten Fortgang der Kapitalkonzentration.

Es gehört zu den Besonderheiten der spanischen Wirtschaft, daß trotz niedrigeren Entwicklungsstandes im Vergleich zur BRD oder zu Frankreich die Kapitalkonzentration sehr weit fortgeschritten ist. Diese Situation ist in erster Linie auf die Politik des staatlichen „Instituto Nacional de Industria" (INI) zurückzuführen, das selbst der größte Konzern Spaniens ist (sein Anteil an der gesamten Industrieproduktion betrug 1970 rund 9 %) [16]). Das Institut — es arbeitet in ähnlicher Weise wie das italienische Istituto per la Ricostruzione Industriale (IRI) — erwarb systematisch Minderheitsbeteiligungen an Privatunternehmen und zwang sie dann zur Fusion. 1970 vereinigten 0,1 % aller Gesellschaften mehr als ¾ aller industriellen Neuinvestitionen; auf dem Banksektor verfügen 7 Großbanken über knapp 70 % aller Fremdeinlagen der Privatbanken [17]). „Auf diese verschiedenen Arten und Weisen reduziert sich die wirkliche ‚Machtelite' auf ca. 100 Familien, welche (1966) 1324 Aktiengesellschaften — das sind 8,27 % aller existierenden — kontrollierten. Sie verfügen über Gesamtaktiva im Wert von 220 477,7 Mio Pesetas, was 78,96 % aller Aktiva entspricht" [18]).

15) Vgl. Eva Jardiel Poncela, Porqué no es Vd. del Opus Dei?, Madrid 1974 (polemische Anti-Opus-Schrift).
16) III Plan de Desarrollo Económico y Social (Hrsg. Staatskommissariat für den Entwicklungsplan), Madrid 1971, S. 59.
17) Lázaro Mancha, La gran empresa en España, in: „Información Española", 58/1971.
18) J. Quijada/H. W. Rachdorf, Zur sozio-ökonomischen Entwicklung in Spanien (Teil 1), in: „Sozialistische Politik", 23/1973, S. 34.

Den Vorteilen für das Kapital, die die Fortsetzung der franquistischen Politik unter Juan Carlos verspricht, stehen aber erhebliche Nachteile gegenüber, die dem spanischen Monopolkapital schon heute zu schaffen machen und die sich fortwährend akzentuieren. Sie können folgendermaßen zusammengefaßt werden:

1) Das Fehlen einer machtvollen, demokratischen Gewerkschaftsbewegung erweist sich für das Kapital — so eigenartig es klingen mag — immer mehr als Hemmschuh für seine Entwicklung. Je mehr sich Spanien vom Agrar- zum modernen Industriestaat wandelte, desto deutlicher wurde ein grundlegender Mangel des, von den Opus-Technokraten in den Jahren 1957—1961 etablierten ökonomischen Systems: es entbehrte des gewerkschaftlichen Faktors als Stimulans der Produktivität. Die Wirkungslosigkeit der vertikalen Syndikate bei der Artikulierung und Durchsetzung von Forderungen der Arbeitnehmer stellte einen immer stärker hervortretenden Widerspruch zu den Notwendigkeiten der neuen ökonomischen Strukturen dar. Die polizeiliche Repression, gerade auch in Gebieten mit starker Industrialisierung, ermöglichte ein „prae-neokapitalistisches Verhalten" (Comín) der Unternehmer, die, weil sie nicht die Faust der Lohnforderungen im Nacken spürten, keine ausreichenden Rationalisierungsanstrengungen unternahmen [19]). Darin spiegelt sich auch der Widerspruch zwischen zwei tragenden Mächten des Regimes: die Technokraten hatten schon 1958, in klarer Erkenntnis dieser Mechanismen, das Gesetz über kollektive Tarifabschlüsse (Ley de Convenios Colectivos) durchgesetzt, wurden aber an der Realisierung der ihm zugrundeliegenden Prinzipien durch den altfalangistischen, lauten Repressionen mehr vertrauenden Flügel gehindert. Es zeigte sich nun, daß das entstandene Wirtschaftssystem zum einwandfreien Funktionieren einer gewissen, durch gewerkschaftlichen Druck erzeugten Dialektik bedarf, ja, daß gewerkschaftliche Pressionen in bestimmten Phasen der neokapitalistischen Wirtschaftsentwicklung ein Schlüsselelement des technologischen Fortschritts sind. Zwar versuchte man diesen Mangel durch eine in Etappen durchgeführte Legalisierung des Streiks zu beheben, hatte aber nur bescheidenen Erfolg, weil legale Streikaktionen an die Einhaltung von — für die Streikenden sehr nachteiligen — formalen Prozeduren gebunden blieben und bei Nichtzustandekommen einer Einigung der Tarifpartner nach 10 Streiktagen das Arbeitsministerium den Konflikt entschied — gewöhnlich auf der Basis des Arbeitgeberangebots [20]). Die Zwickmühle, die sich nun für die Unternehmer ergibt, resultiert daraus, daß zwar die „vertikale" Betrugsgewerkschaft (bzw. deren höhere Instanzen) den oktroyierten Kompromiß gutheißt, aber nicht die Betriebsräte der demokratischen Comisiones Obreras, auf deren Wahl die „Vertikalen" wenig Einfluß haben. Auf sie kommt es aber bei der Schlichtung von Arbeitskonflikten an: die Betriebsräte stellen die einzige authentische Vertretung der Arbeitnehmer dar und werden deshalb von den Geschäftsleitungen als Verhandlungspartner gebraucht. Organe der „vertikalen" Gewerkschaftshierarchie, die nicht repräsentativ sind, machen Verhandlungen von vornherein sinnlos, weil sie die Streikenden nicht zur Wiederaufnahme der Arbeit bewegen oder allgemein disziplinierend wirken können [21]). So ergab eine Umfrage in Katalonien schon 1968, daß von 107 befragten Unternehmern sich 81 für freie Gewerkschaften und volle Tarifautonomie aussprachen [22]).

2) Die Illegalisierung der Comisiones Obreras und der permanente Staatseingriff in Tarif- und innerbetriebliche Konflikte führten zu einer ungleich stärkeren

19) Vgl. Alfonso C. Comín, Política sindical en la empresa, in: „Ruedo Ibérico", 8/1966, S. 11 f.
20) Vgl. Peter Klein, Francos zweite Inquisition, München 1971, S. 80.
21) Vgl. José María Maravall, El desarrollo económico y la clase obrera, Barcelona 1970, S. 95 f.
22) Pinilla de las Heras, Los empresarios y el desarrollo capitalista. El caso catalán, Barcelona 1968, S. 193.

Politisierung dieser Auseinandersetzungen als in demokratisch verfaßten Staaten. Die Entscheidung eines Tarifkonflikts per ministeriellem Dekret, die sofortige geräuschvolle Auffahrt von Guardia Civil und Policia Armada bei jeder Arbeitsniederlegung, die unsichere Situation klassenbewußter Betriebsräte, die stets von Absetzung und Entlassung bedroht sind, lassen den Arbeitnehmern den *Staat* als unmittelbaren Gegner selbst bei vergleichsweise geringfügigem Anlaß erscheinen. Konflikte, die sich im bürgerlich-demokratischen Staat als regional und auf Industriezweige begrenzt darstellen, eskalieren in Spanien sofort zu Auseinandersetzungen mit der Staats*macht* über die Staats*form*. Da neben den jeweiligen materiellen Forderungen bei jedem Arbeitskonflikt auch die Grundforderung nach Koalitions- und Redefreiheit, nach Bürger- und Menschenrechten zumindest unterschwellig mitgestellt wird, ist ständig das gesamte politisch-gesellschaftliche System in — für die Unternehmer — unerträglichem Ausmaß in Frage gestellt. Das Klassenbewußtsein der meisten spanischen Arbeiter ist daher auch deutlich höher als das vergleichbarer Schichten in den EG-Staaten (evtl. mit Ausnahme Italiens).

3) Statt die wissenschaftliche Forschung in Spanien zu fördern, lockte die Regierung Auslandskapital in riesenhaftem Ausmaß ins Land und machte gleichzeitig die nationale Industrie in einem Umfang von ausländischem „Know-how" und Patenten abhängig, der zur Bedrohung jeder eigenständigen industriellen Entwicklung werden kann. Der relative Aufwand für den Kauf von Patenten und für „royalties" ist schon jetzt um ein Mehrfaches höher als in den EG-Staaten [23]).

4) Die Fortsetzung der Diktatur wird auf absehbare Zeit ein Arrangement mit der EG — und erst recht die Vollmitgliedschaft — verhindern. Die spanische Exportwirtschaft, die sich längst nicht mehr nur auf Zitrusfrüchte und Wein stützt, sondern in erster Linie industrielle Fertigprodukte umfaßt, ist aber darauf angewiesen, stärker in Europa Fuß zu fassen, um von ihren langfristig ungesicherten bisherigen Hauptmärkten (Südamerika und arabische Länder) unabhängiger zu werden.

Ohne die personelle Verflechtung der maßgeblichen Kapitalfraktionen mit den politischen Trägern des gegenwärtigen Regimes unterschätzen zu wollen [24]), scheint es also durchaus denkbar, daß auch das spanische Monopolkapital vor dem Konfliktpotential zurückschreckt, das sich vor einer Regierung Juan Carlos auftürmt, und sich langfristig für die parlamentarisch-demokratische Alternative entscheidet.

III

Die Chancen für eine solche Entscheidung der Konservativen und der Technokraten (die es nicht nur beim Opus gibt) sind in den letzten Jahren und ganz besonders im Jahr 1974 erheblich gestiegen. Dazu trugen außenpolitische ebenso wie innenpolitische Entwicklungen bei, von denen hier nur die wichtigsten erwähnt werden sollen. Der Beinahe-Wahlsieg der Volksfront in Frankreich und die verheerende Niederlage der Rechten in Italien beim Referendum über die Ehescheidung verstärkten bei der spanischen Rechten das Gefühl der Isolation und des immer aussichtsloseren Ankämpfens gegen eine unaufhaltsame Entwicklung. Zu einem wahren Erdrutsch im Bewußtsein des Regierungslagers ebenso wie bei der Opposition führte aber erst der Sturz des Caetano-Regimes

23) Vgl. M. Martínez Cuadrado, Anuario Político Español 1969, Madrid 1970, S. 491 f.
24) Nähere Angaben über diese „Blutsbande" bei Quijada/Rachdorf, a. a. O., S. 34 f.

in Portugal und die von den portugiesischen Militärs im Bunde mit den Linksparteien eingeleitete Demokratisierung. Spanische Oppositionspolitiker vergleichen die Auswirkungen der Revolution des 25. April auf die öffentliche Meinung Spaniens allein mit der Niederlage der Achsenmächte im Jahre 1945; das Klima des „Fin de Régime" ist in Spanien schon fast mit Händen greifbar. Die Situation ist gekennzeichnet durch totale Unsicherheit und Konfusion bei der herrschenden Machtkoalition, die fassungslos das klägliche Ende der fünfzigjährigen, scheinbar so gefestigten Diktatur im Nachbarland vor Augen hat und durch das selbstbewußte Auftreten einer geeinigten demokratischen Opposition, deren Einfluß in den Betrieben, in der Presse, in den Berufsverbänden und selbst auf der Straße das Regime außer der Polizei offenbar nichts mehr entgegenzusetzen weiß. Aber selbst den Bewaffneten traut man nicht mehr über den Weg: die Panzerverbände zum Beispiel, die bisher in dem Kasernenkomplex zwischen den Madrider Vororten Carabanchel und Mostoles stationiert waren, wurden nach dem Putsch in Portugal dort abgezogen und in andere Landesteile verlegt; in Madrid verblieben sind nach Abzug dieser Bürgerkriegstruppe par excellence nur noch technische Einheiten, die notfalls von der besonders regimetreuen und besser bewaffneten Guardia Civil zusammengeschossen werden können. Die seit 1936 ausgegebene Parole, das Heer werde immer dann intervenieren, wenn die Einheit der Nation bedroht sei und die Regierung funktionsunfähig zu werden drohe, schlägt jetzt auf ihre Propagandisten zurück [25]).

Daß sich die portugiesischen Ereignisse in Spanien wiederholen werden, ist indessen kaum anzunehmen. Anders als in Portugal ist in Spanien die Armee nicht die einzige organisierte Macht, die größere Wandlungsprozesse initiieren kann. Die spanische Gesellschaft ist komplexer als die portugiesische und weist schon heute eine Reihe von Sektoren auf, die von der Opposition stärker kontrolliert oder zumindest beeinflußt werden als vom Regime (Gewerkschaften, Berufsverbände, Medien). Was aber geschieht, wenn sich die maßgeblichen gesellschaftlichen Sektoren auf das gemeinsame Minimalprogramm der demokratischen Opposition einigen (freie und geheime Wahlen, Koalitions- und Pressefreiheit, Amnestie) und das Militär keinen Finger mehr für die Regierung rührt? Genau dies hatte nämlich der ausgeschiedene Stabschef Diez-Alegría angekündigt: absolute Neutralität des Heeres in allen politischen Fragen, aber Verhinderung gewaltsamer Ausschreitungen — was sich gegen die Faschisten ebenso richtet wie gegen gewisse ultralinke Splittergruppen.

Auch die spanischen Linksparteien werden von den Mittelschichten heute nicht mehr als unmittelbare Bedrohung ihrer materiellen Lage empfunden. Anders als in den durch wirtschaftliche Stagnation gezeichneten 40er und 50er Jahren, in denen soziale Gerechtigkeit nur durch sofortige Umverteilung des Besitzes, die Besserstellung der Unterschichten also nur durch unmittelbare Schlechterstellung der Mittel- und Oberschicht zu erreichen war und alle Aktionen der sozialistischen Linken daher einen Alles-oder-nichts-Charakter trugen, betrieben Sozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten in den vergangenen Jahren eine realistische, problemorientierte Politik — in den Arbeiterkommissionen ebenso wie bei der Organisierung anderer gesellschaftlicher Bereiche (als Beispiele mögen die Verbände der Ärzte und Rechtsanwälte gelten, die auf eine kompromißlose antifranquistische Politik eingeschwenkt sind). Erfolge bei der Durchsetzung von Arbeitnehmerforderungen verstärkten diesen Pragmatismus der Linken und führten ihr immer weitere Teile der politisch bewußter werdenden Werktätigen und der Intelligenz zu. Sozialisten und Kommunisten konnten über-

[25]) Vgl. Raúl Morodo, Portugal y España: incidencias políticas, in: „Cambio 16", 134/1974.

zeugend darlegen, daß es ihnen nicht um den „kommunistischen Umsturz" geht, sondern um das Erreichen der Entwicklungsstufe der bürgerlichen Demokratie, um endlich Anschluß an die Entwicklung der europäischen Nachbarn zu finden. „Kann man uns beschuldigen", so fragte der PCE-Generalsekretär Santiago Carrillo, „auf die Diktatur des Proletariats verzichtet zu haben, wenn wir die Alternative der politischen Freiheit unterstützen? Sicher nicht, denn die Ersetzung der franquistischen Diktatur durch eine Diktatur des Proletariats ist eine absolute Unmöglichkeit" [26]). Stattdessen propagieren die spanischen Kommunisten den „Pacto para la libertad", das Bündnis für die Freiheit, eine umfassende Koalition aller demokratischen Oppositionsparteien von den Kommunisten bis zu den Christdemokraten.

Eine solche Koalition aller antifranquistischen und demokratischen Parteien, die die Voraussetzung für den Übergang zu einer freiheitlichen Ordnung ist, ist erstmals in greifbare Nähe gerückt. Das Beispiel Portugal hat viel dazu beigetragen, früher bestehende Animositäten und allfälliges Mißtrauen zwischen den Oppositionsparteien abzubauen. Die „Sozialistische Partei im Inneren" (PSI) unter Führung von Tierno Galván, die aus Furcht vor dem Übergewicht der Kommunisten früher vor einem Bündnis mit dem PCE zurückschreckte, erklärte nach dem 25. April ihre Bereitschaft zur sofortigen Bildung einer Koalitionsregierung mit den Kommunisten und den Christdemokraten. Die Ergebnisse der neuesten Meinungsumfragen dürften dem PSI diesen Schritt erleichtert haben (s. u.). Auch die hauptsächlich im Exil organisierten „orthodoxen" Sozialdemokraten im PSOE (Partido Socialista Obrero Español) ließen schon 1972 eine gewisse Bereitschaft zum Bündnis mit dem alten kommunistischen „Intimfeind" erkennen.

Im katholischen Lager richtet sich die Aufmerksamkeit vor allem auf den Exponenten des Linkskatholizismus, den Madrider Anwalt und vom Regime abgefallenen früheren Minister Francos Joaquin Ruiz-Giménez. Den konservativ-christdemokratischen Richtungen, die von Fraga Iribarne oder Silva Muñoz (beide ebenfalls Exminister) repräsentiert werden, hat die von Ruiz-Giménez geführte Gruppe voraus, bereits über einen funktionierenden, politisch-organisatorischen und publizistischen Apparat („Cuadernos para el Dialogo") zu verfügen. Mit dem PSI und PSOE steht Ruiz-Giménez seit langem in engem Kontakt; daß er sich auch mit dem PCE rechtzeitig arrangieren wird, ist sehr wahrscheinlich. Dafür spricht unter anderem, daß er wiederholt als Anwalt in demonstrativer Weise die Verteidigung angeklagter kommunistischer Gewerkschaftsfunktionäre (darunter des legendären Madrider Arbeiterführers Marcelino Camacho) übernommen hat. Auch beim Prozeß gegen Luis Corvalán in Santiago de Chile wird Ruiz-Giménez als Verteidiger auftreten.

Hier bekommen auch die beiden in den letzten Wochen in Paris und Madrid geschlossenen politischen Allianzen ihren Stellenwert: die Kommunisten versuchen mittels der „Demokratischen Junta" (bis jetzt mit einer Fraktion der Liberalen um den Herausgeber der 1971 verbotenen Abendzeitung „Madrid", Calvo Serer), die Christdemokraten mittels der „Demokratischen Konferenz" (mit kleineren sozialdemokratischen Gruppen) ihre Ausgangsposition für kommende Koalitionsverhandlungen zu verbessern. Eine neue Frontstellung antagonistischer Gruppen drückt sich in diesen Zusammenschlüssen nicht aus, was auch durch das Fernbleiben des PSI von beiden Allianzen unterstrichen wird.

Eine im Mai von der (oppositionellen) Madrider Wirtschaftszeitung „Cambio 16" durchgeführte Umfrage läßt erkennen, daß bei freien Wahlen der größte Stim-

[26]) Santiago Carrillo, Libertad y socialismo, Paris 1971, S. 28.

menanteil den Sozialisten und Kommunisten zufallen würde, während die Christdemokraten und die klassische Rechte (Movimiento) auf etwa gleich große Stimmenanteile rechnen könnten [27]). Schon 1968 hatte eine repräsentative Umfrage bei Personen unter 30 Jahren ergeben, daß 47 % der Befragten für eine pluralistische Demokratie eintraten, während nur 13 % meinten, eine bestimmte politische Gruppe solle im Namen aller die Macht ausüben. 18 % waren der Auffassung, eine „Führerpersönlichkeit" solle allein regieren, und 22 % gaben keine Antwort [28]).

Das sind schlechte Auspizien für die Fortdauer der Diktatur, unter welcher politischen Galionsfigur auch immer. Das spanische Volk ist weniger bereit denn je in den 35 Jahren der Diktatur, den autoritären Staat noch länger hinzunehmen.

„Einheit der Nation" und „Kulturnation" als Kampfbegriffe

Von Volker Gransow

I

Am 27. September 1974 nahm die Volkskammer der DDR eine Reihe von Verfassungsänderungen vor, zu denen auch die Präzisierung und soziale Fixierung des Begriffs „Nation" gehörte; statt die DDR als „sozialistischen Staat deutscher Nation" zu bezeichnen, wurde sie nun als „sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern" charakterisiert. Obschon in der alten Fassung vom 6. April 1968 dieser deutschen Nation der „Weg in eine Zukunft ... des Sozialismus" (Präambel) gewiesen werden sollte, gab man sich in der Bundesrepublik Deutschland betroffen. So kommentierte Egon Franke, Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen: „Mit einer Kurzsitzung der Volkskammer glaubt sich die DDR aus der deutschen Geschichte fortstehlen und quasi mit einem Federstrich für ihren Bereich mehrere hundert Jahre deutscher Vergangenheit ausstreichen zu können" [1]).

Es zeigt sich, daß die Entschließung der Volkskammer für führende Politiker der BRD nicht etwa Denkanstoß für eine Reflexion des sozialen Charakters der Nation in der BRD war, sondern daß weiterhin der expansive Begriff einer „deutschen Nation" gegen die DDR vertreten werden soll. Helmut Kohl z. B. erklärte, es gelte, „das Bewußtsein einer zusammengehörigen einheitlichen deutschen Nation durch konkrete Politik zu erhalten und zu fördern" [2]). In einer Erklärung vom 27. September 1974 teilte die Bundesregierung mit, daß sie „unverändert an der deutschen Nation festhält", und wiederholte ausdrücklich die Formulierung der Regierungserklärung vom 18. Januar 1973, in der es hieß: „In dieser Ge-

27) Más democracia, in: „Cambio 16", 133/1974.
28) José R. Torregrosa, La juventud española. Conciencia generacional y política, Barcelona 1972, S. 156 f.
1) RIAS Berlin, 6. 10. 1974. Nach dem Motto „Wer bietet mehr?" stahl sich die DDR bei Peter Merseburger nicht mehr nur aus mehreren hundert, sondern bereits aus 1000 und bei Bloch gar aus 2000 Jahren deutscher Geschichte und Kultur. Vgl. „Panorama", ARD, 7. 10. 1974.

schichte, wie in der unzerstörbaren Gemeinsamkeit der Sprache, der Kunst, der Kultur und des geistigen Lebens lebt die Nation fort, auch in der Trennung" [3]).

Diese wie andere offizielle und offiziöse Erklärungen machen deutlich, daß die „deutsche Nation" die Bevölkerungen der BRD und der DDR umschließen soll, und zwar angesichts der Existenz zweier voneinander unabhängiger Staaten vorwiegend auf den Gebieten des Bewußtseins oder der Kultur.

Im folgenden soll anhand einiger kritischer Anmerkungen zu diesen Begriffen ihre Realitätsferne und ihre Funktion als Kampfbegriffe einer anachronistischen außenpolitischen Strategie zu charakterisieren versucht werden. Dabei wird — da die Darlegungen der Politiker oft sehr apodiktischen Charakters sind — zum Teil auf die jüngst vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen vorgelegten „Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1974" zurückgegriffen. Diese „Materialien" wurden von einer aus 52 Mitgliedern bestehenden Kommission unter Leitung des bekannten „DDR-Experten" Peter Christian Ludz zusammengestellt. 154 Seiten der Studie sind dem Thema „Nation" gewidmet, wobei die Schlußfolgerungen der Autoren den politischen Aussagen der Bundesregierung entsprechen.

II

Es ist hier nicht der Ort, die zahlreichen mit der Interpretation des Begriffs „Nation" verbundenen theoretischen Fragen zu diskutieren. Vielmehr soll zunächst festgehalten werden, daß über einige Kriterien der Nation Einigkeit — auch zwischen Marxisten und Nichtmarxisten — besteht, wenngleich für Marxisten die sozialökonomische Seite ausschlaggebend ist. Als gemeinschaftsbildende Faktoren im Entwicklungsprozeß der Nation benennen etwa die Marxisten Manfred Buhr und Alfred Kosing Gemeinsamkeiten des Wirtschaftslebens, des Territoriums, der Sprache, der Kultur und der Sozialpsyche [4]). Ähnlich spricht der dezidiert konservative Wissenschaftler Eugen Lemberg von Sprache, Abstammung, Kulturgemeinschaft, Geschichtsbild und Staatszugehörigkeit als Kriterien der Nationalität [5]).

Staat

Bis 1969 wurde von der Bundesregierung und zahlreichen ihr folgenden Wissenschaftlern nicht nur die nationale Unabhängigkeit, sondern sogar die staatliche Qualität der DDR bestritten. Es wurde „juristisch" behauptet, daß die Bundesrepublik Deutschland das untergegangene Deutsche Reich fortsetze und mit diesem völkerrechtlich identisch sei, während die „SBZ" keine Staatseigenschaften besitze. Durch „Politik der Stärke" sollte die DDR liquidiert werden; so konnte z. B. noch 1965 der „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen" äußerst konkrete Vorschläge machen, wie nach der „Wiedervereinigung" eine „im Grundsatz marktwirtschaftliche" [6]) Eigentums- und Sozialordnung in „Mitteldeutschland" eingerichtet werden sollte.

[2]) „Deutschland-Union-Dienst" v. 1. 10. 1974.
[3]) „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung" v. 26. 9. 1974.
[4]) Vgl. Manfred Buhr/Alfred Kosing, Kleines Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie, Berlin (DDR) 1974, S. 192.
[5]) Vgl. Eugen Lemberg, Nationalismus II. Soziologie und politische Pädagogik, Reinbek 1964, S. 34 ff.
[6]) Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Vierter Tätigkeitsbericht 1961/1965, Bonn und Berlin (West) 1965, S. 20.

Dieser Politik gemäß wurde damals auch vom Bundesverfassungsgericht die staatliche Existenz der DDR negiert [6a]). Durch die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses und den langen Kampf demokratischer Kräfte in der BRD und in anderen Ländern für die Anerkennung der DDR mußte die „Roll back"-Politik aufgegeben und durch den Grundlagenvertrag die DDR anerkannt werden.

Damit mußte auch das Argumentationsmuster „Die Zone ist kein Staat" fallengelassen werden; stattdessen wurde jetzt das Muster „Wir sind doch alle Deutsche" in den Vordergrund geschoben. So vertritt das Bundesverfassungsgericht zur Zeit die These, daß ein gesamtdeutsches Staatsvolk weiterexistiere, jedoch in zwei Staaten, die mit dem Deutschen Reich identisch seien [7]). Der DDR wird großmütig die Selbständigkeit ihrer politischen Ordnung eingeräumt, während mit der Behauptung vom „gesamtdeutschen Staatsvolk" weiterhin die „juristische Legitimation" für eine annexionistische Politik bereitgehalten wird.

Aus der nicht zu übersehenden Staatsqualität der DDR werden keine Schlußfolgerungen für die Frage der Nation gezogen. So können z. B. die Autoren der „Materialien" natürlich nicht umhin, die DDR als Staat zu begreifen, stellen dann aber die Frage, „inwieweit aus der staatlich unterschiedlichen Organisation auch eine Auflösung der nationalen Einheit zugunsten zweier Nationen erfolgt."

Ihre Antwort auf diese Frage lautet: „Nach dem Prinzip der Volkssouveränität ist hierfür dasjenige Legitimationseinverständnis maßgebend, das die demokratisch verfaßte Nation einer politischen Ordnung erteilt. In der Bundesrepublik hat das deutsche Volk der staatlichen Ordnung des Grundgesetzes ein solches Legitimationseinverständnis erteilt; es hat jedoch nicht der staatlichen Teilung Deutschlands zugestimmt. Für die DDR läßt sich nachprüfbar ein entsprechendes Legitimationseinverständnis nicht feststellen. Daher kann aus der Existenz zweier deutscher Staaten nicht geschlossen werden, daß das deutsche Volk seinen Anspruch auf nationale Einheit aufgegeben oder verloren hat" [8]).

Dazu läßt sich u. a. feststellen:

1) Dieser Schluß ist von zwingender Unlogik: Nur weil den Autoren der „Materialien" das Legitimationseinverständnis der DDR-Bürger nicht nachprüfbar erscheint, existiert „die Nation" weiter.

2) Die Bevölkerung der BRD hat über das Grundgesetz nicht abstimmen können.

3) Das Legitimationseinverständnis der DDR-Bürger mit ihrem Staat kann gar nicht dem in der BRD herrschenden „entsprechen", weil die politischen und sozialökonomischen Systeme und mit ihnen bürgerliches und sozialistisches Demokratieverständnis sich eben nicht „entsprechen".

Erheblich wissenschaftlicher als die Politiker-Aussagen „Die Nation ist unteilbar, weil sie unteilbar ist" sind die zitierten Ausführungen in den „Materialien" wohl nur im Duktus.

Immerhin scheint man sich der Schwäche des eigenen Standpunkts in dieser Frage bewußt zu sein. Um trotzdem „Ansprüche" auf die DDR formulieren zu können, läßt man „die Nation" hauptsächlich in Sprache, Gefühl und Kultur weiterleben. Auch werden Kommunikationen wie Verwandtschaft, Postverkehr und Reisen in den „Materialien" als Belege für die Fortexistenz „der Nation" herangezogen. Diese Argumentation einmal akzeptiert (obwohl es auch mit Frankreich, Belgien,

[6a]) Vgl. Urteil des BVG vom 26. 3. 1957, BVerfGE 6, S. 309 ff.
[7]) Vgl. Urteil des BVG zum Grundvertrag vom 31. 7. 1973, in: „Neue Juristische Wochenschrift", Jg. 1973, S. 1540 ff.
[8]) Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1974, Bonn 1974, S. 79 f.

Österreich, der Schweiz usw. zahlreiche Kommunikationen gibt), läßt sich festhalten, daß in den „Materialien" hier Trend-Aussagen vermieden werden — und dieser Trend scheint etwa bei Verwandtschaftsbeziehungen und Postverkehr rückläufig zu sein [9]).

Sprache und Kultur

In der DDR wie der Bundesrepublik wird deutsch gesprochen. Allerdings auch in Österreich, der Schweiz, in bestimmten Gebieten Belgiens, Frankreichs, Rumäniens, Ungarns, der USA und der Sowjetunion. Der Verweis auf die Gleichartigkeit der Sprache vermag ohne den Hinweis auf andere Kriterien die Behauptung von der Einheit „der Nation" nicht zu rechtfertigen. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß in beiden deutschen Staaten zwar Grammatik und Syntax übereinstimmen, im Wortschatz aber starke Differenzierungen zu finden sind [10]). Auch hier scheint der Trend nicht in Richtung Vereinheitlichung zu gehen.

„Sprache" und „Kultur" lassen sich kaum getrennt behandeln, weil Sprache dem Kulturbereich zuzuordnen ist. Kultur ist nun ein sehr vielschichtiger Begriff. Unter den rund 300 Kulturdefinitionen finden sich so entgegengesetzte wie die von Karl Steinbuch, daß die „menschliche Kultur ... das Werk einer erstaunlich geringen Anzahl von Menschen" [11]) sei, und die marxistische Auffassung, Kultur als *Seite* des gesamten gesellschaftlichen Lebens sei vom Arbeitsprozeß dominiert [12]).

Es wird kaum bezweifelt, daß Kultur im engeren Sinne Kunst und Literatur, Bildung und Wissenschaft einbegreift. Ebenso ist allerdings unumstritten, daß z. B. bei Bildung und Wissenschaft eine „Kluft" [13]) zwischen beiden Staaten besteht.

Das bereits eingangs erwähnte Argument vom „Sichfortstehlen" der DDR aus der gemeinsamen deutschen Geschichte und dem deutschen Kulturerbe fällt in mancher Hinsicht auf seine Urheber zurück. Die DDR weist auf die Existenz dieses Erbes ja immer wieder nachdrücklich hin, zuletzt bei der Interpretation des Volkskammer-Beschlusses vom 27. September [14]). Und was die Pflege progressiver und humanistischer deutscher und europäischer Kulturtradition und ihre Erschließung für alle Kreise der Bevölkerung, nicht nur eine schmale Schicht von „Gebildeten", angeht, braucht die DDR vom Land der „Bild"-Zeitung und der Regenbogenpresse wohl kaum Belehrungen.

Ein weiteres Argument für die Weiterexistenz der deutschen Kulturnation wird in den „Materialien" wie folgt formuliert: „Im ganzen wird man davon ausgehen können, daß Kunst und Literatur der DDR prinzipiell in der Bundesrepublik Deutschland weit verbreitet wird" [15]). Diese Formulierung ist einfach empirisch falsch, wenn man sie z. B. am „Deutschen Buchverzeichnis" seit 1951 mißt und nicht nur an der Entwicklung in allerletzter Zeit; als Ursache für den inzwischen gestiegenen Konsum von DDR-Literatur kann aber ein Anwachsen der demokratischen und sozialistischen Bewegung um ein damit verbundenes gestiegenes Interesse am Sozialismus in der DDR vermutet werden — nicht allzu viele Bundesbürger werden DDR-Literatur erstehen, um der Regierung ihr „Kulturnationalbewußtsein" zu demonstrieren [16]).

9) Vgl. Gebhard Schweigler, Neue Fehler mit alten Zahlen, in: „Die Zeit" v. 20. 9. 1974.
10) Vgl. Zum öffentlichen Sprachgebrauch in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR, Düsseldorf 1973.
11) Karl Steinbuch, Falsch programmiert, München 1969, S. 179.
12) Vgl. Volker Gransow, Dialektik und Kultur, in: Hegel-Jahrbuch 1974 (erscheint Köln 1975).
13) Arthur Hearnden, Bildungspolitik in der BRD und DDR, Stuttgart 1973, S. 272.
14) Vgl. Dr. H., In Übereinstimmung mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit, in: „Neues Deutschland" v. 2. 10. 1974.
15) Materialien . . ., S. 73.
16) Vgl. Gerd Deumlich, Grundgesetz, Freiheit des Geistes und Einheit der deutschen Kultur, in: „kürbis-

Recht haben die Verfasser der „Materialien", wenn sie bemerken, daß die kulturelle Produktion in der Bundesrepublik „von den Regeln des Marktes, seiner Organisation" [17]) abhängig ist. Wie recht sie haben, erwies sich, als im Zeichen der Papier- und Buchkrise unlängst mehrere Verlage ihr Programm stark reduzierten und zahlreiche — oft kritisch eingestellte — Mitarbeiter entließen. Einen solchen Vorgang dann noch „Verschlankung" zu nennen, ist ein Beispiel für sprachlich-kulturelle Differenzierung. Ein Beleg für die einheitliche Kulturnation ist es nicht.

III

In den vorangegangenen Bemerkungen konnten nur einige wenige Aspekte der erwähnten Begriffe angesprochen werden. Doch es wurde bereits deutlich, daß die Behauptung von einer fortbestehenden Einheit „der Nation", auch der „Kulturnation", sich nicht halten läßt. Tatsächlich ist kaum anzunehmen, daß die Bundesregierung und ihre wissenschaftlichen Kommissionen derart borniert sind, wirklich nicht zu sehen, daß „die gesellschaftspolitischen Gegensätze zu nationaler Trennung führen" [18]), wie Theodor Eschenburg schon 1959 notierte.

Vielmehr ist es so, daß angesichts der realen Entwicklung in der DDR Formeln wie „Die Bundesrepublik wird immer stärker, die Zone immer schwächer" [19]) kaum noch verwendet werden können. Neue konkrete Entspannungsschritte deuten sich gegenwärtig an, darunter auch eine Verbesserung des Ost-West-Reiseverkehrs.

Die innere Situation der Bundesrepublik und anderer kapitalistischer Staaten ist düster, die Inflation hat inzwischen auch vor der Verwendung des Begriffs „Krise" nicht haltgemacht; Günter Schmölders z. B. stellt eine „Weltuntergangsstimmung, die zur Zeit an allen Börsen herrscht" [20]), fest.

Vor diesem Hintergrund kann das Beharren auf den Kampfbegriffen einer prinzipiell bereits gescheiterten außenpolitischen Strategie nur entweder als ideologisches Rückzugsgefecht verstanden werden oder — schlimmer — als Wiederbelebung eines ethnischen Nationalbegriffs, der in der deutschen Geschichte und damit Kultur weniger mit Kultur als mit Krieg und Zerstörung verbunden ist [21]). In jedem Fall ist eine Trennung von diesen Begriffen angebracht; eine solche Trennung könnte vielleicht auch geeignet sein, die Verdunklung der eigentlichen nationalen Frage der Bundesrepublik wie anderer kapitalistischer Länder zu beenden: der Frage nach der Beziehung von Lohnabhängigen und (übrigens international organisierten) Kapitaleignern.

---

kern", Heft 4/1974.
17) Materialien . . ., S. 74.
18) Theodor Eschenburg, Die deutsche Frage. Die Verfassungsprobleme der Wiedervereinigung, München 1959, S. 20.
19) „Christ und Welt" v. 16. 6. 1961.
20) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 26. 10. 1974.
21) Vgl. z. B. Karl-Dietrich Bracher, Stichwort „Nationalstaat", in: Staat und Politik, Frankfurt/M 1962, S. 199.

Medienkritik

KRITIK OHNE PERSPEKTIVE

Gerhard Bott wartete mit Zahlen auf. In seiner Fernsehdokumentation *„Konzerne, die die Welt regieren. Herrschaft ohne Kontrolle"* (ARD, 30. 10.) erfuhr man, daß nur 10 Automobilkonzerne einen jährlichen Gesamtumsatz von 100 Mrd $ machen, sich nur 10 Konzerne der Elektroindustrie 80 Mrd zu teilen hätten, die 10 führenden Chemie- und Pharmaziegiganten ca. 50 Mrd und lediglich 7 Erdölgesellschaften 100 Mrd im Jahr verbuchen, daß der größte Konzern die Exxon-Esso sei, in deren Reich die Sonne nicht untergehe, und daß 24 der 50 größten „Multis" ihren Sitz in den USA haben.

Ziel solcher Faktenpräsentation konnte nur das Auslösen von Erstaunen sein. Wer indessen angesichts der Bilanz des Bestehenden etwas über die Ursachen internationaler Monopolisierung wissen wollte, sah sich getäuscht. Kein Wort darüber, welche Gesetzmäßigkeiten der Kapitalbewegung sich hinter dieser Entwicklung verbergen oder welche Funktion dem kapitalistischen Internationalisierungsprozeß in Zusammenhang mit spezifischen Verwertungserfordernissen zukommt. Selbst wenn es um die Schilderung der politischen und ökonomischen Machtausübung der internationalen Konzerne ging, die sogenannte Ölkrise als bewußt herbeigeführtes Debakel im Dienste der Profitmaximierung und die 160 Mio ITT-Dollars als Investition zum Sturz der chilenischen Volksfrontregierung ausgewiesen wurden, blieben die wirklichen Entstehungsursachen im dunkeln.

Es sei dennoch ein verdienstvolles Unterfangen, in einem Beitrag zur besten Sendezeit Informationen über die Machenschaften der Multis zu transportieren, kann hingegen nur derjenige behaupten, der die Absicht solcher Unterlassung nicht verfolgte. Nicht nur, daß hinter der Darstellung organisierter Konzernstrategien in bezug auf billigen Rohstofferwerb, billigste Produktions- und günstigste Investitionsbedingungen usw. die Ausbeutung der Lohnarbeit und damit das Problem des Klassenantagonismus vollständig verschwand. Den eigentlichen Coup landete Bott mit Pepsi-Cola. Dessen lizenzierte Herstellung in der UdSSR lieferte den willkommenen Anlaß, die „Zentralplaner der Kommunisten" mit den „Zentralplanern der Multis" auf eine Ebene zu stellen. „Staatskapitalisten" und Privatkapitalisten, so Bott, verstünden sich: In beiden ihnen unterstellten Systemen sei für öffentliche Kontrolle kein Platz und seien die Arbeiter folgsam — was dann nur allzu selbstverständlich zu dem Schluß führt: „Multis und Kommunisten arbeiten gern zusammen."

Eben dieser Konsequenz bedurfte es, um die Beantwortung der Frage nach Antistrategien in die gewünschte Richtung zu lenken. Der reale Sozialismus, auf diese Weise wirkungsvoll der Kumpanei mit den Konzernen beschuldigt, mußte aus den Überlegungen ausgeschlossen werden, die nach Mitteln der Gegenwehr suchten. Schon der Vorspann des Berichts legte diese Schlußfolgerung nahe. Symbol für den „welt"-weiten Einfluß der „Welt"-Unternehmen wurde das Bild der freischwebenden, aber im Kranz der mächtigsten Konzerne eingekeilten Erdkugel. Kein Wunder also, wenn sich angesichts der schlagenden Tatsachen über die Praktiken internationaler Konzerne nichts als Resignation breit machte. Das rechte Lob zur „sehr guten Sendung" spendete denn auch diesbezüglich eine Springer-Gazette: „Gerhard Bott zeichnete ... ein bedrückendes Bild. Beim Zuschauer blieb ein Unbehagen, weil es offenbar keine Möglichkeit gibt, die Konzerne zu kontrollieren" („Hamburger Abendblatt" vom 31. Oktober).

Die systematische Erzeugung der hier konstatierten Hilflosigkeit war die Hauptfunktion der Sendung. Verbal wie bildhaft wurde dem Zuschauer seine Ohnmacht vorgezeigt. Ob der Kommentar die Bedeutung der internationalen Gewerkschaftsbewegung herabspielte, oder ob der Betrachter von der Kamera bei Aufnahmen der konzerneigenen Verwaltungspaläste in die Froschperspektive gezwungen wurde: Bott hat brillant demonstriert, wie man mit vielen Fakten jegliche Perspektive verstellen kann.

Bärbel Kirchhoff

Autoren dieses Heftes

EHRLER, Klaus, M. A., geb. 1930 in Leipzig, Studium der Geschichte, Physik und Philosophie, Lektor, stellvertretender Vorsitzender der Regionalkonferenz Westberlin der CFK (Christliche Friedenskonferenz, Prag); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *STORCK, Heinz-Hermann*, geb. 1951 in Herford, studiert Volkswirtschaft an der Universität Saarbrücken; Vorstandsmitglied im Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) und Mitglied des Bundesvorstandes des Liberalen Hochschulverbandes (LHV); hochschulpolitische Veröffentlichungen. *** *ALBERS, Detlev*, geb. 1943 in Goslar, Studium der Rechts- und Sozialwissenschaften, Assistenzprofessor am Studienbereich Arbeitslehre/Politik der Universität Bremen, Mitglied des Hamburger Landesvorstandes und des Bundesausschusses der Jungsozialisten; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SPOO, Eckart*, geb. 1936, Studium der Germanistik, Publizistik, Soziologie und Philosophie an der FU Berlin und an den Universitäten Zürich, Hamburg und Frankfurt/M, Redakteur der „Frankfurter Rundschau", Bundesvorsitzender der Deutschen Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SCHLEIFSTEIN, Prof. Dr. Josef*, geb. 1915 in Lodz, Leiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen in Frankfurt/M Zahlreiche Veröffentlichungen zu Problemen des Marxismus und der Arbeiterbewegung. *** *SCHILLER, Dr. Theo*, geb. 1942 in Unterberken/Württ. Hochschullehrer für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg, Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten (DJD). *** *IPSEN, Dr. Dirk*, geb. 1939 in Königsberg, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Politische Ökonomie, Statistik und Ökonometrie; Zeitschriftenveröffentlichungen zur Wirtschaftskybernetik und ökonomischen Stabilitätsfragen. *** *MAIER, Lothar P., M. A.*, geb. 1944 in Wolfach (Baden), Studium der Politologie, Soziologie und Geschichte in Tübingen und Madrid, derzeit Doktorand an der Universität Tübingen; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GRANSOW, Dr. Volker*, geb. 1945 in Karlshöfen, Diplom-Politologe, Teilzeit-Assistent an der FU Berlin; Buchveröffentlichung: Kulturpolitik in der DDR (erscheint März 1975); Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KIRCHHOFF, Bärbel*, geb. 1948 in Haan, studiert Soziologie und Politologie an der Universität Marburg.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Neunzehnter Jahrgang · Heft 11/1974

Herausgeber

HILDE BENTELE †
WILFRIED FRHR. V. BREDOW
GERHARD GOLLWITZER †
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER †
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL †
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats Oktober 1974

1. 10. — F D P. Auf dem 25. Bundesparteitag der Freien Demokratischen Partei in Hamburg (30. 9. — 2. 10.) wird Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher mit 276 (von 358 gültigen) Stimmen bei 58 Gegenstimmen und 24 Enthaltungen zum neuen Parteivorsitzenden gewählt; Genscher tritt die Nachfolge von Walter Scheel an. Die Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden entscheidet Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs (208 Stimmen) zu seinen Gunsten. Gegenkandidat ist Bundesinnenminister Werner Maihofer (190 Stimmen). Das Amt des neuen Generalsekretärs übernimmt der Bundestagsabgeordnete Martin Bangemann.

3. 10. — I t a l i e n. Die Regierung unter Ministerpräsident Mariano Rumor tritt zurück. Unmittelbarer Anlaß sind öffentlich ausgetragene Meinungsverschiedenheiten zwischen Sozialdemokraten und Sozialisten; beide Parteien gehören der Regierung an. — Am 25. 10. gibt der Parteisekretär der Christlichen Demokraten (DC), Amintore Fanfani, einen ihm am 14. 10. erteilten Auftrag zur Regierungsbildung an Staatspräsident Leone zurück. — Am 30. 10. wird Außenminister Aldo Moro (DC) von Leone mit der Regierungsbildung beauftragt.

4. 10. — B R D / D D R. Der Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär Klaus Bölling, teilt in einer Fernsehsendung mit, es gebe neben den Kontakten der beiden Ständigen Vertreter von BRD und DDR in Bonn bzw. Berlin einen schriftlichen Meinungsaustausch zwischen SED-Sekretär Erich Honecker und Bundeskanzler Helmut Schmidt. Bölling bestätigt damit Pressemeldungen aus den vorangegangenen Tagen. Bei der Korrespondenz, über die die Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen

und die zuständigen Ressortminister unterrichtet seien, gehe es um alle Themen, von deren Klärung man sich eine „bessere Qualität in den Beziehungen" zwischen beiden Staaten erhoffe.

6. 10. — DDR. Am Vorabend des 25. Jahrestages der Gründung der DDR findet in Berlin eine Festveranstaltung statt. Hauptredner sind der Erste Sekretär des ZK der SED, Erich Honecker, und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Leonid Breschnew, die sich beide über die Beziehungen zur Bundesrepublik äußern. Honecker erklärt u. a. „Was das Verhältnis der sozialistischen DDR zur kapitalistischen BRD angeht, so bieten die abgeschlossenen Verträge und Abkommen alle Voraussetzungen, um auf dem Wege der Normalisierung der Beziehungen weitere positive Resultate zu erzielen. Die Möglichkeiten dafür sind gewiß noch nicht ausgeschöpft." Breschnew erklärt u. a. „Wir wissen natürlich, daß es in der BRD noch einflußreiche Kreise gibt, denen die vor sich gehenden Wandlungen nicht passen. Sie betrachten die Verträge mit den sozialistischen Ländern als notgedrungenen Tribut an die Zeit und möchten die praktische Bedeutung dieser Verträge auf ein Mindestmaß beschränken. Ich möchte offen sagen: Diesen Kräften spielen auch die Versuche in die Hand, dem Vierseitigen Abkommen über Westberlin zuwider besondere Vorteile zu erwirken." Die sowjetische Seite hoffe, daß der bevorstehende Besuch von Bundeskanzler Schmidt in Moskau „in Anbetracht der bekannten Erklärungen führender Männer der Bundesrepublik über die Kontinuität der Außenpolitik der Bundesrepublik ... weitere konkrete Schritte in der Entwicklung gegenseitig vorteilhafter Verbindungen und der Zusammenarbeit ermöglichen" werde.

8. 10. — USA/Polen. Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Edward Gierek, trifft in Washington ein. Gierek, der einen Besuch von Präsident Nixon in Polen im Jahre 1972 erwidert, konferiert mit Präsident Gerald Ford und Außenminister Kissinger. Gierek und Ford unterzeichnen am 9. 10. eine „Gemeinsame Erklärung über die Prinzipien der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Polen" sowie eine „Gemeinsame Erklärung über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Kooperation" beider Länder.

9.—14. 10. — Naher Osten. Der amerikanische Außenminister Kissinger unternimmt eine weitere Nahostreise, die ihn u. a. nach Ägypten, Jordanien, Israel, Saudiarabien und anschließend nach Algerien und Marokko führt. Den Flug nach Kairo unterbricht Kissinger in Madrid, um mit seinem spanischen Amtskollegen Cortina zusammenzutreffen. — Am 19. 10. begibt sich der französische Außenminister Sauvagnargues in den Nahen Osten. Sauvagnargues besucht zunächst den Libanon und später Jordanien. Der Minister empfängt am 21. 10. in der französischen Botschaft in Beirut den Führer der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yasir Arafat. — Am 23. 10. verlängert der UN-Sicherheiratsrat das Mandat der in der „Pufferzone" zwischen Ägypten und Israel stationierten Truppe der Vereinten Nationen (United Nations Emergency Force/UNEF) um weitere sechs Monate (bis zum 24. April 1975). China und der Irak nahmen an der Abstimmung nicht teil. Die Stärke der UNEF unter dem Kommando des finnischen Generals Siilasvuo wird mit 4500 Mann angegeben. — Vom 26.—30. 10. findet in der marokkanischen Hauptstadt Rabat eine „Gipfelkonferenz" der Staatschefs der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga statt. Die Konferenz bekräftigt in einer Entschließung „das Recht des palästinensischen Volkes, eine nationale und unabhängige Autorität in den befreiten Teilen Palästinas unter Führung der PLO als der einzigen legitimen Vertretung des palästinensischen Volkes zu errichten". Die Entschließung wird einstimmig angenommen und findet damit auch die Zustimmung des jordanischen Königs Hussein. Die Regierungen Syriens, Jordaniens und Ägyptens werden aufgefordert, zusammen mit der PLO „eine Formel auszuarbeiten, um ihre künftigen Beziehungen im Sinne der Konferenzbeschlüsse zu regeln".

10. 10. — Großbritannien. Nach einer Legislaturperiode von nur sieben Monaten (vgl. „Blätter", 3/1974, S. 219) finden Neuwahlen für das Unterhaus statt. Die bisher mit Minderheit regierende Labour Party erreicht die absolute Mehrheit (319 von 635 Sitzen). Zusammensetzung des Unterhauses: Labour 319 (Februar 1974:

301), Konservative 276 (296), Liberale 13 (14), Übrige (u. a. Abgeordnete aus Nordirland und Schottland sowie Unabhängige) 27 Sitze.

11. 10. — UNO. Nach Abschluß der Generaldebatte (23. 9. — 10. 10.) wählt die Generalversammlung Guyana, Italien, Japan, Schweden und Tansania (an die Stelle von Australien, Österreich, Indonesien, Kenia und Peru) zu neuen Mitgliedern des Sicherheitsrates für die Jahre 1975/76. Außerdem gewährt die Versammlung einstimmig den Europäischen Gemeinschaften (EG) und dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) einen Beobachterstatus. — Am 14. 10. wird ein von Syrien und weiteren Staaten (darunter die UdSSR und die DDR) eingebrachter Antrag mit 105 Stimmen (darunter Frankreich) gegen 4 Stimmen (Israel, Bolivien, Dominikanische Republik und USA) bei 20 Enthaltungen (darunter Großbritannien und die BRD) angenommen, der folgenden Wortlaut hat „Die Generalversammlung, in der Erwägung, daß das palästinensche Volk Hauptinteressierter an der Palästina-Frage ist, lädt die Palästinensische Befreiungsorganisation, die Repräsentantin des palästinensischen Volkes ist, ein, an den Beratungen der Generalversammlung über die Palästina-Frage während der Plenartagungen teilzunehmen." — Am 31. 10. verhindern die USA, Großbritannien und Frankreich durch ihr Veto im Sicherheitsrat den Ausschluß der Republik Südafrika aus den Vereinten Nationen. Ein entsprechender Antrag des Irak wird von 10 Mitgliedern des Rates befürwortet; Österreich und Costa Rica enthalten sich der Stimme.

14. 10. — USA. Präsident Ford legt sein Veto gegen die Entscheidung des Kongresses ein, die Militärhilfe an die Türkei bis auf weiteres einzustellen. Zur Begründung erklärt der Präsident, der Ausfall der Rüstungslieferungen würde die NATO gefährden. — Am 17. 10. einigen sich beide Häuser des Kongresses auf eine Kompromißformel. Diese sieht die Verlängerung der Militärhilfe zunächst bis zum 10. Dezember 1974 vor, unter der Bedingung, daß die Türkei „kein weiteres Kriegsmaterial" an ihre Truppen auf Zypern liefert, den Bestand dieser Truppen nicht vergrößert und den Waffenstillstand auf der Insel weiterhin einhält.

23.—27. 10. — UdSSR / USA. Der amerikanische Außenminister Kissinger verhandelt mit den führenden sowjetischen Politikern in Moskau. Gesprächspartner sind vor allem Parteisekretär Breschnew und Außenminister Gromyko. Wichtigstes Ergebnis des Meinungsaustausches, über den nur ein kurzes Kommuniqué veröffentlicht wird, ist die Ankündigung eines Treffens zwischen Breschnew und dem amerikanischen Präsidenten Ford noch in diesem Jahr. — Am 29. 10. erklärt Ford auf einer Pressekonferenz, er hoffe auf den Abschluß eines zweiten amerikanisch-sowjetischen Abkommens über die Begrenzung der strategischen Rüstungen im Jahre 1975. Die noch bestehenden Differenzen seien durch den Besuch Außenminister Kissingers in Moskau verringert worden.

27. 10. — Bayern. Die Christlich-Soziale Union kann bei den Landtagswahlen mit einem Stimmenzuwachs (von 56,4 % auf 62,1 %) ihre führende Position weiter ausbauen. Stimmenverluste verzeichnen Sozialdemokraten (von 33,3 % auf 30,2 %) und Freie Demokraten (von 5,5 % auf 5,2 %). Die übrigen Parteien bleiben wegen der Fünf-Prozent-Klausel ohne parlamentarische Vertretung. Zusammensetzung des neuen Landtages: CSU 132 (1970: 124), SPD 64 (70), FDP 8 (10) Mandate.

— Hessen. Trotz eines Rückgangs der bei den Landtagswahlen für Sozialdemokraten (von 45,9 % auf 43,2 %) und Freie Demokraten (von 10,1 % auf 7,4 %) abgegebenen Stimmen behalten beide Parteien eine regierungsfähige parlamentarische Mehrheit. Die Christlichen Demokraten können ihren Stimmenanteil erhöhen (von 39,7 % auf 47,3 %) und stellen damit die stärkste Fraktion im Landesparlament. Alle anderen Parteien bleiben unter der Fünf-Prozent-Klausel. Zusammensetzung des neuen Landtages: CDU 53 (1970: 46), SPD 49 (53), FDP 8 (11) Mandate.

28.—31. 10. — UdSSR/BRD. Bundeskanzler Schmidt und Bundesaußenminister Genscher folgen einer Einladung zu Gesprächen mit Parteisekretär Breschnew, Ministerpräsident Kossygin und Außenminister Gromyko nach Moskau. Während des Besuches werden ein Zusatzabkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie zum Abschluß eine Gemeinsame Erklärung (Text in „Dokumente zum Zeitgeschehen") unterzeichnet.

Piper Verlag, München 1974 (Serie Piper, Bd. 102), 169 S., 10,— DM — Die meisten Antworten, die hier formuliert wurden, sind allerdings kaum ausreichend.

Carl J. Friedrich, Tradition und Autorität, List Verlag, München 1974 (List Taschenbücher der Wissenschaft, Bd. 1563), 164 S., 8,80 DM.

Friedrich Tomberg, Basis und Überbau. Sozialphilosophische Studien, H. Luchterhand-Verlag, Darmstadt u. Neuwied 1974, Neuausgabe (Sammlung Luchterhand, Bd. 140), 204 S., 8,80 DM.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Für eine Volksfront dieser Zeit

Prinzipien einer aktuellen Linken

(Wortlaut eines Appells von Jean Améry)

Die Beiträge von Reinhard Opitz, Detlev Albers, Eckart Spoo, Josef Schleifstein und Theo Schiller im vorliegenden Heft der „Blätter" nehmen Bezug auf einen Appell Jean Amérys, der zuerst am 10. August 1974 in der „Frankfurter Rundschau" veröffentlicht wurde und den wir nachstehend im Wortlaut dokumentieren. D. Red.

Nichts wird wieder sein wie vordem. Das Signal für die Erneuerung linken Denkens und Handelns, für eine neue Konstitution der Linken in den fortgeschrittenen Industrieländern wurde in Frankreich gegeben, als François Mitterrand, Präsidentschaftskandidat der vereinigten Linken, rund fünfzig Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte. Was da geschah, war vielleicht gewichtiger als die Bildung der französischen Volksfront im Jahre 1936, und war gewiß von größerer historischer Bedeutung als alles, was die „Neue Linke" vollbrachte. Das Ende der linken Vorstellungswelt, wie sie seit 1965 bis heute die Situation bestimmte, ist gekommen.

Vorbei der Revolutionsfetischismus. Vergangen nicht nur die „große Weigerung", von der sogar ihr Erfinder bereits abrückte, sondern alle die endlosen Diskussionen um „Theorie und Praxis", die mit Theorie nur das spekulative Element gemein hatten und mit möglicher Praxis überhaupt nichts. Vorüber auch die unreflektierte Übertragung der Problematik der dritten Welt auf die in Westeuropa und den Vereinigten Staaten herrschenden Verhältnisse: ein religiöser Fanatiker wie Khadafi wird nicht länger als revolutionäre Führergestalt verherrlicht werden können; kein Mensch wird fürderhin dem verhängnisvollen Glauben anhängen dürfen, es werde der Funke sozialrevolutionärer, aber letzten Grundes doch nationaler Erneuerungsbewegung aus den einstigen Kolonialländern herüberzünden nach Europa. Mit durchschlagender und weiterzeugender Kraft haben Mitterrand und sein Erfolg bewiesen, daß die eine und einzige Chance der Linken in einer breiten Volksfront besteht: Es war symbolisch, daß Michael Rocard, der jahrelang Vorsitzender der sektiererisch-linksradikalen PSU (Parti Socialiste Unifié) war, sich an Mitterrands Seite stellte, und daß Régis Debray, Maquis-Kamerad Che Guevaras und Theoretiker der Revolution, gleichfalls absah von der revolutionären Mythologie und sich an eine Wählerschaft, die nun nicht mehr die abstrakte „Masse" marxistischer Scholastik, sondern die wirkliche Mehrheit des arbeitenden Volkes ist, anzuschließen bereit war.

Soweit das Signal, das man, wenn ich richtig urteile, in Deutschland noch nicht in seiner ganzen Bedeutung erkannt hat. Und nun die Prinzipien. Unmöglich hier, auf wenigen Manuskriptseiten eine Theorie zu entwerfen, die allen logischen Ansprüchen politisch-ide-

ologischen Denkens genügt. Nur eine summarische und approximative Interpretation der gegebenen Situation kann versucht werden, darüber hinaus vielleicht noch die Aufzeichnung von Konturen, wie ich sie als Zukunft zu erkennen meine.

Was zuvörderst geschehen soll angesichts der in Frankreich sich konstituierenden und für die kommenden Jahre wahrscheinlich ausschlaggebenden Volksfront, das ist die Erlernung eines neuen — oder vielleicht: altneuen — linken Denkens und Handelns. Der erste Schritt ist die Preisgabe vulgärmarxistischer wie intellektuell-neomarxistischer Terminologie. „Entfremdung", „falsches Bewußtsein", „Dialektik", das sind Begriffe und Handlungsmaximen, die vielleicht aufbewahrt werden sollen, deren Überschreitung in der politischen Praxis und ihrem Vokabular aber unerläßlich ist. Fürderhin sollte es unmöglich sein, gegen einen Arbeiter, der da erklärt, er sei mit der bestehenden Ordnung so halb und halb einverstanden, das Anathem „falsches Bewußtsein" zu schleudern. Geduldige Aufklärungs- und Erziehungsarbeit wird an die Stelle dessen zu treten haben, was der Philosoph Ernst Topitsch nicht ganz zu unrecht die „marxistische Immunisierungsstrategie" genannt hat. Denn: nicht darauf kann es ankommen, daß der Theoretiker in der Diskussion mit den realen „Massen" recht behält (oder sich einbildet, er habe recht behalten) — sondern einzig und allein auf die Verwirklichung von Zielen, über die noch zu sprechen sein wird.

Eine Haltung, die theoretisch zutreffend als „Reformismus" bezeichnet werden darf, die aber nicht mehr das geschichtliche Odium des Reformismus auf sich lasten fühlen muß, wird und soll an die Stelle gewisser intellektueller Rituale treten, die längst ganz und gar formalisiert sind und mit den gesellschaftlichen Inhalten der gegenwärtigen Verläufe nichts mehr zu tun haben. Damit ist nicht gemeint, es sei politologische und politphilosophische Erkenntnisarbeit überflüssig. Sie wird sogar — sofern sie nur nicht der Einbildung erliegt, sie habe stets der Praxis voraufzugehen, ja, sie bedinge diese — ihre ganz spezifischen Aufgaben zu lösen haben. So wird etwa die Frage des Marxismus überhaupt zur Diskussion gestellt werden müssen. Was von Marx bleibt, und bleibt, was es war, wird abzugrenzen sein gegen alles, was marxistische Gedanken in sich aufnahm und weiterentwickelte. Das Marx-Tabu wird wohl fallen müssen. Längst bin ich nicht mehr sicher, ob es stichhaltig ist, was Sartre in der „Kritik der dialektischen Vernunft" sagte: daß nämlich der Marxismus die unüberschreitbare und durch existentialistische Elemente nur ergänzungsbedürftige Denkmethode sei und bleibe.

Es kann nicht schaden, so meine ich, wenn die Linke sich einläßt mit Theorien, die den Marxismus innerhalb einer linken Zusammenschau zu überwinden versuchen, wie dies etwa der belgische sozialistische Theoretiker Hendrik de Man in der Zwischenkriegszeit mit seinem Werke „Zur Psychologie des Sozialismus" versuchte. Reformieren, re-formare, umgestalten, neugestalten, das ist ja schließlich das strikte Gegenteil reaktionären Verhaltens. Ich spreche von Reformismus und meine damit im Hinblick auf die Bundesrepublik natürlich nicht das Godesberger Programm der SPD und noch viel weniger die augenblickliche SPD-Führung: Der deutsche Bundeskanzler ist in meinem Sinne kein Reformist, was ja nichts heißen kann als: Reformer der tradierten Theorien der Arbeiterbewegung, sondern schlicht und recht der ehrliche Makler des kapitalistischen Systems, der „sanfte Sozialist", dessen Sanftheit in bezug auf Reformbestrebungen von jedermann eingesehen werden kann, dessen Sozialismus aber nicht einmal mehr in einem Wort besteht, das er im Munde würde führen wollen. Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing sind miteinander befreundet: dieser wie jener gehört der sich konstituierenden technokratischen Rechten an. „Wie sind sie doch kalt und hart in ihrer Nonchalance, die neuen Herren", schrieb im „Monde" Pierre Viansson-Pont, nach dem nur haarbreiten Sieg der Rechten angesichts des Ergebnisses der Präsidentschaftswahlen.

Es hat sich erwiesen in Frankreich und wird mit großer Wahrscheinlichkeit morgen in Italien sich erhärten, daß der linke Radikalismus nicht aufgegeben, aber domestiziert werden muß, soll einerseits die Bevölkerung nicht verschreckt werden durch eine auf nichts mehr sich gründende Revolutions-Phraseologie, und soll andererseits das Ziel, das als die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit ich hier bewußt und gewollt undeutlich definiere, erreicht werden. Die Große Revolution, von der Trotzkisten, Maoisten, Anarchisten träumen und von der ein Mann wie Régis Debray sagte, sie ereigne sich höchstens einmal in einem Jahrhundert, hat in den bürgerlichen Demokratien des Westens keine Chancen, dies hat sich nicht

nur im Mai 1968 in Frankreich klar erwiesen. Daß die Situation in Ländern mit offen faschistischer Diktatur anders ist, muß wohl nicht erst noch gesagt werden. Dort sind Vollrevolutionen jedenfalls wünschenswert. Dort kennt die Not nur das Gebot des Aufstandes, auch wenn dessen Folgen möglicherweise die hohen Erwartungen beschämen.

Was aber in den Staatsgebilden, um die es mir hier geht, verwirklicht werden kann, das ist nicht die Totalrevolution mit der von Sartre präkonzipierten „Terror-Brüderlichkeit", sondern die humane und sozialistische Demokratie, für die Mitterrand und Mendès-France einstanden und der heute sogar die Kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens aus gewiß nicht ausschließlich taktischen Erwägungen heraus zustimmen. Unter den veränderten Umständen muß freilich die Linke, und namentlich die deutsche, vieles vergessen. Die großen Philosophen, aber im Grunde unpolitische Menschen Adorno, Ernst Bloch, Herbert Marcuse sind in der aktuellen Konstellation keine geistigen Vorbilder mehr, sind es so wenig wie alle Marx- und Lenin-Exegeten, die allemal für die Tat das Wort setzten, anstelle der Sache nur einem Vokabular verbunden waren.

Der verhängnisvolle Intellektualismus, der in Deutschland philosophiegeschichtlich aus dem deutschen Idealismus des 19. Jahrhunderts ableitbar ist, muß abgelöst werden durch eine Pragmatik, die freilich nicht in sich selbst ertrinken und nicht ihr eigenes Ziel werden darf. Desgleichen muß der blinde Aktionismus, der ganz konsequent in Deutschland durch die Handlungen der Baader-Meinhof-Gruppe und in den USA durch jene unsägliche „Symbionese Liberation Army" seinen äußersten noch möglichen Ausdruck fand, überwunden werden.

Ist aber, um die Linke wieder zu sich selbst zurückzuführen, nachdem sie sich verlor in abstrakten Geistesübungen und in manchmal blutigen Träumereien, also: in der von Wolfgang Harich rechtens stigmatisierten „revolutionären Ungeduld", eine widerspruchsfreie Gesellschaftstheorie die wichtigste Voraussetzung? Ich antworte entschlossen und deutlich mit einem Nein. Die Linke ist mehr und anderes als ein theoretisches Gefüge. Sie ist wesentlich eine ebenso undeutliche, wie dennoch allenthalben ausnehmbare, in ständiger Wandlung begriffene Realität der Geschichtlichkeit. In sie ging vieles ein, was sich verflocht bis zur Unentwirrbarkeit und das als Knoten dennoch von jedermann wahrgenommen wird: die Aufklärung des 18. Jahrhunderts, der utopische Sozialismus, die Grundideen Marxens, die Bestrebungen der „Fabians", der Syndikalismus. Ein linkes Weltverständnis, wie ein solches sich im Volksfront-Phänomen ausdrückt, besteht und tut sich kund, wo immer es um konkrete gesellschaftliche Fragen geht, sei dies die Schwangerschaftsunterbrechung, das Problem der Todesstrafe, des Strafvollzugs im allgemeinen, der Arbeiter-Mitbestimmung in den Betrieben, die Schulreform. Stets ist, wo Entscheidungen fallen sollen, eine historisch legitimierte Linke zur Stelle, agiert, agitiert, greift ein mit Wort und Tat in die Ereignisse. Genügt dies? Es hat genügt, und dafür gibt es Beispiele. Als es um das Überleben der Menschheit ging, im Kampfe gegen den Hitler-Faschismus, in der Résistance, fanden alle linken Kräfte zugleich zueinander und sich selber. Als Saboteure, Flugzettelverteiler, Organisatoren der Illegale waren sie besser präsent, denn sie es später als sich gegenseitig verbal zerfleischende Theoretiker sein konnten. Und es muß heute genügen.

Die Linke ist Wirklichkeit in ihrer Praxis, nicht in ihrer Dogmatik. Ihr letzter Referenzpunkt ist ein Humanismus, den aus verqueren theoretischen Gründen in Frage zu stellen im günstigen Falle Spinnerei ist, im üblen Sabotage. Denn es ist der Humanismus keine bürgerliche Mystifikation, wenn auch sein Banner von der Bourgeoisie nur allzuoft zu Mystifikationszwecken rauschend geschwenkt wurde. Er ist vielmehr, entgegen der leninistischen Philosophie, der gesellschaftliche Grenzbegriff, der Fluchtpunkt, an dem im Unendlichen die Möglichkeiten des Menschen zusammenfallen. Und er ist, was immer strukturalistische Epistemologie vorbringe, die Grundlage des unerläßlichen Weltvertrauens eines jeden Subjekts.

Kein Zweifel, daß die humanistische Volksfront-Linke vor ihrer großen Aufgabe steht. Wir gehen, wenn wir den Prognosen der bedeutendsten Nationalökonomen glauben sollen, einer Wirtschaftskrise entgegen, wie sie vor zehn Jahren ganz unvorstellbar war. Es ist erlaubt, zu prognostizieren, daß ein nicht-uniformierter, nicht in schwarzen Hundertschaften auftretender Kryptofaschismus technokratischer Prägung die bestehende Ordnung zu retten versuchen wird. Dann ist freilich für die Opposition keine Zeit mehr, sich an dialektischen

Akrobatien zu delektieren oder das Gesellschaftsspiel der Sektenbildungen, wie wir sie als Abfallprodukte der Überflußgesellschaft in den letzten Jahren kannten, weiter zu betreiben. Es würde auch verkehrt sein, die Revolution zu verkünden, womit der Bürger nur dem Faschismus in die Arme getrieben würde.

Einer ganz neuen, weil in liberaler Kostümierung verkleideten und vielleicht sogar da und dort durch soziale Zugeständnisse schwer erkennbaren rechten Gefahr wird die Linke nur dann zu wehren wissen, wenn sie, wie dies eben in Frankreich geschah, praktische Vernunft mit politischer Vision zu vereinen weiß. Philosophisch ausgedrückt: es würde sich darum handeln, geistige Kräfte, die auf den kritischen Rationalismus sich stützen, zu verbünden mit jenen, die ihre Dynamik aus dem Marxismus beziehen. Dieser müßte dann allerdings intellektuelle Opfer bringen, die in jedem Vollmarxisten heute noch Abscheu erwecken. Der kritische Rationalismus (oder Positivismus) würde seinerseits auf jenen Quietismus zu verzichten haben, der ihm in den Nachkriegsjahren den Ruf eines Rechtfertigers des Status quo eingetragen hat.

Man wird mir einwenden, daß alles, was ich vorbrachte, vielleicht für Frankreich und Italien Geltung haben mag, nicht aber für die Bundesrepublik, die keine wirklich sozialistische Partei und darum auch keine echte Linke hat. Ich räume ein, daß die Verhältnisse in der BRD anders liegen als bei ihren Nachbarn, daß es schwieriger als in anderen Ländern sein wird, ein linkes Weltbewußtsein (um endlich nicht mehr zu sagen: Klassenbewußtsein) zu vermitteln. Schwerer, aber keineswegs unmöglich. Im Maße nämlich, wie die Neue Linke in Deutschland zur Erwachsenheit kommt, was nicht nur eine Generationenfrage ist, sollte es gelingen, der Masse des Volkes, an der schließlich die Krise sich direkt auswirken wird, ein grundeinfaches Faktum beizubringen: daß zwar kein nacktes Elend herrscht (denn dies werden die Technokraten zu verhindern wissen), daß aber das angezogene Elend nur durch fundamentale wirtschaftliche Strukturänderungen und jedenfalls nicht im Rahmen der sakrosankten Marktwirtschaft beseitigt werden kann. Daß ein in diesem Sinne linkes Potential in der BRD vorhanden ist, erscheint mir als unbestreitbar. Die Tatsache, daß zum erstenmal in der Geschichte Deutschlands eine nicht nur deutsch-jüdische, sondern schlechthin deutsche Intelligenzia mehrheitlich an der Linken siedelt, daß, des weiteren, die Universitäten, die einst geschlossen für Gesetz und Ordnung eintraten, in diesen Tagen Orte der Unruhe sind, kann nicht übersehen werden und wird nicht ohne Wirkung bleiben. Voraussetzung hierfür ist freilich, was ich weiter oben schon andeutete: daß nämlich diese intellektuelle Linke sich selbst überschreitet: für einmal nicht in Richtung violenter Aktion, sondern auf ebenso entschlossene wie hartnäckige Mäßigung hin. Das mag nach Abwiegelungsversuch klingen und für den Augenblick noch von eben jenen, auf die es ankommt, mit Gereiztheit abgewiesen werden. Es wird aber, wenn erst die gesellschaftlichen Konflikte sich verschärfen, sich die Einsicht einstellen, daß die Sache der Freiheit keine revolutionäre Dramaturgie braucht, sondern den Radikalismus der Vernunft. Der Parteiapparat der SPD kann und soll nicht „unterwandert" werden. Es müßte aber, so will mir scheinen, möglich sein, ihn umzuerziehen.

Diese Edukationsarbeit ist in Frankreich Mitterrand und seinen Mitarbeitern gelungen: im Laufe dreier Jahre wurde aus der SFIO, der Partei Guy Mollets, die an perniziöser Anämie zugrunde zu gehen schien und außerdem in ihrem rabiaten Antikommunismus sich mehr und mehr hin nach rechts bewegte, eine machtvolle, dezidiert linke Volkspartei. Ich sehe keinen einleuchtenden Grund dafür, daß eine ähnliche Entwicklung nicht auch in der Bundesrepublik den Lauf der Ereignisse bestimmen könnte.

Thesen

Abschließend will ich denn hier die Prinzipien einer aktuellen Linken knapp und in ein paar Thesen, die selbstverständlich nur als ganz provisorisch gedacht sind, zusammenfassen:

1) Revolution ist kein Selbstzweck: sie ist äußerstes Mittel zur Verwirklichung menschenwürdiger Zustände. Nicht der Mensch ist für die Revolution da, sondern die Revolution für den Menschen.

2) Solange die bürgerliche Demokratie noch sie selber ist, das heißt: formale Bürgerrechte garantiert, ist eine Strukturveränderung der Gesellschaft auf demokratischem Wege und durch Selbstbestimmung des Volkes zu erstreben.

3) Der linke Radikalismus muß humanisiert werden. Gewalt darf für die Linke in der bürgerlichen Demokratie stets nur defensiven Charakter haben; erst nach Erschöpfung aller demokratischen Möglichkeiten ist sie legitimiert.

4) Die Linke muß sich als offene Volksfront konstituieren. Sie darf nicht an den Dogmen des Marxismus gemessen werden, sondern an ihren Chancen und ihren Verwirklichungen.

5) Reformismus ist nichts Schimpfliches; er kann radikale Praxis sein.

6) Sozialistische Gesellschaftsstruktur und liberales soziales Verhalten schließen einander nicht aus: sie bedingen sich.

Gemeinsame Erklärung über den Besuch des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, und des Stellvertreters des Bundeskanzlers und Minister des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, in der Sowjetunion vom 30. Oktober 1974

(Wortlaut)

In Übereinstimmung mit den Absprachen über die Durchführung von Begegnungen führender Persönlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und auf Einladung der sowjetischen Regierung hielt sich der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, zusammen mit dem Bundesminister des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, vom 28. bis 31. Oktober zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion auf.

Es fand eine Reihe von Treffen und Gesprächen des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, H. Schmidt, und des Stellvertreters des Bundeskanzlers, Bundesminister des Auswärtigen, H.-D. Genscher, mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, L. I. Breschnew, dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, A. N. Kossygin, dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Minister für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, A. A. Gromyko, statt.

Im Verlauf der Gespräche erörterten beide Seiten den gegenwärtigen Stand der Beziehungen zwischen beiden Staaten und die Möglichkeiten ihrer weiteren Belebung. Es fand ein umfassender Meinungsaustausch zu aktuellen internationalen Fragen statt, die mit der Gewährleistung eines dauerhaften Friedens und der Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt zusammenhängen. Die Gespräche waren durch das gemeinsame Bestreben beider Seiten um einen weiteren Ausbau der bestehenden Grundlage für die Festigung des gegenseitigen Verständnisses, des Vertrauens und der gutnachbarschaftlichen Zusammenarbeit gekennzeichnet.

Beide Seiten stellten mit Befriedigung fest, daß die Erfahrung der politischen Entwicklung die Bedeutung und die Wirksamkeit des Vertrages vom 12. August 1970 voll bestätigt hat. Sie sind der Meinung, daß die Politik, der der Vertrag zugrunde liegt, den Interessen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion und der allgemeinen Tendenz zur Vertiefung des europäischen und internationalen Entspannungsprozesses entspricht. Der Moskauer Vertrag bleibt auch künftig eine zuverlässige Grundlage für die weitere Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern und wird kontinuierlich ins Leben umgesetzt werden.

Beide Seiten sind sich einig über das Gewicht jener vielseitigen und konstruktiven Arbeit, die in Durchführung des Vertrags von 1970 und der Vereinbarungen und Abkommen geleistet wurde, die beim Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, L. I. Breschnew, in der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen wurden. Die gegenseitig vorteilhafte

Zusammenarbeit beider Länder entwickelt sich lebhaft. Ihre Zusammenarbeit im internationalen Bereich hat sich verbessert.

Der erreichte Fortschritt eröffnet für beide Länder neue und günstige Aussichten. Beide Seiten unterstrichen ihre Entschlossenheit, die auf die Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in verschiedenen Gebieten gerichteten Anstrengungen fortzusetzen. Sie sind sich darin einig, daß ein regelmäßiger und umfassender Meinungsaustausch und Begegnungen zwischen den führenden Persönlichkeiten beider Länder hierzu in bedeutendem Maße beitragen.

Im Interesse der weiteren Entwicklung des Meinungsaustausches zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und in dem Wunsche, die Zusammenarbeit auf politischem Gebiet zu vertiefen, vereinbarten beide Seiten regelmäßige Konsultationen zu wichtigen Fragen der bilateralen Beziehungen sowie internationalen Problemen von gegenseitigem Interesse. Zeitpunkt und Ebene ihrer Durchführung werden jeweils auf diplomatischem Wege vereinbart, wenn beide Seiten dies für notwendig halten, jedoch in der Regel mindestens einmal jährlich werden Begegnungen der Außenminister oder ihrer Beauftragten stattfinden, und zwar abwechselnd in Bonn und Moskau.

Der Bundeskanzler und der Generalsekretär des ZK der KPdSU drückten die Befriedigung über die günstige Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten aus. Es wird erwartet, daß das Volumen des Warenverkehrs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR im Jahre 1974 etwa um 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr anwächst. Die Handelsbilanz wird ausgeglichener. Dies ist das Ergebnis der systematischen Bemühungen beider Seiten, die der Meinung sind, daß die Ausweitung und Vertiefung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf beiderseitig vorteilhafter und gleichberechtigter Grundlage die Stabilität der friedlichen Beziehungen zwischen den Staaten erhöht und den Völkern direkte Vorteile bringt. Beide Seiten erklärten ihre Absicht, die Entwicklung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen auch weiterhin nach Kräften zu unterstützen, wobei sie die hierfür erforderlichen rechtlichen, organisatorischen und andere Voraussetzungen gewährleisten.

Beide Seiten bekräftigen, daß die Prinzipien des Abkommens über allgemeine Fragen des Handels und der Seeschiffahrt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 25. April 1958 weiterhin angewandt werden, um die Aufrechterhaltung der zur Zeit geltenden allgemeinen Prinzipien der wirtschaftlichen Beziehungen in Übereinstimmung mit den internationalen Verpflichtungen beider Seiten sicherzustellen.

Erstrangige Bedeutung für den weiteren Fortschritt in der Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen wird nach der Überzeugung beider Seiten die Anbahnung der industriellen Kooperation zwischen Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland und sowjetischen Organisationen haben. Das am 19. Mai 1973 abgeschlossene Zehnjahresabkommen über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit schafft gute Voraussetzungen für die Lösung dieser Aufgabe auf langfristiger und stabiler Grundlage. Beide Seiten werden bestrebt sein, die am 18. Januar 1974 unterzeichneten „Langfristigen Perspektiven der Entwicklung der gegenseitigen wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit" auch weiterzuentwickeln und um neue Vorhaben zu ergänzen.

Beide Seiten erörterten eingehend die Tätigkeit der Kommission der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Sie stellten fest, daß die von der Kommission eingesetzten Fachgruppen (für Werkzeugmaschinenbau, Elektroenergie, Chemie und Bodenschätze) bei ihren Treffen im laufenden Jahr nützliche Arbeit für die weitere Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den verschiedenen Bereichen geleistet haben. Beide Seiten begrüßten die Ergebnisse der vierten Tagung der Kommission, die vom 15. bis 18. Oktober in Moskau stattgefunden hat, und deren Absicht, ihre Arbeit weiter zu vervollkommnen und noch wirksamer zu gestalten.

Es ist wichtig, daß im Rahmen der Kommission eine Reihe von Projekten, darunter auch Großprojekte, behandelt wird, deren Verwirklichung auf die Befriedigung des wirtschaftlichen Bedarfs beider Seiten auf viele Jahre im voraus orientiert ist.

Der Bundeskanzler und der Generalsekretär des ZK der KPdSU brachten ihre Befriedigung über die in Aussicht stehende weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder zum Ausdruck. In diesem Zusammenhang begrüßten sie die heutige Unterzeichnung eines „Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit", welches auf wirtschaftlichem, industriellem und technischem Gebiet, insbesondere durch die Zusammenarbeit in den Sektoren Rohstoffe und Energie sowie bei der Erleichterung von Geschäftsverbindungen und Kontakten zwischen Unternehmen und Organisationen beider Seiten, weitere Fortschritte ermöglicht.

Atomenergiewirtschaft, Petrochemie, die Erschließung neuer Vorkommen von Bodenschätzen, einschließlich Erdöl und Erdgas, Eisen- und Buntmetallhüttenwesen und Maschinenbau sind Gebiete, auf denen die Möglichkeiten und Ressourcen beider Seiten sich erfolgreich ergänzen können. Besondere Aufmerksamkeit verdienen Projekte wie die Organisation der Produktion einzelner energieintensiver Produkte in der UdSSR mit der anschließenden Lieferung solcher Produkte an Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland.

Beide Seiten stellten mit Befriedigung fest, daß die Verhandlungen über das langfristig angelegte Dreiecks-Abkommen über die Lieferung von Erdgas aus dem Iran über das Territorium der UdSSR in die Bundesrepublik Deutschland gute Fortschritte gemacht haben.

Es wurde verabredet, daß die zuständigen Vertreter beider Seiten die Verhandlungen über die aufgeführten Projekte fortsetzen, um gegenseitig akzeptable technisch-wirtschaftliche Lösungen zu finden.

Beide Seiten begrüßen, daß während des Aufenthalts des Bundeskanzlers H. Schmidt in der UdSSR ein drittes Abkommen über Lieferungen von etwa 60 Milliarden Kubikmeter sowjetischen Erdgases in die Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum von 1978 bis 2000 und den Ankauf in der Bundesrepublik Deutschland von Großröhren und Ausrüstungen für die Gasindustrie unterzeichnet wurde. Die Durchführung dieses Abkommens wird den Warenverkehr zwischen beiden Staaten im genannten Zeitraum erheblich steigern.

Beide Seiten erörterten den Austausch von Ausstellungen über die volkswirtschaftlichen und kulturellen Leistungen beider Länder. Sie stellten fest, daß die sowjetische Ausstellung in Düsseldorf, die im März 1974 stattgefunden hat, erfolgreich verlaufen ist. Der Bundeskanzler drückte die Hoffnung aus, daß die Ausstellung der Bundesrepublik Deutschland in Moskau im Frühjahr 1975 ebenfalls erfolgreich sein wird.

Der Bundeskanzler und der Generalsekretär des ZK der KPdSU stellten mit Befriedigung den bedeutenden Fortschritt fest, der auch auf anderen Gebieten der bilateralen Beziehungen erreicht wurde. Es fand ein Austausch von Parlamentsdelegationen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken statt. Es entwickeln sich die Beziehungen auf dem Gebiet der Kultur, der Bildung und des Sports. Die Kontakte zwischen Gewerkschafts-, Jugend- und anderen Organisationen und zwischen Bürgern beider Staaten festigen sich. Beide Seiten erklärten, daß sie auch weiterhin die Entwicklung solcher Beziehungen und Kontakte fördern werden, die dem gegenseitigen Kennenlernen von Leben und Kultur in beiden Ländern und der Festigung des gegenseitigen Verständnisses und des gegenseitigen Vertrauens dienen.

Beide Seiten stellten fest, daß die Lösung von Fragen humanitären Charakters sich günstig entwickelt hat und sprachen sich dafür aus, daß sie auch in Zukunft positiv behandelt werden. Beide Seiten betonten die Nützlichkeit der Ausweitung der vertraglichen Grundlagen der Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Sie messen dem Abschluß weiterer Abkommen zur Intensivierung ihrer Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen große Bedeutung bei und werden die erforderlichen Bemühungen unternehmen.

Sie stellten fest, daß in den Besprechungen, die sie über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, über den Kulturaustausch und die Einrichtung von Touristikbüros in beiden Ländern führten, Fortschritte erzielt wurden, die es gestatten, die Arbeit an diesem Abkommen erfolgversprechend fortzuführen. Sie stellten ferner fest, daß die Möglichkeit besteht, günstige Ergebnisse in entsprechenden Fragen der Gewährung von Rechtshilfe zu erzielen.

Es fand ein ausführlicher und nützlicher Meinungsaustausch zu Fragen im Zusammenhang mit der Lage in Europa statt. Der Bundeskanzler und der Generalsekretär des ZK der KPdSU begrüßten die weitere Vertiefung des Prozesses der internationalen Entspannung und der Festigung der Zusammenarbeit europäischer Staaten und brachten die feste Absicht zum Ausdruck, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, damit dieser Prozeß zu einem ständig wirksamen, stabilen Faktor im Leben der Völker Europas wird.

Beide Seiten erörterten die Fragen, die mit der Anwendung des Viermächteabkommens vom 3. September 1971 zusammenhängen, soweit es ihre bilateralen Beziehungen betrifft, und bekräftigten insoweit die gemeinsame Erklärung vom 21. Mai 1973.

Der Bundeskanzler und der Generalsekretär des ZK der KPdSU erörterten Fragen, die mit der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zusammenhängen. Sie waren sich darin einig, daß ein möglichst baldiger erfolgreicher Abschluß den Interessen der europäischen Völker und dem Interesse der Sicherung der weiteren Entspannung und eines dauerhaften Friedens in Europa dienen würde. Beide Seiten werden alle erforderlichen Anstrengungen unternehmen, um, gestützt auf die bereits erreichten positiven Ergebnisse und in Zusammenarbeit mit allen anderen Teilnehmern der Konferenz, die Lösung der noch offenen Fragen zu fördern.

Nach einem Meinungsaustausch zu den in Wien stattfindenden Verhandlungen über gegenseitige Verminderung von Streitkräften und Rüstungen und damit zusammenhängende Maßnahmen in Mitteleuropa unterstrichen beide Seiten die Bedeutung, die sie diesen Verhandlungen beimessen. Sie drückten die Bereitschaft aus, die Suche nach für alle Teilnehmer akzeptablen Lösungen aktiv zu fördern und ihrerseits zum Erfolg der laufenden Verhandlungen beizutragen, deren Ergebnisse dem Prinzip der unverminderten Sicherheit aller Beteiligten Rechnung tragen und dem Ziel der Herstellung stabilerer Beziehungen und der Festigung von Frieden und Sicherheit in Europa dienen sollen.

Beide Seiten sind davon überzeugt, daß eine allgemeine, vollständige und entsprechend kontrollierte Abrüstung, die sowohl Kernwaffen als auch konventionelle Rüstung umfaßt, eine wichtige Aufgabe der Gegenwart ist. Sie begrüßten die Anstrengungen, die in dieser Richtung sowohl im Rahmen der Vereinten Nationen als auch auf anderen Wegen unternommen werden, und drücken ihre Bereitschaft aus, die Ausarbeitung wirksamer Maßnahmen auf dem Gebiet der Abrüstung zu unterstützen. Sie sprachen sich für die Prüfung von Maßnahmen aus, die auf das Verbot der Einwirkung auf die Umwelt und das Klima zu militärischen Zwecken gerichtet sind.

Beide Seiten unterstrichen die Bedeutung, die sie der effektiven und universellen Durchführung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen beimessen.

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß die für die Entspannung wichtigen Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA über die Beschränkung der strategischen Rüstungen zu neuen positiven Ergebnissen führen.

Beide Seiten bekräftigten ihr Bekenntnis zu den Zielen und Grundsätzen der Organisation der Vereinten Nationen und unterstrichen ihre Bereitschaft, deren kontinuierliche Verwirklichung zu fördern. Sie sind darin einig, daß den Vereinten Nationen wachsende Bedeutung für die Erhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit und die Entwicklung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zukommt. In dem Bewußtsein, daß die großen weltweiten Aufgaben nur durch gemeinsame Anstrengungen gelöst werden können, treten sie für Stärkung dieser Weltorganisation ein. Beide Seiten betonten ihre Bereitschaft, in Bereichen gemeinsamen Interesses, auch in den Vereinten Nationen, zusammenzuarbeiten.

Beide Seiten prüften die Aussichten der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa und stimmten überein, daß die Aufnahme von offiziellen Kontakten zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe den Interessen der Vertiefung und Ausweitung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten auf den Grundsätzen der gegenseitigen Respektierung der Interessen entsprechen würde.

Beide Seiten tauschten ihre Meinung über die Lage im Nahen Osten aus. Sie waren darüber einig, daß eine dauerhafte Regelung in diesem Gebiet nur auf der Grundlage der Durchführung der bekannten Entschließungen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen erfolgen kann. Sie sind der Überzeugung, daß bei der Herbeiführung einer Regelung auch die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes auf gebührende Weise gesichert werden müssen. Beide Seiten betrachten die erreichten Abkommen über Truppenentflechtung nur als erste Schritte eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten. Sie waren sich darüber einig, daß die baldige Wiederaufnahme der Arbeiten der Genfer Friedenskonferenz über den Nahen Osten eine günstige Rolle für das Erreichen dieses Zieles spielen würde.

Beide Seiten drückten ihre Befriedigung über den während des Besuches geführten Meinungsaustausch und die erzielten Ergebnisse aus. Sie sind der Auffassung, daß die Ergebnisse des Besuches neue Möglichkeiten für die Ausweitung und Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf verschiedenen Gebieten im Interesse beider Staaten und im Interesse der Festigung der internationalen Sicherheit und des Friedens eröffnen.

H. Schmidt und H.-D. Genscher sprachen ihren Dank für die ihnen während ihres Aufenthaltes in der Sowjetunion erwiesene Gastfreundschaft aus.

Der Bundeskanzler hat den Generalsekretär des ZK der KPdSU, L. I. Breschnew, und den Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, A. N. Kossygin, zu einem offiziellen Besuch in die Bundesrepublik Deutschland eingeladen. Die Einladungen wurden mit Dank angenommen.

Eingabe der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen (IVDJ) an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kurt Waldheim, vom 20. Juni 1974

(Wortlaut)

Die Ablehnung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst aus politischen Gründen — sei es wegen Mitgliedschaft in einer legalen Partei, sei es wegen bestimmter politischer Anschauungen und Handlungen — durch die Behörden in der Bundesrepublik (Berufsverbote) ist nun auch Beratungsthema der Menschenrechtskommission der UNO geworden.

Im November 1973 hatte die Vereinigung Demokratischer Juristen in der Bundesrepublik (VDJ) einen Bericht über die Berufsverbotspraxis erstellt und an die Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen (IVDJ) in Brüssel übersandt. Die IVDJ, deren bundesrepublikanische Sektion die VDJ ist, hat sich in einem Brief ihres Generalsekretärs Joë Nordmann vom 20. Juni 1974 an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kurt Waldheim, gewandt und die Behandlung der diskriminierenden Behördenpraxis in der Bundesrepublik durch die zuständigen UNO-Gremien gefordert.

Wie einem Antwortbrief des Human Right Officer der Abteilung für Menschenrechte, Jakob Th. Möller, vom 13. August 1974 zu entnehmen ist, wurde das Ersuchen der IVDJ entsprechend den Verfahrensregeln des Rates für Wirtschaft und Soziales, bei dem die

IVDJ über den Konsultativstatus verfügt, von der zuständigen Menschenrechtskommission behandelt. Der Generalsekretär der UNO hat inzwischen der BRD als dem betroffenen Mitgliedstaat den Inhalt des IVDJ-Briefes zugestellt und sie zur Stellungnahme aufgefordert. Die Rückantwort der Bundesregierung an den UNO-Generalsekretär wird in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen behandelt werden.

Nachstehend veröffentlichen wir den Wortlaut des IVDJ-Briefes an den UNO-Generalsekretär vom 20. Juni 1974. D. Red.

Herrn
Kurt Waldheim
Generalsekretär der UNO

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

1) Die Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen (IVDJ), deren Sitz Brüssel ist, besitzt Konsultativstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO und bei der UNESCO.

Sie wurde 1946 durch eine internationale Versammlung von Juristen gegründet. Die meisten von ihnen hatten an dem aktiven Kampf gegen den Faschismus teilgenommen. Einige hatten dazu beigetragen, die Prinzipien von Nürnberg zu bestimmen, oder an der Tätigkeit des internationalen Militärtribunals von Nürnberg mitgewirkt. Die IVDJ hat in ihre satzungsmäßigen Ziele die Verteidigung der Menschenrechte, der Prinzipien des Völkerrechts und ganz speziell die Zusammenarbeit für die Verwirklichung der in der Charta der Vereinten Nationen verkündeten Ziele aufgenommen.

Die IVDJ wird getragen durch die nationalen Juristenorganisationen von mehr als 60 Ländern in allen Erdteilen und mit unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Ordnungen.
2) Die IVDJ ist seit 1972 mit einer Lage befaßt, die in der Bundesrepublik Deutschland durch die Behörden der BRD geschaffen worden ist, welche Angehörigen und Bewerbern für den Öffentlichen Dienst „Berufsverbote" auferlegen, die auf Diskriminierungen beruhen, welche unvereinbar mit den grundlegenden Rechten der Menschen auf Meinungsfreiheit, Meinungsäußerungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit sind.

Gemäß dem durch die Resolution des Wirtschafts- und Sozialrats 1503/XL VIII vom 25. Mai 1970 und durch die Resolution der mit der Bekämpfung diskriminierender Maßnahmen beauftragten Unterkommission I/XXIV vom 14. August 1971 vorgesehenen Verfahren wendet die IVDJ sich an die UNO. Sie ersucht die zuständigen Organe der UNO, ihre Aufmerksamkeit der nachstehend präzisierten Diskriminierungen zuzuwenden, da es sich um schwere Verletzungen der Menschenrechte handelt.

3) Seit mehr als zwei Jahren praktizieren die Behörden der Bundesrepublik Deutschland in verschiedenen Bereichen des Öffentlichen Dienstes Entlassungen, die Verweigerung von Ernennungen und die Ablehnung von Bewerbungen, wobei sie sich auf ideologische und politische Kriterien berufen — ein Verfahren, das als Diskriminierung den Prinzipien zuwiderläuft, die durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, durch die Europäische Konvention über die Menschenrechte und durch verschiedene andere internationale Konventionen (UNESCO, Internationale Arbeitsorganisation) proklamiert worden sind und die im übrigen auch in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich garantiert sind.

4) Diese Berufsverbotsmaßnahmen, welche für die betroffenen Personen schwere materielle und ideelle Schäden nach sich ziehen, werden gestützt auf einen Beschluß der Ministerpräsidenten der Länder der BRD vom 28. Januar 1972 über „Grundsätze zur Frage der Behandlung verfassungsfeindlicher Kräfte im Öffentlichen Dienst". Nach diesem Beschluß soll die Tätigkeit im Öffentlichen Dienst nur denjenigen offenstehen, die die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten.

5) Aber die Prüfung zahlreicher Fälle von Lehrern, Juristen, Universitätsprofessoren, Sozialarbeitern, Ärzten, gegen die die Behörden der BRD das Berufsverbot ausgesprochen

haben, zeigt, daß die Auslegung dieses Beschlusses allgemein willkürlich, mißbräuchlich und gegen die Verfassung der BRD sowie gegen internationale Konventionen gerichtet ist.

Die Zeugnisse und die Dokumente, die auf zwei in der BRD durchgeführten Konferenzen [1]) vorgelegt wurden, sind im wesentlichen in einer vor kurzem in Köln veröffentlichten Broschüre [2]) zusammengefaßt.

Sie beweisen, daß diese Berufsverbotsmaßnahmen hauptsächlich Personen betreffen, die verschiedenen demokratischen Meinungsrichtungen angehören — Sozialisten, Kommunisten, Liberale, Gewerkschafter oder Personen ohne bestimmten politischen Standort —, mit der Begründung:

a) ihrer Mitgliedschaft in oder ihrer Beziehungen zu Parteien oder Organisationen, deren Existenz und Tätigkeit im Einklang mit den Gesetzen der BRD stehen;

b) oder kritischer Meinungsäußerungen hinsichtlich politischer, sozialer sowie wirtschaftlicher Probleme oder der Teilnahme an Versammlungen, Konferenzen usw., in denen solche Meinungen geäußert worden sind.

6) Die Begründungen, die die Behörden anführen — wenn sie überhaupt den Betroffenen mitgeteilt werden —, um die Anwendung des Beschlusses vom Januar 1972 zu rechtfertigen, stehen im Widerspruch zu:

a) den Bestimmungen der Verfassung der BRD, die garantieren: die Freiheit der politischen Anschauungen (Art. 3, Abs. 3), die freie Wahl des Berufes (Art. 12, Abs. 1), die Gleichheit der Bürger beim Zugang zu öffentlichen Ämtern (Art. 33, Abs. 2 u. 3) und den Schutz der politischen Parteien sowie das Parteienprivileg (Art. 21);

[1]) Eine erste Konferenz von Persönlichkeiten aus der BRD und verschiedener europäischer Länder fand am 12. Mai 1973 in Hamburg über das Thema statt: „Funktion und Folgen der antidemokratischen Berufsverbote in der BRD". Eine zweite Koferenz in Düsseldorf vom 11. Mai 1974 befaßte sich mit demselben Problem.
[2]) Der Kampf gegen das Berufsverbot. Dokumentation der Fälle und des Widerstandes (Pahl-Rugenstein Verlag, Köln), 384 S.

Änderung der Anschrift

Eine Änderung der Anschrift, die dem Verlag nicht oder nicht rechtzeitig mitgeteilt wird, bringt aufwendige Nachforschungsarbeiten und für den Abonnenten meistens auch Unannehmlichkeiten mit sich. Wir bitten deshalb darum, eine Änderung der Anschrift dem Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115, rechtzeitig mitzuteilen.

Pahl-Rugenstein Verlag

Mitteilung an den Pahl-Rugenstein Verlag

Name ..... Vorname .....

Alte Anschrift bis ..... Neue Anschrift ab .....

Ort ( ) ..... Ort ( ) .....

Straße ..... Straße .....

....
(Unterschrift) (Kunden-Nr.)

b) den Bestimmungen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die besonders jede Diskriminierung wegen einer politischen oder andersartigen Anschauung verwerfen (Art. 2), die Gedankenfreiheit, Überzeugungsfreiheit und Religionsfreiheit sowie die Freiheit entsprechender Äußerungen garantieren (Art. 18) und das Recht jedes Individuums auf Freiheit der Meinung und der Meinungsäußerung proklamieren (Art. 19) sowie sein Recht des gleichen Zugangs zu den öffentlichen Ämtern seines Landes (Art. 21 § 2);

c) den Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention (vgl. die Art. 9, 10, 11 und besonders 14).

7) Wir übermitteln beiliegend die weiter oben genannte Broschüre (Der Kampf gegen das Berufsverbot. Dokumentation der Fälle und des Widerstandes), in welcher — so die Seiten 226—318 — mehr als 150 Berufsverbotsfälle aufgeführt sind, die gegen Lehrer, Universitätsprofessoren, Sozialarbeiter, Juristen, Ärzte und Theologen ausgesprochen wurden.

Wir konnten uns persönlich ebenso wie andere Delegierte unserer Vereinigung mit verschiedenen der genannten Personen unterhalten, ihre Aussagen hören und ihre Aktenstücke prüfen. Diese Erkundungen haben uns von der Genauigkeit der in der beigefügten Broschüre berichteten Tatsachen überzeugt.

8) Wir kommen zu dem Ergebnis, daß die in der BRD praktizierten Berufsverbotsmaßnahmen eine ernste Bedrohung der Freiheit der Meinung und der Meinungsäußerung darstellen und unter dem Gesichtspunkt der Bewahrung der universellen Rechte der menschlichen Person ohne Verzögerung rückgängig gemacht werden müssen. Deshalb haben wir die Ehre, diese Tatsachen zur Aufmerksamkeit den Organen zu unterbreiten, die von den Vereinten Nationen speziell für die Sicherung des Schutzes der Rechte und Freiheiten vorgesehen sind, welche durch die internationale Gemeinschaft verkündet wurden.

Indem wir Ihnen für die Aufmerksamkeit danken, die Sie sicherlich unserer Eingabe widmen werden, bitten wir Sie, Herr Generalsekretär, die Versicherung unserer besonderen Hochachtung entgegenzunehmen.

gez. Joë Nordmann
(Generalsekretär der IVDJ)

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,30 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Herausgeber: Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Verlag und Vertrieb: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Telefon 36 25 01. Redaktion: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 183, Telefon 36 22 41. Postscheck: Köln 65 14-503. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 28,—/56,—; öSch. 175,—/350,—; hfl. 25,—/50,—; bfr. 360,—/720,—; franz. fr. (NF) 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lire 5500,—/11000,—; dkr. 55,—/110,—; nkr. 50,—/100,—; skr. 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

EHRLER, Klaus, M. A., geb. 1930 in Leipzig, Studium der Geschichte, Physik und Philosophie, Lektor, stellvertretender Vorsitzender der Regionalkonferenz Westberlin der CFK (Christliche Friedenskonferenz, Prag); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *STORCK, Heinz-Hermann*, geb. 1951 in Herford, studiert Volkswirtschaft an der Universität Saarbrücken; Vorstandsmitglied im Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) und Mitglied des Bundesvorstandes des Liberalen Hochschulverbandes (LHV); hochschulpolitische Veröffentlichungen. *** *ALBERS, Detlev*, geb. 1943 in Goslar, Studium der Rechts- und Sozialwissenschaften, Assistenzprofessor am Studienbereich Arbeitslehre/Politik der Universität Bremen, Mitglied des Hamburger Landesvorstandes und des Bundesausschusses der Jungsozialisten; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SPOO, Eckart*, geb. 1936, Studium der Germanistik, Publizistik, Soziologie und Philosophie an der FU Berlin und an den Universitäten Zürich, Hamburg und Frankfurt/M, Redakteur der „Frankfurter Rundschau", Bundesvorsitzender der Deutschen Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SCHLEIFSTEIN, Prof. Dr. Josef*, geb. 1915 in Lodz, Leiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen in Frankfurt/M Zahlreiche Veröffentlichungen zu Problemen des Marxismus und der Arbeiterbewegung. *** *SCHILLER, Dr. Theo*, geb. 1942 in Unterberken/Württ. Hochschullehrer für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg, Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten (DJD). *** *IPSEN, Dr. Dirk*, geb. 1939 in Königsberg, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Politische Ökonomie, Statistik und Ökonometrie; Zeitschriftenveröffentlichungen zur Wirtschaftskybernetik und ökonomischen Stabilitätsfragen. *** *MAIER, Lothar P., M. A.*, geb. 1944 in Wolfach (Baden), Studium der Politologie, Soziologie und Geschichte in Tübingen und Madrid, derzeit Doktorand an der Universität Tübingen; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GRANSOW, Dr. Volker*, geb. 1945 in Karlshöfen, Diplom-Politologe, Teilzeit-Assistent an der FU Berlin; Buchveröffentlichung: Kulturpolitik in der DDR (erscheint März 1975); Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KIRCHHOFF, Bärbel*, geb. 1948 in Haan, studiert Soziologie und Politologie an der Universität Marburg.

Demokratische Erziehung

Neu!

Eine politisch-wissenschaftliche Zweimonatszeitschrift für das gesamte Erziehungs- und Bildungswesen

Erscheint ab Januar 1975

Für Wissenschaftler und Studenten, für Lehrer und Sozialpädagogen

Für alle im Erziehungsbereich Tätigen

Informiert über pädagogische Erfahrungen und über die Bildungspolitik des In- und Auslands

Analysiert neue wissenschaftliche Ansätze und stellt demokratische Alternativen zur Diskussion

Im Abonnement DM 3.50

Studentenabonnement DM 3.—, im Buchhandel DM 5.—

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

1/75